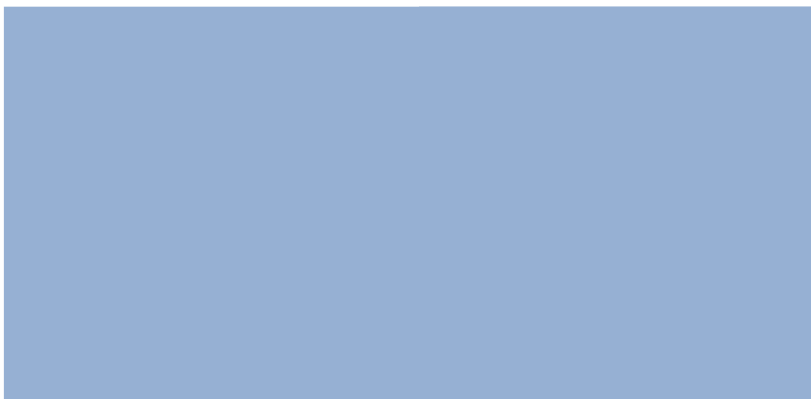




Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
(WZB)



Engagementpolitik

Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland

**Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
Projektgruppe Zivilengagement**

**Mareike Alscher
Dietmar Dathe
Eckhard Priller (Projektleitung)
Rudolf Speth**

Berlin, Juni 2009

Inhalt

Einleitung	5
I. Ausgangspunkte und methodische Grundlagen	10
1.1 Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Neubestimmung von Verantwortungsbalancen	10
1.2 Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft in unterschiedlichen Kontexten	16
1.3 Herangehensweise und Datenlage: Methodische Ausgangspunkte	19
II. Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements	28
2.1 Einleitung	28
2.2 Struktur und Entwicklung des Engagements auf individueller Ebene	29
2.2.1 Engagementbereiche	29
2.2.2 Organisationsformen des Engagements	30
2.2.3 Engagemententwicklung	34
2.2.4 Regionale, demografische, sozioökonomische und kulturelle Merkmale der Engagierten	36
2.2.5 Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Engagement	46
2.2.6 Mitgliederentwicklung	50
2.2.7 Engagement durch Spenden	52
2.2.8 Zukünftige Engagementpotenziale	55
2.2.9 Deutschland in europäischer Perspektive	58
2.3 Struktur und Entwicklung auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Organisationen	64
2.3.1 Allgemeine Struktur und Entwicklung	64
2.3.2 Hauptamtliche in zivilgesellschaftlichen Organisationen	66
2.3.3 Verbände und Vereine	69
2.3.4 Stiftungen und Bürgerstiftungen	71
2.3.5 Freiwilligendienste	76
2.3.6 Wohlfahrtsverbände	81
2.3.7 Kirchen	84
2.3.8 Engagement und Internet	85
2.3.9 Zusammenfassung	89
III. Engagement im Kontext von Familie und familiennahen Unterstützungsformen	92
3.1 Einleitung	92
3.2 Wandel von Familienformen und -typen	96
3.3 Engagement von und für Familien im Überblick	98
3.4 Fürsorge für Kinder	102
3.4.1 Familiäre Problemlagen: Die Fürsorgefrage	102
3.4.2 Defizite und Bedarfe in Kinderbetreuungseinrichtungen öffentlicher und freier Trägerschaft	103
3.4.3 Potenziale des Engagements	107

3.4.3.1	Familiales und informelles Engagement	107
3.4.3.2	Fürsorge durch organisationsbezogenes Engagement	110
3.5	Pflege	122
3.5.1	Herausforderungen im Bereich Pflege	122
3.5.2	Defizite und Bedarfe in der öffentlichen Pflege	125
3.5.3	Potenziale des Engagements	127
3.5.3.1	Familiales und informelles Engagement	127
3.5.3.2	Pflege durch organisationsbezogenes Engagement	132
3.6	Geschlechterbezug des Familienengagements	140
3.7	Zusammenfassung: Engagement von und für Familien	141
IV.	Engagementpolitik	143
4.1	Einleitung	143
4.2	Leitlinien für eine nachhaltige Engagementpolitik	144
4.3	Engagementförderung des Staates	147
4.3.1	Engagementförderung auf der Ebene des Bundes	147
4.3.2	Engagementförderung auf der Ebene der Länder	157
4.3.3	Engagementförderung auf der Ebene der Kommunen	160
4.4	Engagementpolitik auf der Ebene der zivilgesellschaftlichen Organisationen	163
4.5	Engagementförderung durch Unternehmen	170
4.6	Empfehlungen auf der fachpolitischen Ebene: Familie	174
V.	Forschung für künftige Engagementberichterstattung	176
VI.	Literaturverzeichnis	181
Anhang		
	Anhang 1: Liste der Expertisen	204
	Anhang 2: Verzeichnis der Abbildungen	205
	Anhang 3: Verzeichnis der Tabellen	206
	Kurzfassung	208

Einleitung

Kaum ein Thema hat die Politik, die Öffentlichkeit und die Wissenschaften in den letzten Jahren so bewegt wie die facettenreichen Konzepte von bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft. Diese Konjunktur, in Deutschland wie international, hat zwar mehrere Ursachen, ist aber vor allem auf aktuelle Gesellschaftsentwicklungen zurückzuführen: zunehmende Individualisierung, soziale Desintegration, Verlust sozialer Bindungen, geringer werdendes Interesse an Politik und das Schwinden der Leistungsfähigkeit traditioneller Sozialsysteme. Selbst die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise wird mit dem Engagement in Verbindung gebracht. Noch ist unklar, ob die Menschen durch die Auswirkungen stärker zusammenrücken oder sich eher um die eigenen Dinge kümmern werden.

Der Hintergrund der gestiegenen Aufmerksamkeit besteht in einem Paradigmenwechsel. Lange Zeit setzte man nur einseitig auf die Kräfte von Markt oder Staat und maß dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger inner- und außerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen keine oder lediglich geringe Bedeutung bei. Angesichts der heute allein in Deutschland bestehenden rund 600.000 eingetragenen Vereine, der über 16.000 Stiftungen, der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen in anderen Rechtsformen und des Engagements, das in weniger formalisierten Projekten, nachbarschaftlichen Initiativen oder auch darüber hinausgehend erfolgt, hat sich dies grundlegend verändert: Die Bereitschaft der Bürger zur Selbstorganisation und ihr finanzieller wie nicht-materieller Beitrag (Zeit, Energie, Ideen) für gemeinschaftliche und gesellschaftliche Belange werden als Ausdruck einer vitalen Zivilgesellschaft und als Grundlage für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft angesehen. Potenziale sieht man vor allem in den demokratisierenden und sozial integrativen Funktionen sowie in den Beiträgen zur Wohlfahrtsproduktion bzw. zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur und zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten.

Sollen gute Rahmenbedingungen, effiziente Strukturen sowie erfolgreiche Kooperationen und Vernetzungen das bürgerschaftliche Engagement nachhaltig fördern, ist solides Wissen über das bürgerschaftliche Engagement und das Funktionieren der Zivilgesellschaft unerlässlich. Detaillierte Bestandsaufnahmen und statistische Daten sind gefragt, denn sie bilden die Wissensbasis für weitere Entwicklungen der Zivilgesellschaft, für politische Debatten und daraus resultierende Entscheidungen.

Trotz aller Fortschritte in den letzten Jahren, die sich beispielsweise in den Ergebnissen der Enquete-Kommission des Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ aus dem Jahr 2002, in den vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Auftrag gegebenen Freiwilligensurveys aus den Jahren 1999 und 2004 oder in manchen anderen empirischen Erhebungen und wissenschaftlichen Analysen zeigen, wissen wir heute noch immer viel zu wenig über diesen wichtigen Bereich der Gesellschaft. Die bisher vorliegenden Befunde zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements sind uneinheitlich: Während eine Reihe von empirischen Untersuchungen ein weiteres Wachstum des Engagements diagnostiziert, berichten einige zivilgesellschaftliche Organisationen eher von Stagnation oder zurückgehender Engagement-

bereitschaft. Das führt auch dazu, dass die wissenschaftlichen und politischen Diskussionen nicht widerspruchsfrei sind. So wird einerseits der Ausbau der Zivilgesellschaft, des bürgerschaftlichen Engagements und des sozialen Kapitals als wichtig zur Integration und zur Einbeziehung des Einzelnen und von Gruppen in die Gesellschaft angesehen. Andererseits wird vor einer Flut von Vereinen und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen gewarnt, da sie auch Zeichen neuer Segmentierung sein können.

Ebenfalls nicht unumstritten sind die Wirkungen von Gesetzgebungen der letzten Jahre zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Durch steuerliche Maßnahmen werden hier häufig finanzielle Anreize für Spenden, Stiftungen oder ausgewählte Formen des Engagements in den Vordergrund gerückt. Eine damit einhergehende verstärkte Monetarisierung des Engagements kann nachhaltig zu einer Verstärkung der Ungleichheit und zu Veränderungen der Werte und Motive des Engagements führen.

Eine wissenschaftliche Begleitung ist daher für die politische Gestaltung von guten Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und effiziente Strukturen der Zivilgesellschaft unerlässlich. Sie ist deshalb besonders wichtig, weil das bürgerschaftliche Engagement sich durch eine starke Heterogenität und eine hohe Dynamik auszeichnet. Heterogen ist das bürgerschaftliche Engagement insofern, als es in allen gesellschaftlichen Bereichen – vom Sport über den sozialen Bereich, Bildung, Religion bis zu Gesundheit, Umwelt oder Familie – in unterschiedlichen Facetten zu finden ist. Dynamisch ist es, da es sich ständig in Bewegung, Veränderung und Entwicklung befindet. Dies spiegelt sich u. a. in dem unterschiedlichen Zuspruch wider, den einzelne Engagementfelder erhalten: Während manche Bereiche wie Freizeit und Kultur eine starke Kontinuität im bürgerschaftlichen Engagement aufweisen, haben andere Bereiche, z. B. die Umwelt, in manchen Zeiten Konjunkturen erfahren und sind heute nicht mehr so gefragt. Stattdessen zeichnen sich verstärkter Zuspruch, Aufwärtstrends und neue Wachstumfelder des Engagements dort ab, wo besondere gesellschaftliche Problemlagen vorhanden und innovative Lösungen erforderlich sind.

Neben den bereichsbezogenen Veränderungen vollziehen sich bestimmte Entwicklungen der Engagementformen. Engagement wird einerseits häufig in seiner Verantwortung, der erforderlichen Regelmäßigkeit und Qualifikation der Erwerbsarbeit immer ähnlicher; andererseits wird es durch die Präferenz auf zeitlich begrenzte Aktivitäten und Projektbezogenheit immer weniger verlässlich und beständig. Darüber hinaus ist mit Veränderungen von Engagementformen auch der organisationale Kontext angesprochen. Zu klären ist dabei, inwiefern sich informelle Tätigkeiten von jenen des Engagements abgrenzen und inwieweit die Grenzen zwischen dem formellen und informellen Bereich verwischt werden.

Wichtige Informationen über das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland wird der vom BMFSFJ in Auftrag gegebene dritte Freiwilligensurvey liefern, dessen Erhebung 2009 durchgeführt wird. Aussagekräftige statistische Daten werden auch von dem im April 2008 ins Leben gerufenen Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ erwartet. Das vom

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, der Fritz Thyssen Stiftung und der Bertelsmann Stiftung gemeinsam initiierte Projekt soll ein Berichtssystem zu Eckpunkten des Dritten Sektors in die deutsche amtliche Statistik integrieren. Mit diesem Projekt sind Grundlagen zu schaffen, um verschiedene statistische Dimensionen – rechtliche Einheiten, sektorale Strukturen, monetäre und nichtmonetäre Ströme – auf eine gesicherte und langfristige empirische Basis zu stellen. Ziel ist es, mittelfristig ein Satellitensystem zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu etablieren, das künftig verlässliche Zahlen zum Dritten Sektor bereitstellt.

Der Experten-„Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“ wählt einen anderen Ausgangspunkt. Dieser Bericht, der im Rahmen der Initiative ZivilEngagement „Miteinander – Füreinander“ erstellt wird, verfolgt nicht nur das Ziel, einen Überblick über den gegenwärtigen Stand des Engagements zu geben, sondern er möchte gleichzeitig auf vorhandene Probleme und deren Lösung hinweisen. Somit ist er als Vorläufer eines wissenschaftlichen Berichts zu sehen, mit dessen regelmäßiger Erstellung – einmal pro Legislaturperiode – der Deutsche Bundestag die Bundesregierung beauftragt hat (vgl. Deutscher Bundestag 2009).

Der vorliegende Bericht hat drei Ziele:

- Erstens soll der Ist-Zustand bilanziert und damit ein Überblick über die Entwicklung und gegenwärtige Situation des Engagements in Deutschland gegeben werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Darstellung des Engagements im Kontext der Familie, denn dieses Themenfeld stand bislang nicht im Blickpunkt der Engagementforschung. Der Bericht geht speziell auf Fragen ein, welchen Beitrag das Engagement unter den Bedingungen des demografischen Wandels leisten kann und wie die Rahmenbedingungen für Engagement zu verbessern sind. Es wird untersucht, ob die Zahl der engagierten Bürgerinnen und Bürger zu- oder abnimmt und inwiefern sich das Engagement über die Zeit in andere Bereiche verlagert.
- Zweitens sind zukünftige Aufgabenfelder, allgemeine Entwicklungstrends und -potenziale des bürgerschaftlichen Engagements aufzuzeigen.
- Drittens will der Bericht Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und die künftige Forschung zum Engagement entwickeln.

Entsprechend den Zielstellungen gliedert sich der Bericht in fünf Kapitel. Im ersten Kapitel – „Ausgangspunkte und methodische Grundlagen“ – wird auf die gesellschaftlichen Veränderungen eingegangen, die dem bürgerschaftlichen Engagement eine hohe Aktualität verleihen. Gleichzeitig werden die unterschiedlichen Kontexte und Aufgabenbereiche erörtert, in denen an das Engagement besondere Erwartungen gestellt werden. Schließlich vermittelt dieses Kapitel einen Überblick zur Herangehensweise, zu den einbezogenen empirischen Untersuchungen und zu vorhandenen methodischen Problemen.

Das zweite Kapitel – „Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements“ – betrachtet einerseits das individuelle Engagement und andererseits den Bereich der zivilgesellschaftlichen Organisationen als wichtigen infrastrukturellen Rahmen. Die differenzierten Analysen nach Engagementbereichen und -formen, sozioökonomischen

und demografischen Merkmalen sowie nach unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen verdeutlichen die starke Heterogenität und Differenziertheit des Engagements. Wichtige Aspekte sind dabei Vereinbarkeitsproblematiken von Beruf, Familie und Engagement, das Verhältnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Engagement sowie Fragen der künftigen Engagemententwicklung.

Das dritte Kapitel – „Engagement im Kontext von Familie und familiennahen Unterstützungsformen“ – konzentriert sich auf die Zusammenhänge zwischen Familien und Engagement in den Feldern Fürsorge und Pflege. Im Mittelpunkt stehen dabei die jeweils vorhandenen Engagementleistungen hinsichtlich Umfang und inhaltlicher Ausrichtung. Ausgangspunkt ist die Ermittlung konkreter Bedarfe und Problemlagen von Familien und älteren Menschen. Neben Analysen zu den familienunterstützenden Angeboten, die an zivilgesellschaftliche Organisationen gebunden sind, wird das informelle Engagement, das durch Nachbarn, Freunde und Bekannte geleistet wird, in diesem Kapitel besonders berücksichtigt. Zugleich wird Familie als wichtige Ressource für den gesellschaftlichen Zusammenhalt betrachtet.

Das vierte Kapitel – „Engagementpolitik“ – untersucht den aktuellen Stand der Engagementpolitik auf den föderalen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen und entwickelt Vorschläge und Handlungsempfehlungen für die Akteure in diesem Politikfeld: Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft. Die Grundlagen bilden die im zweiten Kapitel herausgearbeiteten Tendenzen und die Lage des Engagements sowie die Ergebnisse des dritten Kapitels zum Engagement im Kontext von Familie.

Im abschließenden fünften Kapitel – „Forschung für künftige Engagementberichterstattung“ – wird aufgezeigt, wie derzeit noch vorhandene Defizite an empirischen Daten zu beheben sind und wie eine künftige Forschungsinfrastruktur aussehen soll.

Die vorliegenden Ergebnisse machen zugleich deutlich, dass gegenwärtig noch beträchtliche Lücken und Defizite hinsichtlich des Wissens und der Daten zum bürgerschaftlichen Engagement bestehen. Sie beeinträchtigen die Zeichnung eines konturenscharfen und differenzierten Bildes des Engagements. Eine verbesserte und belastbare Datenbasis und eine regelmäßige Berichterstattung können dazu beitragen, Anstöße dafür zu geben, dass die Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft noch erfolgreicher genutzt werden.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung haben vorhandene Analysen zusammengetragen, um die Vielfalt und die Wirkung des Engagements zu untersuchen. Dieser Bericht ist in vergleichsweise kurzer Zeit entstanden. Durch eine kleine Projektgruppe – zu der Mareike Alscher, Anna Lena Bartels, Dietmar Dathe, Eckhard Priller, Eric Scholz, Rudolf Speth und Angelika Zierer-Kuhnle gehören – wurde das entsprechende Material seit Mai 2008 gesichtet und analysiert. Außerdem konnte ein Netzwerk kooperierender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufgebaut werden, um entsprechende Expertisen in den Bericht einfließen zu lassen (vgl. Anhang 1). Es zeigte sich, dass durchaus kontroverse Auffassungen vorhanden

sind, die eine Erstellung allgemein akzeptierter Positionen erschweren. Für die Bereitstellung des Expertenwissens, die Diskussionen in Workshops und die zahlreichen Einzelgespräche, die uns sehr geholfen haben, bedanken wir uns bei allen Beteiligten herzlich.¹ Unser besonderer Dank gilt dem BMFSFJ, durch dessen Förderung und Unterstützung dieser Bericht entstehen konnte.

¹ Die Expertisen werden voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2009 allgemein zugänglich gemacht.

I.

Ausgangspunkte und methodische Grundlagen

1.1 Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Neubestimmung von Verantwortungsbalancen

Wenn es um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands geht, finden zumeist jene Bereiche besondere Beachtung, die durch defizitäre Entwicklungen und spezielle Problemlagen gekennzeichnet sind. Aufmerksamkeit verdienen jedoch auch jene Gebiete, deren aktuelle Situation nicht durch Krisen bestimmt ist und die sich in den letzten Jahren durchaus erfolgreich entwickelt haben, beispielsweise bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Diese sind bei der Erörterung der Funktions- und Zukunftsfähigkeit Deutschlands in zweifacher Hinsicht bedeutsam: Zum einen geht es um die Wahrung und Sicherung des bisher Erreichten; zum anderen sind durch Innovationen und neue Lösungsansätze weitere Ressourcen und Potenziale für Wohlfahrt und gesellschaftlichen Fortschritt zu erschließen.

Im Unterschied zu anderen Gesellschaftsbereichen fallen die Einschätzungen und Analysen zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Zivilgesellschaft vorwiegend positiv aus (vgl. Enquete-Kommission 2002; Reimer 2006). Dass sich diese beiden Themen zurzeit hoher Aufmerksamkeit erfreuen, ist nicht zuletzt auf die Zunahme von zivilgesellschaftlichen Organisationen und ein Anwachsen des Engagements der Bürgerinnen und Bürger zurückzuführen. Zu Recht lässt sich daher feststellen, dass die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements und der Ausbau der Zivilgesellschaft in den vergangenen Jahren die deutsche Gesellschaft in einem hohen Maße mitgestaltet haben.

Unter bürgerschaftlichem Engagement wird in der Regel ein individuelles Handeln verstanden, das sich durch Freiwilligkeit, fehlende persönliche materielle Gewinnabsicht und eine Ausrichtung auf das Gemeinwohl auszeichnet (vgl. United Nations 1999: 2; Heinze/Olk 2001; Beher et al. 2000; Zimmer/Närlich 2000; Klages/Gensicke 1997). Betont wird darüber hinaus das Stattfinden dieser Tätigkeit im öffentlichen Raum, um vor allem Teilhabe, Transparenz, Verantwortung und Dialog durch Öffentlichkeit zu sichern (Enquete-Kommission 2002: 57). Die Gemeinwohlorientierung schließt einen individuellen Nutzen in Form der Aneignung von Wissen und Kompetenz, das Knüpfen und die Pflege sozialer Beziehungen oder andere ideelle Erträge nicht aus. Wesentliches Merkmal des Engagements ist, dass es durch gesellschaftliche Verantwortung mit unterschiedlicher Reichweite – vom internationalen humanitären Einsatz bis hin zu alltäglichen Unterstützungs- und Hilfeleistungen – geprägt wird.

Der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements wird in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion in der Regel sehr eng mit Kontexten der politischen Partizipation, Demokratiewahrnehmung und -stärkung verbunden. Das Engagement wird dabei häufig darauf reduziert, dass es in zivilgesellschaftliche Organisationen oder staatliche Institutionen eingebettet ist (vgl. ebd.). Inwiefern eine solche Engführung unter dem Gesichtspunkt ausreicht, dass durch das alltägliche Engagement bestimmte wohlfahrtsrelevante Produkte und Leistungen erbracht werden, ist eine noch offene Frage.

Neben einem politischen, sozialen, kulturellen oder auf Geselligkeit ausgerichteten Engagement gibt es zahlreiche informelle Tätigkeiten, die in Formen des nichtorganisierten Engagements realisiert werden. Gemeint sind hier Tätigkeiten, die im Sinne einer umfassenden Gemeinnützigkeit von Individuum zu Individuum anzutreffen sind. Sie werden außerhalb der Kernfamilie (Eltern mit Kindern) im Rahmen von Netzwerken geleistet, die aus Nachbarn, Freunden und Verwandten bestehen. In den meisten Untersuchungen sind diese Aktivitäten nicht oder undifferenziert erfasst – und werden deshalb in ihrem Ausmaß und ihren gesellschaftlichen Wirkungen unterschätzt. Bereits die Enquete-Kommission betonte die Bedeutung dieses Bereichs, ging aber nicht intensiver auf ihn ein (vgl. ebd.: 65).

Bürgerschaftliches Engagement muss in der Entwicklung der Zivilgesellschaft dynamisch und offen gegenüber Veränderungen sein. Unter den Gesichtspunkten der Sicherung von Qualitätsstandards und einer Ausrichtung auf Nachhaltigkeit wird beispielsweise im „baden-württembergischen Weg“ eine Reihe von Merkmalen hervorgehoben, die bestimmte Wandlungen und neue Akzentsetzungen verdeutlichen. Bürgerschaftliches Engagement zeichnet sich demnach dadurch aus, dass es „unterschiedliche Strukturen verbindet, Kooperationen sucht, Netzwerke schafft und offen für neue Zusammenhänge ist“ (Hoch et al. 2007: 242). Gleichzeitig wird auf für das bürgerschaftliche Engagement geltende Prinzipien verwiesen, die es als unentgeltlich und freiwillig kennzeichnen. Engagement beinhaltet demnach weiterhin die echte Mitbestimmung bei Entscheidungen, es ist keine spontan abrufbare Ressource und darf nicht als selbstverständlicher Bestandteil professioneller Hilfesysteme angesehen werden (vgl. ebd.). Indem das Ineinandergreifen von unterschiedlichen Akteuren, Instrumenten und Netzwerken eine wichtige Rolle spielt, ist das Engagement fest in den Kontext der Zivilgesellschaft eingebunden.

Für den Begriff der Zivilgesellschaft sind verschiedene Umschreibungen und Definitionen gebräuchlich. Eine verbreitete handlungslogische Definition, die eine enge Verbindung zum bürgerschaftlichen Engagement herstellt, betont vier Aspekte (vgl. Kocka 2003; Gosewinkel et al. 2004: 11): Neben Selbstorganisation und Selbstständigkeit (1) zielt Zivilgesellschaft auf das Handeln im öffentlichen Raum: auf den Austausch, den Diskurs, die Verständigung und auch auf den Konflikt (2). Zivilgesellschaft schließt zwar Konflikte und Proteste nicht aus, beinhaltet aber zugleich ein friedliches und gewaltfreies Handeln (3). Es ist schließlich ein Handeln, das über jeweils eigene spezifische und partikuläre Interessen hinaus das allgemeine Wohl berücksichtigt (4).

In diesem Sinne werden Zivilität und ziviles Verhalten als zentrale Merkmale der Zivilgesellschaft verstanden (vgl. Evers 2009). Toleranz, Respekt, Gewaltfreiheit, Sensibilität

für die Anliegen anderer und Öffentlichkeit sind in dieser Hinsicht wichtige Orientierungsmarken ziviler Verhaltensweisen.

Neben dem handlungslogischen Ansatz ist auch eine bereichslogische Umschreibung für Zivilgesellschaft, die den Fokus auf die zivilgesellschaftlichen Organisationen richtet, von besonderer Bedeutung. Zivilgesellschaft wird dabei vor allem als Selbstorganisation von Bürgerinnen und Bürgern und als deren freiwilliges Engagement in einer Vielzahl von Organisationsformen, z. B. in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Stiftungen, definiert. Diese Organisationen sind durch ihre gemeinnützige Ausrichtung und gleichzeitige organisatorische Unabhängigkeit vom Staat gekennzeichnet. Sie werden als institutioneller Kern oder Infrastruktur der Zivilgesellschaft angesehen und häufig – in Abgrenzung zu Staat, Markt und Familie – unter dem Begriff „Dritter Sektor“ zusammengefasst (vgl. Anheier et al. 2000).

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen bilden also jenen gesellschaftlichen Bereich, der zwischen den Polen Markt, Staat und Familie angesiedelt ist. Sie sind durch eine formale Struktur, organisatorische Unabhängigkeit vom Staat, eigenständige Verwaltung, gemeinnützige Ausrichtung und freiwilliges Engagement gekennzeichnet. Als Vereine, Verbände, Stiftungen, gemeinnützige GmbHs oder Genossenschaften sind sie in ihrer Gesamtheit unentbehrlich für das Funktionieren der deutschen Gesellschaft geworden; heute wird von ihnen erwartet, dass sie wesentliche Beiträge zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme leisten. Bedingt durch das Subsidiaritätsprinzip sind enge Verbindungen zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Staat entstanden.

Die unterschiedlichen Definitionsansätze machen deutlich, dass wir es beim bürgerschaftlichen Engagement mit einer noch fehlenden begrifflichen Eindeutigkeit zu tun haben. In dem vorliegenden Bericht verwenden wir den Begriff des bürgerschaftlichen Engagements in einem erweiterten Sinne: Neben dem politischen Verständnis von Engagement werden die Wohlfahrt und Lebensqualität fördernden Dimensionen des Engagements berücksichtigt. In dieser Hinsicht hat das informelle Engagement, das außerhalb von Organisationen stattfindet, einen besonderen Stellenwert. Auf der empirischen Ebene handelt es sich dabei vor allem um Netzwerke aus Nachbarn, Freunden und Bekannten. Gleichzeitig werden die Organisationen als Infrastruktur für das formelle bürgerschaftliche Engagement in die Betrachtungen miteinbezogen.

Dieses erweiterte Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement muss letztlich auch zu Überlegungen hinsichtlich der Zweckmäßigkeit und Treffgenauigkeit dieses Begriffs führen. Durch eine Ausweitung der Engagementbereiche, der Organisations- und Engagementformen wird der Begriff zunehmend unscharf. Letztlich führt dies zu Überlegungen einer neuen Begrifflichkeit. International setzt sich zunehmend der Begriff „civic engagement“ – Zivilengagement – durch.

Bislang ist es noch nicht gelungen, das Konzept des bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft in Deutschland zu einer Leitidee der Politik und des Regierungshandelns zu machen (vgl. Dettling 2009). Allerdings wird bürgerschaftliches Engage-

ment inzwischen als ein eigenständig zu entwickelndes Politikfeld² betrachtet, wie u. a. die „Initiative ZivilEngagement“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zeigt. Dieses Programm unter der Überschrift „Miteinander – füreinander“ zielt darauf ab, die Rahmenbedingungen für Eigeninitiative zu verbessern und die Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

Für die Entwicklung hin zu einem neuen Politikfeld Engagement gibt es zahlreiche positive Belege (vgl. Olk et al. 2009). Auf Bundesebene hat der Deutsche Bundestag mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ in der 14. Legislaturperiode ein wichtiges Signal gesetzt. Der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ begleitet seit 2003 die Gesetzgebung des Parlaments zu diesem Politikbereich. Im Familienministerium wurde mit einer Fülle von Modellprogrammen und mit Unterstützung von Forschungsprogrammen der Bedeutung des Themas für den Gesetzgeber Rechnung getragen. Auf Länderebene wurden von allen Landesregierungen Koordinationsstellen eingerichtet und von einigen Landesnetzwerke etabliert. Auch die Kommunen haben die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für sich entdeckt und fördern Infrastruktureinrichtungen, das Engagement in Schulen und kommunalen Einrichtungen sowie die Teilhabe der Bürger an kommunalen politischen Entscheidungen (vgl. Bogumil/Holtkamp 2006; Lübking et al. 2005).

Allerdings stellt bürgerschaftliches Engagement in Deutschland noch kein Politikfeld im üblichen Sinne dar, denn es ist nicht wie andere Bereiche, z. B. Forschung oder Umwelt, durch fest abgegrenzte institutionelle Zuständigkeiten oder eine eigenständige Institution vertreten, die klare Strukturen und Aufgabenzuordnungen schaffen. Hinzu kommt, dass bürgerschaftliches Engagement vorwiegend im lokalen Raum stattfindet und sich deshalb einer zentralen staatlichen Steuerung weitgehend entzieht. Zu seinen Besonderheiten gehört auch das Zusammenwirken verschiedener Akteure, nämlich Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Diese Akteure müssen sich immer wieder auf gemeinsame Problemsichten einigen und den Umfang und das Ausmaß staatlicher oder nichtstaatlicher Regulierung aushandeln. Engagementpolitik zeichnet sich demzufolge dadurch aus, dass Individuen, Verbände, private Organisationen und Unternehmen, öffentliche Organisationen und staatliche Akteure gleichberechtigt oder hierarchisch in sehr verschiedenen Akteurskonstellationen und Netzwerken zusammenarbeiten.

Grundlage und Antrieb sind neue Problemlagen, die durch den gesellschaftlichen Wandel erzeugt wurden, und Bedarfe, die mit den herkömmlichen, staatlich geprägten Politikformen nur bedingt zu lösen sind. Veränderungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen, der demografische Wandel, die Pluralisierung von Lebensstilen, die Auflösung bzw. das Zerbrechen traditioneller sozialer Netze von gewachsenen Nachbarschafts- und

² Mit dem Begriff Politikfeld wird ein Gegenstandsbereich bezeichnet, der durch Akteure, Institutionen, ein gemeinsames symbolisches Bezugssystem mit verbindenden Problemsichten sowie durch Regel- und Ordnungsstrukturen und verbindliche Entscheidungen, die meist von staatlichen Akteuren ausgehen, konstituiert wird. Die Etablierung eines Politikfeldes ist das Ergebnis gesellschaftlicher Entwicklungen und politischer Entscheidungen, mit denen anerkannt wird, dass ein bestimmter Bereich der Gesellschaft besonders wichtig ist und der Regulierung, der Förderung und des Schutzes bedarf. Ein Politikfeld ist durch die Gesamtheit von Beziehungsstrukturen gekennzeichnet, mit denen ein Interaktionszusammenhang inhaltlicher, symbolischer und institutioneller Art gebildet wird. Damit etabliert sich in diesem Feld ein Politiknetzwerk, das es erlaubt, dieses Politikfeld von anderen abzugrenzen.

Stadtteilstrukturen, die Veränderungen in den Familienstrukturen oder der verstärkte Druck auf Unternehmen, die nach ihren Beziehungen zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld gefragt werden, erfordern innovative Lösungen und nicht zuletzt ein neues Verhältnis und Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft zeichnet sich durch einen Trend in Richtung Koproduktion von Staatlichkeit aus. Die Elemente von Staatlichkeit – Entscheidungskompetenz, Organisationskompetenz und Letztverantwortung – verbleiben dabei nicht mehr ausschließlich beim Staat, sondern gehen teilweise an private Akteure über, zu denen auch die Zivilgesellschaft gehört. Privatisierung und Koproduktion sind Formen der Produktion von öffentlichen Gütern, für die der Staat zwar die Letztverantwortung übernimmt, die Herstellung aber in die Organisationskompetenz der Zivilgesellschaft gibt. Für das Zusammenwirken der unterschiedlichen Handlungskompetenzen sind entsprechende Governancestrukturen zu schaffen, in denen die erforderlichen Koordinierungsleistungen erbracht werden (vgl. Schuppert 2008).

In der Beziehung zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind die Unternehmen gefordert, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, die ein fester Bestandteil der Unternehmenspolitik sein muss. Neue Impulse zur Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft sind in Deutschland durchaus notwendig. So können Unternehmen gerade in ihrer Umgebung Sportvereine, kulturelle Projekte und soziale Einrichtungen durch Spenden, Patenschaften und tatkräftige Hilfe fördern. Sie leisten durch die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie durch die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Grundsätzlich liegt bereits bei den Unternehmen eine hohe Engagementbereitschaft vor (vgl. Expertise zze/Wegner).

Doch gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen erzeugen aus sich heraus nicht automatisch die Einsicht für die Notwendigkeit eines neuen Politikfeldes. Die Problemlagen müssen sich nicht nur als drängend erweisen, sondern bedürfen auch der Akteure, die Lösungsstrategien entwickeln und sie auf die politische Agenda bringen. Dazu gehört, dass man den Wert des bürgerschaftlichen Engagements für die Bewältigung aktueller Problemlagen erkennt und es zum Teil eines neuen politischen Konzepts macht, mit dem auf die aktuellen gesellschaftlichen Bedürfnisse und Herausforderungen reagiert wird. Erst dann, wenn bürgerschaftliches Engagement hier als Quelle sozialer Innovationen³ wahrgenommen wird, steigt seine Bedeutung im öffentlichen Diskurs.

Der Staat ist nicht der einzige Garant für soziale Innovationen. Viele andere Organisationen, vor allem auch aus der Zivilgesellschaft, tragen heute dazu bei, dass soziale Probleme gelöst und öffentliche Güter bereitgestellt werden. So greifen Stiftungen Themen auf und fördern Forschungsrichtungen; Bürgerstiftungen verschaffen Stadtteilen und Regio-

³ Soziale Innovationen sind neue Wege, um Ziele zu erreichen. Es sind, so Wolfgang Zapf (1989), vor allem neue Organisationsformen, neue Regulierungen und neue Lebensstile, die die Richtung des sozialen Wandels verändern, Probleme besser zu lösen vermögen als frühere Praktiken und die es deshalb wert sind, nachgeahmt und institutionalisiert zu werden. Soziale Innovationen stiften Nutzen im weitesten Sinne und erhöhen die gesellschaftliche Produktivität. Die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement bieten mit den zahlreichen konkreten Formen vielfältige Möglichkeiten für soziale Innovationen.

nen neuen Zusammenhalt; Senioreninitiativen mobilisieren Wissen und wertvolles Know-how von älteren und alten Menschen; neuartige Beteiligungsformen helfen bei der Sanierung von Stadtteilen; zivilgesellschaftliche Organisationen bekämpfen Korruption; soziale Bewegungen verschaffen vernachlässigten Themen und gesellschaftlichen Bedürfnissen erneut Aufmerksamkeit; lokale Bündnisse bemühen sich um ein familienfreundliches Klima.

Auch bei der Einübung von demokratischen Werthaltungen, bei der Eröffnung von Mitgestaltungsmöglichkeiten und der Artikulation von Protest (z. B. bei Menschenrechtsverletzungen, hinsichtlich der Interessen künftiger Generationen, beim Natur-, Umwelt- und Datenschutz) kommt solchen Organisationen eine unersetzliche Funktion zu. Denn sie schaffen die zusammenhaltenden Kräfte in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft immer wieder neu – und sie tragen damit auch zur Integration von Migrantinnen und Migranten in einer Einwanderergesellschaft bei. Nicht zuletzt stellt dieser Bereich, der auch mit dem Adjektiv „nonprofit“ versehen oder im europäischen Kontext auch als „Sozialwirtschaft“ (Birkhölzer 2005: 71) verstanden wird, einen zunehmend größer werdenden Teil der Arbeitsplätze und des Bruttosozialprodukts.

Indes darf man sich von solchen positiven Entwicklungen nicht täuschen lassen. Es engagiert sich zwar eine beachtliche Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, doch ebenso deutlich vernehmbar sind z. B. Klagen von Organisationen über fehlenden Nachwuchs, Zeitprobleme bei den Engagierten angesichts von Veränderungen in der Arbeitswelt oder mangelnde finanzielle Ressourcen von Vereinen, Selbsthilfegruppen und Engagementbörsen. Trotz dieser Klagen werden in das bürgerschaftliche Engagement allseits hohe Erwartungen gesetzt: Zunächst soll es einen substanziellen Beitrag zu zahlreichen drängenden gesellschaftlichen Problemen liefern. Und es soll helfen, beispielsweise Integrationsprobleme zu bewältigen, Betreuung und Pflege sicherzustellen, das kulturelle Angebot zu erweitern, für ausreichende Sportgelegenheiten zu sorgen oder Familien bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben zu unterstützen. Der Eindruck der Überforderung des bürgerschaftlichen Engagements ist nicht von der Hand zu weisen.

Das Engagement der Bürger ist daher auf förderliche Rahmenbedingungen angewiesen. Mit Geld, Gesetzen und Anerkennung kann man zwar Anreize setzen und Unterstützung bereitstellen, nicht aber Engagement als solches schaffen. Denn der Staat kann zivilgesellschaftliches Engagement weder verordnen noch selbst hervorbringen, sondern lediglich unterstützen und erleichtern. Wenn er dies mit Geld und Gesetzen zu umfangreich tut, besteht die Gefahr, dass die Zivilgesellschaft zu einem Instrument des Staates wird (vgl. Böckenförde 1976: 60). Zivilgesellschaftliche Organisationen können dann bürokratischen Strukturen unterworfen und zu sog. Vorfeldorganisationen des Staates, einzelner Ministerien und anderer staatlicher Einrichtungen werden. Aus diesem Grund beobachten viele Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen die stärkere staatliche Inanspruchnahme mit Skepsis (vgl. Nährlich 2008). Einer solchen stärkeren Inanspruchnahme durch den Staat stellen die Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen deshalb ihre Auffassung von Zivilgesellschaft gegenüber, wonach dieser Bereich frei von staatlicher Bevormundung sein soll.

Dementsprechend sollten zivilgesellschaftliche Akteure zwar mit der Leistungserbringung für die Daseinsvorsorge betraut, aber nicht als „nachgeordnete Behörden“ der staatlichen Logik unterworfen werden. Im Gegenteil: Sie benötigen vielmehr Handlungsspielraum und Finanzautonomie. Im Gegenzug wiederum wird von der Zivilgesellschaft ein höheres Maß an Selbststeuerung erwartet. Engagementpolitik zu betreiben sollte im besten Sinne bedeuten, dass der Staat mittels Gesetz, Geld und Publizität lediglich Anreiz- und Gelegenheitsstrukturen schafft, die individuelles Engagement ermöglichen und zivilgesellschaftliche Organisationen stärken (vgl. Klie/Ross 2005; Evers/Olk 1996). Notwendig ist ein zwischen Staat, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen synergetisches und kooperatives Verhältnis, das von aktiven Bürgerinnen und Bürgern getragen wird. Leitlinien hierfür sind Beteiligung, Selbstorganisation und Mitgestaltung.

1.2 Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft in unterschiedlichen Kontexten

Dem bürgerschaftlichen Engagement und der Zivilgesellschaft wird eine ausgeprägte Multifunktionalität zugewiesen. Bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen leitet sich diese bereits aus der starken Heterogenität ihrer Rechtsformen, den Unterschieden in der Größe sowie dem breiten Tätigkeits- und Wirkungsspektrum ab (vgl. Zimmer/Priller 2007: 20ff.; Priller 2008: 301ff.). So sind internationale Hilfsorganisationen, nationale Wohlfahrtsverbände, lokale Kulturvereine oder Bürgerinitiativen als zivilgesellschaftliche Organisationen immer auch auf die Wahrnehmung unterschiedlicher Funktionen ausgelegt; die lokale Bürgerinitiative beispielsweise bewegt sich in einem anderen Wirkungskreis als eine global agierende Menschenrechtsorganisation. Entsprechend gestaltet sich auch das Engagement sowohl in den einzelnen Organisationen als auch in den nichtorganisierten Formen sehr unterschiedlich. Hinsichtlich der Multifunktionalität werden vor allem die Beiträge zur Stärkung der Demokratie, bei der Sicherung und Gewährleistung sozialer Integration, bei der allgemeinen Werte- und Normenbildung, aber auch im Rahmen der Wohlfahrtsproduktion, der Realisierung sozialpolitischer Aufgaben sowie bei der Lösung arbeitsmarktpolitischer Fragen hervorgehoben. Einzelne wissenschaftliche Ansätze gewichten die verschiedenen Funktionen ungleich stark. Dies kann zu einseitiger Wahrnehmung führen.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass die Wirkungen von bürgerschaftlichem Engagement und zivilgesellschaftlichen Organisationen in den einzelnen Feldern sehr differenziert sind. Bestandsaufnahmen, Analysen und Bewertungen hierzu müssen deshalb nicht nur der Vielfalt – d. h. ihren verschiedenen Formen und Ausprägungen – Rechnung tragen, sondern haben zugleich die Perspektiven der jeweiligen Einbindungen, Kontexte und Wirkungen zu berücksichtigen. Um dies zu verdeutlichen, wird im Folgenden auf einzelne Funktionen näher eingegangen.

Stärkung der Demokratie

Ein nachhaltiger Beitrag zur Stärkung der Demokratie ist vor allem als Reaktion auf vielfach ausgemachte Defizite erforderlich: Vertrauensverluste in die Politik, steigende Zahlen von Nichtwählern sowie ein rückläufiges Engagement in den politischen Parteien

verweisen nicht nur darauf, dass diese zunehmend an Bindekraft verlieren. Gleichzeitig wird ihnen vorgeworfen, dass ihre verfestigten organisatorischen Strukturen nicht mehr den sich weiter ausdifferenzierenden Interessenlagen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen. Demgegenüber wird zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Engagement in ihnen und darüber hinaus – durch die Spezialisierung auf bestimmte Themenbereiche und ihre häufige Ausrichtung auf räumlich begrenzte Interessenlagen – ein gewachsener Stellenwert bei der Interessenartikulation und der Interessenvertretung spezieller Gruppen eingeräumt.

Aufgrund ihrer Unabhängigkeit und geringeren Einbindung in das politische System, die sich unter Umständen in Protesten und Aktionen von sozialen Bewegungen äußern, werden diesem Engagement auch eine stärkere Kritikfähigkeit und eine bessere Problemlösungsorientierung zugesprochen. Dabei betrachtet man Kritik heute seltener als Krisenindikator der Demokratie, sondern vielmehr als Antriebskraft und Stimulus für Gesellschaftsgestaltung (vgl. Geißel 2006).

Gleichzeitig wird jedoch die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements und der zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Interessenartikulation und -durchsetzung sehr unterschiedlich eingeschätzt; beispielsweise wird vom Engagement in und auch von den Sportvereinen selbst anderes erwartet als von Bürgerinitiativen und Organisationen, die als sog. Themenanwälte in Bereichen wie Umwelt oder internationaler Aktivitäten tätig sind. Doch gerade vom Engagement in lokalen Organisationen erhofft man sich, dass sie als Basis demokratischer Gesellschaften an Gewicht gewinnen, da sie intern auf die Persönlichkeitsentwicklung und Vertrauensbildung der Bürger wirken, während sie extern zur Effektivität und Stabilität demokratischer Regierungen beitragen (vgl. Putnam 1993: 89).

Sicherung und Gewährleistung sozialer Integration

Neben der Funktion der Interessenvermittlung wird die bedeutende Rolle des bürgerschaftlichen Engagements bei der individuellen Identitätsbildung bzw. der Ausbildung einer bürgerschaftlichen Gesinnung und eines Zugehörigkeits- und Selbstwertgefühls besonders hervorgehoben. Bürgerschaftliches Engagement besitzt demzufolge spezielle Fähigkeiten, um die im Zuge von Modernisierungsprozessen zunehmende Individualisierung und die damit häufig entstehenden Bindungsverluste zu traditionellen Bereichen wie Familie und Arbeit auffangen und ausgleichen zu können (vgl. Beck 1996: 206). Es ist demnach Produzent des sozialen Kitts bzw. sozialen Zusammenhalts zum Ausgleich der schwächer werdenden oder verloren gehenden Bindungen (vgl. Kistler et al. 2002). Bürgerschaftliches Engagement und die zivilgesellschaftlichen Organisationen nehmen somit eine zentrale Position im gesellschaftlichen Integrationsmechanismus ein. Hervorzuheben ist der besondere Stellenwert im Rahmen der Migrationsthematik, beispielsweise bei der Migrantenselbstorganisation.

Beitrag zur Werte- und Normenbildung und zum zivilen Verhalten

Fast alle Ansätze, die nach künftigen Möglichkeiten gesellschaftlicher Steuerung suchen, plädieren für eine stärkere Werte- und Normenorientierung (vgl. Opaschowski 2006). Als werte- und normengeleitetes Konzept wird dem bürgerschaftlichen Engagement und den zivilgesellschaftlichen Organisationen eine besondere Vermittlungsfunktion zwi-

schen der Gesamtgesellschaft, den sozialen Gruppen und dem einzelnen Bürger bei der Erreichung gesellschaftlich konsensfähiger Werte und Normen sowie eines übereinstimmenden Verhaltens zugewiesen.

Mit der Betonung von sozialen Werten und Normen der Gewaltfreiheit, Toleranz und Gemeinwohlorientierung sowie der Ausrichtung auf ein entsprechendes ziviles Verhalten wird verhindert, dass alle Organisationen trotz unterschiedlicher Zielsetzung einen gleichen gesellschaftlichen Wert erhalten (vgl. Etzioni 2005). Damit wird auch vermieden, dass z. B. Organisationen mit einem rechtsradikalen Hintergrund oder ähnlicher Gesinnung unter dem Label der Zivilgesellschaft agieren (vgl. Roth 2008).

Beitrag zur Wohlfahrtsproduktion

Bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Organisationen stellen im Rahmen von Wohlfahrtsverbänden, Sport- und Kulturvereinen, anderen gemeinnützigen Rechtsformen und auch in nichtorganisierten Tätigkeitsfeldern bestimmte Leistungen für Interessenten und Bedürftige bereit. Häufig werden sie als soziale Dienstleister und als alternative Wohlfahrtsproduzenten angesehen (vgl. Evers/Olk 1996). Demnach verkörpern sie eine Alternative einerseits zum Markt, für den sich die Einsatzfelder „rechnen“ müssen, und andererseits zum Staat, der offensichtlich nicht weiter ausbaufähig ist und sich bei der Deckung vorhandener und neuer Bedarfe sowie bei Innovationen enorm schwertut. Die Leistungen, die das bürgerschaftliche Engagement und die zivilgesellschaftlichen Organisationen erbringen, liefern als Kollektivgüter einen bedeutenden Beitrag für den Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur. In den letzten Jahren wird dabei verstärkt auf das Zusammenwirken von staatlichen Einrichtungen, Marktunternehmen und Akteuren des Dritten Sektors in hybriden Organisationen hingewiesen (vgl. Evers 2005; Klie/Ross 2005).

Realisierung von sozialpolitischen Aufgaben

Vor allem in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur erfüllt das bürgerschaftliche Engagement bei der Realisierung staatlicher sozialpolitischer Aufgaben wichtige Funktionen. Im Rahmen seiner Sozialpolitik greift der Staat in Deutschland traditionell auf unterschiedliche institutionelle Arrangements bzw. auf vier Grundtypen von Leistungsproduzenten zurück: (1) zentrale und lokale Dienstleistungserbringer der öffentlichen Hand, (2) private, gewinnorientierte Unternehmen, (3) informelle Leistungssysteme von Familie und Nachbarschaft sowie (4) zivilgesellschaftliche Organisationen (vgl. Badelt 2001: 24).

In Deutschland sind zivilgesellschaftliche Organisationen und das bürgerschaftliche Engagement durch das Subsidiaritätsprinzip in besonderer Weise in die Realisierung staatlicher Sozialpolitik eingebunden (vgl. Nell-Breuning 1976; Sachße 1995). Es weist zivilgesellschaftlichen Organisationen einen Vorrang gegenüber der öffentlichen Hand bei der Erstellung sozialer Dienstleistungen zu.

Bürgerschaftliches Engagement und Beschäftigung

In einer Gesellschaft, die ein verändertes Verständnis hinsichtlich bezahlter Arbeit entwickelt, erhält bürgerschaftliches Engagement einen neuen Stellenwert. Wenn die bezahlte Arbeit nicht mehr das „Maß aller Dinge“ ist, dann gewinnt das Engagement an gesellschaftlichem Ansehen.

Gleichzeitig verzeichnen die zivilgesellschaftlichen Organisationen eine steigende arbeitsmarktpolitische Relevanz. Bereits seit den 1960er-, vor allem aber seit den 1990er-Jahren können sie eine kontinuierliche Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen verbuchen: Während im Jahre 1990 in der alten Bundesrepublik in diesem Bereich nur 1,3 Mio. Menschen auf Vollzeit- oder Teilzeitstellen oder als geringfügig Beschäftigte gezählt wurden, gab es 1995 im vereinigten Deutschland dort bereits 2,1 Mio. Arbeitsplätze. Gegenwärtig wird ihre Zahl auf etwa 3 Mio. geschätzt.

Bei den beschäftigungsintensiven zivilgesellschaftlichen Organisationen mit ihren Einrichtungen im Gesundheits- und Sozialbereich waren in den letzten Jahren deutliche Trends zur Flexibilisierung der Beschäftigung und insbesondere die Zunahme von Teilzeitbeschäftigung festzustellen (vgl. Dathe/Schmid 2001). Hervorzuheben ist, dass die spezifischen Arbeitsformen in den Organisationen und die enge Verbindung zwischen bürgerschaftlichem Engagement und beruflicher Tätigkeit für den Einzelnen zum einen als Chance zur Integration in den Arbeitsmarkt und zum anderen, vor allem in besonderen Lebensphasen, als sinnvolle Brücke dorthin fungieren können. Spezielle Beschäftigungschancen bieten sich demnach nicht nur für Frauen, denen aufgrund flexibler Arbeitszeitgestaltung die Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit und familiären Aufgaben hier offenbar besser gelingt als in anderen Bereichen, sondern auch für ältere Menschen und für Männer, die in Bezug auf Vereinbarkeitsprobleme ebenso in der Verantwortung stehen.

1.3 Herangehensweise und Datenlage: Methodische Ausgangspunkte

Anlage und Struktur dieses Berichts richten sich nach den oben genannten Zielstellungen und vorliegenden empirischen Grundlagen aus. Er stellt sich die Aufgabe, eine umfassende Analyse des bürgerschaftlichen Engagements vorzunehmen und dabei seiner Rolle im Kontext der Familie besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Unter diesen Ausgangspunkten wird in Berücksichtigung bisher vorliegender Ergebnisse (vgl. z. B. Enquete-Kommission 2002) ein dualer Betrachtungsansatz gewählt, der die folgenden Kapitel durchzieht. Er richtet sich einerseits auf die individuelle Komponente des bürgerschaftlichen Engagements. Hierbei geht es zunächst um das Messen und Erfassen der Aktivitäten von Einzelpersonen und auf dieser Grundlage um die Analyse, wie ausgeprägt das bürgerschaftliche Engagement in unterschiedlichen sozialstrukturellen Gruppen ist. Insofern werden die Unterschiede im Engagement nach Alter, Geschlecht, der Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen oder unter dem Einfluss bestimmter Merkmale, wie sie das Leben in Familien mit Kindern oder das Vorhandensein pflegebedürftiger Personen im Haushalt darstellen, untersucht.

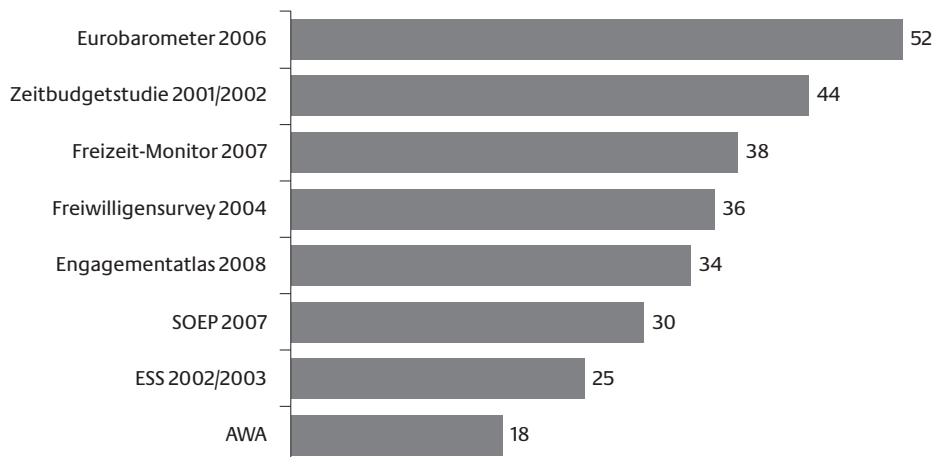
Andererseits ist die weitreichende institutionelle Einbindung des Engagements in zivilgesellschaftliche Organisationen Anlass, diese organisationsbezogene Sphäre als zweite Analyseebene in die Betrachtung einzubeziehen. Damit gilt es herauszufinden, wie sich die Zahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihren einzelnen Rechtsformen entwickelt hat und welche Zusammenhänge zwischen organisationsbezogenen Kontexten und dem individuellen Engagement auszumachen sind.

Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass gerade das bürgerschaftliche Engagement für, in und von Familien häufig nicht im Kontext dieser Organisationen stattfindet, sondern in deren Vorfeld und/oder außerhalb dieser erfolgt. Engagement im nichtorganisierten und informellen Bereich wird deshalb nicht aus unseren Betrachtungen ausgeschlossen; vielmehr wird bewusst versucht, diese Formen, zu denen bislang wenig gesicherte Daten vorliegen, in die Analysen einzubeziehen und ihnen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Zur Erstellung des vorliegenden Berichts waren innerhalb der knapp bemessenen Zeit eigenständige empirische Erhebungen nicht vorgesehen. Daher stützt sich der Bericht weitgehend auf die Ergebnisse und die Daten bereits vorhandener Untersuchungen. Dies ist allerdings mit einer Reihe von Nachteilen behaftet: So hat sich zwar das empirische Wissen über das bürgerschaftliche Engagement und die Zivilgesellschaft in den letzten zehn Jahren deutlich verbessert; noch nie sind so viele wissenschaftliche Veröffentlichungen zu diesen Themen erschienen. Gleichzeitig bestehen aber zahlreiche Wissenslücken, existierende Daten sind oft nicht ausreichend belastbar oder sie liegen nicht in der erforderlichen Differenziertheit vor. Erschwerend erweist sich darüber hinaus, dass bei der vergleichenden Betrachtung unterschiedlicher Analyseergebnisse und bei der Prüfung ihrer Aussagefähigkeit es zu recht differenten Befunden kommt. Diese vermitteln ein zum Teil recht unterschiedliches Bild des bürgerschaftlichen Engagements.

Im Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung in Köln sind rund 40 empirische Erhebungen archiviert, die seit dem Jahr 2000 durchgeführt wurden und die Angaben zur Thematik des bürgerschaftlichen Engagements enthalten. Bezeichnenderweise sind aber lediglich wenige Untersuchungen verfügbar, die sich der Engagementthematik in der Tiefe widmen. Zumeist beschränken sich diese Erhebungen auf Einzelaspekte oder Fragen zum Engagement werden nur am Rande behandelt. Somit sind häufig ausschließlich Angaben zu speziellen Bereichen oder zu ausgewählten Gesichtspunkten des bürgerschaftlichen Engagements ausgewiesen; zu anderen Gebieten wie zu neu entstehenden Engagementfeldern fehlen Daten gänzlich. Dies belegt, dass die nutzbare empirische Datenbasis in Deutschland trotz zahlreicher Untersuchungen noch immer recht schmal ist. Hinzu kommt, dass sich die Untersuchungsergebnisse stark unterscheiden (vgl. Abb. 1.3-1).

Abbildung 1.3-1: Engagementquoten in Deutschland nach unterschiedlichen Erhebungen, in %



Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004; SOEP 24; ESS 2002/2003; eigene Berechnungen.

Quellen: Eurobarometer (European Commission 2007); Zeitbudgetstudie (BMFSFJ/Statistisches Bundesamt 2003); Freizeit-Monitor (BAT Stiftung für Zukunftsfragen 2008); AWA – Institut für Demoskopie Allensbach 2008; Engagementatlas (Prognos/Generali 2009)

Der Anteil Engagierter an der Wohnbevölkerung in Deutschland (Engagementquote) variiert je nach Untersuchung erheblich. Neben Unterschieden in den Stichproben und in den Erhebungsmethoden sind die Ursachen in den diversen Konzepten und ihrer Operationalisierung zu sehen. Das heißt, bei diesen Diskrepanzen muss es sich nicht einfach um Fehler oder ein Anything-goes-Prinzip der empirischen Engagementforschung handeln, sondern vielmehr führen die unterschiedlichen Ansätze zwangsläufig zu voneinander abweichenden Resultaten. Dies findet bei der Präsentation und Rezeption entsprechender Umfrageergebnisse bislang nicht die nötige Beachtung.

Die Konzepte selbst stehen in Wechselwirkung zu „Diskursen und Konjunkturen“ (Künemund 2006a; Künemund/Schupp 2008), die um das Engagement geführt werden. Seit geraumer Zeit wird ein sehr weites Verständnis von Engagement propagiert und eingefordert. Damit werden Engagementformen einbezogen, die nicht mit der Übernahme eines Ehrenamtes oder einer konkreten Funktion einhergehen.

Beispielsweise fragt das Eurobarometer nach aktiver Mitgliedschaft oder ehrenamtlicher Tätigkeit. Wenn dies 52% der befragten Personen in Deutschland als zutreffend angeben, erscheint diese Quote relativ hoch. Sie relativiert sich aber in Hinblick auf Ergebnisse des Freiwilligensurveys, wenn man die freiwillig Engagierten und *nur* gemeinschaftlich Aktiven⁴ addiert: Die Quote lag demnach im Jahre 2004 bei 66% der Wohnbevölkerung.

Vergleicht man den Freiwilligensurvey und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), so sind – neben methodischen Gesichtspunkten wie Telefon- oder mündlichen Interviews – jeweils anders angelegte Fragestellungen und die dahinter stehenden Konzepte von Engagement für die unterschiedlichen Ergebnisse verantwortlich: Während das SOEP nach „ehrenamtlichen Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten“

⁴ Der Freiwilligensurvey unterscheidet zwischen nicht aktiv, aktiv und freiwillig engagiert. Aktivität bzw. aktiv bedeutet, dass der Befragte z. B. in einer Mannschaft in einem Sportverein mitspielt. Als Engagierter gilt er erst dann, wenn er dort Aufgaben bzw. Arbeiten (z. B. Gerätewart) freiwillig übernommen hat, die er unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung ausübt.

fragt, geht der Freiwilligensurvey bewusst über „Ehrenämter“ und den im SOEP vorgegebenen organisatorischen Rahmen des Engagements hinaus. Der European Social Survey (ESS) weist die niedrigste Quote für Deutschland aus. Er unterscheidet zwischen Mitgliedschaft, Teilnahme an den Aktivitäten von Organisationen, Geldspenden sowie ehrenamtlichen Tätigkeiten und gibt konkrete Organisationsbereiche vor.

Die beispielhaft angeführten konzeptionellen Unterschiede für den Engagementbegriff haben Konsequenzen für die Engagementquoten und für die Erfassung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen: Beispielsweise liegt die Engagementquote in Deutschland in der Altersgruppe ab 50 Jahren laut Freiwilligensurvey 2004 bei 32,9%. Hinsichtlich der gleichen Altersgruppe ergab für 2006 der ESS 24,9%, der Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) wiederum 12,9%. Bei letzterer Erhebung wird neben der Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit auch nach der Teilnahme an Aktivitäten in einem Verein, im kirchlichen Bereich oder in einer politischen Organisation oder Bürgerinitiative gefragt.

Eine wichtige Erkenntnis dieses Berichts besteht folglich darin, dass zum bürgerschaftlichen bzw. – eher traditionell ausgedrückt – zum ehrenamtlichen Engagement in Deutschland bereits intensiv geforscht wird und inzwischen zahlreiche Einzelergebnisse vorliegen, der gesicherte Kenntnisstand insgesamt jedoch noch immer unzureichend ist.

Das mussten wir auch für bestimmte Aspekte des Engagements im Kontext von Familie konstatieren, die bislang mehr oder weniger in Erhebungen ausgeblendet bleiben. Erforderlich wäre hier deshalb eine komplexe Betrachtungsweise, die Familien als Empfänger, Geber und Lernort von bürgerschaftlichem Engagement betrachtet. Da ein Großteil dieses Engagements von Menschen aus Familien erbracht wird (vgl. Klocke et al. 2001), liegt die Vermutung nahe, dass Familien einen bevorzugten Lernort für das nachwachsende Engagement darstellen.

Nicht nur zu einzelnen Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements, beispielsweise zum Grenzbereich zwischen organisationsgebundenem und organisationsungebundenem Engagement, bestehen Defizite in Form von Wissens- und Datenlücken. Auch bei speziellen Themen und bei Problemen wie der zunehmenden Monetarisierung oder der zurückgehenden Gemeinwohlorientierung ist der aktuelle Kenntnisstand unbefriedigend. Letztere wurden besonders in jüngster Zeit thematisiert. Hinzu kommt, dass in der Regel lediglich die positiven Seiten und Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements gesehen werden. Kritische Fragen – gesellschaftlicher Nutzen des Engagements, wer profitiert vom Engagement, Verdrängungseffekte zwischen Beschäftigung und Engagement – fallen bislang zumeist unter den Tisch.

Alle bisher wenig untersuchten Fragestellungen in ihrer vollen Breite und Tiefe in diesem Bericht zu klären war nicht möglich. Aufgrund der sekundäranalytischen Herangehensweise konnten nur jene Bereiche und Themen aufgegriffen werden, zu denen bereits Ergebnisse vorlagen. Die Benennung und das Sichtbarmachen von Defiziten sowie das Aufzeigen, wie sie zu mindern oder zu beseitigen sind, gehören zu den Grundintentionen des vorliegenden Berichts und werden besonders in den beiden letzten Kapiteln vorgenommen.

Die sekundäranalytische Aufarbeitung vorhandener Untersuchungen erfolgte in zweierlei Hinsicht: Zum einen wurden Forschungsergebnisse direkt aus den im Rahmen dieses Berichts erstellten Gutachten, weiteren Studien und publizierten Beiträgen übernommen. Mittels der Expertisen (vgl. Anhang 1) gelang es, zusätzliche Daten und deren Interpretationen zu erschließen. Sie boten auch die Möglichkeit, die Ergebnisse von speziellen und besonders aktuellen Forschungsprojekten in den Bericht einfließen zu lassen und Stellungnahmen von mit der Thematik des bürgerschaftlichen Engagements sehr vertrauten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einzuholen.

Zum anderen wurden verfügbare Datensätze, z. B. aus dem Freiwilligensurvey, dem SOEP oder dem European Social Survey, unter den für den Bericht relevanten Fragestellungen erneut ausgewertet. In beiden Fällen musste eine gezielte Auswahl getroffen werden und eine Beschränkung erfolgen (vgl. Tab. 1.3-1).

Tabelle 1.3-1: Im Bericht verwendete empirische Erhebungen und Studien zum bürgerschaftlichen Engagement

Empirische Erhebung	Erhebungsjahr	Verantwortliche Institution(en)	Fallzahl/Methodik	Quelle
ALLBUS	Seit 1980 (im 2-Jahresabstand, 1990–1992 jährlich)	GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften; Datenerhebung: TNS Infratest Sozialforschung	3.469 (2008), die zum Befragungszeitpunkt vor dem 1.1.1990 geboren und deutschsprachig sind. Mündliche Befragung mit standardisiertem Frageprogramm (CAPI) Zweistufige disproportional geschichtete Zufallsauswahl in West- und Ostdeutschland.	Datensatz
Engagementatlas 09	2008	AMB Generali Holding AG; Datenerhebung: Prognos	44.012 Telefoninterviews (5-Minuten-Dauer) mit Personen ab 16 Jahren. Auf Landkreisebene quotierte Befragung, innerhalb jedes Landes reine Zufallsstichprobe.	Publikation
European Social Survey (ESS 1)	2002/2003	European Science Foundation; Nationaler Koordinator: Jan W. van Deth (Uni Mannheim); Datenerhebung in Deutschland: infas (Bonn)	42.359 in 22 Ländern ab 15 Jahren. Deutschland: 2.919 Befragte. Mündliche Befragung mit standardisiertem Frageprogramm (CAPI). Zweistufige disproportional geschichtete Zufallsauswahl in West- und Ostdeutschland.	Datensatz
Freiwilligensurvey	1999/2004	BMFSFJ; Datenerhebung: TNS Infratest Sozialforschung	14.922 (1999) und 15.000 (2004) ab 14 Jahren (deutschsprachig). Computergestützte telefonische Interviews (CATI). Die Stichprobenziehung erfolgte nach dem sog. ADM-System.	Datensatz
Freizeit-Monitor 2007	2007	BAT Stiftung für Zukunftsfragen; Datenerhebung: Ipsos	3.000 Telefoninterviews mit Personen ab 14 Jahren. Die Zielhaushalte wurden „at random“ ausgewählt.	Publikation
IAB-Betriebspanel	Seit 1993 (jährlich)	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB); Datenerhebung: TNS Infratest Sozialforschung	15.644 Betriebe (2007). Mündliche Betriebsbefragung (Wiederholungsbefragung). Ziehung der Zufallsstichprobe auf Basis einer aus der BA-Beschäftigtenstatistik generierten Betriebsdatei.	IAB

Empirische Erhebung	Erhebungsjahr	Verantwortliche Institution(en)	Fallzahl/Methodik	Quelle
Fortsetzung				
Online-Befragung Studierender (HISBUS)	2008	HIS Hochschul- Informations-System GmbH	5.912 Studentinnen und Studenten. Die Mitglieder dieses Online-Panels werden aus dem Teilnehmerkreis anderer vom HIS durchgeführter schriftlicher Befragungen gewonnen.	Publikation
15. Shell Jugendstudie	2006	Shell Deutschland Holding; Datenerhebung: TNS Infratest Sozialforschung	2.532 deutschsprachige Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren. Mündliche Befragung mit standardisiertem Frageprogramm (CAPI). Quotenstichprobe (Quota-Sample).	Publikation
Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)	Seit 1984 (jährlich)	DIW Berlin; Datenerhebung: TNS Infratest Sozialforschung	11.689 Haushalte mit 20.886 befragten Personen ab 17 Jahren (2007). Mündliche Wiederholungsbefragung mit standardisiertem Frageprogramm (CAPI); neben Deutsch auch in Türkisch, Italienisch, Griechisch, Serbisch, Spanisch.	Datensatz
Special Eurobarometer 273	2006	Europäische Kommission; Datenerhebung in Deutschland: TNS Infratest Sozialforschung	26.755 Befragte ab 15 Jahren in den damaligen 25 EU-Ländern + Bulgarien und Rumänien (in jeweiligen Landessprachen). Deutschland: 1.504 Befragte. Mündliche Befragung mit standardisiertem Frageprogramm (CAPI). Mehrstufige Zufallsauswahl (Zufallsstichprobe).	http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs_273_eng.pdf
Studierendensurvey	Seit 1983 (alle 2-3 Jahre)	AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz im Auftrag des BMBF	8.350 (WS 2006/07): Sample Studierende: Zufallsverfahren (jeweils jeder zehnte an den beteiligten Hochschulen immatrikulierte Studierende mit deutscher Staatsangehörigkeit), schriftliche Befragung.	Publikation
Sportentwicklungsbericht 2007/2008	2005 (1. Welle), 2007 (2. Welle)	Institut für Sportökonomie und Sportmanagement an der Deutschen Sporthochschule Köln	13.068 Sportvereine (2007); Grundlage der Stichprobe ist die von den 16 Landessportbünden zur Verfügung gestellten E-Mailadressen von Vereinen; Online Befragung	Publikation
DJI-Kinderbetreuungsstudie	2004/2005	Deutsches Jugendinstitut e. V. (DJI)	Telefoninterviews (deutsch) in 8.000 Haushalten mit mindestens einem Kind unter 7 Jahren. Zufallsauswahl aller Telefonhaushalte.	Publikation
Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE)	2004/2007	Europäische Kommission/US National Institute on Aging; Nationale Koordination: Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demografischer Wandel (MEA); Datenerhebung in Deutschland: infas	Personen im Alter von 50 Jahren und älter. 1. Welle: 12 Länder (31.115 Befragte), 2. Welle: 13 Länder (33.281 Befragte), Deutschland: 3.008 (1. Welle) und 2.568 (2. Welle) Befragte. Mündliche Wiederholungsbefragung.	Datensatz
Wirkungsforschung im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser	2007	Ramboll Management GmbH	Wirkungsforschung diverser Mehrgenerationenhäuser.	Publikation
Fachwissenschaftliche Begleitung Lokale Bündnisse für Familie	2004	Deutsches Jugendinstitut e. V. (DJI)	Telefoninterviews mit 70 Vertreterinnen und Vertreter Lokaler Bündnisse.	Ergebnisbericht (unveröffentlicht)

Empirische Erhebung	Erhebungsjahr	Verantwortliche Institution(en)	Fallzahl/Methodik	Quelle
Fortsetzung				
Datenerhebung im Rahmen des vom BMFSFJ geförderten Projekts „Den Familienbezug von Selbsthilfegruppen verdeutlichen und die Familienorientierung der Selbsthilfeunterstützung stärken“	2004	Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS)	Befragung von 360 Selbsthilfeorganisationen mit Familienbezug.	Publikation
Untersuchung zu kommunalen Ansätzen im Bereich familienunterstützender Dienstleistungen	2007	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS)	Literaturstudie, Fragebogenerhebung	Publikation
Formen und Arrangements der Betreuung von Vorschulkindern	2005	TNS Infratest Sozialforschung	Sonderauswertung auf Grundlage des Freiwilligensurveys 2004. Erstellung eines Kinderdatensatzes für 2.343 Vorschul Kinder.	Publikation
Gemeinschaftliche Wohnmodelle als Ausweg aus dem Unterstützungs- und Pflegedilemma	2006–2008	Netzwerk „Soziales neu gestalten“	490 Interviews in vier Wohnmodellen. Methodik in Anlehnung an die Social-Return-on-Investment-Analysen und Welfare-Mix-Analyse von sechs Fallstudien.	Expertise Publikation (i. E.)
Möglichkeiten und Grenzen selbstständiger Lebensführung in privaten Haushalten (MUG III)	2002/2003	TNS Infratest Sozialforschung, Deutsches Zentrum für Altersforschung	Querschnittsbefragung von 57.617 Personen mittels repräsentativer Haushaltsstichprobe plus Zusatzuntersuchungen.	Publikation
Möglichkeiten und Grenzen selbstständiger Lebensführung in stationären Einrichtungen (MUG IV)	2005	TNS Infratest Sozialforschung, Universität Heidelberg, Abt. für Psychologische Altenforschung, ISG	Repräsentativerhebung: 4.229 Interviews in stationären Einrichtungen. Zusatzuntersuchung: Fragebogenerhebung bei 584 Angehörigen und Freiwilligen.	Publikation
Freiwilliges Engagement in Einrichtungen für ältere Menschen, Kinder und Jugendliche sowie für Menschen mit Behinderung	2005	TNS Infratest Sozialforschung	Sonderauswertung des Freiwilligensurveys 2004.	Publikation
Care und bürgerschaftliches Engagement	2008	Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze)	Sekundäranalyse	Expertise
Wissenschaftliche Begleitung des Bundesmodellprogramms Generationsübergreifende Freiwilligendienste	2005–2008	Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze)	Multimethodischer Ansatz: qualitative Interviews, Gruppendiskussion, schriftliche Befragungen aller am Modellprogramm beteiligter Akteure (Träger, Einsatzstellen und Freiwillige). Unter anderem belief sich die Rücklaufquote der schriftlichen Befragung der Einsatzstellen an drei Zeitpunkten zwischen n = 577–682 Antworten; unter 9.000 Freiwilligen wurden am letzten Befragungszeitpunkt 2.608 Fragebögen durchgeführt; Durchführung von elf Werkstattgesprächen.	Publikation

Im vorliegenden Bericht wird ein pragmatisches Vorgehen bei der Nutzung unterschiedlicher Datensätze bzw. Erhebungen gewählt, indem deren jeweilige spezifische Vorteile gezielt genutzt werden. Hinsichtlich des SOEP ist es vor allem die Möglichkeit zur Untersuchung langfristiger Entwicklungen und von Längsschnittanalysen. Der Freiwilligen-survey wiederum bietet die Möglichkeit zur Analyse von Charakteristika der Engagierten und Merkmalen ihres Engagements (z. B. Engagementbereiche oder Zielgruppen des Engagements). European Social Survey, Eurobarometer und SHARE bieten besonders wichtige Informationsquellen für internationale Vergleiche.

Für die Zukunft bleiben aber wichtige methodische Herausforderungen bei der Erfassung von Engagement. Eine fundierte empirische Engagementforschung ist daher erst noch zu schaffen.

Insgesamt fehlen noch immer gesicherte Daten, die tiefer gehende Differenzierungen nach Engagementthemen, regionalen Kriterien oder verschiedenen sozialstrukturellen Gruppierungsmerkmalen ermöglichen. Auch die sich im bürgerschaftlichen Engagement vollziehende Dynamik der letzten Jahre wird gegenwärtig nur begrenzt abgebildet. Dies steht im krassen Gegensatz zur derzeit stattfindenden weiteren Ausprägung der Zivilgesellschaft, die mit einer zunehmenden Stärkung der Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger einhergeht. Selbst mit dem Freiwilligen-survey oder dem SOEP als Großstudien der empirischen Sozialforschung sind bei Weitem nicht alle aufgeworfenen Fragen zu beantworten.

Für die Zukunft muss deshalb die Datenlage in diesem Bereich verbessert werden. Eine Lösung des Datenmangels, bei dem Aufwand und Kosten in vertretbarem Umfang bleiben, ist nur durch eine umfassende und auf Dauer gestellte Basiserhebung möglich. Diese könnte als Zusatzerhebung an den Mikrozensus anschließen und vom Statistischen Bundesamt verantwortet werden; in Österreich beispielsweise wurde eine solche Vorgehensweise bereits erfolgreich realisiert. Gleichzeitig kann auf diesem Wege auch die Forderung nach einer fundierten Langzeitbetrachtung erfüllt werden.

Allerdings haben solche auf das Individuum bezogene Befragungen keine Auswirkungen auf die Verbesserung der Datenlage hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Durchführung organisationsbezogener Erhebungen erweist sich deshalb in einem gleichen Maße als erforderlich.

Der vorliegende Bericht muss aufgrund des Fehlens einer entsprechenden Datenbasis auf eine Analyse der Vereinsregister zurückgreifen, bei den Stiftungen Angaben aus speziellen Datenbanken nutzen sowie Statistiken von verschiedenen Organisationen einbeziehen. Alles in allem stellt sich die Situation hier insgesamt komplizierter als auf der individuellen Ebene dar, denn sämtliche Datenquellen verfügen über eine äußerst beschränkte Aussagekraft: In der Regel ist sie auf die Anzahl der Organisationen, der in ihnen beschäftigten hauptamtlichen Mitarbeiter sowie auf einige Leistungsdaten begrenzt.

Ferner fehlt es an weitergehenden aktuellen und repräsentativen Organisationserhebungen, die einen tieferen Einblick in die Struktur und Arbeitsweise der Organisationen

sowie die Einbindung des Engagements vermitteln könnten, wie sie beispielsweise in den 1990er-Jahren im Rahmen der deutschen Teilstudie des Johns Hopkins Projekts (vgl. Zimmer/Priller 2006) durchgeführt wurden. Das von einem Verbund von Stiftungen initiierte Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ wird frühestens ab 2010 erste Daten zur Verfügung stellen; es ist jedoch abzusehen, dass es nicht in der Lage sein wird, das gesamte hier vorhandene Defizit zu beseitigen.

Erforderlich sind deshalb die folgenden Schritte: Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sollten Angaben über aufzubauende Zentralregister liefern, und zwar bezogen auf die jeweiligen Rechtsformen. Das heißt, die Vereinsregister, die bei den Amtsgerichten geführt werden, sind zu einem Register zusammenzuführen, um bestimmte Grunddaten zeitnah und ohne spürbaren Aufwand zu erhalten. Ferner sollten auch Stiftungen und jene Teile von Genossenschaften, gGmbHs und anderen Rechtsformen, die zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen gerechnet werden, entsprechende Daten zur Verfügung stellen.

II.

Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements

2.1 Einleitung

Das folgende Kapitel stellt die Struktur und Entwicklung des Engagements auf der individuellen Ebene und auf der Ebene der zivilgesellschaftlichen Organisationen dar. Die parallele Betrachtung erfolgt aufgrund deren wechselseitigen Verhältnisses. Organisationen sind Ergebnis von Engagement. Gleichzeitig ist das Engagement zu einem großen Teil an Organisationen gebunden. Die in den Organisationen stattfindenden Veränderungen wirken sich wiederum auf das Engagementverhalten aus. Nur eine nachhaltige organisatorische Infrastruktur ermöglicht das individuelle Engagement und damit verbundene Innovationen. Die Organisationen sorgen für die Motivation, Bereitschaft und Einbindung der Engagierten. Gleichwohl ist Engagement nicht auf den organisatorischen Kontext beschränkt.

Die im vorherigen Kapitel benannten empirischen und methodischen Probleme betreffen das vorliegende Kapitel in besonderer Weise. Durch die Auswertung zahlreicher Datensätze und Untersuchungen soll dennoch ein möglichst präzises Bild des bürgerschaftlichen Engagements gegeben werden. Hierfür wurde ein sekundäranalytisches Vorgehen gewählt.

Zu Beginn werden in Abschnitt 2.2.1 die Engagementbereiche behandelt. Anschließend geht es um die Frage, wo und wie sich die Bürgerinnen und Bürger engagieren (2.2.2). Dem folgt die Darstellung der Engagemententwicklung (2.2.3). Schließlich werden regionale, demografische und sozioökonomische Einflussmerkmale des Engagements und der Bereitschaft zur Aufnahme einer Engagementtätigkeit behandelt (2.2.4). Ein wichtiger Punkt ist die Analyse des Engagements unter dem Blickwinkel der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Engagement (2.2.5). Mit Mitgliedschaft (2.2.6) und Spenden (2.2.7) werden zwei wichtige Engagementformen behandelt. Danach werden die zukünftigen Entwicklungen und die Engagementpotenziale untersucht (2.2.8). Den Abschluss bildet eine kurze Darstellung der Situation Deutschlands in der europäischen Perspektive (2.2.9).

Abschnitt 2.3 hat die Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements auf der Ebene der zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Gegenstand. Einer allgemeinen Darstellung zivilgesellschaftlicher Organisationen bzw. des Dritten Sektors (2.3.1) folgt die Analyse spezieller Organisationen (2.3.2). Neben Vereinen und Verbänden (Abschnitt 2.3.3) werden Stiftungen und Bürgerstiftungen (Abschnitt 2.3.4), Freiwilligendienste (Abschnitt 2.3.5), Wohlfahrtsverbände (2.3.6), Kirchen (2.3.7) und das Internet (2.3.8) als wichtige Engagementräume in den Blick genommen.

Das Kapitel ist nicht auf alle Aspekte des Engagements, insbesondere was seine Demokratie- und Partizipationsfunktion betrifft, umfassend eingegangen. Dasselbe gilt auch für die Engagementformen. Zu vielen Fragen erlaubt die gegenwärtige Datenlage keine bzw. keine differenzierten Analysen.

2.2 Struktur und Entwicklung des Engagements auf individueller Ebene

2.2.1 Engagementbereiche

Bürgerschaftliches Engagement ist in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens anzutreffen. Wir finden es in der politischen Interessenvertretung, aber auch in der Freizeit und in der Pflege. Entsprechend der Klassifikation des Freiwilligensurveys⁵ ergibt sich die in Tabelle 2.2-1 dargestellte Engagementstruktur.

Tabelle 2.2-1: Verteilung der Engagementbereiche, 1999 und 2004, in %

Engagementbereiche	1999	2004
Sport und Bewegung	21,9	19,8
Schule/Kindergarten	11,4	13,0
Kirche/Religion	10,7	10,4
Sozialer Bereich	8,2	10,0
Kultur und Musik	9,8	9,8
Freizeit/Geselligkeit	10,8	8,9
Politische Interessenvertretung	5,4	5,0
Unfall-, Rettungsdienste/Feuerwehr	4,5	5,0
Umwelt-, Naturschutz/Tierschutz	3,1	4,5
Jugendarbeit ¹ /Erwachsenenbildung	3,1	4,0
Berufliche Interessenvertretung ²	4,7	3,9
Gesundheitsbereich	2,1	1,6
Justiz/Kriminalitätsprobleme	1,6	0,8
Sonstiges	2,7	3,3
Gesamt	100	100

1 Außerschulische Jugendarbeit. – 2 Außerhalb des Betriebes.
Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999 und 2004; eigene Berechnungen.

Den größten Engagementbereich stellt im Jahre 2004 Sport und Bewegung dar, wenn auch gegenüber 1999 mit sinkender Tendenz. Der Sportentwicklungsbericht 2007/2008 (vgl. Breuer 2009), der das bürgerschaftliche Engagement in Sportvereinen speziell auf der Vorstands- und Ausführungsebene untersucht, gelangt zu einer drastischen Einschätzung der Situation: Die Bindung bzw. Gewinnung ehrenamtlicher Mitarbeiter stellt mittlerweile für eine Reihe von Sportvereinen ein existenzielles Problem dar. Hochgerechnet auf alle Sportvereine engagieren sich 2.081 Mio. Mitglieder in ehrenamtlichen Positionen.

⁵ Der Freiwilligensurvey wurde 1999 und 2004 im Auftrag des BMFSFJ durchgeführt. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden jeweils knapp 15.000 Männer und Frauen ab 14 Jahren in Deutschland telefonisch zu ihrem Freiwilligenengagement befragt. Dabei wurde einerseits zwischen der aktiven Mitwirkung in Vereinen, Initiativen, Projekten u. Ä. (Aktivität) und andererseits der freiwilligen Übernahme von Aufgaben und Arbeiten (freiwilliges Engagement) unterschieden.

Gegenüber dem Sportentwicklungsbericht 2005/2006 ist dies ein beträchtlicher Rückgang um 21,1%. Dieser Rückgang betrifft Frauen und Männer gleichermaßen und insbesondere die Ausführungsebene (wie Trainer, Übungsleiter, Schieds- und Kampfrichter). Bei diesen Angaben sind nicht diejenigen 6,6 Mio. miterfasst, die sich bei Vereinsfesten, Sportveranstaltungen, Putzaktionen u. ä. engagieren. Der zweitgrößte Bereich ist Schule und Kindergarten (z. B. Eltern- oder Schülervertretung), der im Vergleich zu 1999 zugenommen hat. Der Anteil von Kirche und Religion als Engagementbereich hat sich nicht verändert. Dagegen findet jetzt mehr Engagement im sozialen Bereich (in einem Wohlfahrtsverband oder in einer anderen Hilfsorganisation) statt. Der Anteil von Kultur und Musik als Engagementbereich blieb ebenfalls unverändert; das Engagement im Bereich Freizeit und Geselligkeit (z. B. in einer Jugendgruppe oder einem Seniorenklub) ist im Vergleich zu 1999 zurückgegangen. Die sechs größten Engagementbereiche Sport und Bewegung, Schule und Kindergarten, Kirche und Religion, Sozialer Bereich, Kultur und Musik sowie Freizeit und Geselligkeit umfassen über 70% aller Engagementtätigkeiten.

2.2.2 Organisationsformen des Engagements

Engagement findet in unterschiedlichen Organisationsformen statt. Man unterscheidet zwischen organisationsgebundenen und -ungebundenen Formen. Engagement in Organisationen erfolgt u. a. in Vereinen, Verbänden, kirchlichen Gruppen oder Stiftungen, außerhalb von Organisationen z. B. in Initiativen und Nachbarschaften.

Der Freiwilligensurvey zeigt die Dominanz von Vereinen bzw. eines vereinsgestützten Engagements (vgl. Tab. 2.2-2). Weiterhin bilden die Kirchen, religiöse Vereinigungen und selbstorganisierte Gruppen (Selbsthilfegruppen, Projekte, Initiativen) einen wichtigen Ort für das Engagement.

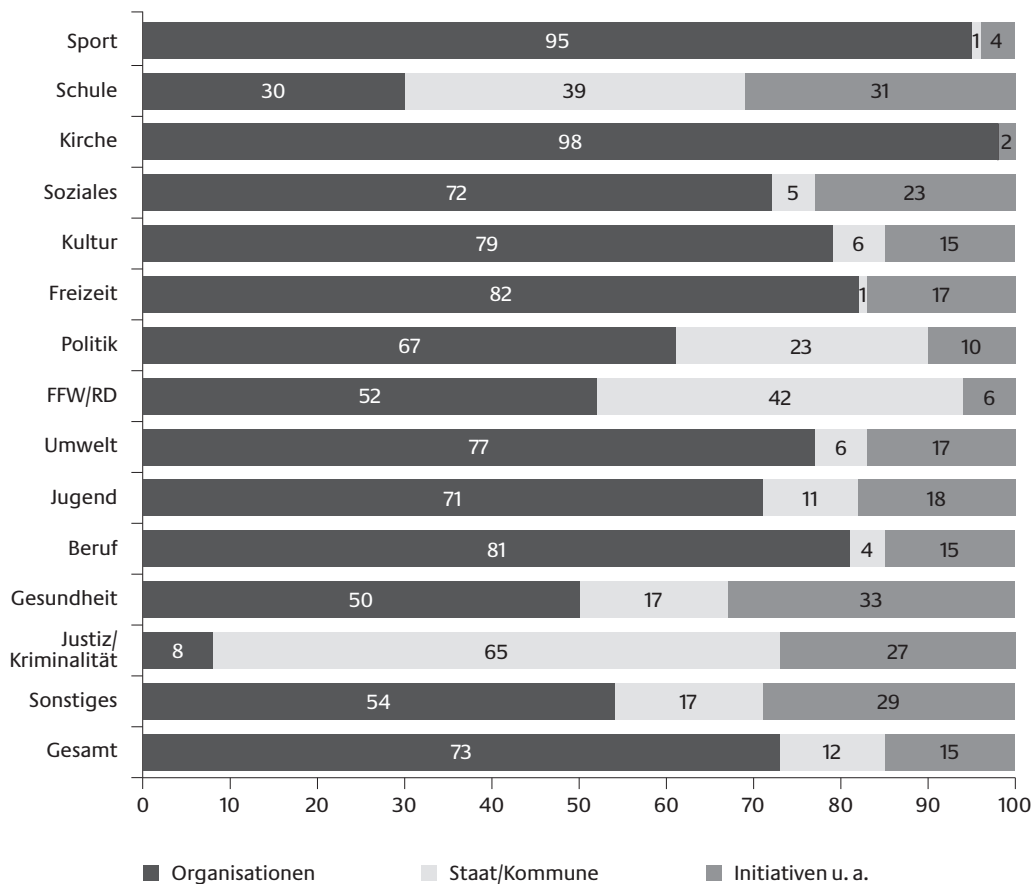
Tabelle 2.2-2: Organisatorischer Rahmen des freiwilligen Engagements, 1999 und 2004, in %

Organisatorischer Rahmen	1999	2004
Verein	43,2	43,4
Kirche/religiöse Vereinigung	14,1	14,9
Verband	7,5	7,0
Private Einrichtung/Stiftung	2,1	3,2
Partei	3,8	2,8
Gewerkschaft	2,1	1,8
Selbsthilfegruppe/Initiative/Projekt ¹	16,4	14,9
Staatliche/kommunale Einrichtung	10,8	12,0
Gesamt	100,0	100,0

¹ Einschließlich Sonstiges.

Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999 und 2004; eigene Berechnungen.

Der Stellenwert der einzelnen Organisationsformen ist je nach Engagementbereich sehr unterschiedlich (vgl. Abb. 2.2-1).

Abbildung 2.2-1: Anteile der Organisationsformen nach Engagementbereichen, 2004, in %¹

¹ Organisationen: Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, Stiftungen; Initiative u. a.: Initiativen, Projekte, Selbsthilfegruppen, sonstige Organisationsformen.
Quelle: Darstellung nach BMFSFJ (2005); eigene Berechnungen.

Das vereins- und verbandsgestützte Engagement dominiert in den Bereichen Sport und Bewegung, Kultur und Musik, Freizeit und Geselligkeit sowie im Umwelt-, Natur- und Tierschutz. Bei der beruflichen Interessenvertretung bilden die Gewerkschaften den wichtigsten organisatorischen Rahmen. Das Engagement im Bereich Kirche und religiöse Vereinigung nutzt die dort bestehenden organisatorischen Formen.

Für das Engagement in den Bereichen Schule und Kindergarten, politische Interessenvertretung (Stadtbezirksversammlungen, Gemeindevertretungen u. Ä.), Unfall-, Rettungsdienste und Freiwillige Feuerwehr sowie Justiz/Kriminalität (z. B. Schöffen oder Bewährungshelfer) bilden staatliche und kommunale Einrichtungen als Orte des Engagements wichtige Rahmenbedingungen.

Selbstorganisierte Gruppen sind in den Bereichen Schule und Kindergarten sowie Gesundheit – fast ein Drittel der entsprechenden Engagementtätigkeiten findet in selbstorganisierten Gruppen statt – und Soziales (23% aller Tätigkeiten) stark vertreten.

Trotz der Bedeutung, die Vereine, Verbände und andere zivilgesellschaftliche Organisationen für das Engagement besitzen, würde eine Fokussierung auf sie der Wirklichkeit nicht gerecht. Darauf verweist schon die große Rolle, die selbstorganisierte Gruppen innehaben. Immer stärker setzt sich ein Verständnis von Engagement durch, das nachbarschaftliche und soziale Netzwerke miteinbezieht (vgl. Hoch et al. 2007; Sauer 2009).

Die eher noch unklaren Begrifflichkeiten verweisen einerseits auf die bislang unzureichende Beschäftigung mit dieser Thematik, andererseits auf Überschneidungen und fließende Übergänge zwischen den Engagementorten, z. B. den Selbsthilfegruppen. Neben dem organisationsgebundenen Engagement finden wir – so etwa mit Blick auf Selbsthilfegruppen, Initiativen und Projekte – Umschreibungen wie „weniger fest geknüpfte Strukturen“ (BMFSFJ 2005a: 128), selbstorganisierte Gruppen (eine Kategorie im Freiwilligensurvey) und weniger streng formalisierte Organisationsformen. Darüber hinaus existieren Begrifflichkeiten wie „nichtorganisierte Engagementformen“ bzw. „organisationsungebundenes Engagement“. Für die Unterscheidung von organisationsgebundenem und -ungebundenem Engagement wird zunehmend das Begriffspaar formelles und informelles Engagement verwendet.

Das informelle Engagement (vgl. dazu ausführlich Kapitel III) wird in Deutschland nicht systematisch und regelmäßig erfasst, im Unterschied etwa zur amtlichen Statistik in Österreich und der Schweiz. In Deutschland ist informelles Engagement, mit Blick auf Armutsforschung, soziale Netzwerke, Migrantenumilieus, Stadt- und Stadtteilmforschung, bisher vor allem in Einzelstudien thematisiert.

Daten aus dem ALLBUS zeigen, dass dies seiner Bedeutung bei Weitem nicht gerecht wird. Im Jahre 2008 gaben 48,7% der Befragten häufige oder sehr häufige nachbarschaftliche Kontakte an gegenüber 15,4%, die keinen/seltenen Kontakt haben (36% hatten gelegentlich Kontakt). Unter den Befragten waren 23% Mitglied einer informellen Gruppe.⁶ Laut Freizeit-Monitor 2007 gaben 58% der Befragten in Deutschland an, handwerklich im Freundeskreis tätig zu sein, darunter 19% täglich bis einmal pro Monat. Nach der gleichen Quelle leisten 81% Nachbarschaftshilfe, darunter 34% von täglich bis einmal pro Monat (vgl. BAT Stiftung für Zukunftsfragen 2008). Opaschowski (2008) zufolge helfen von den Deutschen insgesamt 41% Freunden und 30% Nachbarn.

Gegenwärtig wird die Frage kontrovers diskutiert, ob das informelle Engagement ebenso wie das formelle Engagement durch einen Mittelschichtbias geprägt ist. Eine Untersuchung von Schneekloth (2008) kommt zu dem Ergebnis, dass dies auch für das informelle Engagement zutrifft. Dagegen gelangen entsprechende Untersuchungen in Migrantenumilieus (vgl. Kabis-Staubach/Staubach 2008) bzw. in der Stadt- und Stadtteilmforschung (vgl. Neef/Keim 2007) zu dem gegenteiligen Schluss.

Es besteht weiterhin die Frage, ob sich formelles und informelles Engagement zueinander ergänzen. Die Existenz eines Mittelschichtbias auch im informellen Engagement würde eher für die Komplementärthese sprechen. Die Untersuchungen von Dekker (2008) und Hank/Stuck (2008) bestätigen diese Komplementärthese, ebenso der Freiwilligensurvey.

In Tabelle 2.2-3 wird die nicht aktive, aktive und freiwillig engagierte Bevölkerung (ab 14 Jahren) als Empfänger informellen Engagements (Hilfe erhalten von Nachbarn, Bekann-

⁶ „Gehören Sie einer Gruppe an, die sich regelmäßig trifft oder regelmäßigen Kontakt hat und nicht als Verein organisiert ist?“ Im weiteren Fragetext konkretisiert als privat organisierte Gruppen wie Stammtisch, Wandergruppen, Diskussions- oder Lesegruppen.

ten und Freunden) den informell selbst Engagierten (Hilfe erbringen für Nachbarn, Bekannte und Freunde) gegenübergestellt.⁷ Von allen Befragten haben im Jahre 2004 88,4% angegeben, auf Hilfe von Personen außerhalb ihres eigenen Haushaltes zurückgreifen zu können. Der Anteil der freiwillig Engagierten, die Zugang zu informellen Hilfeleistungen haben, liegt mit 92,1% noch höher. Insbesondere Freunde und Bekannte sowie Nachbarn erhalten als unterstützende Personen einen wachsenden Stellenwert. Für die Nichtaktiven erbringen Nachbarn mit einem Anteil von 30,4% Hilfeleistungen, wohingegen die freiwillig Engagierten von ihnen zu 42,6% Hilfe erhalten.

Tabelle 2.2-3: Hilfeleistung durch informelle und verwandtschaftliche Netzwerke, 1999 und 2004, in % (Mehrfachnennungen möglich)

	1999			2004		
	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt
Insgesamt Hilfe erhalten	89,9	88,8	89,4	88,7	88,2	88,4
Insgesamt Hilfe erbracht	72,3	72,8	72,5	67,2	68,0	67,6
Nicht aktiv						
Hilfe von Personen außerhalb des HH möglich	86,3	83,6	85,1	85,2	82,3	83,9
Verwandte	56,9	52,3	54,8	58,8	51,4	55,5
Nachbarn	30,7	29,5	30,1	31,7	28,8	30,4
Bekannte/Freunde	41,1	39,9	40,6	42,8	44,0	43,3
Sonstige Personen	4,4	3,0	3,7	3,6	2,5	3,1
Hilfe erbringen für Nicht-HH-Mitglieder	64,9	66,3	65,6	55,6	60,2	57,5
Verwandte	40,5	39,1	39,9	33,0	36,1	34,4
Nachbarn	23,5	27,6	25,4	20,0	23,6	21,6
Bekannte/Freunde	32,2	37,1	34,4	29,5	34,0	31,5
Aktiv						
Hilfe von Personen außerhalb des HH möglich	91,6	90,5	91,1	90,4	90,6	90,5
Verwandte	58,8	55,3	57,1	58,2	58,7	58,4
Nachbarn	35,8	37,3	36,5	38,3	38,4	38,3
Bekannte/Freunde	55,1	53,6	54,4	57,9	55,5	56,7
Sonstige Personen	3,7	2,4	3,1	4,5	2,7	3,6
Hilfe erbringen für Nicht-HH-Mitglieder	77,7	77,5	77,6	73,0	71,1	72,1
Verwandte	48,1	46,1	47,1	43,6	43,1	43,4
Nachbarn	31,0	33,6	32,3	28,8	31,1	29,9
Bekannte/Freunde	46,1	49,3	47,7	44,5	46,3	45,4
Darunter: freiwillig engagiert						
Hilfe von Personen außerhalb des HH möglich	93,5	91,1	92,2	91,4	92,8	92,1
Verwandte	59,1	56,0	57,4	59,0	60,8	59,9
Nachbarn	37,0	38,7	37,9	41,9	43,2	42,6
Bekannte/Freunde	59,7	55,4	57,4	62,0	58,9	60,4
Sonstige Personen	4,3	2,7	3,4	4,6	2,8	3,7
Hilfe erbringen für Nicht-HH-Mitglieder	82,1	80,4	81,1	78,9	77,3	78,1
Verwandte	49,6	47,5	48,5	46,2	46,9	46,6
Nachbarn	35,0	35,3	35,1	33,2	35,5	34,4
Bekannte/Freunde	52,4	51,1	51,7	50,0	52,2	51,2

Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999 und 2004; eigene Berechnungen.

⁷ Dass insgesamt mehr Personen Hilfe erhalten als Hilfe erbracht haben, liegt an der Fragestellung. „Hilfe erhalten haben“ wird in der Möglichkeitsform thematisiert, „Hilfe erbracht haben“ dagegen als Faktum.

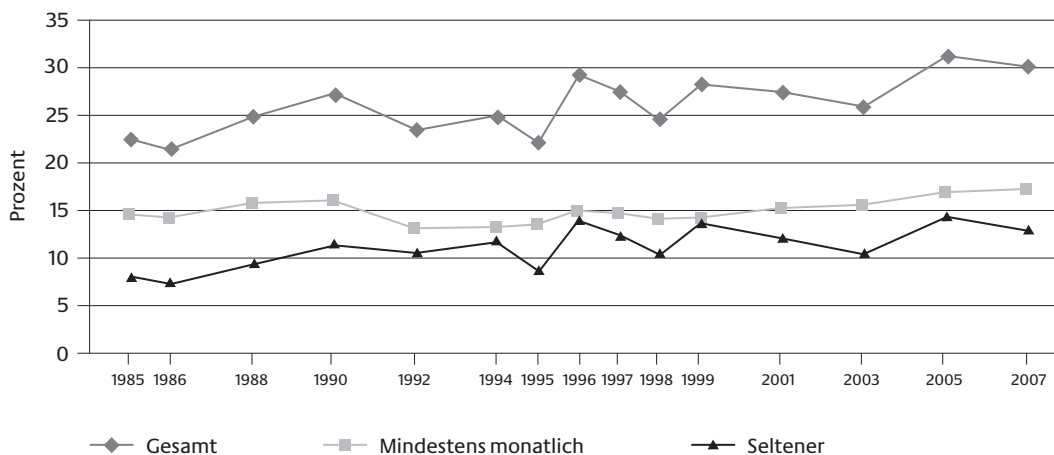
Diejenigen, die Hilfe leisten, unterscheiden sich ebenfalls in Hinblick auf ihr Engagement. Nichtaktive erbringen zu 57,5% und freiwillig Engagierte zu 78,1% Hilfe für Nichthaushaltsmitglieder. In unterschiedlichem Maße leisten aber alle Gruppen 2004 weniger Hilfe als zum ersten Befragungszeitpunkt.

Somit kann festgehalten werden, dass Nichtaktive am geringsten informelle Unterstützungsleistungen empfangen und geben. Bei Aktiven und vor allem bei Engagierten fällt dies am höchsten aus.

2.2.3 Engagemententwicklung

Nach den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)⁸, das eine langfristige Analyse des Engagements ermöglicht, ist der Anteil der Engagierten von 22,6% im Jahre 1985 auf 30,4% im Jahre 2007 gestiegen (vgl. Abb. 2.2-2). Dabei weist das regelmäßige Engagement, das mindestens einmal im Monat ausgeübt wird, eine beachtliche Stabilität und eine Zunahme auf. Es ist seit 1998 ununterbrochen gestiegen und traf 2007 für 17,2% der Bevölkerung ab 16 Jahren zu. Der Anteil der wöchentlich Engagierten liegt 2007 bei immerhin 9,1%. Gerade die regelmäßig Engagierten erreichen mit ihrem zeitlichen und kontinuierlichen Einsatz eine hohe Wirksamkeit des Engagements. Das Engagement, das seltener, d. h. in größeren Zeitabständen erbracht wird, unterliegt stärkeren Schwankungen.

Abbildung 2.2-2: Entwicklung der Engagementquote in Deutschland, 1985–2007¹, in %



¹ 1985–1988 nur alte Bundesländer.
Datenbasis: SOEP 24; eigene Berechnungen.

Eine konkrete Begründung dafür, worauf diese Schwankungen zurückzuführen sind, liegt bislang nicht vor. Die mit dem SOEP möglichen Längsschnittanalysen⁹ ergeben einen überraschenden Befund zur Dynamik des Engagements: Ein beachtlicher Teil des Engagements ist durch relativ kurzfristige Ein- und Austritte gekennzeichnet.

⁸ Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte in Deutschland, die im jährlichen Rhythmus seit 1984 bei denselben Personen und Familien durchgeführt wird. Seit Juni 1990 wurde die Studie auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgeweitet. 1994/1995 wurde die „Zuwanderer-Stichprobe“ eingeführt. Weitere zusätzliche Stichproben wurden in den Jahren 1998, 2000, 2002 und zuletzt 2006 in die laufende Erhebung integriert.

⁹ Längsschnitt- bzw. Panelanalysen sind Analysen, in denen für dieselben Personen dieselben Variablen (mit derselben Operationalisierung) zu verschiedenen Zeitpunkten erhoben werden.

In einer zurückliegenden Untersuchung (vgl. Dathe/Kistler 2002) konnte gezeigt werden, dass nur rund jeder zehnte Engagierte in den alten Bundesländern mit deutscher Staatsangehörigkeit im Zeitraum 1985–1998 durchgehend engagiert war. In den neuen Bundesländern traf dies im Zeitraum 1990–1998 auf jeden sechsten Engagierten zu. Für die anderen Engagierten lagen durch zeitliche Unterbrechungen gekennzeichnete Engagementverläufe vor. Bei 55 % der Engagierten gab es in den genannten Zeiträumen sogar drei und mehr Engagementepisoden, in den neuen Bundesländern war dies bei 46 % der Engagierten der Fall. Da die Frage zum Engagement nicht jährlich erhoben wurde, ist die Anzahl der Aus- und Wiedereintritte noch höher anzusetzen.

Das deutet darauf hin, dass ehrenamtliche Tätigkeiten durch hohe Zu- und Abgangsquoten geprägt sind. Betrachtet man nur die Zugangsquoten, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 2.2-4: Zugangsquoten in das Engagement in den alten und neuen Bundesländern im Vergleich der Zeiträume 1994/1998 und 2003/2007, in %¹

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	1994/1998	2003/2007	1994/1998	2003/2007
Gesamt	30,3	35,5	25,1	30,5
Frauen	29,2	35,0	22,5	29,9
Männer	31,6	35,9	28,7	31,3

¹ Bezugspunkt: Nichtaktive 1994 bzw. 2003.

Quelle: Expertise Ehrhardt.

Von den in den alten Bundesländern im Jahre 1994 Nichtaktiven nahmen 30,3 % bis 1998 eine ehrenamtliche Tätigkeit auf; im Vergleichszeitraum waren es von den im Jahre 2003 Nichtaktiven 35,5 %, die bis 2007 eine ehrenamtliche Tätigkeit begannen. Ein entsprechender Anstieg der Zugangsquoten ist auch in den neuen Bundesländern zu verzeichnen. Bei relativ konstanten Querschnittswerten¹⁰ bedeutet dies aber gleichzeitig, dass es auch hohe Abgangsquoten geben muss. Hinter den (Querschnitts-)Engagementquoten verbirgt sich also eine hohe Ein- und Austrittsdynamik. Dieser Befund weist auf einen hohen personellen Wechsel bei den Engagierten hin. Das heißt auch, dass der Anteil von zeitlich befristetem Engagement sehr hoch ist. Man kann deshalb von Engagementepisoden sprechen.

Eine durchgeführte multivariate Analyse¹¹ (vgl. Expertise Ehrhardt) zu den Faktoren, die eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit bedingen, belegt, dass der Bildungsabschluss bei westdeutschen Männern keine Rolle spielt; das heißt, die Engagementsaufnahme ist in dieser Hinsicht egalitär. Der Mittelschichtbias bei Männern, wie er sich bei den Querschnittsdaten zeigt, ist demnach eine Folge davon, dass Männer mit niedrigeren Bildungsabschlüssen eine kürzere Verweildauer im Engagement aufweisen als Männer mit höheren Bildungsabschlüssen. Bei Frauen ist der Bildungsabschluss von Relevanz, sein Einfluss verringert sich jedoch im Zeitverlauf. Dies deutet darauf hin, dass Bildungsniveauunterschiede für das Engagement von Frauen an Bedeutung verloren haben oder sich auch sog. bildungsferne Frauen stärker engagieren. Bildungsabschlüsse spielen für

¹⁰ Querschnittsdaten liegen vor, wenn zu einem Zeitpunkt bei verschiedenen Untersuchungsobjekten (wie Personen) die jeweiligen Ausprägungen einer oder mehrerer Variablen gemessen werden.

¹¹ Bei multivariaten Analysen betrachtet man nicht eine Variable isoliert (univariat), sondern das Zusammenwirken mehrerer Variablen zugleich.

die Engagementaufnahme in den neuen Bundesländern eine deutlich größere Rolle als in den alten Bundesländern. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen (und bei Letzteren in steigendem Maße) wird der Zugang durch das Bildungsniveau beeinflusst.

Von der Kirchenbindung und vom Grad des politischen Interesses gehen, unabhängig vom Geschlecht, deutliche Effekte aus: je häufiger der Besuch von religiösen Veranstaltungen bzw. je höher der Grad des politischen Interesses, desto höher die Zugangsquote. Die Kirchenbindung ist sowohl in den alten als auch neuen Bundesländern von großer Bedeutung. Der Einfluss des politischen Interesses auf einen Engagementsintritt ist dagegen in den neuen Bundesländern geringer.

Das Leben in Mehrpersonenhaushalten und damit auch das Zusammenleben mit Kindern sind von zentraler Bedeutung für die Engagementaufnahme. Sind andere Haushaltsmitglieder engagiert, steigt die Eintrittswahrscheinlichkeit sowohl für Frauen als auch für Männer signifikant. Vom Engagement anderer Haushaltsmitglieder geht in den neuen Bundesländern eine stärkere Wirkung aus als in den alten Bundesländern.

Über Gründe für die Austritte wissen wir zurzeit noch recht wenig. Verschiedene Untersuchungen konnten ermitteln, dass in Deutschland Arbeitsplatzverlust und die Dauer der Arbeitslosigkeit die Wahrscheinlichkeit der Engagementaufnahme stark erhöhen (vgl. Erlinghagen 2000; Sing 2001; Strauß 2008). Veränderungen von Lebens- bzw. Einkommenslagen beeinflussen die Engagementbereitschaft. Weitere Gründe sind, wie noch gezeigt wird, die engen Bindungen des Engagements an bestimmte lebensbiografische Phasen (z. B. das Zusammenleben mit Kindern und daraus resultierende Engagementgelegenheiten) oder der Charakter des Engagements selbst (z. B. die zeitliche Begrenzung einer Wahlperiode). Austritte können weiterhin durch erwerbsbedingte Zwänge (geringe zeitliche Flexibilität) hervorgerufen werden.

Insgesamt sind diese Ein- und Austritte nicht außergewöhnlich. In Engagementbereichen, die personelle Kontinuität, Verlässlichkeit und Qualifikation erfordern, beispielsweise Pflege und Betreuung, können sich aus dem häufigen Wechsel der Engagierten durchaus Probleme ergeben.

2.2.4 Regionale, demografische, sozioökonomische und kulturelle Merkmale der Engagierten

Im Folgenden werden Strukturmerkmale der Engagierten bezüglich regionaler Verteilung, Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund, Bildungsniveau, Erwerbsstatus, beruflichen Tätigkeitsanforderungen und Höhe des Haushaltsnettoeinkommens analysiert.

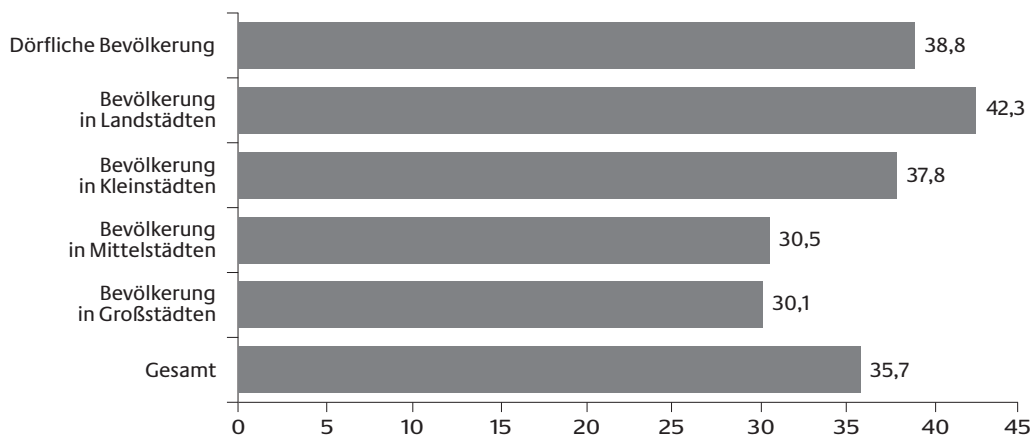
Es sind solche Merkmale, die die Sozialstruktur einer Gesellschaft insgesamt prägen. Deshalb ist es wichtig zu wissen, inwieweit sich Engagierte von Nichtengagierten unterscheiden: Was begünstigt und was behindert das Engagement?

Regionale Unterschiede

Ein wesentlicher regionaler Unterschied ist immer noch das West-Ost-Gefälle bei der Engagementquote. Nach aktuellen Zahlen beträgt dieser Unterschied 2008 fast 10 Prozentpunkte: Laut Engagementatlas sind in den ostdeutschen Bundesländern mit 26,5 % weit weniger Menschen engagiert als in Westdeutschland mit 36,3 %. Das West-Ost-Gefälle reicht über einen rein regionalen Unterschied hinaus (vgl. Prognos/Generali 2009). Neben den Nachwirkungen der DDR-Vergangenheit sind es besonders die Folgen des kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Umbruchs, die sich bis heute in manifesten sozioökonomischen Unterschieden niederschlagen und die Engagementbereitschaft beeinflussen (vgl. Priller/Winkler 2002; Roth 2001).

Weitere Unterschiede treten in Bezug auf Gemeindegrößenklassen bzw. den Urbanisierungsgrad auf: Bürgerschaftliches Engagement ist in ländlichen und kleinstädtischen Regionen häufiger zu finden als in den Mittel- und Großstädten (vgl. Abb. 2.2-3).

Abbildung 2.2-3: Engagementquoten nach Gemeindegrößenklassen, 2004, in %



Dörfliche Bevölkerung: Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern; Bevölkerung in Landstädten: 2.000 bis unter 5.000 Einwohner; Bevölkerung in Kleinstädten: 5.000 bis unter 20.000 Einwohner; Bevölkerung in Mittelstädten: 20.000 bis unter 100.000 Einwohner; Bevölkerung in Großstädten: 100.000 und mehr Einwohner. Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004; eigene Berechnungen.

Die Ursachen für diese Differenzierung sind zum einen im engeren Zusammenhalt und in der größeren sozialen Kontrolle in ländlichen Gebieten zu suchen. Zum anderen wird davon ausgegangen, dass bestehende Freizeitangebote sich auf die Engagementbereitschaft auswirken. Während das Freizeitangebot in Städten umfangreicher ist, sind die Menschen auf dem Land stärker auf sich selbst gestellt.

Geschlecht

Nach den aktuellen Zahlen von 2008 liegt die Engagementquote von Frauen bei 31,6 % und die von Männern bei 37,9 % (vgl. Prognos/Generali 2009).

Frauen sind insbesondere in jenen Bereichen engagiert, die eine Nähe zum Sozialen bzw. zur Familie aufweisen. Damit reproduzieren sich die traditionellen Rollenmuster im Engagement (horizontale Segregierung) (vgl. Tab. 2.2-5).

Tabelle 2.2-5: Engagementbereiche und Geschlecht, 1999 und 2004, in %

	1999		2004	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Sport und Bewegung	33,5	66,5	37,9	62,1
Schule/Kindergarten	64,6	35,4	61,8	38,2
Kirche/Religion	65,3	34,7	64,6	35,4
Sozialer Bereich	67,0	33,0	63,0	37,0
Kultur und Musik	37,0	63,0	39,4	60,6
Freizeit und Geselligkeit	43,0	57,0	38,6	61,4
Politische Interessenvertretung	27,3	72,7	23,4	76,6
Unfall-, Rettungsdienste/Feuerwehr	15,9	84,1	18,7	81,3
Umwelt-/Natur-/Tierschutz	47,1	52,9	35,5	64,5
Jugendarbeit ¹ /Erwachsenenbildung	37,7	62,3	50,0	50,0
Berufliche Interessenvertretung ²	30,5	69,5	26,2	73,8
Gesundheitsbereich	65,7	34,3	73,8	26,2
Justiz/Kriminalitätsprobleme	25,8	74,2	45,1	54,9
Sonstiges	35,6	64,4	39,1	60,9
Insgesamt	44,5	55,5	45,4	54,6

1 Außerschulische Jugendarbeit. – 2 Außerhalb des Betriebes.

Quelle: Freiwilligensurvey 1999 und 2004; eigene Berechnungen.

Den Angaben aus dem Freiwilligensurvey zufolge machen Frauen im Jahre 2004 fast zwei Drittel der Engagierten in den Bereichen Schule und Kindergarten, Kirche und Religion sowie Soziales¹² aus, im Gesundheitsbereich sind es sogar 73,8%.

Daten des Engagementatlas für 2008 bestätigen dieses Bild:¹³ Das Engagement von Frauen ist in den Bereichen Kinder und Jugend (61,7%), Soziales, Gesundheit, Pflege (63%) sowie Kirche und Religion (65,3%) wesentlich höher als bei den Männern (vgl. Prognos/Generali 2009). Darüber hinaus ist bei den ehrenamtlichen Führungskräften eine deutliche vertikale Segregierung hinsichtlich der Vertretung von Frauen auf der Führungsebene festzustellen (vgl. Tab. 2.2-6).

Tabelle 2.2-6: Anteil der Engagierten mit Leitungs- oder Vorstandsfunktion nach Geschlecht und ausgewählten Engagementbereichen, 2004, in %

	Männer	Frauen
Insgesamt	42,1	25,7
Kirche/Religion	35,7	24,3
Sozialer Bereich	43,4	19,1
Gesundheitsbereich	40,5	19,6

Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004; eigene Berechnungen.

12 In diesen drei Bereichen ist aber der Anteil der Männer zwischen 1999 und 2004 gestiegen.

13 Zu beachten ist hierbei, dass die Engagementbereiche im Vergleich zum Freiwilligensurvey nicht vollständig deckungsgleich sind.

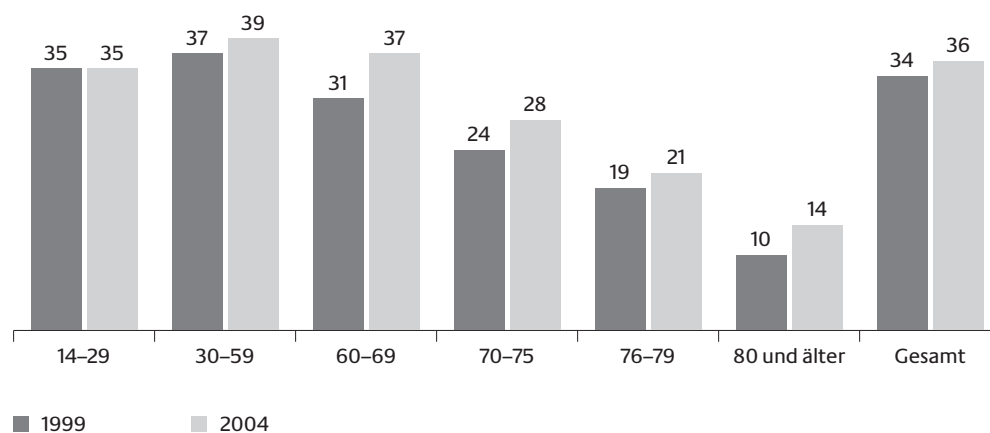
Insgesamt haben 25,7% der weiblichen Engagierten eine Leitungs- oder Vorstandsfunktion, gegenüber 42,1% der Männer. Besonders drastisch fällt die Diskrepanz in jenen Engagementbereichen aus, in denen der Frauenanteil an den Engagierten insgesamt zwischen zwei Drittel und drei Viertel liegt.

Engagement in der Jugend

Immer wieder wird kritisch festgestellt, dass das Interesse von Jugendlichen an etablierter Politik, anderen gesellschaftlichen Themen und am bürgerschaftlichen Engagement stark zurückgegangen ist. So sank nach der Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse (AWA) der Anteil der politischen Interessierten bei den unter 30-Jährigen zwischen 1997 und 2008 von 55% auf 48% (Gesamtbevölkerung: konstanter Anteil von 69%). Der Anteil der an Wirtschaftsfragen Interessierten verringerte sich bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen im gleichen Zeitraum von 44% auf 36% (Gesamtbevölkerung: konstanter Anteil von 52%) (vgl. Köcher 2008).

Die Angaben zum Engagement widersprechen hingegen den Befunden hinsichtlich einer Abkehr der Jugendlichen von gesellschaftlichen Themen. So ermittelte der Freiwilligensurvey 2004 eine Engagementquote bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 35% (zwischen 14 und 29 Jahren), die dem Gesamtniveau (36%) fast entsprach und gegenüber 1999 unverändert blieb (vgl. Abb. 2.2-4).¹⁴

Abbildung 2.2-4: Engagementquoten nach Altersgruppen, 1999 und 2004, in %



Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999 und 2004; eigene Berechnungen.

Die Shell Jugendstudie 2006 (vgl. Schneekloth 2006) bestätigt diese Ergebnisse. Sie zeigt, dass trotz der nach wie vor bestehenden Distanz von Jugendlichen zur Politik ein vielschichtiges Bild ihrer gesellschaftlichen Aktivitäten bzw. ihres Engagements vorliegt. Die SOEP-Daten belegen aber auch, dass seit Mitte der 1990er-Jahre der Anteil der selten Engagierten in dieser Altersgruppe zugenommen hat.

¹⁴ Im Jahre 2004 liegt die Engagementquote in der Altersgruppe zwischen 14 und 19 Jahren bei 37% und in der Altersgruppe zwischen 20 und 29 Jahren bei 33%.

Das Engagement lässt sich zum einen unter dem Aspekt des Personenkreises, auf den das Engagement gerichtet ist¹⁵, und zum anderen unter dem Aspekt der Engagementbereiche¹⁶ analysieren. Das Engagement der Jugendlichen bezieht sich hauptsächlich auf den Kreis Gleichaltriger: 58,1% geben an, dass ihr Engagement Kindern und Jugendlichen zugutekommt, Senioren bilden nur für 1,2% die Zielgruppe ihres Engagements. Hinsichtlich der Engagementbereiche ist festzuhalten, dass der größte Engagementbereich bei Jugendlichen Sport und Bewegung ist¹⁷, den zweitgrößten Bereich bildet die Schule. Hingegen spielt das Engagement von Jugendlichen im sozialen Bereich, bis auf die Rettungsdienste, kaum eine Rolle. Die Verdichtung der Schul- und Studienzeiten bringt jedoch die Gefahr mit sich, dass zukünftig nicht mehr ausreichend Zeit für Engagement bleibt.

Der Bildungsstatus der Jugendlichen spielt für die Engagementbereitschaft eine ganz entscheidende Rolle (vgl. BMFSFJ 2005a). Das bedeutet umgekehrt, dass sich sozial benachteiligte Jugendliche deutlich weniger engagieren.

Informellem Engagement bzw. dem Engagement in selbstorganisierten Gruppen kommt bei Jugendlichen ein besonderer und wachsender Stellenwert zu. Nach der Shell Jugendstudie 2006 gab mehr als ein Drittel an, gesellschaftliche und soziale Aktivitäten, unabhängig von Organisationen, in ihrem sozialen Umfeld zu erbringen (vgl. Schneekloth 2006). Selbstorganisierte Organisationsformen im schulischen Bereich sind ebenfalls von besonderer Bedeutung: Dem Freiwilligensurvey zufolge waren 1999 18% der im schulischen Kontext engagierten Jugendlichen in Projekten, Initiativen und anderen selbstorganisierten Gruppen tätig, 2004 war ihr Anteil mit 32% fast doppelt so hoch.

Engagement im Alter

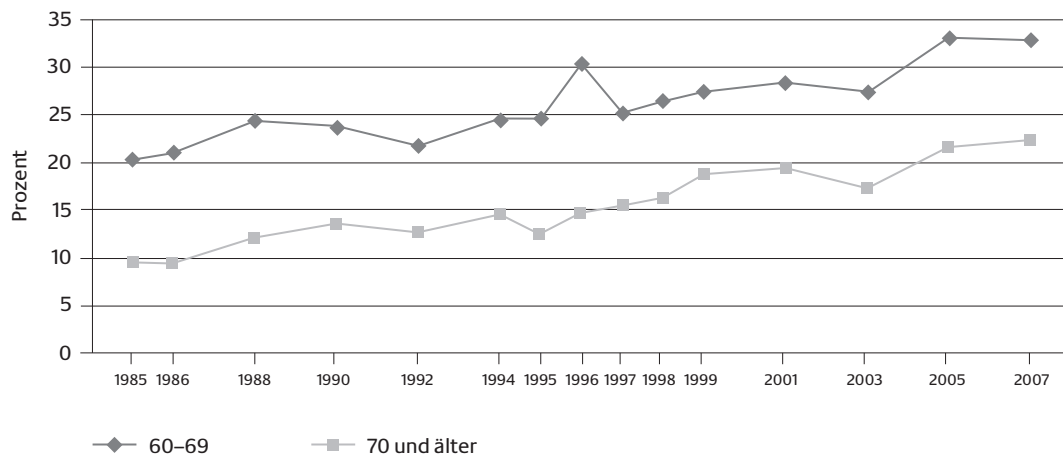
Im Vergleich der Jahre 1999 und 2004 sind die Engagementquoten älterer Menschen überdurchschnittlich gestiegen. Anhand der SOEP-Daten ist diese Entwicklung insbesondere seit Mitte der 1990er-Jahre nachzuweisen (vgl. Abb. 2.2-5).

15 Die entsprechende Frage lautet im Freiwilligensurvey 2004: „Geht es bei dieser Tätigkeit um einen der folgenden Personenkreise: Kinder und Jugendliche, Familien, Behinderte, Ältere Menschen, Zuwanderer/ Ausländer/Flüchtlinge, Frauen, anderer Personenkreis, kein spezieller Personenkreis?“

16 Sport und Bewegung, Schule/Kindergarten, Kirche/Religion, Sozialer Bereich, Kultur und Musik, Freizeit und Geselligkeit, Politische Interessenvertretung, Unfall-, Rettungsdienste/Feuerwehr, Umwelt-/Natur-/Tierschutz, Jugendarbeit/Erwachsenenbildung, Berufliche Interessenvertretung, Gesundheitsbereich, Justiz/Kriminalitätsprobleme.

17 Studierende unterscheiden sich nicht von anderen Jugendlichen ihrer Altersgruppe: Von allen sozialen und kulturellen Angeboten der Hochschulen findet Studentensport mit einem Anteil von 43% das größte Interesse – ein Wert, der seit 1983 nahezu konstant geblieben ist (vgl. Bargel 2008).

Abbildung 2.2-5: Entwicklung der Engagementquote in den Altersgruppen 60 Jahre und älter in Deutschland, 1985–2007¹, in %



¹ 1985–1988 nur alte Bundesländer.
Datenbasis: SOEP 24; eigene Berechnungen.

Der Trend eines zunehmenden Engagements der Älteren ist nicht auf die sog. 68er-Generation beschränkt. Diese Generation¹⁸ wies zwar 1999 die höchste Engagementquote auf und 2004 noch die zweithöchste, wird hier aber schon von der Baby-Boomer-Generation übertroffen (vgl. Tab. 2.2-7).

Tabelle 2.2-7: Engagementquoten nach Geburtsjahrgängen, 1999 und 2004, in %

Jahrgänge	1999	2004
Zwischenkriegsgeneration (1914–1929)	21,1	18,6
2. Weltkrieg (1930–1938)	30,5	30,9
68er-Generation (1939–1950)	38,1	38,5
Baby-Boomer (1951–1969)	37,5	41,1
Post-Boomer (1970–1982)	35,0	32,2
Geboren 1983 und später	35,1	37,8
Insgesamt	33,9	35,7

Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999 und 2004; eigene Berechnungen.

Insgesamt vermitteln die Engagementquoten eine deutliche Altersabhängigkeit, wie sie schon in Abbildung 2.2-4 zum Ausdruck kam: Die jeweils mittlere Generation weist die höchsten Engagementquoten auf.

Mit Blick auf die Engagementfelder ist festzuhalten, dass Ältere sich besonders in den Bereichen Sport und Bewegung, Freizeit und Geselligkeit sowie Kultur und Musik engagieren; alle diese Bereiche liegen noch vor Kirche und Religion und dem sozialen Bereich. Betrachtet man das Engagement Älterer nach Personen- bzw. Zielgruppen, so ist deren Engagement hauptsächlich auf ältere Menschen gerichtet. Der zeitliche Umfang des Engagements bleibt bis zum Austritt auch bei den Älteren sehr hoch (vgl. Künemund 2009).

¹⁸ Begriffe und die entsprechenden Geburtsjahrgänge wurden von TNS Infratest übernommen bzw. zur Verfügung gestellt.

Was sind die Voraussetzungen für die Fortsetzung bzw. die Aufnahme eines Engagements im Alter? Nach einer Studie von Erlinghagen (2009) erhöht die Tatsache, bereits über eigene Erfahrungen mit Engagement zu verfügen, deutlich die Wahrscheinlichkeit, im Alter aktiv zu werden bzw. zu bleiben. Weitere positive Faktoren sind der Gesundheitszustand und das Bildungsniveau – wer im Alter gesund ist oder/und über einen hohen Bildungsabschluss verfügt, engagiert sich in einem höheren Maße. Ein Mehr an Freizeit infolge des Ruhestandes hat demgegenüber keinen nachweisbaren Einfluss.

Für den Austritt aus dem Engagement im Alter spielt (nach den Ergebnissen des Alterssurveys 2002; vgl. Kohli/Künemund 2005) der Gesundheitszustand eine entscheidende Rolle. Gleichzeitig können auch Faktoren, die mit der Belastbarkeit im hohen Alter oder bestimmten Altersgrenzen in den Organisationen zusammenhängen, für eine Beendigung des Engagements Einfluss haben.

Migrationshintergrund

Die vorliegenden Untersuchungen zum Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund weisen erhebliche Defizite auf. Umfragen erreichen aufgrund deutschsprachiger Fragebögen nur bestimmte Migrantengruppen; Telefoninterviews setzen in der Regel gute deutsche Sprachkenntnisse voraus. Das trifft auch für den Freiwilligensurvey zu: Die Angaben für 2004 zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund¹⁹ eine Engagementquote von nur 23% aufweisen und diese damit rund 13 Prozentpunkte unter dem Gesamtdurchschnitt liegt. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass Personen mit Migrationshintergrund keine homogene Gruppe darstellen. So beträgt der Engagiertenanteil bei jenen, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, hier geboren sind, aber ein Elternteil im Ausland geboren wurde, 35,4%. Ihre Engagementquote liegt damit nur geringfügig unter dem deutschen Gesamtdurchschnitt.

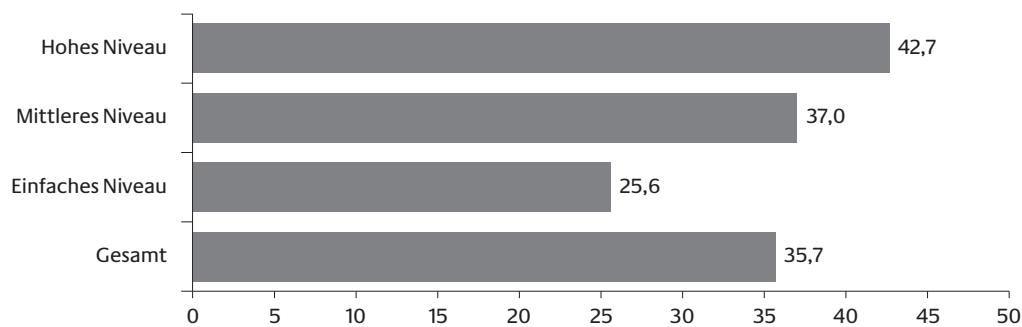
Es ist nicht der Migrationshintergrund an sich, der über das Engagement entscheidet, sondern anderen Merkmalen, z. B. Bildung, Erwerbsstatus, Qualifikation und Einkommen, kommt ein stärkerer Einfluss zu (vgl. hierzu auch Beck 2008).

Bildungsniveau

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich Bildungsabschlüsse in den jeweiligen Engagementquoten widerspiegeln (vgl. Abb. 2.2-6): Je höher der erworbene Bildungsabschluss, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit eines bürgerschaftlichen Engagements.

Nach dem Freiwilligensurvey 2004 sind 42,7% aller Personen mit Abitur/Hochschulreife bzw. einem abgeschlossenen Hochschulstudium freiwillig engagiert, dagegen nur jeder Vierte mit einfachem Bildungsniveau. Auf die Frage an Nichtengagierte, ob sie zukünftig ein Engagement übernehmen wollen, erklärten sich 27,8% mit hohem Bildungsniveau dazu bereit; bei jenen mit einem einfachen Bildungsabschluss waren es lediglich 9,9%. Laut Engagementatlas bestehen diese Unterschiede im Jahre 2008 fort: Danach beträgt die Engagementquote bei Personen mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium 45,5% und bei Personen ohne Schulabschluss (keine Schülerinnen und Schüler) 11,8%.

¹⁹ Im Ausland geborene Migranten mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

Abbildung 2.2.-6: Engagementquoten nach Bildungsniveau, 2004, in %¹

¹ Ohne Schülerinnen und Schüler/Fachschülerinnen und Fachschüler.

Einfaches Niveau: kein bzw. Volks- oder Hauptschulabschluss, Abschluss 8. Klasse; mittleres Niveau: mittlere und Fachhochschulreife, Abschluss 10. Klasse; hohes Niveau: Abitur/Hochschulreife bzw. abgeschlossenes Hochschulstudium.

Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004; eigene Berechnungen.

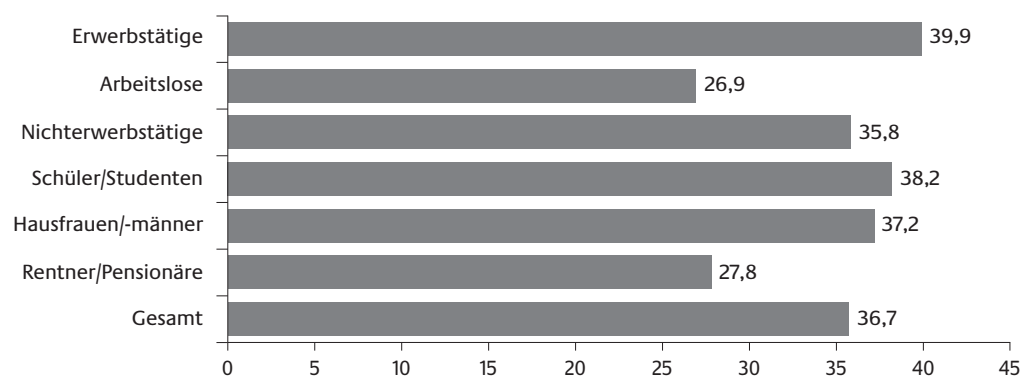
Erwerbsstatus

Ein weiteres wichtiges sozioökonomisches Strukturmerkmal, das Einfluss auf die Ausübung des bürgerschaftlichen Engagements hat, ist der Erwerbsstatus.

Nach den Ergebnissen des Freiwilligensurveys sind es drei Gruppen, die überdurchschnittliche Engagementquoten aufweisen: (1) Erwerbstätige, (2) Schülerinnen und Schüler/Studentinnen und Studenten sowie (3) Hausfrauen und -männer. Bei Hausfrauen (und erwerbstätigen Frauen) sind, wie später noch ausführlich gezeigt wird, die hohen Engagementquoten in einem besonderen Maße mit ihren Kindern verknüpft (vgl. Abb. 2.2-7).

Erwerbstätigkeit begünstigt generell die Aufnahme des freiwilligen Engagements, unabhängig davon, ob eine Haupt- oder Nebenerwerbstätigkeit vorliegt. Laut Freiwilligensurvey 2004 betrug bei „Nicht“-Erwerbstätigen mit einer Nebenerwerbstätigkeit die Engagementquote 41,9% (bei regelmäßiger Ausübung) bzw. 37,1% (bei unregelmäßiger Ausübung). Wurde die Frage nach Ausübung einer Nebentätigkeit verneint, sank die Engagementquote auf 29,3%. Die geringe Engagementquote von Arbeitslosen ist ein zusätzlicher Beleg für den Zusammenhang von Erwerbstätigkeit und Engagement.

Abbildung 2.2-7: Engagementquoten nach Erwerbsstatus, 2004, in %

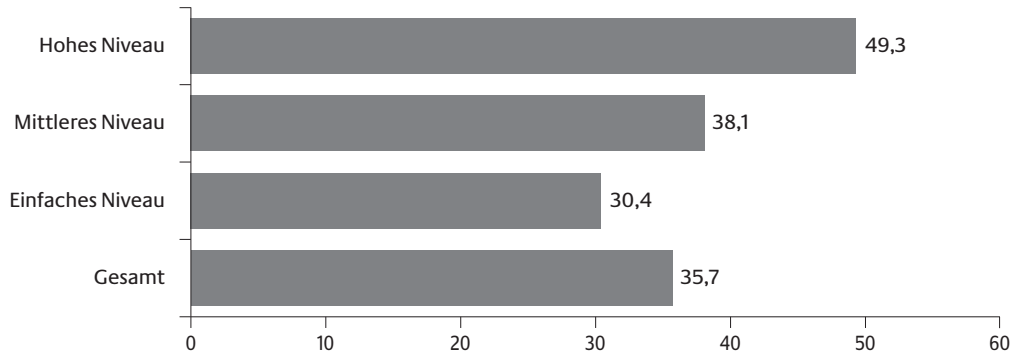


Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004; eigene Berechnungen.

Berufliche Tätigkeitsanforderungen

Der besondere Stellenwert von Bildung und Qualifikation spiegelt sich ebenfalls bei den Tätigkeitsanforderungen abhängig Beschäftigter wider.

Abbildung 2.2-8: Engagementquoten nach Tätigkeitsanforderungen, 2004, in %¹



¹ Derzeit abhängig Beschäftigte in einer Haupt- oder Nebentätigkeit.

Einfaches Niveau: un-/angelernte Arbeiter, angelernte/einfache Fachkraft; mittleres Niveau: Facharbeiter/Vorarbeiter/Polier/Meister, Fachkraft in mittlerer Position, Beamter des einfachen/mittleren Dienstes; hohes Niveau: Fachkraft mit Führungsaufgaben, Beamter des gehobenen/höheren Dienstes.

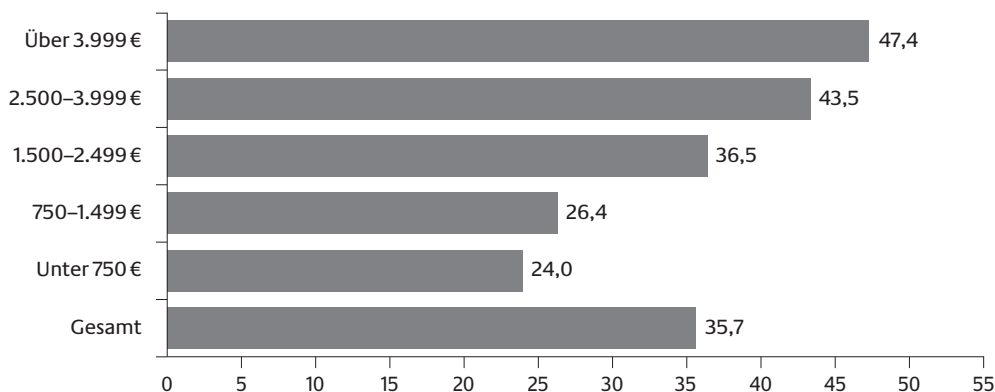
Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004; eigene Berechnungen.

Bei Beschäftigten mit hohen Tätigkeitsanforderungen beläuft sich der Anteil der bürgerschaftlich Engagierten auf 49,3%. Deutlich niedriger liegt dagegen dieser Anteil bei Beschäftigten mit mittleren (38,1%) und einfachen (30,4%) Tätigkeitsanforderungen (vgl. Abb. 2.2-8). Die Tätigkeitsanforderungen gehen mit einem entsprechenden Bildungsniveau einher. Zusammen mit beruflicher Stellung und Qualifikation stellen sie engagementfördernde Bedingungen dar. Ein überdurchschnittliches Engagementniveau weisen Selbstständige auf: Bei ihnen beträgt die Engagementquote 47,0%.

Haushaltsnettoeinkommen²⁰

Mit sinkendem Einkommen nimmt auch der Anteil der Engagierten drastisch ab: von 47,4% bei Personen, die ein Haushaltsnettoeinkommen von über 4.000 € haben, bis zu 24,0% bei Personen, denen weniger als 750 € monatlich zur Verfügung stehen (vgl. Abb. 2.2-9).

Abbildung 2.2-9: Engagementquoten nach Haushaltsnettoeinkommen, 2004, in %



Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004; eigene Berechnungen.

²⁰ Das Haushaltsnettoeinkommen umfasst alle einem Haushalt monatlich zur Verfügung stehenden Einkommen und Einkünfte abzüglich der Steuern und Abgaben.

Bildung, Erwerbsstatus und Qualifikation schlagen sich schließlich in der unterschiedlichen Ausstattung mit ökonomischen bzw. materiellen Ressourcen nieder – und dies wiederum in der Engagementausübung.

Kulturelle Merkmale und soziale Einbindung

Bisher wurden vor allem soziostrukturelle und demografische Faktoren hinsichtlich ihrer Relevanz für das Engagement untersucht. Dabei blieb offen, welche Rolle weiche Faktoren (z. B. soziale Einbindung) für die Engagementsaufnahme spielen.

Engagierte sind mehrheitlich stark an politischen Fragen und generell am öffentlichen Leben interessiert. Drei Viertel von ihnen gehören einer Konfession an, was deutlich über dem Anteil von 62% in der Gesamtbevölkerung liegt. Die Zugehörigkeit zu einer Kirche bzw. Religion geht aber nur für einen kleineren Teil der engagierten Gläubigen mit einer starken Bindung an diese Kirche bzw. Religion einher. Es überwiegt eine mittlere Bindungsstärke, gefolgt von einer geringen Bindung.²¹ (vgl. Tab. 2.2-8).

Tabelle 2.2-8: Interesse an Politik/öffentlichem Leben, Konfessionszugehörigkeit und Bindung an Kirche/Religion der Engagierten, 1999 und 2004, in %

	1999	2004
An Politik/öffentlichem Leben interessiert		
Stark	52,5	55,9
Mittel	40,8	37,8
Wenig	6,5	6,2
Konfessionszugehörigkeit		
Ja	74,5	73,4
Nein	25,4	26,6
Wenn ja, Bindung an Kirche/Religion		
Stark	27,1	24,2
Mittel	41,1	42,5
Wenig	31,2	32,9

Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999 und 2004; eigene Berechnungen.

Die soziale Einbindung, ausgedrückt in der Größe²² des Freundes- und Bekanntenkreises, unterscheidet sich deutlich danach, ob die Gruppe der Nichtaktiven, der Aktiven oder der Engagierten betrachtet wird. Während Engagierte 2004 zu 36% angaben, einen sehr großen Freundes- und Bekanntenkreis zu haben, sagen dies nur 29,4% der Aktiven und 14,1% der Nichtaktiven.

Dieser Unterschied tritt so auch 1999 auf. Dabei ist der Anteil mit einem großen Freundes- und Bekanntenkreis in allen Bevölkerungsgruppen 2004 gesunken.

Weiterhin fällt auf, dass bei der aktiven und engagierten Bevölkerung Frauen in geringerem Maße einen großen Freundes- und Bekanntenkreis haben als Männer (vgl. Tab. 2.2-9).

²¹ Inwiefern sich die Ergebnisse für die engagierten von Nichtengagierten unterscheiden, bleibt an dieser Stelle offen.

²² Die Einteilung in sehr groß, mittel und sehr klein ist wenig präzise. Die Größe des Freundeskreises hängt von subjektiven Einschätzungen ab.

Tabelle 2.2-9: Freundes- und Bekanntenkreis und Engagement, 1999 und 2004, in %

Freundes- und Bekanntenkreis:	1999			2004		
	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt
Nicht aktiv						
Sehr groß	21,1	19,8	20,5	13,6	14,7	14,1
Mittel	40,1	41,6	40,8	42,1	41,7	42,0
Eher klein	38,8	38,4	38,6	44,2	43,6	43,9
Aktiv						
Sehr groß	30,6	35,7	33,1	26,9	31,8	29,4
Mittel	46,9	43,9	45,4	48,5	45,1	46,8
Eher klein	22,5	20,4	21,4	24,6	23,0	23,8
Darunter: freiwillig engagiert						
Sehr groß	35,2	40,2	38,0	34,0	37,8	36,0
Mittel	46,6	42,2	44,2	47,9	42,5	45,1
Eher klein	18,1	17,3	17,7	18,2	19,6	18,9

Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999 und 2004; eigene Berechnungen.

Anhand des Freiwilligensurveys 1999 zeigt sich, dass unter den soziostrukturellen Merkmalen die Einkommenshöhe die größte Rolle spielt. Bezieht man weitere Faktoren in die multivariate Analyse mit ein, so besitzt die soziale Einbindung die größte Erklärungskraft für eine Engagementsaufnahme (vgl. Dathe/Kistler 2002).

Die Größe des Freundes- und Bekanntenkreises ist auch 2004, neben der Bindung an Kirche und Religion, das Merkmal, das eine Engagementsaufnahme bzw. -ausübung am stärksten beeinflusst (vgl. BMFSFJ 2005a).

Dass die soziale Einbindung nicht zuletzt durch die Ausübung des Engagements selbst erfolgt und deshalb ein wichtiges Engagementmotiv darstellt, belegt Braun (2003) in Bezug auf das Engagement in Sportvereinen.

2.2.5 Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Engagement

Die Frage der Vereinbarkeit von verschiedenen Lebensbereichen ist mittlerweile zu einer wichtigen gesellschaftspolitischen Aufgabe geworden. Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht es darum, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Männern und insbesondere Frauen ermöglichen, Erwerbsarbeit und Familienleben nach individuellen Vorstellungen miteinander zu verbinden (vgl. Eichhorst et al. 2007: 9). Die Fokussierung auf zwei Lebensbereiche – Beruf und Familie – schließt jedoch andere Tätigkeiten, die für Männer und Frauen in ihrer Lebenskonzeption genauso von Bedeutung sein können, aus. Neben persönlichen Auszeiten (z. B. Sabbatjahr) und Phasen der Qualifizierung zählt hierzu auch das bürgerschaftliche Engagement. Um sich zu engagieren, braucht man ebenso Zeit wie für die Kindererziehung, die Pflege eines Angehörigen oder die Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

Angesichts einer wachsenden öffentlichen Aufmerksamkeit für das Engagement von Menschen gilt es, diesen Bereich in die Diskussion um die Vereinbarkeit von Lebensberei-

chen mitaufzunehmen. Die Frage der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben wird deshalb mittlerweile ganzheitlich thematisiert. Stärker für gesellschaftliche Entwicklungen sensibilisiert ist in dieser Hinsicht der Entwurf der Work-Life-Balance. Er bezieht Geschlechtergerechtigkeit mit ein, setzt eine familienfreundliche Organisation der Arbeitswelt voraus und umfasst Zeit für andere sinnstiftende Tätigkeiten wie z. B. ein bürgerschaftliches Engagement (vgl. Jurczyk 2005; Klenner/Pfahl 2005). Mit dem Begriff der „Balance“ wird ein anzustrebendes Gleichgewicht im Allgemeinen, d. h. in Bezug auf verschiedene Tätigkeiten in unterschiedlichen Lebensformen, angesprochen (vgl. Sturges/Guest 2004: 18).

Hinsichtlich des Dreiklangs von Beruf – Familie – Engagement bedeutet dies, die jeweiligen zeitlichen und inhaltlichen Anforderungen aus den einzelnen Bereichen aufeinander zu beziehen bzw. abzustimmen. Die Forschung zur Ermittlung der Balance von Familie, Beruf und Engagement hat sich bislang aber noch nicht ausreichend etabliert.

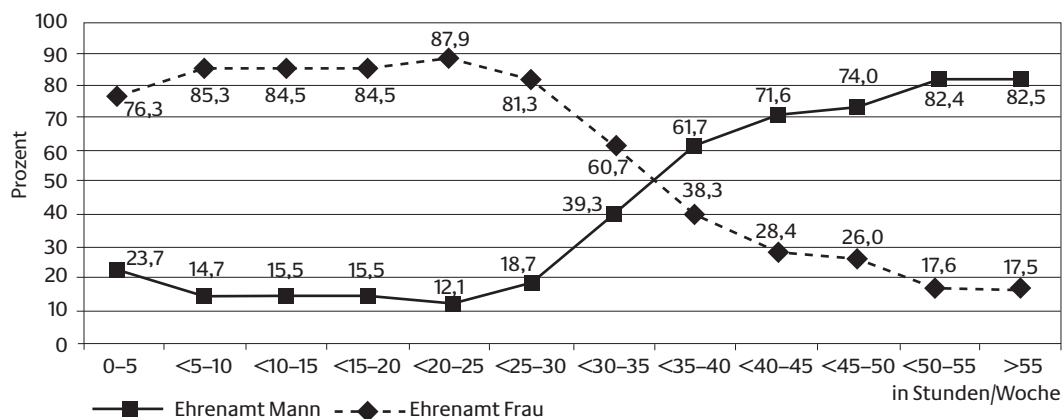
Aufgrund ihrer unterschiedlichen zeitlichen Einbindung in das Erwerbs-, Engagement- und Familienleben sind Frauen und Männer von Work-Life-Balance-Problemen verschieden betroffen. Wie Untersuchungen zeigen, leisten Frauen mit 31 Stunden in der Woche deutlich mehr unbezahlte Arbeiten im Haushalt als Männer mit 19,5 Stunden (vgl. Statistisches Bundesamt 2003b). Aktuelle Analysen des SOEP weisen diesen Trend bei vollzeiterwerbstätigen Paaren ebenfalls nach (vgl. Anger/Kottwitz 2009). Eine seit mehreren Jahren wachsende Frauenerwerbstätigenquote, die zwischen 1996 und 2007 von 55,4% auf 64% gestiegen ist, verstärkt den Konflikt für Frauen, die einzelnen Lebensbereiche miteinander in Einklang zu bringen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2008). Da bei 56% der nicht berufstätigen Mütter von Kindern unter 18 Jahren ein großes Interesse besteht, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, ist davon auszugehen, dass sich die Situation für Frauen ohne einen weiteren Ausbau an Unterstützung nicht entspannen wird (vgl. Allensbacher Familienmonitor 2008b).

Vor diesem Hintergrund belegen einzelne Untersuchungen, dass Frauen durch das Zusammenspiel von Beruf, Familie und Engagement stärker belastet sind als Männer. Dies findet allgemein bereits in den unterschiedlichen Engagementquoten von Frauen und Männern seinen Ausdruck (vgl. Abschnitt 2.2.4): Unabhängig vom Familienstand steigt die Beteiligung an ehrenamtlichen Aktivitäten von Frauen, je kürzer ihre Arbeitszeiten sind. Nach Klenner/Pfahl (2001: 180) beläuft sich unter allen abhängigen Beschäftigten mit Ehrenamt der Anteil von Frauen mit einer Wochenarbeitszeit unter 20 Stunden auf 20,4%, während er bei der entsprechenden Gruppe der Männer bei 14,3% liegt. Bei einer Wochenarbeitszeit mit über 40 Stunden gehen hingegen 25,6% der abhängig beschäftigten Männer und 15,2% der Frauen einem Engagement nach.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung von Frauen und Männern in Paarhaushalten mit Kind(ern): Je größer der Anteil der wöchentlichen Arbeitsstunden bei Frauen, desto geringer ist ihr zeitlicher Einsatz für ehrenamtliche Aktivitäten. Bei Männern verhält es sich genau umgekehrt, ihr Engagement wächst bei steigender Arbeitszeit (vgl. Abb. 2.2-10).

Von den Frauen in Paarhaushalten mit Kind(ern) und einer wöchentlichen Arbeitszeit von 20 bis 25 Stunden sind 87,5% engagiert, aber nur 28,4% der Frauen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 bis 45 Stunden. Während sich von den Männern in Paarhaushalten mit Kind und einer wöchentlichen Arbeitszeit von 20 bis 25 Stunden lediglich 12,1% engagieren, sind es 71,6% der Männer in Paarhaushalten mit Kind und einer wöchentlichen Arbeitszeit zwischen 40 und 45 Stunden. Die Unterschiede belegen, dass bei Teilzeitbeschäftigung von Frauen ihr Engagement steigt. Bei Männern wirkt sich eine Vollzeitbeschäftigung positiv auf das Engagement aus.

Abbildung 2.2-10: Anteil des Engagements nach Arbeitszeit und Geschlecht in Paarhaushalten mit Kind(ern), 2007, in %¹



¹ Engagierte je Zeitintervall = 100.

Datenbasis: SOEP 24; eigene Berechnungen.

Im Freiwilligensurvey wird das insgesamt geringere Engagement der Frauen auf ihre Hauptverantwortung in Bezug auf die Kinderbetreuung zurückgeführt (vgl. BMFSFJ 2005a). Allerdings haben das Engagement und die Engagementbereitschaft von Frauen mit Kindern zwischen 1999 und 2004 stark zugenommen (von 33% auf 37%). Das trifft vor allem auf Mütter mit Kindern unter vier Jahren zu.

Tabelle 2.2-10: Engagementquoten nach ausgewählten Familien- bzw. Lebensformen und Geschlecht 2004, in %

Lebensform	Engagementquote
Paare mit Kind(ern) insgesamt	43,0
Frauen	41,7
Männer	44,6
Paare mit Vorschulkind(ern)	35,9
Frauen	32,3
Männer	39,1
Paare mit Vorschul-/Schulkind(ern) bis 14 Jahre	49,1
Frauen	49,0
Männer	49,3
Paare mit Kind(ern) ab 14 Jahren	40,3
Frauen	38,0
Männer	43,6

Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004; eigene Berechnungen.

Die Daten belegen dennoch weiterhin, dass die Engagementquote von Frauen mit Kindern niedriger ist als die von Männern mit Kindern. Wie aus Tabelle 2.2-10 ersichtlich, sind Frauen in Paarbeziehungen mit Kindern insgesamt weniger engagiert als Männer in Paarbeziehungen mit Kindern. Besonders groß sind die Diskrepanzen zwischen Frauen (32,3%) und Männern (39,1%) mit Vorschulkindern sowie zwischen Frauen (38%) und Männern (43,6%) mit Kindern ab 14 Jahren.

Die Verfügbarkeit verschiedener Zeitbudgets für freiwillige Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern kann auch am Beispiel ehrenamtlicher Führungskräfte in gemeinnützigen Organisationen belegt werden (vgl. Expertise Wolf/Zimmer). Die Ergebnisse einer Befragung von 1.495 ehrenamtlichen Führungskräften im Rahmen des Projekts „Bürgerchaftliches Engagement und Management“ zeigen, dass Frauen zeitlich stärker gefordert sind als Männer. Insbesondere verheiratete Frauen und jene mit Kindern können wöchentlich deutlich weniger Zeit in ihre ehrenamtliche Führungstätigkeit investieren als verheiratete Männer und Männer mit Kindern (vgl. Tab. 2.2-11).

Tabelle 2.2-11: Zeitlicher Umfang des Engagements bei ehrenamtlichen Führungskräften nach Geschlecht und Lebensformen, in %

Umfang des ehrenamtlichen Engagements pro Woche	Verheiratete Frauen	Frauen mit Kindern	Verheiratete Männer	Männer mit Kindern
1–5 Stunden	66,7	65,3	50,7	51,1
6–10 Stunden	16,1	16,8	25,4	25,7
11–20 Stunden	13,3	14,4	16,7	16,8
21 Stunden und mehr	3,9	3,5	7,2	5,9

Quelle: Expertise Wolf/Zimmer.

So engagieren sich z. B. 82,1% der Frauen mit Kindern in ehrenamtlichen Führungspositionen bis zu zehn Stunden wöchentlich. Demgegenüber sind 17,9% der Frauen und 22,7% der Männer mit Kindern über elf Stunden in der Woche ehrenamtlich beschäftigt. Die Ergebnisse zeigen weiterhin, dass ehrenamtlich tätige und berufstätige Frauen eher kinderlos und geschieden sind als ehrenamtlich tätige und berufstätige Männer. Es kann also auch hier festgehalten werden, dass Familie sich bei Frauen zulasten und bei Männern zugunsten des Umfangs ihres Engagements auswirkt.

Obgleich sich familiäre Bindungen insgesamt positiv auf den zeitlichen Umfang des Engagements auswirken, besteht bei den Führungskräften mit Familie (verheiratet/Kinder) eine größere Unzufriedenheit mit ihrem Engagement als bei Führungskräften ohne Familie. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass zugunsten des Ehrenamtes am ehesten Abstriche hinsichtlich der Zeit für Familienleben und Partnerschaft gemacht werden. Da Männer, wie weiter oben gezeigt wurde, die meiste Zeit in ihre ehrenamtliche Aktivität investieren, äußern diese die größte Unzufriedenheit bei der Bewältigung der Herausforderung, Beruf, Familie und Engagement in Einklang miteinander zu bringen. So sind beispielsweise 42,6% der ehrenamtlichen männlichen gegenüber 33,5% der ehrenamtlichen weiblichen Führungskräfte unzufrieden. Inwiefern hier von Selbstüberforderung gesprochen werden kann, ist näher zu untersuchen.

Eine repräsentative Befragung von 1.036 ehrenamtlichen Stadt- und Gemeinderätinnen, die im Rahmen der Kampagne „FRAUEN MACHT KOMMUNE“ des BMFSFJ durchgeführt wurde, bestätigt die bisher aufgeführten Erkenntnisse insofern, als dass zu den wichtigsten Hinderungsgründen von Frauen, einem kommunalpolitischen Engagement nachzugehen, fehlende Zeit und mangelnde Unterstützung des Arbeitgebers genannt werden (vgl. Lukoschat et al. 2008). Gut ein Drittel der Befragten nennt „Zeitmangel“ als Hemmnis vor allem unter dem Aspekt der Vereinbarkeit mit Beruf und Familie. So ist es nicht verwunderlich, dass die Familiensituation mit dem kommunalpolitischen Ehrenamt kompatibel sein muss. Hierbei spielt die Unterstützung des Partners eine entscheidende Rolle, die in passiver – das Engagement der Partnerin akzeptieren – und aktiver Form – Beteiligung an Familien- und Hausarbeit in einem überdurchschnittlichen Maße – bei den engagierten Frauen erfolgt. Insgesamt beurteilten 50% der Frauen die Unterstützung als außerordentlich stark.

Es bestehen allerdings nicht nur Unterschiede zwischen Frauen und Männern bezüglich der Ausformung des Arrangements von Beruf, Familie und Engagement, vielmehr zeigen sowohl die Untersuchung zu ehrenamtlichen Führungskräften als auch die Studie zum kommunalpolitischen Engagement von Frauen, dass die beschriebenen Unterschiede sich auf Frauen beziehen, die aufgrund bestehender Berufstätigkeit und hohen Bildungsniveaus der Mittelschicht zuzuordnen sind. Mehr als die Hälfte der befragten Kommunalpolitikerinnen verfügt über ein (Fach-)Abitur, und fast jede zweite Kommunalpolitikerin ist Akademikerin. Frauen mit niedrigen Bildungsabschlüssen sind erheblich unterrepräsentiert; nur 12% der Kommunalpolitikerinnen haben einen Haupt- oder Volksschulabschluss. Unter den ehrenamtlichen Führungskräften stufte sich wiederum gut ein Drittel in die obere Mittelschicht ein.

Die soziodemografischen Merkmale zeigen, dass die Frage nach der Vereinbarkeit verschiedener Lebensbereiche vor allem für besser gebildete und in den Arbeitsmarkt gut integrierte Frauen ein Problem darstellt. Weniger gebildete, geringer oder gar nicht in den Arbeitsmarkt integrierte Frauen sind demgegenüber nicht in gleichem Maße engagiert. Sie sehen sich deshalb zwar nicht mit dem Problem der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Engagement konfrontiert, profitieren gleichzeitig aber auch nicht vom Engagement (z. B. Ausbau von Netzwerkbeziehungen). Dieser Umstand macht somit verstärkt deutlich, dass ein umfassender Bedarf zur Verbesserung von Work-Life-Balance vorliegt.

2.2.6 Mitgliederentwicklung

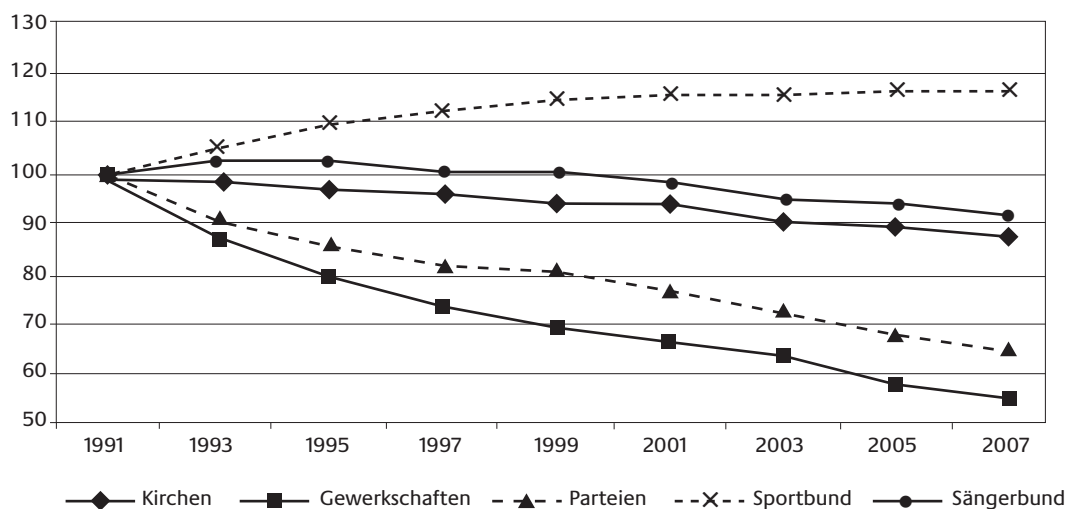
Zu den wohl einfachsten Formen zivilgesellschaftlichen Engagements gehören die Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und anderen Organisationen. Obwohl sie oft nur formalen Charakter haben und wenig über die Stärke der Einbindung aussagen, sind sie dennoch als freiwillige Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger Ausdruck von Partizipation und sozialer Integration (vgl. Gabriel et al. 2002: 39). Im Unterschied zu informellen und kurzfristigen Beziehungen bestehen durch Mitgliedschaften Kontakte über einen längeren Zeitraum, häufig sogar dauerhaft. Zumeist ist die Mitgliedschaft eine wesentliche Voraussetzung für weitere Formen zivilgesellschaftlichen Engagements. So sind viele Bürgerinnen und Bürger bereits durch die Mitgliedschaft in die Tätigkeit ihrer Organisa-

tion eingebunden, sie werden angeregt, sich an deren Aktivitäten zu beteiligen, und unterstützen diese durch Zeit- oder Geldspenden. Insofern bedarf die einfache formale Mitgliedschaft im Rahmen des zivilgesellschaftlichen Engagements einer hohen Wertschätzung.

Die entsprechende Datenlage ist für Deutschland außerordentlich unbefriedigend. Aktuelle Umfrageergebnisse sind eher selten und Zeitvergleiche infolge veränderter Fragestellungen kaum möglich. Die Mitgliederstatistiken vieler Organisationen sind nach eigenen Aussagen oft nicht aktuell und vollständig. Ein Zeitvergleich zur Mitgliederentwicklung, wobei Verbände nur mit zwei Beispielen vertreten sind, ist mit Daten des Statistischen Bundesamtes möglich (vgl. Abb. 2.2-11). Die großen Interessenorganisationen – Gewerkschaften und Parteien – haben deutlich an Mitgliedern verloren. Ihnen gelingt es zumeist nicht, die altersbedingten Abgänge durch den Gewinn neuer Mitglieder bei Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Frauen auszugleichen.

Im Vergleich dazu ist der Mitgliederrückgang bei den Kirchen als moderat einzuschätzen. Dasselbe trifft auf die Organisationen zu, die im Deutschen Sängerbund vereint sind. Der einzige Verband, der einen Mitgliederzuwachs in diesem Zeitraum verzeichnen kann, ist der Deutsche Sportbund (seit 2006 Deutscher Olympischer Sportbund).

Abbildung 2.2-11: Entwicklung der Mitgliederzahlen ausgewählter Interessenorganisationen und Verbände, 1991–2007 (1991 = 100), Angaben in %



Quelle: Jahrbücher des Statistischen Bundesamt 1992ff.; eigene Darstellung.

Unterschiedliche Befragungen bestätigen insgesamt die Tendenz einer Mitgliederstagnation bzw. eines -rückgangs in Deutschland (vgl. Tab. 2.2-12).²³ Die Werte für 1980 bis 1986, als rund drei Fünftel der Bevölkerung in den alten Bundesländern Mitglied in einer Organisation, Partei oder Gewerkschaft waren, sind heute nicht mehr aktuell. Aber immer noch ist nach den Ergebnissen des ALLBUS in Deutschland gegenwärtig mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland Mitglied in einer Organisation.

²³ ESS 2002/2006: Hier werden nur die in beiden Wellen vergleichbaren Organisationen berücksichtigt. Der Sprung bei ALLBUS im Jahre 1990/1991 ist auf den Vereinigungseffekt zurückzuführen.

Tabelle 2.2-12: Mitglied in mindestens einem Verein/einer Organisation (Anteil an der Bevölkerung), in %

SOEP		ESS		ALLBUS ¹								
2003	2007	2002	2006	1980	1982	1986	1988	1990	1991	1992	1998	2008
43,9	44,3	59,8	56,0	56,9	57,5	60,1	56,6	56,6	51,8	57,6	51,9	52,5

¹ Im ALLBUS 2008 wird sowohl nach aktiver als auch nach passiver Mitgliedschaft gefragt: Danach bekannten sich 75,1% zu einer aktiven und 24,9% zu einer passiven Mitgliedschaft.
Datenbasis: ALLBUS, ESS, SOEP; eigene Berechnungen.

Die Mitgliederentwicklung stellt sich in einzelnen Organisationen sehr unterschiedlich dar: Während einige Organisationen, beispielsweise der Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Tierschutzvereine und der Bund Deutscher Karneval, steigende Mitgliederzahlen aufweisen, haben andere Organisationen, wie die Jugendfeuerwehr, der Deutsche Bundesjugendring (DBJR), der Deutsche LandFrauenverband und der Humanistische Verband Deutschland, sinkende Mitgliederzahlen.

2.2.7 Engagement durch Spenden

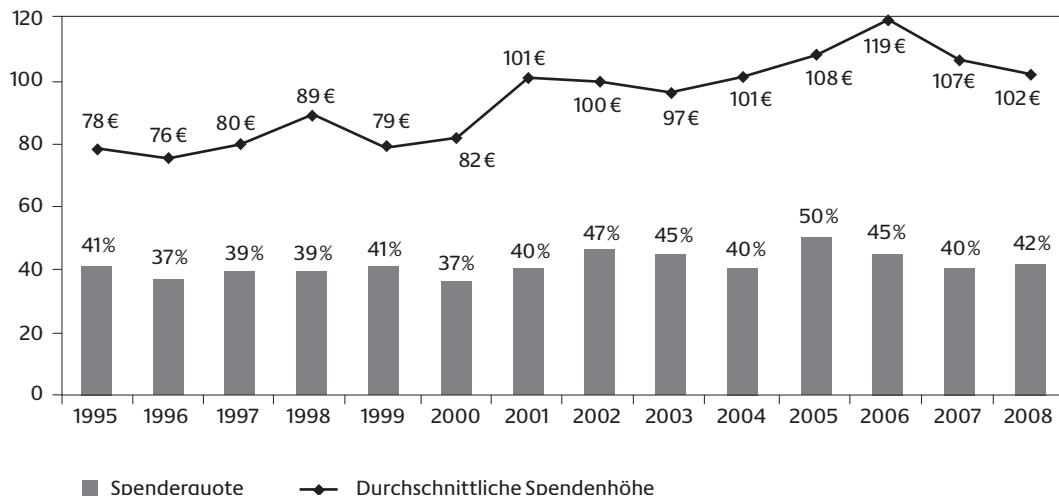
Bürgerschaftliches Engagement kann sowohl in Form von Zeit- als auch Geldspenden erfolgen. Spenden sind gegenwärtig in Deutschland eine bedeutende Ressource zur Gewährleistung einer schnellen und direkten Hilfe im Katastrophenfall sowie bei der Milderung und Beseitigung bestimmter Notsituationen. Zugleich haben Spenden einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert bei der gezielten Gestaltung verschiedener gesellschaftlicher Bereiche, für die Mittel aus anderen Quellen fehlen. Sie erfüllen eine bedeutende Rolle bei der Realisierung oder Unterstützung von Aufgaben im sozialen Bereich, in der Kultur, bei der Bildung, der internationalen Hilfe und zur Unterstützung oder Verbesserung der Freizeitgestaltung.

Zumeist werden die Spenden von zivilgesellschaftlichen Organisationen gesammelt. Wie hoch die jährliche Spendensumme ist, wer spendet und wie viel, für welche Bereiche besonders gespendet wird und welche Motive besonders zum Spenden bewegen – dazu liegen nur partiell Daten vor.²⁴ Das Fehlen einer speziellen Spendenstatistik mit allgemein zugänglichen, regelmäßig verfügbaren Angaben, die Antworten auf diese und weitere Fragen zur Spendenthematik liefern, wird bereits seit längerer Zeit in Deutschland kritisiert (vgl. Priller/Sommerfeld 2009: 8). Einzelne Studien präsentieren zwar Angaben zum Spendenverhalten und zur Höhe der Spenden von einzelnen Personen, es fehlen aber bislang noch immer gesicherte statistische Angaben, die ein einheitliches Bild zur Spendenthematik vermitteln. So wird die Gesamtsumme der Spenden in Deutschland recht unterschiedlich geschätzt und ein Wert zwischen 3 und 6 Milliarden Euro pro Jahr angenommen.

Den Deutschen kann durchaus eine „Kultur des Gebens“ bescheinigt werden. Nach Angaben aus dem „Emnid-Spendenmonitor“ – eine Erhebung, die seit 1995 jährlich mit einer repräsentativen Stichprobe in persönlichen Interviews das Spendenverhalten der Bevölkerung ab 14 Jahren erfasst – spenden 40% der Bevölkerung (vgl. Abb. 2.2-12).

²⁴ Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) untersucht gegenwärtig im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen im Rahmen der Studie „Evaluierung von Auswirkungen des Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ detailliert die aktuelle Entwicklung des Spendenaufkommens. Eine Veröffentlichung der Ergebnisse ist vorgesehen.

Abbildung 2.2-12: Entwicklung der Spenderquote und der Spendenhöhe in Deutschland, 1995–2008



Datenbasis: Emnid-Spendenmonitor 1995–2008.

Die Spenderquoten sind relativ stabil, lediglich im Zusammenhang mit besonderen Katastrophenfällen wie der Elbe-Flut oder der Tsunami-Katastrophe sind sie spürbar gestiegen. Die durchschnittliche jährliche Summe je Spender ist von 78 Euro im Jahre 1995 auf 102 Euro im Jahre 2008 und damit auf 131% angewachsen.

Die Angaben aus den Freiwilligensurveys von 1999 und 2004, nach denen sogar jeweils eine Spenderquote von 63% erreicht wurde, zeigen, dass alle Schichten der Bevölkerung spenden. Dennoch lassen sich in den verschiedenen soziodemografischen Gruppen Unterschiede im Spendenverhalten ausmachen (vgl. Tab. 2.2-13).

Die Spendenbeteiligung bei den Frauen liegt etwas höher als bei den Männern und steigt mit dem Alter. Als Ursachen für die unterschiedliche Spendenbeteiligung sind mehrere Faktoren auszumachen. So trägt die in der Regel mit dem Alter einhergehende gesicherte wirtschaftliche Situation offenbar zur Zunahme der Spendenbereitschaft bei, was bei den Rentnern zur höchsten Spendenbeteiligungsquote führt. Nach der beruflichen Stellung betrachtet, nehmen Beamte und Selbstständige Spitzenpositionen ein.

Tabelle 2.2-13: Spender nach soziodemografischer Struktur in Deutschland, 1999 und 2004, in %

	1999	2004
Bevölkerung gesamt	63	63
Geschlecht		
Männer	61	61
Frauen	65	66
Alter		
14–29 Jahre	42	38
30–59 Jahre	66	66
60 Jahre und älter	75	77

	1999	2004
Fortsetzung		
Erwerbsstatus		
Erwerbstätig	65	66
Arbeitslos	46	43
Schüler/in Ausbildung	40	36
Hausfrau	70	69
Rentner	73	77
Sonstiges	47	51
Berufliche Stellung		
Arbeiter	51	49
Angestellter	68	69
Beamter	81	85
Selbstständiger	72	75
Sonstige	51	44
Haushaltseinkommen		
Unter 750 €	41	35
750 bis unter 1.500 €	57	55
1.500 bis unter 2.500 €	66	65
2.500 bis unter 4.000 €	74	75
4.000 € und mehr	82	81

Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999 und 2004; eigene Berechnung.

Es ist nicht zu übersehen, dass trotz der deutlich höheren Spendenbeteiligung der wirtschaftlich gut dastehenden Gruppen auch Personen aus den anderen sozioökonomischen Gruppen in einem beachtlichen Maße spenden. Es tragen also nicht nur die wirtschaftliche Lage, sondern auch ideelle, moralische und solidarische Werte zur Spendenentscheidung bei. Allein die Zugehörigkeit zu einer Konfession befördert die Wahrscheinlichkeit des Spendens (vgl. Tab. 2.2-14).

Tabelle 2.2-14: Spendenbeteiligung nach Konfession und Stärke kirchlicher Bindung, 2004, in %

	2004
Konfessionszugehörigkeit	
Mit Konfession	66
Ohne Konfession	34
Konfessionsgruppe	
Evangelisch	67
Katholisch	66
Sonstige	61
Bindung an Kirche	
Stark	81
Mittel	69
Schwach	56

Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004; eigene Berechnungen.

Während zwei von drei Mitgliedern einer Kirche oder Religionsgemeinschaft spenden, trifft dies nur für jeden dritten Konfessionslosen zu. Hingegen bleiben die Unterschiede

zwischen den beiden großen Kirchen gering: 67% der Mitglieder der evangelischen und 66% der katholischen Kirche geben entsprechende Aktivitäten an. Die Stärke der kirchlichen Bindung hat hingegen hohen Einfluss auf das Spendenverhalten. Bei einer starken kirchlichen Bindung spenden sogar mehr als acht von zehn Personen. Bei geringer Bindung liegt das Niveau hingegen nur noch leicht über dem der Konfessionslosen.

Die verschiedenen Studien machen beträchtliche regionale Unterschiede aus, da sowohl ein West-Ost- als auch Süd-Nord-Gefälle vorhanden ist. In den alten Bundesländern spendeten nach dem Freiwilligensurvey 2004 rund 64% der Bürgerinnen und Bürger gegenüber 51% in den neuen Bundesländern. Dabei ist die Spendenbeteiligung in Bayern mit 73% am höchsten und in Bremen mit 57% am geringsten. In den neuen Bundesländern liegen die Spendenbeteiligungsquoten dicht beieinander.

Am häufigsten wird dem Deutschen Spendenmonitor zufolge für Hilfen in Bürgerkriegs- und Katastrophengebieten, die Behinderten- und Krankenhilfe, die Kinder- und Jugendhilfe, den sozialen Bereich sowie für Kirchen und Glaubensgemeinschaften gespendet.

Das Engagement in Form von Spenden findet unterschiedliche Bewertungen. Als „Post-giro-Aktivismus“ oder „Checkbook Participation“ wird es oft kritisch und als Freikauf von Verantwortung und Schuldbewusstsein dargestellt (vgl. Dekker 1999: 178). Untersuchungen weisen hingegen auf einen engen Zusammenhang zwischen Spendenaktivitäten und anderen Engagementformen hin (vgl. Priller/Sommerfeld 2009: 189). Das Spenden ersetzt demnach nicht das persönliche Engagement, vielmehr geht zeitliches Engagement mit einer hohen Spendenaktivität einher.

Perspektivisch können gemeinnützige Einrichtungen, Vereine und Verbände in Deutschland auch in Zukunft mit Spenden rechnen. Die Frage, ob das Gesamtvolumen der über Spenden bereitgestellten Mittel künftig beträchtlich steigen wird, kann allerdings nicht eindeutig beantwortet werden.

2.2.8 Zukünftige Engagementpotenziale

Zur mittel- und langfristigen Entwicklung des Engagements, der Engagementbereitschaft und -potenziale gibt es widersprüchliche Thesen (vgl. Hirschman 1984; Priller 2004). Häufig wird ein Rückgang des Engagements erwartet. Nach der Individualisierungsthese führt ein Wertewandel zu einem wachsenden Desinteresse an gemeinschaftlichen Beziehungsformen. Untersuchungen wie der Freiwilligensurvey zeigen dagegen, dass Gemeinschaftsorientierung und Selbstverwirklichungsmotive bei Engagierten keinen Gegensatz bilden. Persönliche Sinngebung ist auch in gemeinschaftlichen Beziehungsformen möglich (vgl. Braun 2003). Der These vom Strukturwandel des Engagements zufolge (Behr et al. 2000) kommt es zu einer Verlagerung der Engagementpotenziale hin zu kleineren Organisationsformen sowie zu informellen Engagementformen.

Nach Hirschman sind Schwankungen im Engagement auf bestimmte Phasen gemeinschaftlicher Aktivitäten zurückzuführen. Die Zyklen unterscheiden sich nach solchen Phasen, in denen eine intensive Auseinandersetzung mit öffentlichen Angelegenheiten

erfolgt. In der darauffolgenden Phase stehen individuelle Belange und die private Wohlfahrt im Vordergrund. Aufschwungphasen des Engagements sind, so Hirschman, das Ergebnis eines anhaltenden individuellen wirtschaftlichen Aufschwungs.

Diese Beobachtungen werfen die Frage nach den möglichen Konsequenzen der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise für das bürgerschaftliche Engagement auf. Es wurde schon darauf verwiesen, dass Arbeitslosigkeit die Engagementbereitschaft negativ beeinflusst. Eine Umfrage im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen im Januar 2009 kam zu dem Ergebnis, dass 55% der befragten Bürgerinnen und Bürger eine Abnahme des Engagements als Resultat der Wirtschaftskrise befürchten. Von den Befragten erwarten 37% eher eine Zunahme und 4% eine Stagnation des Engagements. Vor allem in den engagementstarken Altersgruppen zwischen 30 und 49 Jahren sind diejenigen, die einen Rückgang befürchten, mit 60% überdurchschnittlich stark vertreten (vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen 2009).

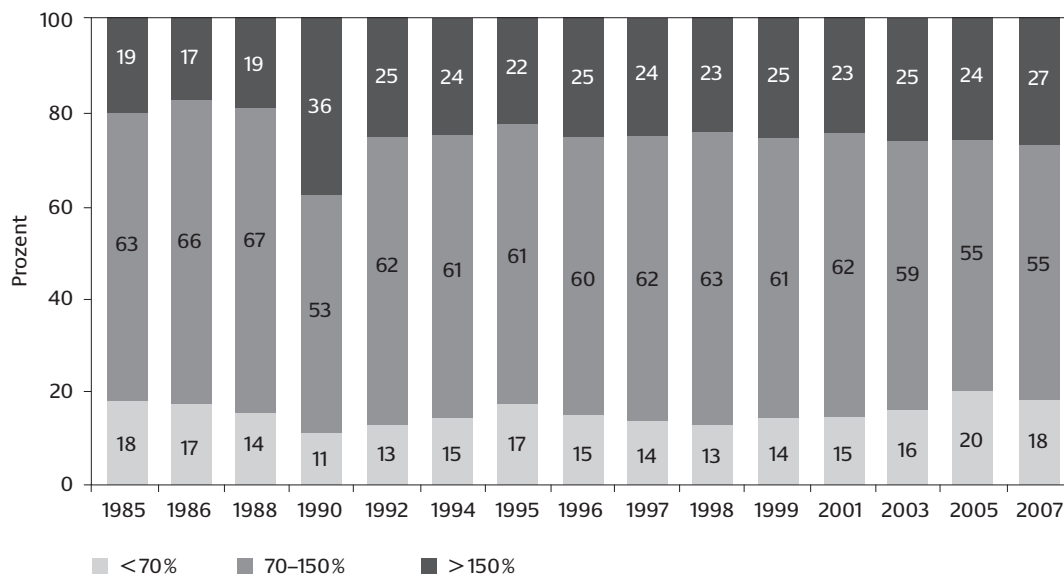
Damit eng verbunden ist die Gefahr, dass die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise die Erosion des Mittelstands bzw. die Einkommenspolarisierung weiter forciert. Dieser Trend einer schrumpfenden Mittelschicht hält schon seit geraumer Zeit an (vgl. Grabka/Frick 2008).

Auf Konsequenzen für das Engagement macht Abbildung 2.2-13 aufmerksam:²⁵ Sie zeigt, dass 1985 63,2% der Engagierten der Mittelschicht zuzurechnen waren (70–150% des Median), 19,2% den einkommensstarken Schichten (150% und mehr des Median) und 17,6% den armutsgefährdeten bzw. Armutsschichten (kleiner als 70% des Median).²⁶

Der Anteil der Engagierten aus der Mittelschicht liegt 2007 bei 55,3%, jener der Einkommensstarken hat deutlich auf 26,5% zugenommen, jener der armutsgefährdeten Schichten blieb mit 18,2% fast unverändert. Das Schrumpfen der Mittelschicht ging mit dem Rückgang ihres Anteils bei den Engagierten einher. Die Zunahme der Einkommensstarken in der Bevölkerung ist mit einem steigenden Anteil von Engagierten verbunden. Letzteres ist jedoch nicht bei einer Zunahme der armutsgefährdeten Schichten der Fall. Führt die Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer beschleunigten Abwärtsmobilität, wird das Gesamtniveau des Engagements sinken.

²⁵ Zur besseren Vergleichbarkeit der Einkommenssituation von Personen in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung werden sog. Äquivalenzeinkommen berechnet. In Abbildung 2.2-13 wird die modifizierte OECD-Äquivalenzskala angewendet. Hierbei erhält die erste Person ein Gewicht von 1, alle weiteren erwachsenen Haushaltsmitglieder werden mit 0,5 und alle Kinder bis 14 Jahre mit 0,3 gewichtet.

²⁶ Die Einkommensintervalle in Relation zum Median bzw. dem mittleren Einkommen und deren Interpretation wurden von Grabka/Frick (2008) übernommen. Der Ausreißer im Jahre 1990 resultiert aus dem Übergang vom west- zum gesamtdeutschen Medianeinkommen.

Abbildung 2.2-13: Struktur der Engagierten nach ihrer relativen Einkommensposition¹, 1985–2007², in %

¹ Reales Haushaltsnetto-Äquivalenzeinkommen (modifizierte OECD-Skala, Preisniveau des Jahres 2000).

² 1985–1988 nur alte Bundesländer.

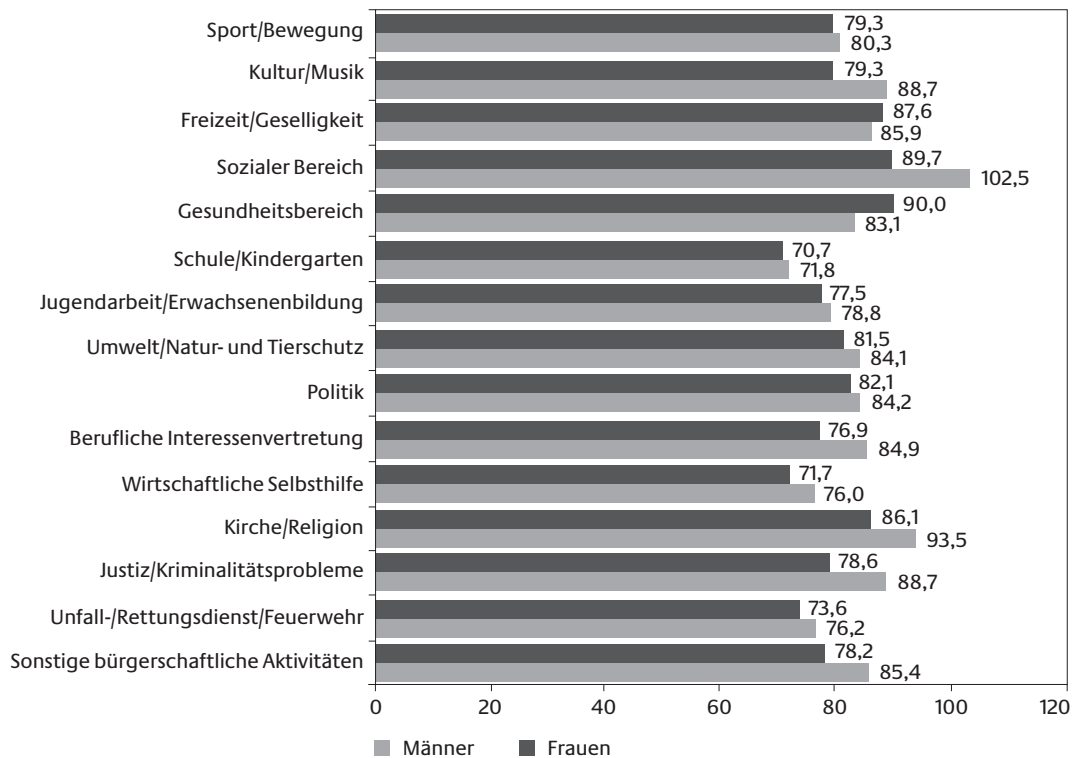
Datenbasis: SOEP 24; eigene Berechnungen.

Unabhängig von der Finanz- und Wirtschaftskrise tangiert der demografische Wandel das Engagement unmittelbar. Angesichts des gesellschaftlichen Alterungsprozesses gewinnen Engagement und Engagementbereitschaft von älteren Menschen an Bedeutung. Der bessere Gesundheitszustand wird dieser Gruppe künftig längere Aktivitätsphasen, auch hinsichtlich des Engagements, ermöglichen.

Bevölkerungsdiagnosen gehen davon aus, dass die Alterung der Bevölkerung das Engagementpotenzial in den einzelnen Bereichen unterschiedlich stark beeinflussen wird (vgl. Abb. 2.2-14). Nach der Prognose von Mai/Swiaczny (2008) kann nur der soziale Bereich einen Zuwachs erwarten, alle anderen Tätigkeitsfelder bzw. Engagementbereiche werden Verluste erfahren. Besonders groß sind sie in den Bereichen Schule und Kindergarten, Unfall- und Rettungsdienste sowie bei der Freiwilligen Feuerwehr.

Der Bedeutungszuwachs des sozialen und des Gesundheitsbereichs geht mit einem grundlegenden Wandel der dort zu bewältigenden Erfordernisse einher: Es werden in Zukunft vermehrt Einsatzfelder nachgefragt, die sich auf eine Kurzzeitpflege, die kommunikative und soziale Miteinander, die hauswirtschaftliche Unterstützung, die Gewährleistung und Sicherung von Mobilität sowie auf die Beratung von pflegenden Angehörigen beziehen. Damit sind Potenziale und Bedarfe in der ambulanten Pflege und auch in Bezug auf die Begleitung von Personen mit Demenz angesprochen. Der Hospizbereich stellt künftig ebenfalls ein wichtiges Engagementfeld dar.

Abbildung 2.2-14: Veränderung des bürgerschaftlichen Engagements in einzelnen Tätigkeitsfeldern bis 2050 (2006 = 100), in %



Quelle: Mai/Swiaczny (2008).

Der demografische Wandel wird die Regionen und somit auch den regionalen Kontext unterschiedlich beeinflussen: Besonders starke Bevölkerungsrückgänge werden Ostdeutschland und generell ländliche Regionen erfahren. Dies hat entsprechende Auswirkungen auf das Engagement, was man schon heute in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands beobachten kann (vgl. Neu 2009).

Das Potenzial älterer Menschen ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft (vgl. Kocka 2008). Es sind jene Faktoren zu stärken, die die Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben befördern: altersgerechtes Wohnen, altersgerechte Infrastruktur, öffentliches Verkehrsnetz (vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen 2009). Die Ausschöpfung dieses Potenzials wird des Weiteren von der Höhe künftiger Altersbezüge beeinflusst (vgl. Künemund 2009). Ein steigendes Engagement im Alter wird aber den demografisch bedingten Rückgang nicht kompensieren können. Das Problem verschärft sich noch, wenn die zurzeit das Engagement tragende Baby-Boomer-Generation in die Hochbetagtenphase eintritt.

2.2.9 Deutschland in europäischer Perspektive

Im europäischen Vergleich des bürgerschaftlichen Engagements stehen die Untersuchungen vor denselben methodischen Problemen wie auf nationaler Ebene: Erhebungen kommen infolge unterschiedlicher methodischer Ansätze zu differierenden Ergebnissen. Internationale Vergleiche eignen sich zum Ranking. Zugleich lässt sich der Einfluss national unterschiedlicher Rahmenbedingungen auf die Engagementbereitschaft analysieren. Das kann in diesem Bericht nur ansatzweise realisiert werden.

International vergleichende Studien, die bürgerschaftliches Engagement systematisch und regelmäßig erheben, fehlen bislang. Dennoch wird die Thematik von einzelnen Untersuchungen aufgegriffen. Der European Social Survey²⁷ von 2002/2003 fragt ein breites und abgestuftes Spektrum der Möglichkeiten sozialer Teilhabe ab (vgl. Priller 2006):

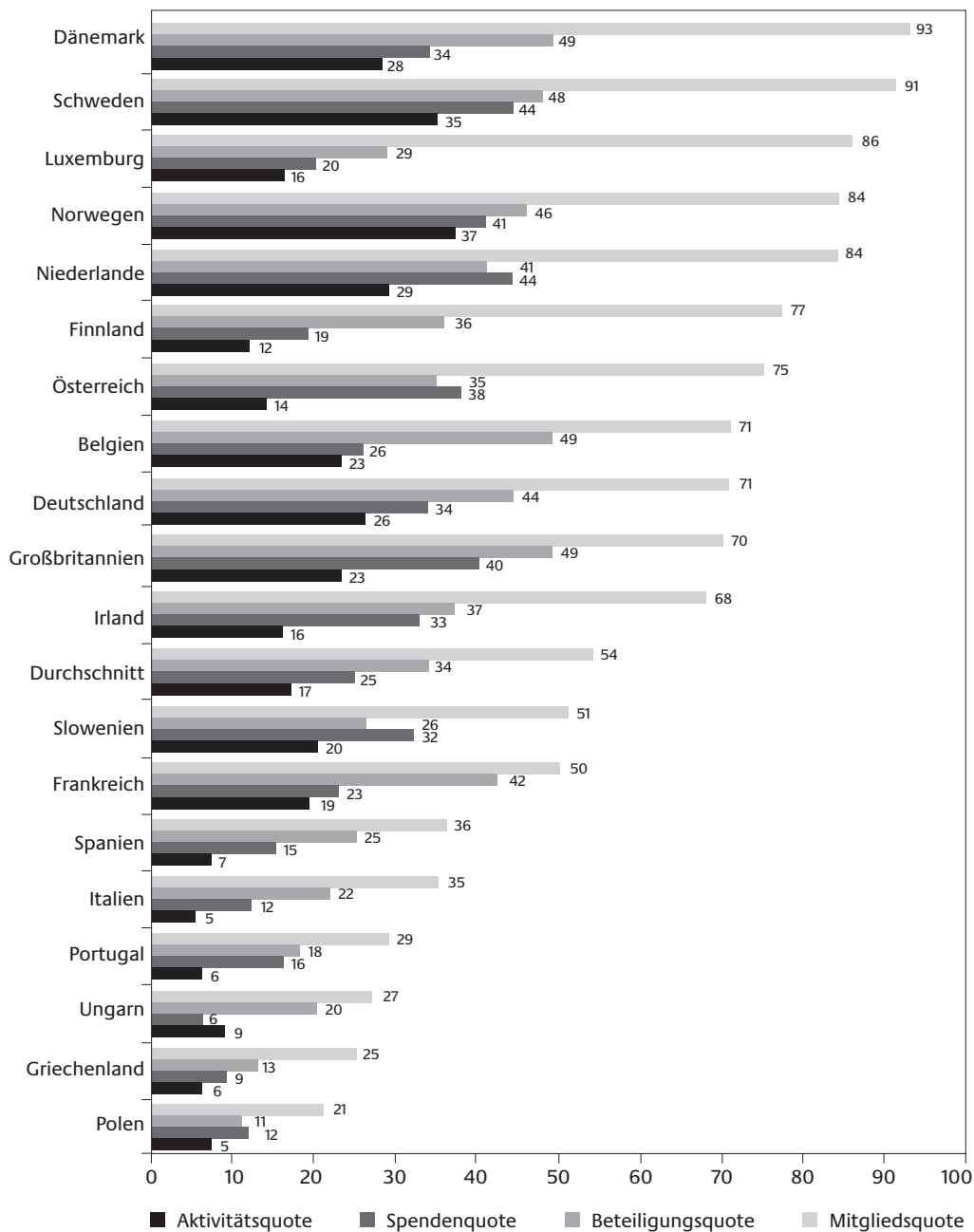
- I die formale *Mitgliedschaft* in Organisationen,
- I die *einfache Beteiligung* am Organisationsgeschehen,
- I die finanziellen *Spenden* für die Organisationen,
- I ehrenamtliches Engagement und sonstige freiwillige unbezahlte *Aktivitäten* und Tätigkeiten in den Organisationen, die in Form von Zeitspenden über einfache Beteiligung hinausreichen.

Bezogen auf diese vier Faktoren zeigen die Ergebnisse für 19 Länder recht unterschiedliche Ausprägungen (vgl. Abb. 2.2-15).

In den untersuchten europäischen Ländern sind die Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichem Umfang Mitglied in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Im Durchschnitt ist mehr als jede Zweite bzw. jeder Zweite (54%) in Europa zumindest in einer Organisation Mitglied (Mitgliedschaftsquote). Dabei zeigen sich starke Niveaugefälle im Nord-Süd- und West-Ost-Vergleich.

²⁷ Der European Social Survey (ESS) ist eine auf Anregung der European Science Foundation (ESF) entstandene repräsentative Bevölkerungsumfrage, an deren erster Welle (2002/2003) 22 Länder teilgenommen haben (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Irland, Israel, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik und Ungarn). Außer für die Schweiz und die Tschechische Republik liegen Daten zum zivilgesellschaftlichen Engagement für die übrigen 20 Länder vor. Das Projekt wird von der EU-Kommission, der EFS sowie nationalen Forschungsförderorganisationen finanziert. Langfristiges Ziel des ESS ist es, die Interaktion zwischen den sich wandelnden politischen und ökonomischen Institutionen und den Einstellungen, Überzeugungen und Verhaltensmustern der Bevölkerung der jeweiligen Länder zu untersuchen. Die repräsentativen Bevölkerungsbefragungen in den beteiligten Ländern basieren auf einem einheitlichen Fragebogen zu verschiedenen Aspekten des politischen und gesellschaftlichen Zusammenlebens, der durch länderspezifische Fragen und wechselnde Schwerpunktthemen ergänzt wird. In der ersten Welle gehörte zu den Schwerpunkten „Citizenship, Involvement, Democracy“.

Abbildung 2.2-15: Formen zivilgesellschaftlichen Engagements im Ländervergleich
(Anteil an der Bevölkerung), in %



Datenbasis: ESS 2002/2003; eigene Berechnungen.

Dänemark²⁸ mit einer Mitgliedschaftsquote von 93%, Schweden mit 91%, Luxemburg mit 86% sowie Norwegen und die Niederlande mit jeweils 84% gehören zur Spitzengruppe. In Portugal mit 29%, Ungarn mit 27%, Griechenland mit 25% und Polen mit 21% sind weit weniger Bürgerinnen und Bürger Mitglied in einer Organisation. Deutschland liegt mit 71% im Mittelfeld.

²⁸ Die hohen Mitgliedschaftsquoten in den skandinavischen Ländern lassen sich zum Teil durch die obligatorischen Mitgliedschaften in den Gewerkschaften erklären.

Geht man anderen Engagementformen nach, so wird deutlich, dass Länder mit breiter Mitgliederbasis zumeist auch eine hohe Beteiligung in anderen Engagementformen aufweisen. Das betont den besonderen Stellenwert einer Mitgliedschaft für die weiteren Engagementformen.

Zwischen aktiver Beteiligung am Organisationsgeschehen und der bloßen Mitgliedschaft besteht ein enger Zusammenhang im Ländervergleich. Für Deutschland (wie auch für Belgien, Großbritannien, Frankreich) liegen Mitgliedschaft und Beteiligung besonders eng beieinander; das heißt, der Anteil der aktiven Mitglieder ist sehr hoch.

Eine völlig andere Form des Engagements stellen die Spenden für zivilgesellschaftliche Organisationen dar (vgl. Abschnitt 2.2.7). Im Durchschnitt der untersuchten Länder spendete jeder Vierte. Die höchste Spendenbeteiligung gab es in Schweden, den Niederlanden, Norwegen, Großbritannien und Österreich. Süd- und osteuropäische Länder wiesen dagegen niedrige Spendenquoten auf. Die Spendenbeteiligung der Deutschen entsprach dem europäischen Durchschnitt.

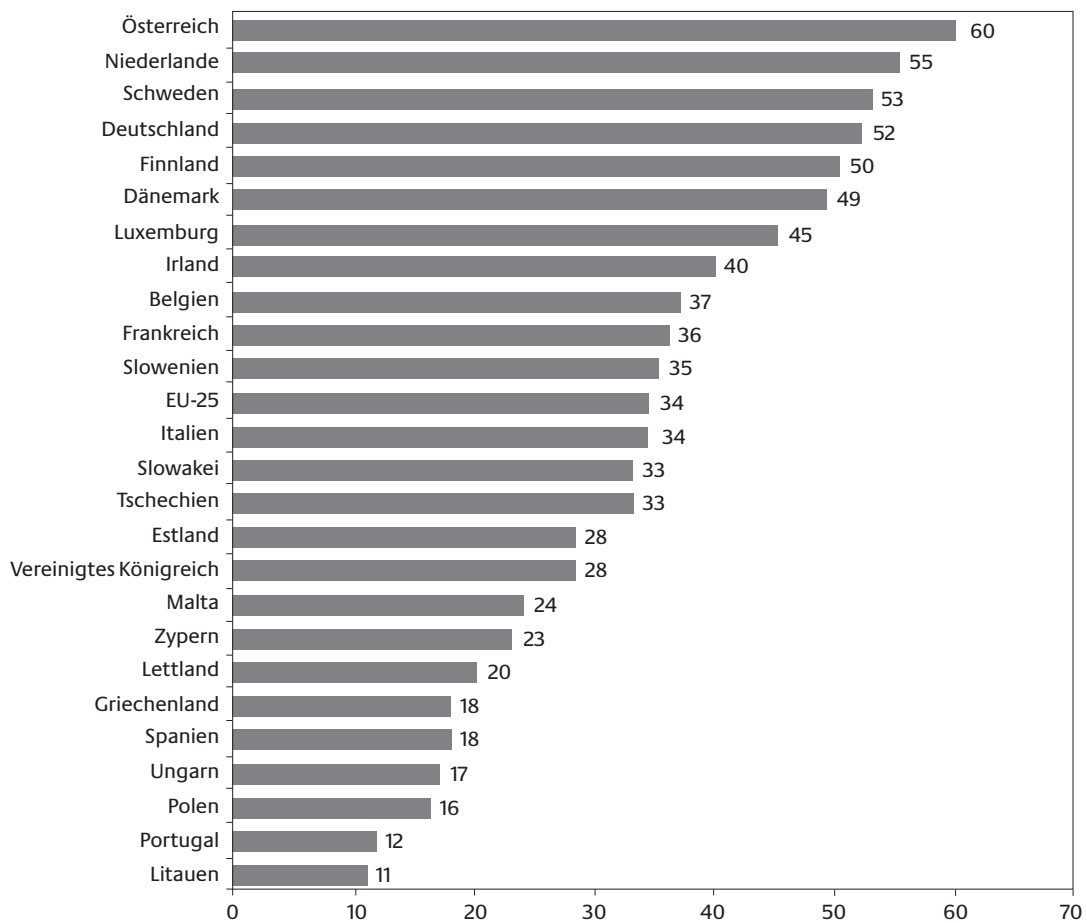
Neben den bislang betrachteten Engagementformen lassen sich auch Unterschiede bei den Aktivitäten in Form von Ehrenämtern und sonstigen unbezahlten Tätigkeiten erkennen. Norwegen und Schweden weisen mit Aktivitätsquoten von 37% bzw. 35% sehr hohe Werte aus. Deutschland liegt hier mit 26% – wie bei den anderen Engagementformen – im Mittelfeld der untersuchten Länder.

Die sich durchziehenden Nord-Süd- und West-Ost-Gefälle belegen, dass ein ausgebautes Angebot staatlich finanzierter Sozialleistungen durchaus mit einem hohen Engagementniveau der Bürger einhergeht (vgl. Anheier/Toepler 2003).

Einen weiteren internationalen Vergleich erlaubt das Special Eurobarometer von 2006 (vgl. Abb. 2.2-16). Diese Befragung bestätigt einerseits die schon beschriebenen Nord-Süd- und West-Ost-Gefälle. Andererseits führt eine weit undifferenziertere Fragestellung²⁹ nach den Engagementformen zu deutlich anderen Werten. Dadurch ergeben sich für Deutschland eher günstige Werte, und es erreicht einen Spitzenplatz in Europa.

29 „Sind Sie derzeit aktives Mitglied oder ehrenamtlich für eine oder mehrere der folgenden Organisationen tätig?“

Abbildung 2.2-16: Aktive Mitgliedschaft oder ehrenamtliche Tätigkeiten im Ländervergleich (Anteil an Bevölkerung), 2006, in %



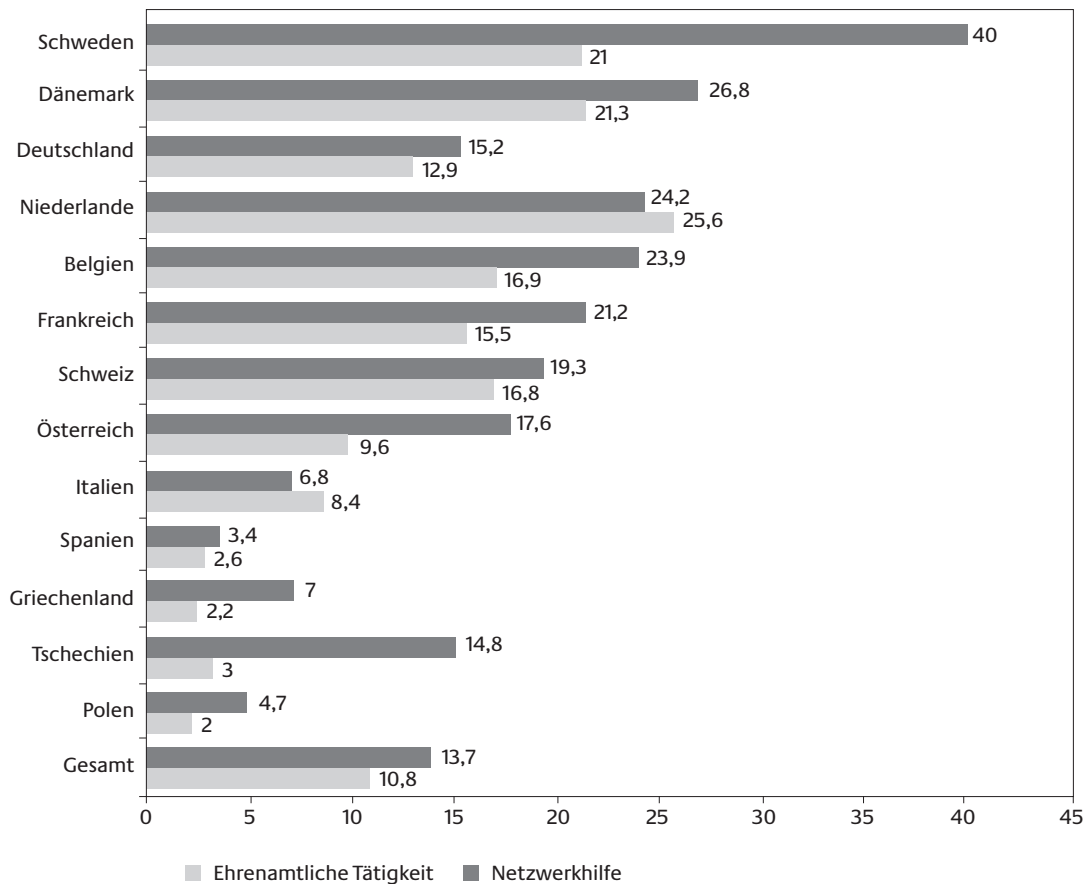
Quelle: Darstellung nach Special Eurobarometer 273/Wave 66.3 (2007).

Eine andere aktuelle international vergleichende Untersuchung steht mit der jetzt zugänglichen zweiten Welle (2006) von SHARE zur Verfügung. Die Erhebung beschränkt sich auf Personen im Alter ab 50 Jahren. In dem Erhebungsprogramm sind die ehrenamtliche Tätigkeit und die unbezahlte Hilfe (Netzwerkhilfe) für Familienmitglieder, Freunde oder Nachbarn enthalten.³⁰

In den hier untersuchten Ländern üben 2006 durchschnittlich 10,8% der befragten Personenkreise ein Ehrenamt aus. Es bestätigt sich auch hier das Nord-Süd- und das West-Ost-Gefälle (vgl. Abb. 2.2-17).

³⁰ Netzwerkhilfe für Familienmitglieder, die hier nicht getrennt ausgewiesen werden kann, wird in diesem Bericht ausdrücklich nicht mit informellem Engagement gleichgesetzt.

Abbildung 2.2-17: Ehrenamtliche und im Bereich Netzwerkhilfe Tätige im Ländervergleich (Anteil an Bevölkerung 50 Jahre und älter), 2006, in %



Quelle: Expertise Erlinghagen/Hank.

Netzwerkhilfe leisteten im Jahre 2006 13,7% der Befragten. Die Länderunterschiede folgen weitgehend denen des Ehrenamtes. Die Quoten für Deutschland liegen bei Ehrenamt und Netzwerkhilfe erneut im mittleren Bereich.

Sowohl auf der Länder- als auch auf der Individualebene existieren deutliche Belege für eine komplementäre Beziehung von Ehrenamt und Netzwerkhilfe – übrigens auch bezüglich der Pflege von Angehörigen.

Zu den individuellen Determinanten für die Ausübung eines Ehrenamtes in dieser Altersgruppe (Daten von 2004): In den meisten Ländern liegt der Anteil ehrenamtlich aktiver Männer nur leicht über dem der Frauen, was auch für Deutschland zutrifft. Hinsichtlich des Alters gibt es zwischen den Altersgruppen (50–64 und 65–74 Jahre) kaum Unterschiede. Ab dem 75. Lebensjahr geht das Engagement deutlich zurück.

Zwischen dem Bildungsniveau Älterer und der Ausübung eines Ehrenamtes zeigt sich in allen Ländern ein starker Zusammenhang, ebenso zwischen der individuellen Gesundheitseinschätzung und dem Engagement.

Die individuellen Determinanten der Netzwerkhilfe sind die gleichen wie die des Ehrenamtes. Eine Ausnahme bildet das Vorhandensein einer Partnerschaft. Während diese keinen Einfluss bezüglich einer ehrenamtlichen Tätigkeit hat, üben Alleinlebende deutlich weniger Netzwerkhilfe aus.

Auf der Länderebene zeigt sich: Je größer der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist, desto stärker üben ältere Bürgerinnen und Bürger gemeinwohlorientierte Tätigkeiten aus. Damit wird deutlich, dass hohe öffentliche Investitionen das Engagement nicht negativ beeinflussen müssen.

2.3 Struktur und Entwicklung auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Organisationen

2.3.1 Allgemeine Struktur und Entwicklung

Für einen wesentlichen Anteil der Engagierten bilden die zivilgesellschaftlichen Organisationen die infrastrukturelle Basis. Nach Angaben aus dem Freiwilligensurvey 2004 geben 85% der Engagierten an, sich in ihnen zu betätigen. Die Organisationen sind zugleich auf das Engagement angewiesen. Den zivilgesellschaftlichen Organisationen kommen deshalb wichtige Aufgaben in Bezug auf die Initiierung, Aufrechterhaltung und Qualifizierung des Engagements zu.

Schätzungen des Berliner Maecenata Instituts (2006: 5) gehen von rund 1 Million Organisationen unterschiedlicher Größe, Zusammensetzung und Rechtsform aus, die die deutsche Zivilgesellschaft prägen. Allerdings lässt sich die Gesamtanzahl solcher Organisationen in Deutschland nicht exakt bestimmen. Unstrittig sind hingegen die vielfältigen Verbindungen zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Engagement.

Das Engagement ist in den Organisationen u. a. in den Formen des traditionellen Ehrenamtes zu finden. Um in Deutschland z. B. einen Verein zu gründen, bedarf es laut Vereinsgesetz zuerst des Willens, der Bereitschaft und der Aktivität von sieben Personen. Die vielen klassischen Leitungsfunktionen in den Organisationen, die durch Wahlen besetzt werden, sind ein nicht zu unterschätzender Anteil des Engagements. Da eine zivilgesellschaftliche Organisation in ihren Leitungs- und Arbeitsgremien eine bestimmte Anzahl von Engagierten braucht, gehören deren Gewinnung und die Unterstützung ihrer Tätigkeit zu den Grundaufgaben jeder Organisation.

Die Besetzung von Vorstandsfunktionen reicht aber in der Regel nicht aus, um den Verein später „am Leben zu halten“ und ihn arbeitsfähig zu gestalten. Daher wird zumeist ein nach innen wie nach außen gerichtetes größeres Netzwerk von Mitgliedern und Engagierten aufgebaut.

Vergleichbare Formen des Engagements sind auch in den anderen Rechtsformen zivilgesellschaftlicher Organisationen zu finden. Ob in Stiftungen, in den gGmbHs oder in Genossenschaften – sie können über ehrenamtliche Vorstände, andere Leitungsgremien und Kontrollorgane geführt werden.

Bekanntlich wird den freiwilligen Organisationen bereits seit Tocqueville eine wichtige Rolle für das Engagement im Allgemeinen und für die solidarische Erbringung von Leistungen im Besonderen sowie die tolerante Erziehung ihrer Mitglieder zugeschrieben. Betont wird auch ihre spezielle Rolle für die öffentliche Interessenartikulation. In der Verbindung von interner Sozialisation und Verwobenheit mit externen gesellschaftlichen Strukturen leisten die Organisationen letztlich einen unverzichtbaren Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und zum Funktionieren einer Demokratie.

Diese Kombination von interner Sozialisation und externer Verflechtung trifft jedoch nicht generell für alle Organisationen zu, sondern ist eher als Idealfall anzusehen (vgl. Dekker 2001: 356). Wenn die Mitgliedschaft in der Vergangenheit dadurch charakterisiert wurde, dass die Mitglieder direkte Beziehungen unterhielten und sich zumindest bei Mitgliederversammlungen trafen, so hat sich dies zunehmend verringert. Als Ursache hierfür werden Verlust an sozialem Kapital, Engagement und Vertrauen ins Feld geführt (vgl. Putnam 1993).

Die Kritik an diesen Entwicklungen ist auf heftigen Widerspruch gestoßen, weil beispielsweise informelle Formen kollektiver Aktionen unberücksichtigt bleiben und mit unterschiedlichen Wertschätzungen für einzelne Organisationsformen einhergehen: Wenn man einerseits fehlende Aktions- und Interaktionsaktivitäten der Mitglieder kritisiert, muss andererseits gesehen werden, dass auch traditionell die Mehrzahl der Mitglieder passiv ist. Die Identifizierung der Engagierten mit ihrer Organisation ist deshalb nicht zwangsläufig geringer.

Neben diesen stark nach innen gerichteten Funktionen, die durchaus Außenwirkungen hervorbringen, sind die produktiven Ergebnisse der Leistungserbringung des Engagements nicht zu vernachlässigen oder gar zu unterschätzen. Ob bei der Freiwilligen Feuerwehr, den Rettungsdiensten, bei der Organisation kultureller oder sportlicher Veranstaltungen, den Hilfe- und Unterstützungsleistungen für kranke oder bedürftige Personen – durch das Engagement werden Leistungen oder Produkte angeboten, die sonst fehlen. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen übernehmen dabei weitreichende Aufgaben der Koordinierung und Steuerung.

Die Betonung dieser *produktiven* Leistungen führte in den letzten 15 Jahren zu einer verstärkten wirtschaftlichen Ausrichtung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die Folgen sind Organisationsentwicklungsprozesse, die das Verhältnis zum bürgerschaftlichen Engagement wesentlich beeinflussen. In einer Verbändeuntersuchung von 2005 (vgl. Witt et al. 2006) sahen sich 95% der Verbände als Wirtschaftsorganisation, selbst bei den karitativen und soziokulturellen Organisationen waren es jeweils 80%. Eine stärkere wirtschaftliche Ausrichtung und Einbindung in staatliche sozialpolitische Aufgabenrealisierung zieht häufig Spannungen und die Infragestellung der Passfähigkeit des Engagements nach sich; Dienstleistungsangebote sind dann oft nur noch in begrenztem Umfang durch Engagierte zu realisieren. Zwar ist laut der Verbändeuntersuchung die Zahl der Engagierten bei den meisten Verbänden nicht zurückgegangen, 73% gaben aber an, Schwierigkeiten bei der Gewinnung ehrenamtlicher Mitarbeiter zu haben (vgl. ebd.). Inwiefern die zivilgesellschaftlichen Organisationen die Wirkungsbedingungen für das

Engagement förderlich gestalten, dass Angebote für bereits aktive oder potenzielle Engagierte entstehen, die deren Zeitarrangements ausreichend berücksichtigen, wurde bisher kaum untersucht.

2.3.2 Hauptamtliche in zivilgesellschaftlichen Organisationen

Trotz der Einbindung und Einpassung bürgerschaftlichen Engagements in den Gesamtzusammenhang zivilgesellschaftlicher Organisationen bedarf es des Einsatzes von hauptamtlichen Beschäftigten. Zwischen hauptamtlicher Beschäftigung und der Tätigkeit von Engagierten bestehen enge Wechselwirkungen. In diesem Zusammenhang wird häufig auf das Vorhandensein bestimmter Spannungsverhältnisse und Konkurrenzen hingewiesen (vgl. Beher et al. 2008). Gleichwohl erscheint es notwendig, die Beschäftigungsentwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen näher zu betrachten: Die Interpretation der Beschäftigungsentwicklung muss dabei durchaus zweideutig bleiben. Zum einen können mehr Hauptamtliche Ausdruck für die Ersetzung oder die Verdrängung von Ehrenamtlichen sein. Zum anderen erfordert die steigende Zahl Engagierter – die verstärkt qualifizierte Tätigkeiten übernehmen – mehr Hauptamtliche für deren Anleitung und Betreuung.

Die Zahl der Beschäftigten in zivilgesellschaftlichen Organisationen wird durch weitere Faktoren beeinflusst. Da beispielsweise das Selbstverständnis der Wohlfahrtsverbände in den vergangenen Jahren verstärkt in Richtung Sozialwirtschaft geht, sind bestimmte Marktelemente in ihren Beschäftigungsstrategien zu erkennen. Auch als eine Folge der Einbindung in die staatliche sozialpolitische Aufgabenrealisierung ist über die letzten Jahrzehnte die arbeitsmarktpolitische Relevanz der zivilgesellschaftlichen Organisationen gestiegen (vgl. Zimmer/Priller 2007).

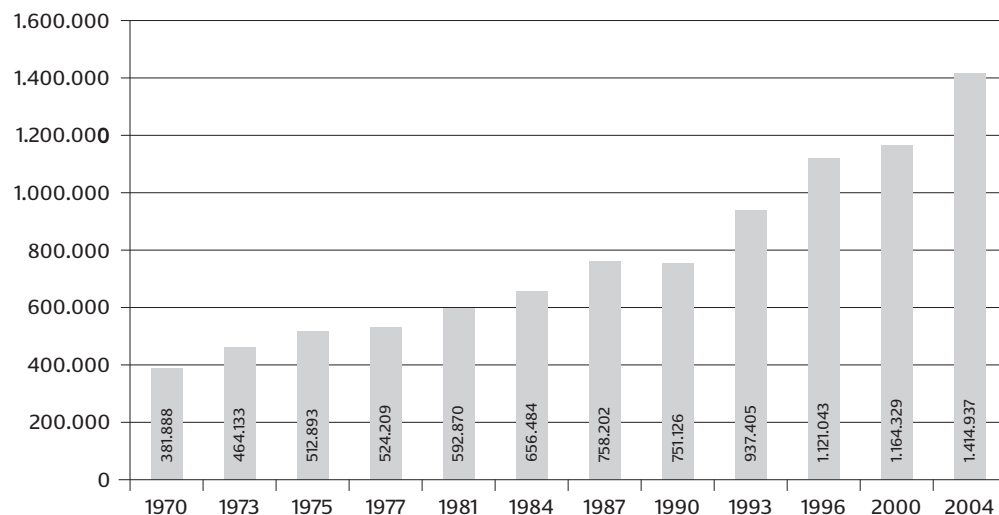
Die Untersuchungen des „Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project“³¹ haben für die 1990er-Jahre die Zunahme des arbeitsmarktpolitischen Stellenwerts der zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der volkswirtschaftlichen Ebene aufgezeigt. Der Dritte Sektor in Deutschland kann demnach auf eine äußerst positive Beschäftigungsentwicklung zurückblicken: Während 1990 rund 1.018.000 Beschäftigte in Vollzeitäquivalenten gezählt wurden, waren es im Jahre 1995 bereits rund 1.441.000; insgesamt waren rund 2,1 Mio. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Für die zweite Hälfte der 1990er-Jahre wurde in verschiedenen Untersuchungen ein unvermindert hohes Wachstum des Dritten Sektors ermittelt und bis zum Jahr 2007 mit fast 3 Mio. Beschäftigten in den gemeinnützigen Organisationen gerechnet (vgl. Priller 2008; Dathe/Priller 2009; Expertise Hohendanner 2009). Da eine Wiederholung der Untersuchungen des Johns Hopkins Project bislang nicht erfolgt und seine Anlage als Dauerbeobachtung in Deutschland nicht gelungen ist, liegen nur partiell vergleichbare Daten vor, die eine Gesamteinschätzung für den jüngsten Zeitraum erschweren.

³¹ Dieses international vergleichende Projekt wurde von der Johns Hopkins University in Baltimore (USA) initiiert und seit 1990 koordiniert. Es erfasst den Dritten Sektor in ausgewählten Ländern quantitativ in seiner ökonomischen Struktur (Beschäftigte, Ehrenamtliche, Tätigkeitsspektrum, Leistungsumfang, Finanzvolumen, Quellen und Verwendung finanzieller Mittel) und qualitativ in seinen historischen, gesellschaftlichen und politischen Dimensionen. Die deutsche Teilstudie wurde in der zweiten Projektphase von Annette Zimmer (Universität Münster) und Eckhard Priller (WZB) geleitet.

Als Datenquellen für die aktuelle Entwicklung werden deshalb Angaben aus der Gesamtstatistik der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (BAGFW 2002) sowie Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auf der Grundlage des IAB-Betriebspanels herangezogen. Allerdings reflektieren beide Quellen lediglich einen Ausschnitt der zivilgesellschaftlichen Organisationen: Die Daten der BAGFW beschränken sich auf den Bereich, in dem die Wohlfahrtsverbände agieren, das IAB-Betriebspanel erbringt keine klare Abgrenzung zum öffentlichen Sektor.³²

Im Rückblick auf die vergangenen 15 Jahre lässt sich konstatieren, dass der Dritte Sektor nicht durchgängig auf gleichem Niveau neue Arbeitsplätze geschaffen hat. Es zeichnen sich durchaus markante Einschnitte in der Entwicklung ab. Dies ist nicht zuletzt auf die Auswirkungen unterschiedlicher arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischer Maßnahmen zurückzuführen. Angaben der Freien Wohlfahrtspflege zur Beschäftigungsentwicklung unterstreichen dies (vgl. Abb. 2.3-1).

Abbildung 2.3-1: Beschäftigte in der Freien Wohlfahrtspflege, 1970–2004



Quelle: Gesamtstatistik 2004 der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.

Kennzeichen jüngerer Entwicklungen ist die bemerkenswerte Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Während die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze und der befristeten Arbeitsplätze beträchtlich steigt, geht die der Vollzeitarbeitsplätze weiter zurück. Außerdem sind Tendenzen einer zunehmenden Kombination von regulärer (bezahlter) und freiwilliger (unbezahlter) Arbeit auszumachen, die wiederum zu einer verstärkten Entgrenzung der ehemals klar voneinander getrennten Bereiche führt (vgl. Hildebrandt/Priller 2008). Eine weitere Veränderung ist in den Tätigkeitsfeldern zu konstatieren: Während 1996 erst 26% der Organisationen des Dritten Sektors, in denen Beschäftigungsverhältnisse vorlagen, im Bereich Gesundheit und Soziales agierten, waren es im Jahre 2007 bereits 42% (vgl. Expertise Hohendanner 2009).

³² Das IAB-Betriebspanel ist eine mündliche Betriebsbefragung von mittlerweile 16.000 Betrieben, die seit 1993 jährlich in West- und seit 1996 in Gesamtdeutschland durchgeführt wird. Grundgesamtheit ist die Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit (vgl. Fischer et al. 2008).

Für die Freie Wohlfahrtspflege, die den Kern des Dritten Sektors in Deutschland bildet, liegen differenzierte Daten nur bis 2004 vor. Sie weisen ein beachtliches Wachstum aus. So ist von 2000 bis 2004 die Anzahl der Beschäftigten sogar um 22% gestiegen. Der Beschäftigungszuwachs resultiert hauptsächlich aus einer Zunahme bei den Teilzeitkräften und den geringfügig Beschäftigten um 39%; innerhalb von vier Jahren nahm die Anzahl der Teilzeitkräfte und der geringfügig Beschäftigten um 186.034 zu. Die Gesamtzahl dieser Beschäftigten erreicht mit 663.637 rund 46% und damit fast die Hälfte der Beschäftigungsverhältnisse in den Wohlfahrtsverbänden. Für die Gesamtzahl der ehrenamtlich sozial Engagierten weist die Statistik der Freien Wohlfahrtspflege seit den letzten Berichtszeiträumen unverändert 2,5 bis 3 Mio. Personen aus. Inwiefern sich durch die Beschäftigungsentwicklung die Bedingungen für das Engagement verbessert oder verschlechtert und inwieweit sich die Beschäftigungsbedingungen in den Organisationen verändert haben, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden und bedarf weiterer Untersuchungen.

Den besonderen Stellenwert atypischer Beschäftigungsverhältnisse im Dritten Sektor reflektieren auch die Angaben des IAB (vgl. Tab. 2.3-1).

Tabelle 2.3-1: Atypische Beschäftigungsverhältnisse im Dritten Sektor, 2007, in %

	Dritter Sektor	Durchschnitt aller Sektoren
Teilzeit	42	24
Befristung	16	7
Geringfügig	12	12

Quellen: IAB-Betriebspanel 2007; Expertise Hohendanner.

Nach Analysen mit dem IAB-Betriebspanel sind 2007 etwa 4% aller Betriebe in Deutschland dem Dritten Sektor zuzurechnen. Mit 42% waren hier fast doppelt so viele Teilzeitkräfte wie im Durchschnitt aller Beschäftigten in Deutschland (24%) tätig. In Bezug auf die befristeten Arbeitsverhältnisse waren es mit 16% sogar mehr als doppelt so viele Beschäftigte wie im Gesamtdurchschnitt (7%). Bei den geringfügig Beschäftigten hingegen bestehen keine Unterschiede zwischen Drittem Sektor und dem Durchschnitt aller Sektoren.

Im Vergleich zu den Angaben aus Untersuchungen der 1990er-Jahre zeigen sich hier beträchtliche Veränderungen. Ergebnissen der deutschen Teilstudie des Johns Hopkins Project zufolge waren 1990 lediglich 27% und 1995 nur 34% der Mitarbeiter im gesamten Dritten Sektor teilzeitbeschäftigt. Der Anteil der geringfügig Beschäftigten lag laut einer Organisationsbefragung aus dem Jahr 1997 noch bei 6% (vgl. Zimmer/Priller 2007). Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung sind also im Dritten Sektor stark angewachsen – und sie dominieren inzwischen die Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich.

Wurden diese Tendenzen lange Zeit als besonderer Vorteil und als Kennzeichen für flexible Beschäftigungsverhältnisse im Dritten Sektor angesehen, ergeben sich aufgrund der beschriebenen Entwicklungen heute Fragen nach den Grenzen der atypischen Beschäftigungsverhältnisse. Dies trifft auch für IAB-Angaben zum Frauenanteil zu, der ebenfalls stark zugenommen hat, sodass im Jahre 2007 von vier Arbeitsplätzen bereits drei von Frauen besetzt waren (Frauenanteil: 68%).

Andere Analysen weisen ferner auf die geringe Entlohnung hin. Seitens der Organisationen des Dritten Sektors werden deshalb erste Forderungen nach einem Mindestarbeitslohn gestellt.

2.3.3 Verbände und Vereine

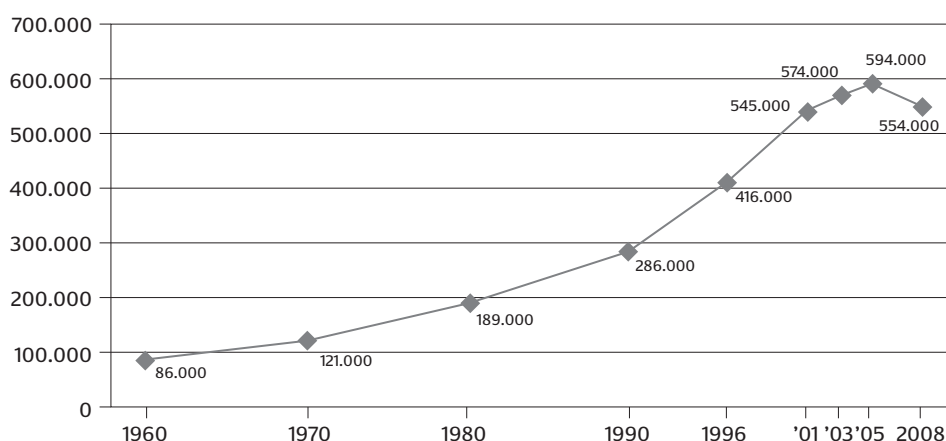
Die Vereinslandschaft stellt sich als eine dynamische Wachstumsbranche dar. Eine amtliche Organisations- und Mitgliederstatistik, wie sie in anderen Ländern geführt wird, existiert in Deutschland bislang nicht. Deshalb sind nur wenige Informationen verfügbar; lediglich für einige Bereiche, wie für den Sport oder den sozialen Bereich, liegen Angaben über die Verbände vor, die als Dachorganisationen fungieren.

Angaben über Neueintragungen und Löschungen von Vereinen sind in der Regel nur über die Vereinsregister bei den deutschen Amtsgerichten zu erhalten. Unberücksichtigt bleiben dabei all jene Vereine, die keine Eintragung in den Vereinsregistern anstreben, beispielsweise weil sie diese nicht für notwendig halten. Zu diesen Organisationen, deren Zahl in Deutschland auf mehrere Hunderttausend geschätzt wird, liegen keine genauen Angaben vor (vgl. Maecenata 2006: 5).

In den letzten 50 Jahren, für die entsprechende Angaben zur Verfügung stehen, ist die Zahl der in Deutschland eingetragenen Vereine beträchtlich gestiegen (vgl. Abb. 2.3-2): Sie hat sich von rund 86.000 im Jahre 1960 (alte Bundesländer) auf 554.000 im Jahre 2008 (alte und neue Bundesländer) mehr als versechsfacht. Die steil ansteigende Kurve der eingetragenen Vereine veranschaulicht ein beeindruckendes dynamisches Wachstum, wie es nur in wenigen gesellschaftlichen Bereichen zu beobachten ist. Gleichzeitig wird deutlich, dass ein großer Teil der Vereine noch recht jung ist und deshalb nicht von einem langen Erfahrungshorizont bei der Praxis des bürgerschaftlichen Engagements gesprochen werden kann.

Ob der leichte Rückgang der Vereinszahlen aus dem Jahr 2008 bereits eine Trendwende bedeutet oder eher auf die Bereinigung oder Veränderungen bei der Führung der Vereinsregister zurückzuführen ist, kann zurzeit nicht beurteilt werden.

Abbildung 2.3-2: Entwicklung der Anzahl der Vereine, 1960–2008

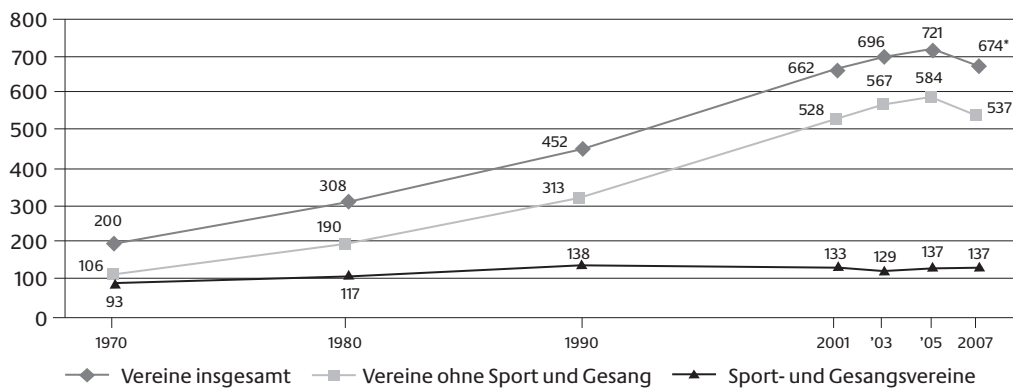


Quellen: Johns Hopkins Project; Vereinsstatistik V & M Service GmbH, Konstanz.

Im Zeitraum 2005–2008 wird in der Vereinsstatistik eine besondere Zunahme der Kultur-, Interessen- und Freizeitvereine sowie ein Rückgang bei den Umweltvereinen festgestellt (vgl. Vereinsstatistik 2008: 22). In welchem Maße die Zunahme der Vereine in den genannten Bereichen aus der Gründung von Fördervereinen resultiert, bleibt unklar. Differenzierte Untersuchungen zu den Vereinen, die Schlussfolgerungen für die Engagementpolitik ermöglichen, fehlen bislang.

Doch nicht nur die Zahl der eingetragenen Vereine ist – über einen längeren Zeitraum betrachtet – absolut angestiegen, auch ihre Dichte – bezogen auf je 100.000 Einwohner – hat stark zugenommen: Sie stieg von 1960 bis 2008 von 160 auf 674 und hat sich damit mehr als vervierfacht (vgl. Abb. 2.3-3).

Abbildung 2.3-3: Anzahl der Vereine insgesamt sowie der Sport- und Gesangsvereine je 100.000 Einwohner, 1960–2007¹



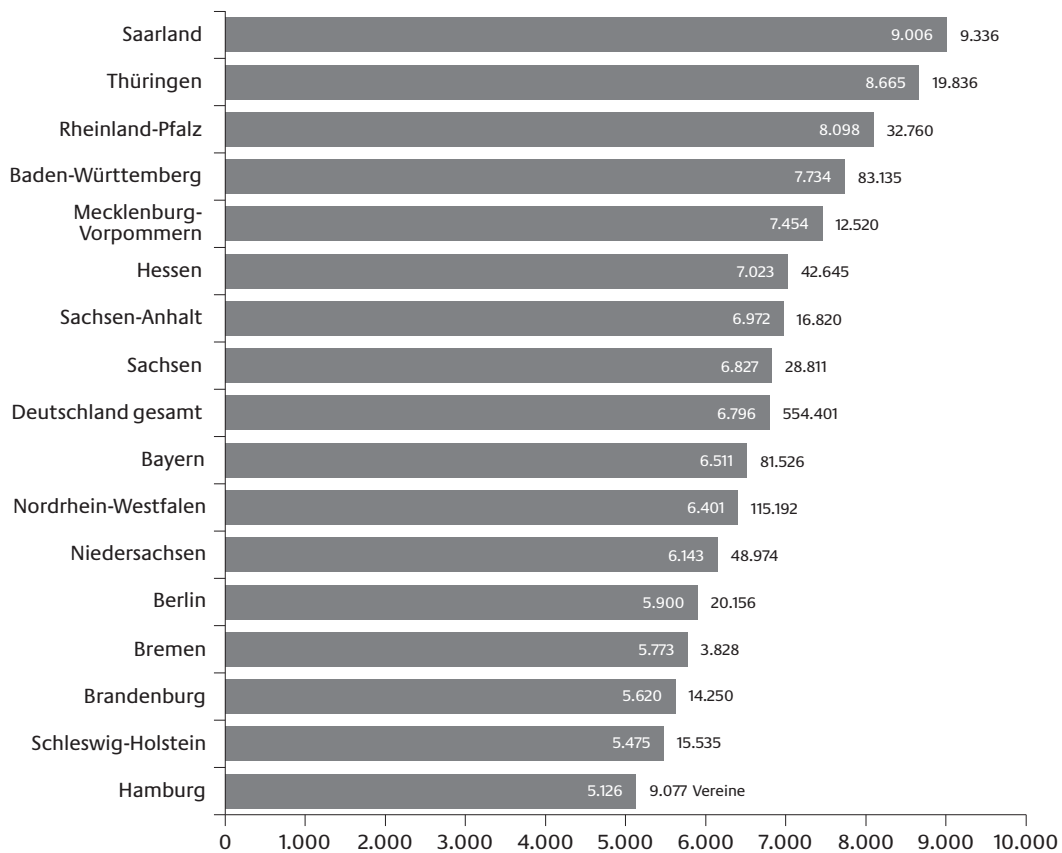
¹ Bis 1990 nur alte Bundesländer. – * Angaben für 2008.

Datenbasis: Jahrbücher des Statistischen Bundesamtes 1961ff.; Vereinsstatistik V & M Service GmbH, Konstanz.

Die Berücksichtigung traditioneller Vereine – hier liegen konkrete Angaben des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und des Deutschen Sängerbundes zugrunde – belegt langfristige Wachstumsraten: So stieg die Anzahl der Vereine im DOSB von rund 31.000 im Jahre 1960 auf rund 91.000 im Jahre 2007. Die Anzahl der Gesangsvereine ist von rund 16.000 auf 21.000 gestiegen. Die Vereinsquoten je 100.000 Einwohner hingegen veränderten sich hier nur geringfügig.

Die Unterschiede hinsichtlich der Anzahl der Vereine – bezogen auf die Bevölkerung – fallen zwischen den Bundesländern relativ hoch aus (vgl. Abb. 2.3-4).

Abbildung 2.3-4: Anzahl der Vereine je 1 Million Einwohner und Gesamtzahl der Vereine nach Bundesländern, 2008



Quelle: Vereinsstatistik V & M Service GmbH, Konstanz.

Während das Saarland, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg die größte Vereinsdichte ausweisen, liegt sie in Hamburg, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Bremen am niedrigsten. Tendenziell ist davon auszugehen, dass in den Bundesländern mit einer hohen Vereinsdichte auch eine hohe Engagementquote vorzufinden ist.

2.3.4 Stiftungen und Bürgerstiftungen

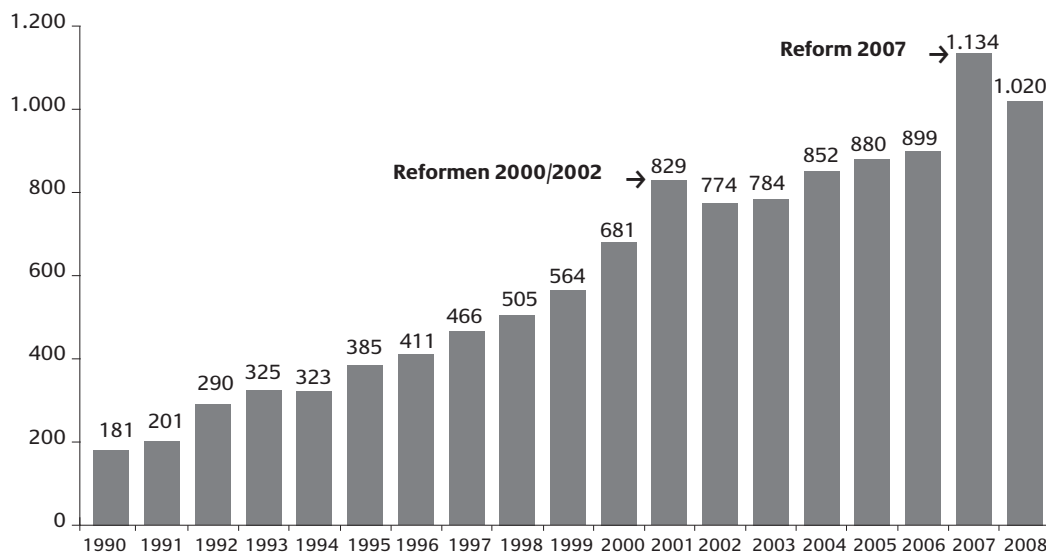
Das Stiftungswesen hat in den vergangenen Jahren in Deutschland eine Renaissance erlebt. Stiftungen sind die ältesten zivilgesellschaftlichen Organisationsformen und weit älter als die Idee und Realität der Bürgergesellschaft. Mit Stiftungen wird privates Vermögen für Zwecke des Gemeinwohls zur Verfügung gestellt. Heute sind sie ein wesentlicher Teil der Bürgergesellschaft und erfüllen wichtige Funktionen für die Gesellschaft. „Komplementarität und Innovation“ (Anheier 2004: 14) sind zwei grundlegende Funktionen des Handelns von Stiftungen. Stiftungen ergänzen staatliches und privatwirtschaftliches Handeln, da sie als zivilgesellschaftliche Organisationen Mittel vergeben und wichtige Aufgaben in der Forschungs- und Kulturförderung übernehmen. Darüber hinaus sind Stiftungen aber auch innovativ tätig, indem sie Themen setzen und auch in der Förderung von Projekten Risiken übernehmen, mit denen die Defizite von Staat und Markt kompensiert werden können. Neben diesen Grundfunktionen erfüllen Stiftungen noch weitere Aufgaben: Sie übernehmen die Umverteilung gesellschaftlicher Ressourcen und bewahren Traditionen und Kultur (vgl. Expertise Maecenata Institut).

Die Bedeutung der Stiftungen für das bürgerschaftliche Engagement wird kontrovers beurteilt, weil Stiftungen eher zum „strukturkonservativen Teil der Zivilgesellschaft zu rechnen“ (ebd.) sind. Sie werden immer wieder wegen ihrer mangelnden Transparenz und ihrer unzureichenden Partizipationsmöglichkeiten kritisiert.

Nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen bestanden zu Beginn des Jahres 2009 16.406 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts, 6% mehr als im Vorjahr. Der Bestand an Stiftungen in den alten und den neuen Bundesländern ist nach wie vor sehr ungleichgewichtig. Im Jahre 2008 gab es in den neuen Bundesländern 1.042 und in den alten Bundesländern (einschließlich Berlin) 15.364 Stiftungen (Bundesverband Deutscher Stiftungen 2009: 25). Neu gegründet wurden 2008 mehr als 1.000 Stiftungen, 2007 waren es 1.134 (vgl. Abb. 2.3-5).

Der Aufschwung bei der Neugründung von Stiftungen im letzten Jahrzehnt hat mit der gesteigerten Aufmerksamkeit der Politik für diesen besonderen Zweig des bürgerschaftlichen Engagements zu tun. In drei gesetzgeberischen Etappen hat der Staat die Errichtung und die Tätigkeit einer Stiftung erleichtert: Im Jahre 2000 wurde das Stiftungssteuerrecht verbessert. Mit den Ergebnissen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Stiftungsrecht wurde 2002 das Stiftungsrecht modernisiert. 2007 hat das Bundesfinanzministerium mit dem Gesetz „Hilfen für Helfer“ im Rahmen der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts die Möglichkeit geschaffen, dass Stifter nun 1 Million Euro steuerbegünstigt in den Grundstock einer Stiftung einbringen können. Spender können ihre Zuwendung in den Vermögenstock einer Stiftung bis zu 1 Million Euro steuermindernd geltend machen.

Abbildung 2.3-5: Stiftungsgründungen in Deutschland, 1990–2008



Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen (2009).

Nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen verfügen die Stiftungen über ein Vermögen von mehr als 100 Mrd. Euro, das allerdings durch die gegenwärtige Finanzkrise geschrumpft ist. Kritisch ist zu vermerken, dass es nur wenige große Stiftungen gibt, die über entsprechende hohe Vermögenserträge verfügen. Der überwiegende Teil der

Stiftungen hat einen geringen Vermögensstock. Im Jahre 2006 hatten 18% der Stiftungen ein Vermögen bis 50.000 Euro, bei 28% lag es zwischen 50.000 und 250.000 Euro, bei 14% zwischen 250.000 Euro und 500.000 Euro, bei 23% zwischen 0,5 Mio. und 2,5 Mio. Euro, und lediglich 17% der Stiftungen hatten ein Vermögen, das größer als 2,5 Mio. Euro war. In den letzten Jahren haben besonders die Stiftungen im mittleren Segment (25.000–500.000 Euro) zugenommen (vgl. Sprengel/Ebermann 2007).

Bei den Ausgaben zeigt sich eine ähnliche Verteilung: 75% der Stiftungen liegen unterhalb von 250.000 Euro jährlich, 25% darüber (17% der Stiftungen verfügen über weniger als 5.000 Euro jährlich). Nur einige große (vgl. Tab. 2.3-2) verfügen über ein sehr hohes Budget (10% der Stiftungen stehen mehr als 2,5 Mio. Euro im Jahr zur Verfügung) (vgl. Expertise Maecenata Institut).

Tabelle 2.3-2: Die zehn größten Stiftungen privaten Rechts nach Gesamtausgaben

Name	Gesamtausgaben in Euro
VolkswagenStiftung	115.562.000
Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH	85.939.000
Robert Bosch Stiftung GmbH	78.703.000
Deutsche Bundesstiftung Umwelt	74.032.000
Alexander von Humboldt-Stiftung	64.043.000
Bertelsmann Stiftung	61.797.000
Studienstiftung des deutschen Volkes e. V.	42.145.000
Dietmar-Hopp-Stiftung gGmbH	42.000.000
Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung	40.500.000

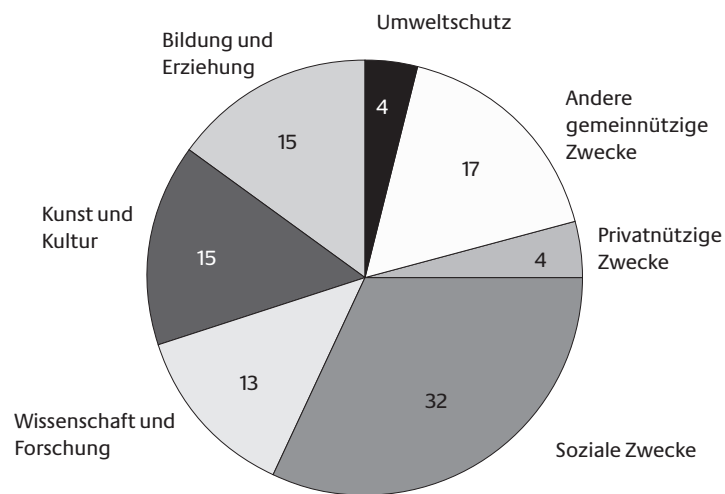
Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen (2009): Finanzdaten von 2007.

Die breite gesellschaftliche Wirkung von Stiftungen wird deutlich, wenn ihre Stiftungszwecke betrachtet werden. Stiftungen müssen bei ihrer Gründung einen oder mehrere Stiftungszwecke in ihrer Satzung festlegen. Nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (Bundesverband Deutscher Stiftungen 2009: 21) verfolgen Stiftungen mit 32% soziale Zwecke, gefolgt von Bildung und Erziehung (15%), Kunst und Kultur (15%), Wissenschaft und Forschung (13%), Umweltschutz (4%) und andere gemeinnützige Zwecke (17%) (vgl. Abb. 2.3-6).³³

Soziale Zwecke werden von Stiftungen in Ost und West gleich häufig als Stiftungszwecke genannt. Stiftungen in den alten Bundesländern verfolgen hingegen häufiger Wissenschaft und Forschung (13,1% zu 9,1%) sowie Bildung und Erziehung (15,2% zu 12,6%) als Stiftungszweck als Stiftungen in den neuen Bundesländern. Dort haben Kunst und Kultur als Stiftungszwecke hingegen höhere Werte (19,2% zu 14,5%).

³³ Bei der Verteilung der Stiftungszwecke ist zu beachten, dass die einzelnen Zwecke zunächst in die Hauptgruppen der Abgabenordnung zusammengefasst und danach gewichtet wurden.

Abbildung 2.3-6: Verteilung der Stiftungszweck-Hauptgruppen im Stiftungsbestand, in %



Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen (2009: 36).

Noch immer konzentriert sich die Zahl der Stiftungen in den alten Bundesländern und dort vor allem in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Die geringe Zahl von Stiftungen in den neuen Bundesländern ist u. a. der schwierigen wirtschaftlichen Situation, dem Fehlen einer ausgeprägten Mittel- und Oberschicht, geringer Bevölkerungsdichte und der anhaltenden Abwanderungsproblematik geschuldet. Stiftungen sind eher in den städtischen Ballungsräumen zu finden: Hier gibt es noch Bestände des Bürgertums, und hier wird auch das meiste Kapital erwirtschaftet, das als Stiftungsvermögen dienen kann.

Bis jetzt wurde die Rolle von Stiftungen in der modernen postindustriellen Gesellschaft noch nicht tief greifend diskutiert (vgl. Anheier 2004: 8). Verantwortlich hierfür ist ihr ambivalentes Bild in der Öffentlichkeit (vgl. Expertise Maecenata Institut). Die Kritikpunkte betreffen vor allem mangelhafte Transparenz und Rechenschaftslegung sowie das Verhältnis der Stiftungen zur Bürgergesellschaft. Daher hat der Bundesverband Deutscher Stiftungen die „Grundsätze Guter Stiftungspraxis“ verabschiedet, die von allen Mitgliedern des Verbandes als verbindlich anerkannt werden sollen. Diese Prinzipien dienen der Stärkung der Transparenz und als Mittel der Vertrauensbildung gegenüber der Gesellschaft. Es fehlt aber noch immer ein zentrales Stiftungsregister, durch das sich die Öffentlichkeit über die Tätigkeiten der Stiftungen informieren könnte. Auf der Ebene der Bundesländer gibt es bereits ein über das Internet zugängliches Stiftungsverzeichnis.

Die zahlreichen Stiftungsgründungen haben nicht nur eine neue Generation von Stiftern, sondern auch neue Stiftungskonzepte wie „Venture Philanthropy“ (vgl. Expertise Maecenata Institut; Alberg-Seberich 2009) hervorgebracht. Bei diesem Konzept geht es darum, dass Stiftungen – neben ihren finanziellen Zuwendungen – die Empfängerorganisation mit Wissen und durch den Zugang zu Netzwerken unterstützen. Venture Philanthropy ist der Versuch eines Brückenschlages zwischen Wirtschaft/Finanzwelt und gemeinnützi-

gen Organisationen. So wird beispielsweise die Förderung von Organisationen als Investition begriffen. Prinzipien der Unternehmensführung und die Methodiken des Venture-Kapitalmarktes³⁴ werden dabei auf das Handeln von Stiftungen übertragen.

Die große Zahl der Stiftungsgründungen ist sicher positiv zu vermerken, doch befinden sich unter diesen Neugründungen zahlreiche kleine Stiftungen, die kaum handlungsfähig sind. Zu wünschen ist deshalb, dass mehr Stiftungen mit einem größeren Stiftungskapital gegründet werden, damit sichergestellt ist, dass diese Stiftungen ihre Ziele auch verwirklichen können. Allerdings können Stiftungen durch die Möglichkeit des Zustiftens weiteres Vermögen aufbauen. Es geht daher nicht vorrangig um die Zahl der Neugründungen, wenn die wachsende Bedeutung der Stiftungen für die Zivilgesellschaft als Financier und als Innovationsmotor in den Blick genommen werden soll.

Bürgerstiftungen

Mit den Bürgerstiftungen ist seit 1996 ein neuer Typus von Stiftung, angelehnt an das amerikanische Vorbild der Community Foundation, entstanden. Bürgerstiftungen sind Stiftungen von Bürgern für Bürger, die in einem begrenzten lokalen Raum mit ihrer Arbeit einen breiten Förderzweck verfolgen. Im Unterschied zu Stiftungen haben Bürgerstiftungen eine Vielzahl von Förderzwecken und zahlreiche Stifter. Bürgerstiftungen haben das Ziel, bürgerschaftliches Engagement vor Ort zu mobilisieren und langfristig zu fördern.

Inzwischen gibt es 237 Bürgerstiftungen (nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen sind es im Jahre 2009 nur 220), von denen 166 das Gütesiegel des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen tragen und damit den zehn Merkmalen einer Bürgerstiftung entsprechen.³⁵ An der Spitze der Förderschwerpunkte und Stiftungszwecke standen 2007 die Themen Jugend (27%), Bildung und Erziehung (25%), Soziales (13%) und Kunst und Kultur (11%).³⁶

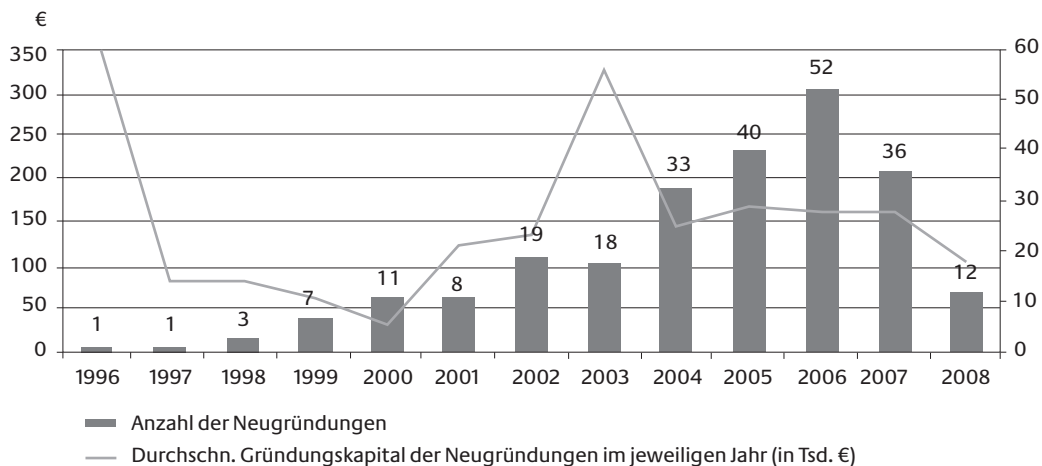
Der Gründungsboom von Bürgerstiftungen hat anscheinend seinen Höhepunkt überschritten. Während im Jahre 2006 nach Angaben der Aktiven Bürgerschaft beinahe jede Woche eine Bürgerstiftung errichtet wurde, waren es im vergangenen Jahr lediglich zwölf Bürgerstiftungen. Dennoch haben inzwischen über 33,5 Mio. Menschen in Deutschland potenziell Zugang zu einer Bürgerstiftung, das heißt, in ihrer Region ist eine Bürgerstiftung aktiv (Aktive Bürgerschaft: Länderspiegel Bürgerstiftungen 2008: 14; vgl. Abb. 2.3-7).

34 „Venture Capital“ ist ein aus der Privatwirtschaft stammender Begriff, der im Zusammenhang der Beteiligungsfinanzierung an Unternehmen durch sog. Wagniskapital verwendet wird. Wagniskapital bzw. Wagniskapitalmarkt meint hier die Beteiligung von Unternehmensbeteiligungsgesellschaften oder Einzelpersonen an jungen Unternehmen, die sich nicht selbst finanzieren können und von den Banken keine Kredite erhalten.

35 Vgl. www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/index.php?strg=2_4&baseID=4& (letzter Zugriff am 8. März 2009).

36 Umfrage der Initiative Bürgerstiftungen im Bundesverband Deutscher Stiftungen (www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/files/original/galerie_vom_04.07.2007_13.24.45/Microsoft%20Word%20%20Foerderschwerpunkte.pdf; letzter Zugriff am 17. März 2009).

Abbildung 2.3-7: Neugründungen und Gründungskapital von Bürgerstiftungen, 1996–2008



Quelle: Aktive Bürgerschaft (2008).

Als junge zivilgesellschaftliche Organisationsform haben die 237 Bürgerstiftungen bislang ein Gesamtvermögen von mehr als 110 Mio. Euro aufbauen können (vgl. ebd.: 8).³⁷ Das Stiftungskapital hat sich im Zeitraum 2005–2007 fast verdoppelt. Das aktuelle Vermögen der Bürgerstiftungen ist zu 31% Treuhandkapital und zu 69% Stiftungskapital. Ende 2007 verfügten bereits 23 Bürgerstiftungen über mehr als 1 Mio. Euro an Stiftungskapital, 2006 waren es noch 16 Bürgerstiftungen. Aus dem Stiftungskapital flossen 4 Mio. Euro an Erträgen, 3,5 Mio. Euro nahmen die Bürgerstiftungen über Spenden ein. Im Durchschnitt lag das Stiftungsvermögen bei 480.000 Euro. Inzwischen gibt es 13.000 Bürgerstifterinnen und Bürgerstifter.

Einen wesentlichen Teil macht die Projektarbeit bei Bürgerstiftungen aus. In diese Projekte flossen im letzten Jahr rund 260.000 Stunden an ehrenamtlicher Arbeit.

Bürgerstiftungen sind vor allem in den Ballungsgebieten der bevölkerungsreichen Bundesländer zu finden. Drei Viertel der Bürgerstiftungen sind in den vier bürgerstiftungsreichsten Ländern aktiv: Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen. In den ostdeutschen Ländern (einschließlich Berlin) ist die Zahl von 21 Stiftungen recht gering geblieben. Ihre Finanzkraft ist deutlich niedriger als im Westen. Ostdeutsche Bürgerstiftungen haben durchschnittlich nur knapp die Hälfte des aktuellen Vermögens der westdeutschen Bürgerstiftungen, was allgemein auf die Wirtschaftskraft des jeweiligen Umfeldes verweist. Nur 6% des Gesamtvermögens liegen laut Angaben der Untersuchung der Aktiven Bürgerschaft (nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen: 10%) bei ostdeutschen Bürgerstiftungen.

2.3.5 Freiwilligendienste

Freiwilligendienste genießen seit mehr als zehn Jahren hohe Aufmerksamkeit und Attraktivität. Im Bereich der Jugendfreiwilligendienste überschreitet seit Jahren die Nachfrage das Angebot an Plätzen. Mit den Freiwilligendiensten verknüpfen sich vielfäl-

³⁷ Die Initiative Bürgerstiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen zählt 220 Stiftungen mit einem Vermögen von 100 Mio. Euro (www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/index.php?strg=2_155_221&baseID=313&; letzter Zugriff am 10. Juni 2009).

tige Hoffnungen und Erwartungen, und sie gelten als Instrument zur Bewältigung jugendpolitischer, gesellschaftlicher und wohlfahrtsstaatlicher Probleme.

Freiwilligendienste werden als wichtiges Element einer „neuen Kultur des Sozialen“ (Liebig 2008: 12) betrachtet. Sie sind Sozialisations- und Bildungsprojekte und werden als Beitrag wahrgenommen, um den demografischen Wandel zu gestalten. Die Ausweitung und der Wandel der Freiwilligendienste betreffen nicht nur die Älteren, die einbezogen werden sollen. Die alten und neuen Freiwilligendienste richten sich auch an bildungsferne Schichten und an Menschen mit Migrationshintergrund. Ziel ist daher, mehr Migrantenorganisationen zu finden, die sich als Träger für Freiwilligendienste qualifizieren und Einsatzstellen bereitstellen.

Freiwilligendienste können definiert werden als „Dienstverhältnisse, die von gemeinnützigen Organisationen im Zwischenbereich zwischen Ehrenamt und Bildungsmaßnahme angeboten [werden], mit obligatorischen oder fakultativen Bildungselementen, und [die] in Form von freiwilliger Selbstverpflichtung von zumeist jungen, aber auch älteren Menschen in Anspruch genommen werden“ (Expertise zze/Stemmer). Freiwilligendienste werden daher oft gegenüber dem bürgerschaftlichen Engagement und der Erwerbsarbeit abgegrenzt.

In der gegenwärtigen Diskussion werden Freiwilligendienste – insbesondere die Freiwilligendienste aller Generationen – hinsichtlich ihrer Brückenfunktion in biografischen Umbruchsituationen, unabhängig vom Alter, thematisiert.

Freiwilligendienste sind heute nicht mehr auf Jugendfreiwilligendienste beschränkt. Es hat sich eine Vielfalt von Formen entwickelt, die allerdings auch dazu geführt hat, dass der Begriff der Freiwilligendienste unschärfer geworden ist. Die einzelnen Dienste sind nicht mehr unbedingt miteinander zu vergleichen.

Seit dem 1. Juni 2008 gilt das neue Jugendfreiwilligendienstegesetz (JFDG). Es war notwendig geworden, weil die Finanzbehörden in der Überlassung von Freiwilligen an Einsatzstellen, die nicht gleichzeitig auch Betriebsteile des Trägers waren, eine steuerpflichtige Personalgestellung erkannten (vgl. Brombach 2008). Den Jugendfreiwilligendiensten drohte die Zahlung von Umsatzsteuer. Dieses Problem sollte beseitigt werden.

Im Rahmen der gesetzlichen Neuregelung des JFDG wurden u. a. auch die Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit der Jugendlichen in den Freiwilligendiensten verbessert und die Dienste als Lernorte für bürgerschaftliches Engagement etabliert. Daneben wurden die Zeitstrukturen flexibilisiert, die Einsatzbereiche um Sport und Denkmalpflege erweitert sowie die Gestaltungsspielräume für Jugendliche und die Träger vergrößert.

Es wurde von einem Teil der Trägerorganisationen kritisch diskutiert, dass bei einer starken Betonung des Bildungs- und Ausbildungscharakters die Gefahr bestehe, dass Erfolg und Wert der Dienste nur noch an schulischen oder beruflichen Anforderungen bemessen würden (vgl. Expertise zze/Stemmer). Um die Bildungseffekte und den Kompetenzzuwachs besser beurteilen zu können, werden verstärkt Kompetenzbilanzverfahren eingesetzt.

Tabelle 2.3-3: Übersicht zu Freiwilligendiensten im In- und Ausland

Dienst	Einsatzfeld	Dauer	Umfang	Formale Teilnahmekriterien	Bildungsprogramm	Teilnehmerinnen und Teilnehmer		Gesetzlich geregelt durch
						Zeitraum	Anzahl	
Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)	Wohlfahrtspflege, Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitspflege, Kultur, Denkmalpflege, Sport	6–12 Monate, nach Verlängerung max. 18 Monate (Regeldauer: 12 Monate)		Ende der Schulpflicht – 27 Jahre	25 verpflichtende Seminarstage	Jg.: 2006/2007	32.500*	JFDG
Freiwilliges Ökolo- gisches Jahr (FÖJ)	Umwelt- und Naturschutz		Vollzeit**			Jg.: 2006/2007	2.211	JFDG
Auslandsdienste								
FSJ im Ausland	Analog FSJ	6–12 Monate, nach Verlängerung max. 18 Monate			25 verpflichtende Seminarstage	Jg. 2007	1.330	JFDG
FÖJ im Ausland	Analog FÖJ		Vollzeit	18–27 Jahre		Jg. 2007	68	JFDG
Anderer Dienst im Ausland (ADIA)		Dauert mindes- tens zwei Monate länger als der Zivildienst	Vollzeit	18–27 Jahre (spätestes Eintrittsalter: 25). Zum Teil werden bestimmte Sprachkenntnisse oder Qualifikationen vorausge- setzt.	Nicht einheitlich geregelt, i. d. R. Einführungs- und Abschlussseminar	2007	670	§ 14 b ZDG
Europäischer Freiwilligendienst (EFD)	Gemeinnützige Organisationen	6–12 Monate („Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf“: 2 Wochen – 6 Monate)	Vollzeit	16–30 Jahre (in einigen Projekten ab 16)	Mind. 22 Seminarstage (Einführungs-, Zwischen- und Abschlussseminar)	2007	662	Beschluss Nr. 1719/2006/EG des Rates der Europäischen Union
Privatrechtliche Auslands- freiwilligendienste	Gemeinnützige Organisationen	1–36 Monate (meist 6–24 Monate)	Vollzeit	Mind. 18 Jahre. Zum Teil werden bestimmte Sprachkenntnisse oder Qualifikationen vorausge- setzt.	Nicht einheitlich geregelt, i. d. R. Einführungs- und Abschlussseminar	2007	4.262	–
Modellprojekte								
Freiwilligendienste machen kompetent (2007–2013)	Wohlfahrtspflege, Rettungsdienst, Gartenbau, ökologische Landwirtschaft, Kultur, Sport	Analog FSJ	Vollzeit	Ende der Schulpflicht – 27 Jahre Hauptschulabschluss oder niedriger	Mind. 25 Seminarstage + zusätzliche Bildungsangebote (projektspezifisch)	2008 (Stand: Dez. 08)	132	JFDG
Freiwilligendienst aller Generationen (2009–2012)	Wohlfahrtspflege, Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheit und Pflege, Bildung, Kultur, Sport, Technik, Familienassistenz	Mind. 6 Monate	Mind. 8 Stunden/ Woche	Erfüllung der Schulpflicht	Durchschnittlich 60 Std. im Jahr	2009–2011	Noch keine Angaben	§ 2 Nr. 17 (1 a) SGB VII
weltwärts	Entwicklungszusammen- arbeit in Entwicklungs- ländern (nach OECD)	6–24 Monate (Regeldauer: 12–18 Monate)	Vollzeit	18–28 Jahre (spätestes Eintrittsalter: 25)	Sprachkurse + mind. 25 verpflichtende Seminarstage (Einführungs-, Zwischen- und Abschlussseminar)	2008	2.255	–

* Nur die im BAK FSJ vertretenen Träger. – ** 35–40 Std./Woche.
Quelle: Expertise zze/Stemmer.

Das JFDG gilt für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) und den dazugehörigen Auslandsdiensten sowie für das Modellprogramm „Freiwilligendienste machen kompetent“.

Die etablierten Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ sind im Inland die mit Abstand größten Dienste. Sie wiesen für den Jahrgang 2006/2007 eine Teilnehmerzahl von 32.500 (FSJ) bzw. 2.211 (FÖJ) auf. Daneben existieren kleinere Programme, die aber ebenfalls durch das JFDG geregelt werden (vgl. Tab. 2.3-3).

Seit 1993 können FSJ und FÖJ auch im Ausland geleistet werden, zunächst nur im europäischen, seit 2002 auch im außereuropäischen Ausland. Bereits seit 1986 können anerkannte Kriegsdienstverweigerer durch einen „Anderen Dienst im Ausland“ (ADiD) ihre Zivildienstpflicht erfüllen (§ 14 b ZDG); sie werden dann nicht zum Zivildienst herangezogen. Dieser mindestens elf Monate dauernde Dienst steht anerkannten Kriegsdienstverweigerern offen, ist rechtlich jedoch kein „Zivildienst im Ausland“, sondern ein Freiwilligendienst. Im Jahre 1996 wurde der „Europäische Freiwilligendienst für junge Menschen“ von der Europäischen Kommission eingeführt, der bislang der einzige durch die EU institutionell geförderte Freiwilligendienst ist. „kulturweit“ ist wiederum der Freiwilligendienst des Auswärtigen Amtes, der in Kooperation mit der Deutschen UNESCO-Kommission angeboten wird. Dieser Dienst beginnt im September 2009 und dient dem kulturellen Austausch mit Entwicklungsländern und mit Staaten Mittel- und Osteuropas.

Den größten Teilnehmerkreis im Ausland vereinen aber die privatrechtlich geregelten Auslandsfreiwilligendienste auf sich. Hierunter sind alle internationalen Friedens- und entwicklungspolitischen Freiwilligendienste zu fassen, die nicht durch ein Bundesgesetz oder eine EU-Verordnung geregelt werden. Solche Freiwilligendienste werden beispielsweise von der Aktion Sühnezeichen und der Missionszentrale der Franziskaner angeboten (www.internationale-freiwilligendienste.org/home.html). Sie basieren auf einem privatrechtlichen Vertrag zwischen den Freiwilligen und den vermittelnden Organisationen und werden in der Regel nicht aus öffentlichen Mitteln bezuschusst.

Im Jahre 2007 kündigte das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) die Einführung des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“ an. „weltwärts“-Projekte können als „Anderer Dienst im Ausland“ (§ 14 b ZDG) vom BMFSFJ anerkannt werden; anerkannte Kriegsdienstverweigerer können auf diesen Plätzen ihre Zivildienstpflicht erfüllen. Bis Ende 2008 haben nach Angaben des BMZ 2.257 Personen diesen Freiwilligendienst angetreten. „weltwärts“ ist auf 10.000 Plätze für Freiwillige angelegt, die nicht nur entwicklungspolitische Arbeit vor Ort, in den Projekten, sondern vor allem entwicklungspolitische Inlandsarbeit, nach dem Aufenthalt in den jeweiligen Ländern, leisten sollen.

Aktuelle Modellprogramme

„Freiwilligendienste aller Generationen“

Dieses vom BMFSFJ durchgeführte Programm startete mit dreijähriger Laufzeit am 1. Januar 2009. Die Freiwilligendienste aller Generationen schließen an das Bundesmodellprogramm „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ (GüF) an, das von Sep-

tember 2005 bis Ende 2008 lief. Dieser Freiwilligendiensttypus setzt sich hinsichtlich seiner Strukturmerkmale (zeitliche Flexibilisierung, umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen, schriftliche Vereinbarung zwischen Freiwilligen, Trägern und Einsatzstellen) deutlich von den bisher diskutierten (Jugend-)Freiwilligendiensten ab. Bausteine der Umsetzung der Freiwilligendienste aller Generationen sind 46 Leuchtturmprojekte und mobile Kompetenzteams, die Kommunen und Trägern Beratung und Unterstützung bei der Einführung und Weiterentwicklung dieses Freiwilligendienstes bieten.

Das Modellprogramm Freiwilligendienste aller Generationen ist mit verschiedenen Besonderheiten verbunden. Zum ersten Mal wird mit ihm ein Freiwilligendienst im Sozialgesetzbuch verankert. Die Legaldefinition des Freiwilligendienstes findet sich in § 2 Nr. 17 (1 a) SGB VII. Die gesetzliche Vorgabe lautet, dass dieser Dienst mindestens acht Stunden pro Woche und sechs Monate lang geleistet werden muss. Gesetzlich geregelt ist auch der Versicherungsschutz: Freiwillige der Freiwilligendienste aller Generationen genießen automatisch Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz. Darüber hinaus steht es den Trägern dieses Dienstes frei, den Freiwilligen pauschale Aufwandsentschädigungen zu zahlen. Für diese Aufwandspauschale gelten die gesetzlichen Bestimmungen der sog. Übungsleiterpauschale. Diese Einnahme ist kein Arbeitsentgelt, sondern eine steuerfreie Einnahme im Sinne des § 3 Nr. 26 EStG (vgl. dazu Alt/Klie 2009).

Hierbei sind Fragen der Monetarisierungseffekte durch Freiwilligendienste angesprochen. Nicht zuletzt wird die Gefahr gesehen, dass von Diensten wie den Freiwilligendiensten aller Generationen ein starker Monetarisierungsimpuls in das breite Feld des bürgerschaftlichen Engagements ausgeht (vgl. Ausschussdrucksache 16 (11) 1119).³⁸ Damit können bestimmte Formen des Freiwilligendienstes strukturell in die Nähe geringfügiger Beschäftigung geraten. Schriftliche Vereinbarungen zwischen Teilnehmerinnen/Teilnehmern und Trägern beim GüF und bei den Freiwilligendiensten aller Generationen tragen weiter dazu bei, die Dienste in die Nähe eines Arbeitsverhältnisses zu rücken (vgl. dazu Perabo 2009).

Durch die Entwicklung der Dienste entstehen Abgrenzungsprobleme gegenüber dem bürgerschaftlichen Engagement einerseits und der Erwerbsarbeit andererseits. Diese und andere Beispiele sind für einige Akteure Indizien für ein immer stärkeres staatliches Eingreifen in die unmittelbare Steuerung der Freiwilligendienste.

„Freiwilligendienste machen kompetent“

Dieses vom BMFSFJ geförderte Programm hat zum Ziel, im Zeitraum 2007–2010 rund 500 Jugendlichen mit niedrigem Schulabschluss und ohne Ausbildungsplatz oder mit besonderem Förderbedarf einen Zugang zu einem FSJ bzw. FÖJ zu ermöglichen. Vor allem bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund sollen dadurch die Ausbildungs- und Berufschancen verbessert werden. Jugendfreiwilligendienste erhalten dabei den Charakter eines Bildungsangebots für bildungs- und engagementferne Jugendliche. Denn gerade solche sozialen Schichten sind bisher in den Freiwilligendiensten deutlich unterrepräsentiert (vgl. Tab. 2.3-4).

³⁸ http://b-b-e.de/uploads/media/nl24_stellungnahme_bbe.pdf

Um bessere und übersichtlichere Informationen über die vielen verschiedenen Freiwilligendienste zur Verfügung zu stellen, werden seit Kurzem Websites genutzt und Internetplattformen aufgebaut. Der „Wegweiser Freiwilligendienste“ (www.freiwilligendienste.de/index.php?ctent=ubuns) bietet sowohl potenziellen Freiwilligen als auch Organisationen und der Fachöffentlichkeit Informationen über die zahlreichen Dienstformen und Einsatzmöglichkeiten. Mit der Internetplattform www.engagierte-kommunen.de eröffnet der Bund 2.000 Kommunen die Möglichkeit, Angebot und Nachfrage von Freiwilligenplätzen zusammenzuführen (vgl. Alt 2009).

Tabelle 2.3-4: Soziodemografische Merkmale, in %

Dienst	Jahrgang	Geschlechterverteilung		Schulabschlüsse*				Migrationshintergrund
		w	m	Ohne	Niedrig	Mittel	Hoch	
Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)	2003/2004	76	24	1	16	43	40	7
Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)	2003/2004	68	32	1	10	31	59	6
Auslandsdienste								
FSJ im Ausland	2003/2004	80	20			3	97	k. A.
FÖJ im Ausland	k. A.							
Anderer Dienst im Ausland (ADiA)	2007	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	87	k. A.
Europäischer Freiwilligendienst (EFD)	2007	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	86	k. A.
Modellprojekte								
Generationsübergreifende Freiwilligendienste (2005–2008)	2005–2008	68	32	1	13	27	51	11
weltwärts	k. A.							

* Niedrig: Volks-/Hauptschulabschluss; Mittel: Realschulabschluss; Hoch: Fachhochschulabschluss, Abitur.
Quelle: Nach Expertise zze/Stemmer.

2.3.6 Wohlfahrtsverbände

Die Wohlfahrtsverbände sind nach wie vor wichtige Organisationen für das bürgerschaftliche Engagement und vorherrschend im Bereich des sozialen Engagements. Sie bieten in ihren Einrichtungen und Diensten Gelegenheiten für Engagement und binden Engagierte in unterschiedlicher Weise in ihre Strukturen ein. Bürgerschaftliche Engagierte sind für das Selbstverständnis der Wohlfahrtsverbände als gemeinnützige Organisationen, für ihre Leistungsfähigkeit und für ihr Ansehen in der Öffentlichkeit von besonderer Bedeutung.

Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)³⁹ verfügten Ende 2004 über insgesamt 98.837 Einrichtungen und Dienste (vgl. Tab. 2.3-5), in denen 1.414.937 Voll- und Teilzeitbeschäftigte arbeiteten (knapp 4% aller Erwerbstätigen in Deutschland).

Tabelle 2.3-5: Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege, 2004

	Einrichtungen	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Gesundheitshilfe	7.882	231.792	136.575
Jugendhilfe	36.406	146.037	129.023
Familienhilfe	7.646	20.040	47.017
Altenhilfe	15.796	166.474	200.829
Behindertenhilfe	14.285	133.157	109.673
Hilfe für Personen in besonderen sozialen Situationen	7.233	15.157	10.882
Weitere Hilfen	8.047	30.375	21.834
Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten für soziale und pflegerische Berufe	1.542	8.218	7.854
Gesamt	98.837	751.250	663.687
Selbsthilfegruppen und Gruppen des bürgerschaftlichen Engagements	34.923	2.363	4.419
Gesamt mit Selbsthilfe	133.760	753.613	688.106

Quelle: Gesamtstatistik der BAGFW 2004.

Die Arbeitsbereiche der Freien Wohlfahrtspflege umfassen Gesundheitshilfe, Jugendhilfe, Familienhilfe, Altenhilfe, Behindertenhilfe, Hilfe für Personen in besonderen sozialen Situationen, weitere Hilfen sowie den Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung für soziale und pflegerische Berufe.

Die Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege sind ein wichtiger Ort für das Engagement. Die BAGFW schätzt, dass sich 2,5 bis 3 Mio. Bürgerinnen und Bürger in der Freien Wohlfahrtspflege, den Hilfswerken und Initiativen sowie in den ihnen angeschlossenen Selbsthilfegruppen sozial engagieren (ebd.: 11). Die Gesamtstatistik der BAGFW von 2004 verzeichnet 34.923 „Selbsthilfegruppen und Gruppen des bürgerschaftlichen Engagements“ im Bereich der Freien Wohlfahrtspflege. In dieser Zahl sind auch 149 Freiwilligenzentren und -agenturen sowie 2.904 Seniorenvereine und -gruppen enthalten.

Eine detailliertere Analyse zum Engagement im Bereich der Wohlfahrtsverbände liefert die Sonderauswertung für die BAGFW auf Basis des Freiwilligen surveys 2004.⁴⁰ Deutlich

³⁹ In der BAGFW zusammengeschlossen sind folgende Spitzenverbände: Arbeiterwohlfahrt (AWO), Deutscher Caritasverband (DCV), Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (Der Paritätische), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Diakonisches Werk der EKD (DW der EKD), Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST).

⁴⁰ Die Autoren der Sonderauswertung weisen darauf hin, dass die analysierten Tätigkeiten nicht das gesamte Spektrum des im Rahmen der Freien Wohlfahrtspflege geleisteten freiwilligen Engagements umfasst (Sonderauswertung 2005: 6).

wird, dass das Engagement in den sozialen Einrichtungen überwiegend von Frauen (69%) und vor allem von Rentnerinnen und Rentnern (39%) sowie Nichterwerbstätigen (29%) ausgeübt wird (Sonderauswertung 2005: 22ff.). Charakteristisch ist dabei der hohe Anteil der über 60-Jährigen (39%).

Kennzeichnend für das Engagement in sozialen Einrichtungen ist, dass es überwiegend aus sozialen Hilfeleistungen besteht (54%). Hierbei kommt es mehr als in anderen Bereichen darauf an, gut mit Menschen umgehen zu können. Entsprechend hoch ist auch die damit verbundene Erwartung, anderen Menschen helfen zu können. Geringere Bedeutung für das Engagement in diesem Bereich haben das Organisieren von Veranstaltungen und die Öffentlichkeitsarbeit.

Das Engagement in sozialen Einrichtungen und Diensten ist davon geprägt, dass es häufig von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern flankiert wird. Die Sonderauswertung des Freiwilligensurveys stellt hier ein Spannungsverhältnis fest. So sehen u. a. 15% der Engagierten keine ausreichenden Möglichkeiten zur Mitentscheidung und Mitbestimmung. Sie klagen zudem über mangelnde Anerkennung ihrer Tätigkeit durch Hauptamtliche.

In den vergangenen Jahren hat sich ein Paradigmenwechsel vollzogen, in dessen Verlauf die Wohlfahrtsverbände ihre historisch gewachsenen privilegierten Positionen eingebüßt haben. Teil des Umbruchs war eine Ökonomisierung des sozialen Dienstleistungssektors und eine damit einhergehende Pluralisierung der Trägerlandschaft (vgl. Buestrich/Wohlfahrt 2008). Die Zunahmen von Wettbewerb, Marktmechanismen und Konkurrenz haben auch die Wohlfahrtsverbände gezwungen, ihre Strukturen zu verändern. Um in der Konkurrenz untereinander und mit den gewerblichen Trägern besser bestehen zu können, haben die Wohlfahrtsverbände neue Methoden im verbandlichen Management eingeführt. Zu diesen zählen, dass ehrenamtliche Vorstände und Geschäftsführer zum Teil durch hauptamtliche ersetzt, ein Qualitätsmanagement mit Kennzahlensystemen eingeführt, die Methoden der Rechnungslegung verändert, gGmbHs gegründet wurden und sich die Organisationen in normale Unternehmen für soziale Dienstleistungen verwandelten.

Diese Veränderungs- und Verbandsentwicklungsprozesse, die alle Wohlfahrtsverbände in den letzten Jahren durchlaufen haben, beeinflussten und veränderten auch das Engagement in den Einrichtungen und Diensten. In den sich professionalisierenden Strukturen musste für das Engagement ein neuer Platz gefunden werden. In diesem Prozess kam es zunächst zu einer Verdrängung des Engagements. Im weiteren Verlauf der Verbandsentwicklungsprozesse kam es dann zu einer Aufwertung und Bedeutungssteigerung. Engagement ist in das verbandliche Qualitätsmanagement integriert worden. Allerdings werden soziale Dienstleistungen heute nach wie vor überwiegend von hauptberuflichen Fachkräften erbracht (vgl. Jakob 2002).

In jüngster Zeit ist zu beobachten, wie gemeinnützige Träger versuchen, Engagement noch stärker in die Organisationen einzubauen. Durch neue Formen des Freiwilligenmanagements, Leitbildentwicklung, Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote für Engagierte sowie eine verbandspolitische Profilierung sollen die Wohlfahrtsverbände attrakti-

ver für Engagierte werden. So wurden z. B. das Engagement in der Pflege und der Hospizarbeit gesetzlich neu geregelt sowie die Arbeit der Selbsthilfegruppen gestärkt (Förderung ehrenamtlicher Strukturen durch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz seit 1. Juli 2008). Wohlfahrtsverbände versuchen auch vor dem Hintergrund der Debatte um eine EU-konforme Ausgestaltung der Gemeinnützigkeit die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und mit Freiwilligen zu verstärken.

Als Teil der Zivilgesellschaft haben die Wohlfahrtsverbände neben der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements wichtige gesellschaftliche Funktionen. Sie treten mit ihren Diensten und Einrichtungen als Dienstleister auf und haben in diesem Bereich ihre Strukturen ökonomisiert und professionalisiert. Sie haben aber auch die Aufgabe der gesellschaftlichen Integration und erheben sozialanwaltschaftlich ihre Stimme bei neuen sozialen Problemlagen und für benachteiligte gesellschaftliche Gruppen. Nicht vergessen werden sollte, dass die Wohlfahrtsverbände für sich auch den Anspruch haben, zur Wertebildung beizutragen. Dies hängt mit ihrer Entstehungsgeschichte aus sozialen Bewegungen und ihrer – allerdings schwächer werdenden – Bindung an die soziomoralischen Milieus zusammen.

2.3.7 Kirchen

Kirche und Religion sind nach Angaben des Freiwilligensurveys 2004 mit 6% der drittgrößte Engagementbereich in Deutschland. Charakteristisch für diesen Bereich ist, dass sich dort nach wie vor mehr Frauen als Männer engagieren: 7% aller Frauen gegenüber 5% aller Männer (Freiwilligensurvey 2004: 50). Eine Befragung der Ehrenamtlichen in der Caritas 2006 erbrachte ein noch ungünstigeres Verhältnis von 79% zu 21% (Baldas/Bangert 2006: 20; vgl. weiterhin Grosse 2009; Süßlin 2009). Nach Schätzungen engagieren sich 1,1 Mio. Menschen in den 15.844 evangelischen Kirchengemeinden. In den 12.265 katholischen Pfarreien sind Ehrenamtliche in den Kirchengemeinderäten und im Leben der Gemeinde aktiv. Die gleiche Zahl an Engagierten ist noch einmal im Umfeld der Evangelischen Kirche (Diakonie, Verbände) festzustellen. Gleiches gilt für die Katholische Kirche, sodass insgesamt von mehr als 4 Mio. Engagierten im Umfeld der beiden großen Kirchen ausgegangen werden kann (vgl. Coenen-Marx 2009: 1). Im gesamten Bereich dominiert die Altersgruppe der 46- bis 65-Jährigen. Insgesamt wäre es also verfehlt, von einer Krise des Ehrenamtes im Bereich der Kirchen zu sprechen – ganz im Gegenteil: Trotz des Rückgangs der Kirchenbindung kann von einer Zunahme des freiwilligen Engagements ausgegangen werden (Olk 2009).

Das Thema Kirche und Religion ist noch in einer weiteren Hinsicht für die Entwicklung des Engagements von Bedeutung: Die Ehrenamtlichen in den Kirchen weisen eine sehr starke Kirchenbindung auf. Laut der Sonderauswertung des Freiwilligensurveys 2004 für die Evangelische Kirche bezeichneten 70% der im Bereich Kirche/Religion engagierten Protestanten ihre Kirchenbindung als „stark“ und 23% als „mittel“ (Gensicke/Geiss 2005: 15). Das Thema Bindung an Kirche und Religionsgemeinschaft spielt bei der Erklärung des Engagements nach wie vor eine zentrale Rolle. Den Berechnungen des Freiwilligensurveys 2004 zufolge haben die beiden Merkmale „Größe des Freundes- und Bekanntenkreises“ und „Kirchenbindung“ die höchste Vorhersagekraft dafür, ob sich Personen in Deutsch-

land engagieren oder nicht (ebd.). Die Vorhersagekraft des zweiten Merkmals hat zwar gegenüber anderen Merkmalen (Bildungsstatus, Kreativitäts- und Engagementwerte) abgenommen, besitzt aber noch eine große Erklärungskraft. Bei Frauen hat die Stärke der Kirchenbindung einen hohen Einfluss für ihr Engagement (ebd.: 256).

Die dominanten Organisationsformen des Engagements im kirchlichen Bereich sind Kirche oder religiöse Einrichtungen (90%). Die Formen Verein, Verband und Initiativen spielen kaum eine Rolle. Zu den Organisationsformen zählen vor allem die beiden großen Wohlfahrtsverbände – Deutscher Caritasverband und Diakonisches Werk der EKD –, die mit ihren Zehntausenden von Einrichtungen und Diensten (Kindertagesstätten, Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser, Beratungseinrichtungen) einen wesentlichen Teil des subsidiär gestalteten Wohlfahrtsstaates ausmachen. So zählte die Diakonie Anfang 2006 rund 27.500 Einrichtungen mit 400.000 Ehrenamtlichen und Engagierten. In den knapp 25.000 Einrichtungen (2006) der Caritas engagieren sich rund 520.000 Freiwillige und Ehrenamtliche. Die beiden Wohlfahrtsverbände haben mit „Misereor“ (Caritas) und „Brot für die Welt“ auch die größten humanitären Hilfswerke mit einem sehr großen Spendenaufkommen und vielfältiger entwicklungspolitischer Zusammenarbeit. Entsprechend der gut mit Hauptamtlichen ausgestatteten Organisation haben Ehrenamtliche in diesen Organisationen zahlreiche Ansprechpartner.

Engagement ist keineswegs nur im Bereich des Sozialstaates sowie in den Ortsgemeinden und Pfarreien anzutreffen, sondern auch im kulturellen Bereich vorhanden (vgl. Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ 2007). In diesen Bereich fallen beispielsweise die rund 3.600 öffentlichen Büchereien, die fast ausschließlich ehrenamtlich betrieben werden, und die mehr als 52.000 kirchenmusikalischen Gruppen (ebd.: 146). Zahlreiche Museen und Archive werden zum Teil ehrenamtlich betrieben bzw. bieten Engagementmöglichkeiten für Ehrenamtliche.

Ein weiteres wichtiges Feld ist die kirchliche Verbandsarbeit. In zahlreichen Verbänden (BDKJ, KAB, BKU, Kolping, CVJM)⁴¹, in den Einrichtungen der Jugendbildung und in den Laienorganisationen (Zentralkomitee deutscher Katholiken, Kirche von unten) entfaltet sich Engagement als wesentliche Stütze der Kirchen.

2.3.8 Engagement und Internet

Das Internet gewinnt für das bürgerschaftliche Engagement immer größere Bedeutung. Es wird zum einen als Instrument genutzt, zum anderen entwickelt es sich selbst zum Ort für Engagement. Im Folgenden werden diese beiden Dimensionen genauer in den Blick genommen sowie Defizite und neue Nutzungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Eines der prägenden Kennzeichen von bürgerschaftlichem Engagement ist sein öffentlicher Charakter, denn es findet im öffentlichen Raum statt. Wesentlich ist daher der Aspekt der Kommunikation, die in modernen Gesellschaften hauptsächlich über Medien organisiert wird. Obwohl beim bürgerschaftlichen Engagement Menschen von Angesicht

⁴¹ BDKJ: Bund der katholischen Jugend; KAB: Katholische-Arbeitnehmer-Bewegung; BKU: Bund katholischer Unternehmer; Kolping: Kolpingwerk Deutschland; CVJM: Christlicher Verein junger Menschen.

zu Angesicht („face to face“) in Kontakt kommen und zusammen handeln, haben in einer Mediengesellschaft die Medien – vor allem moderne Massenmedien – eine kommunikationsprägende Funktion. Darüber hinaus ist das für die Zivilgesellschaft konstitutive Element der Öffentlichkeit unter diesen Bedingungen nicht mehr eine Versammlungs-, sondern eine Medienöffentlichkeit. Dies gilt neben den Printmedien, Hörfunk und Fernsehen besonders für das noch junge Medium Internet.

Das Internet bietet mit seinen neuartigen Kommunikationsmöglichkeiten gemeinnützigen Organisationen, Initiativen und den einzelnen Engagierten vielfältige Nutzungsmöglichkeiten. Es kann zum einen den Zugang zum Engagement erleichtern. Dies ist für die Organisationen insofern bedeutsam, als sie so mehr Engagierte gewinnen können. Die Engagierten können sich wiederum ausführlich über Engagementmöglichkeiten informieren. Zum anderen ist das Internet heute unerlässlich für die interne und externe Kommunikation. Drittens eröffnet es virtuelle Engagementformen, die von einfacher Unterstützung bei Mentoring bis hin zu Online-Campaigning reichen. Internet wird hier zu einem sozialen Handlungsort.

Die Bedeutung, die das Internet in diesen drei Dimensionen für das bürgerschaftliche Engagement hat und weiter gewinnen kann, hängt auch von der Entwicklung seines generellen Nutzungsverhaltens in der Bevölkerung ab. Neuere Untersuchungen zeigen, dass sich die „digitale Spaltung“ verringert hat. Inzwischen nutzen 63% der Bevölkerung in Deutschland das Internet regelmäßig (vgl. Schenk et al. 2008).

Allerdings gibt es nach wie vor Barrieren, die auch für die Nutzung des Internets mit Blick auf bürgerschaftliches Engagement von Relevanz sind. Während bei den Jüngeren (bis 29 Jahre) der Nutzungsgrad 89% beträgt, liegt er bei den über 50-Jährigen bei gerade 35%. Unterschiede bestehen auch hinsichtlich der Nutzung durch die Geschlechter (Frauen 54%, Männer 70%). Deutlich unterdurchschnittlich nutzen Menschen mit Haupt- und Volksschulabschluss das Internet (43%). Das heißt im Umkehrschluss, dass das Internet immer noch das Medium der höher Gebildeten darstellt. Dieses Bild ist auch, mit leichten Abweichungen, bei Befragungen zum bürgerschaftlichen Engagement festzustellen (vgl. Freiwilligensurvey 2004: 133).

Bedeutsam für die Engagementpolitik ist des Weiteren das inhaltliche Nutzungsprofil. Die meisten gehen ins Internet, um zielgerichtet nach Informationen zu suchen, sich zu unterhalten sowie E-Mails zu empfangen und zu versenden. Die wenigsten nutzen das Internet aktiv im Sinne des Mitmachnetzes Web 2.0. Hier sind Videoportale die hauptsächlichen Nutzungsarten dieser Form des Internets. Allerdings liegen die aktiven Nutzungsraten dieser Web-2.0-Formen lediglich bei 3%. Nur bei den privaten Netzwerken und Communitys werden 21% erreicht (vgl. ARD/ZDF-Onlinestudie 2008: 361).

Viele Organisationen und politische Institutionen sind bestrebt, den Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement zu erleichtern und Noch-nicht-Engagierte zu gewinnen. Die Befürworter einer solchen Internetstrategie hoffen, Engagementbereite über das Internet zu erreichen und sie an die passende Organisation bzw. Engagementgelegenheit zu vermitteln.

Bislang gibt es kaum Daten zur Frage des Zugangs zum Engagement über das Internet. Die wenigen vorliegenden Daten bestätigen die schon länger bestehende allgemeine Einschätzung: Bürgerschaftliches Engagement kommt in vier von fünf Fällen über das persönliche Umfeld zustande. Man wird gezielt von Kollegen, Freunden, Nachbarn oder auch von Vereinen und Organisationen gefragt, ob man mitmachen und eine Aufgabe übernehmen möchte. Das Internet spielt keine Rolle (die Werte liegen bei 1%); auch die anderen Medien sind von geringer Bedeutung. Dennoch wird das Internet für die Vermittlung von Engagementmöglichkeiten immer bedeutsamer. Vorbild sind hier die USA, wo Online-Dienste wie www.networkforgood.com und www.volunteermatch.org jedes Jahr Hunderttausende von Freiwilligen und Spendern mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenbringen. Wenn sich die dort gemachten Erfahrungen auf Deutschland übertragen lassen, dann können Online-Börsen für bürgerschaftliches Engagement in den nächsten Jahren eine größere Rolle spielen.

Große Bedeutung hat das Internet inzwischen für die Kommunikation und die Information im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements gewonnen. Bei 43% der freiwilligen Tätigkeiten wird das Internet genutzt, hauptsächlich um Informationen zu beschaffen, Meinungen und Informationen zu verbreiten und um die eigene Tätigkeit besser zu organisieren sowie die Kommunikation zu intensivieren. Dies ist in erster Linie noch eine „traditionelle“, d. h. passive Nutzung des Internets.

Bedeutsam ist außerdem, dass das Internet in den verschiedenen Bereichen des Engagements unterschiedlich stark eingesetzt wird. Hohe Nutzungsraten sind in den Bereichen Jugend und Bildungsarbeit, berufliche Interessenvermittlung, Politik und Interessenvertretung festzustellen, geringe Nutzungsraten kennzeichnen die Bereiche Soziales, Kirche und Religion. Gerade in diesen Bereichen messen die Befragten jedoch dem Internet hohe Bedeutung bei. Dies erklärt sich aus der bislang geringen Nutzung (vgl. BMFSFJ 2005a).

Geringe aktive Nutzung des Internet: Web 2.0

Eine aktive Nutzung von Web-2.0-Möglichkeiten ist beim bürgerschaftlichen Engagement nur in geringem Maße festzustellen (vgl. Sippel 2009). Die Generierung und Verbreitung von Nachrichten sowie die Bildung von Communitys mit den Web-2.0-Techniken, mit Blogs, Podcasting, RSS-Feeds, Social-Networks (StudiVZ, Xing, MySpace), Chats, Foren, Wikis, Newsgroups, virtuellen Welten und Social Bookmarking hat für das Engagement noch einen geringen Stellenwert. Für die Gesamtheit der Internet-User wurde ermittelt, dass zwei Drittel der Onliner an User-generierten Inhalten nicht interessiert sind; lediglich 13% zeigen Interesse am aktiven Mitwirken (ARD/ZDF-Onlinestudie 2008: 356). Web-2.0-Anwendungen sind vor allem für jüngere Internetnutzer von Bedeutung und für Bereiche wie Umweltschutz und Jugendbildung, in denen sich überproportional viele junge Engagierte finden.

Zunehmend wichtiger wird das Internet als Ort des Engagements – und nicht mehr nur als Instrument. Online-Volunteering (Menschen können im Netz anderen Menschen helfen und sie bei bestimmten Aufgaben unterstützen) und Online-Campaigning sind die Begriffe, um diese neuen Aktivitäten zu kennzeichnen, die sich überwiegend oder aus-

schließlich im Netz ereignen. Für politische Partizipation und Interessenvertretung werden Online-Kampagnen immer bedeutender. Ausgehend von MoveOn in den USA haben sich weltweit Online-Netzwerke gegründet. In Deutschland erreicht Campact mit seinem Newsletter rund 50.000 Abonnenten, und wiederum andere internationale Online-Netzwerke können mehrere Millionen Menschen mobilisieren. Online-Bürgernetze gründen sich zu ganz unterschiedlichen Themen: globale Themen, gegen Konzerne gerichtete Netzwerke, lokale Themen und Protestereignisse zu unterschiedlichsten Themen.

Daneben gibt es den sich rasant entwickelnden Bereich von eSport und der Computerspiele. Entgegen der landläufigen Meinung sitzen hier Jugendliche nicht nur alleine vor dem Computer zu Hause, sondern es bilden sich Communitys heraus. eSport verbindet die Qualität von gemeinschaftlichen Aktivitäten mit der Möglichkeit, soziale Erfahrungen zu machen. Netzwerkpartys der LAN-Gaming-Szene können bundesweit mehr als 100.000 Jugendliche mobilisieren. Zudem sind diese Partys in der Regel selbst organisiert, und die Spiele erfolgen in festen Teams (Clans). Quantitativ noch bedeutsamer sind verschiedene eSport-Ligen wie die Electronic Sport League (ESL) mit 2 Mio. registrierten Nutzern.⁴²

Das Internet gewinnt zunehmend Relevanz für gemeinnützige Organisationen, auch wenn es bislang hauptsächlich zur Profilschärfung und weniger mit seinen interaktiven Funktionen genutzt wird. Seine Bedeutung für Fundraising wächst, wie Bettina Hohn gezeigt hat. Ihre Untersuchung des Webauftritts der 20 größten Spendenorganisationen belegt, dass diese das Internet immer besser für das professionelle Online-Marketing einsetzen. Die Benutzerfreundlichkeit steigt, Zielgruppen werden spezifisch angesprochen und den Nutzern werden Inhalte multimedial vermittelt (vgl. Hohn 2009).

Das Internet wird auch im kommunalen Bereich als Instrument der Partizipation genutzt. Virtuelle Rathäuser und virtuelle Ehrenamtsbörsen sind erste Schritte in diese Richtung. Mit dem Modellprojekt „Engagierte Kommunen“ des BMFSFJ als ein Baustein des Modellprogramms „Freiwilligendienste aller Generationen“ werden 2.000 Kommunen beim Aufbau kommunaler Online-Marktplätze unterstützt. Diese ermöglichen es Kommunen, ihre Engagementangebote in ihr E-Government-Angebot zu integrieren (vgl. Vorkamp/Deppe 2009).

Allerdings besteht nach wie vor das Problem, dass es im gemeinnützigen Bereich eine inselhaftige Präsenz im Web gibt. Nahezu alle zivilgesellschaftlichen Organisationen haben ihre eigene Website, doch es fehlen gemeinsame Auftritte und Plattformen. Mit www.engagiert-in-deutschland.de soll ein „Web-Markt“ und eine zentrale Adresse im Netz für Engagementförderung aufgebaut werden. Viele Organisationen wollen über das Web lediglich informieren, haben dagegen vor seinen interaktiven Elementen noch eine Scheu. Der Dialog mit den Stakeholdern über das Internet wird noch nicht gesucht.

Zu wenig genutzt werden die Möglichkeiten des Netzes auch, um Transparenz und Rechenschaftslegung (Accountability) im Dritten Sektor zu verbessern. Transparenz und

⁴² Vgl. dazu: www.bpb.de/themen/HL4H0N,0,0,Politik%3A_F%FCnf_Fragen_an_.html; zu ESL: www.turtle-entertainment.de/?home&company_profile

Zugänglichkeit zu Organisationen des Dritten Sektors gehören zusammen. Ebenfalls bislang noch wenig genutzt wird der Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement über das Medium Internet. Gerade hier gibt es Defizite bei den Älteren und den traditionellen zivilgesellschaftlichen Organisationen.

2.3.9 Zusammenfassung

Ergebnis dieses Kapitels ist ein vielschichtiges Bild des bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft. Es kann eine durchaus positive Bilanz zur Entwicklung gezogen werden. Zugleich sind beachtliche Veränderungen und Tendenzen zu erkennen, die das Verständnis bürgerschaftlichen Engagements erweitern. Die Ergebnisse lassen sich mit folgenden Punkten zusammenfassen:

- Das bürgerschaftliche Engagement weist in Deutschland ein hohes und langfristig steigendes Niveau auf. Im europäischen Vergleich belegt es einen Mittelplatz. Ein bedeutender Teil der Bürgerinnen und Bürger engagiert sich in der Bundesrepublik Deutschland in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Wir finden das Engagement in der politischen Interessenvertretung, aber auch in der Freizeit und in der Pflege. In den letzten Jahren hat das Engagement im sozialen Bereich sowie im Bereich Kindergarten und Schule an Bedeutung gewonnen. In anderen Bereichen wie Sport und Bewegung sowie Freizeit und Geselligkeit ist das Engagement gesunken.
- Der Anteil derjenigen nimmt zu, die sich nur kurzfristig oder unregelmäßig engagieren. Oft wird das Engagement beendet und zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgenommen. Diese Ein- und Austritte sind nichts Außergewöhnliches. Für bestimmte Engagementbereiche (z. B. Pflege und Betreuung), die Kontinuität, Verlässlichkeit und Qualifikation erfordern, können sich aus dem häufigen Wechsel der Engagierten durchaus Probleme ergeben.
- Das bürgerschaftliche Engagement findet zu einem überwiegenden Teil im Rahmen von zivilgesellschaftlichen Organisationen statt. Die rund 600.000 eingetragenen Vereine sind die am häufigsten anzutreffende Organisationsform. Die Zahl der eingetragenen Vereine ist in den letzten Jahrzehnten beeindruckend gewachsen, auch wenn sie aktuell leicht zurückgeht. Neben den Vereinen sind es vor allem kirchliche und religiöse Organisationsformen, Verbände und sonstige Vereinigungen, in denen Engagement stattfindet. Bei den Stiftungen ist ein Boom von Stiftungsgründungen zu verzeichnen. Die Hälfte der mehr als 16.000 Stiftungen wurde in den letzten zehn Jahren gegründet. Die Wohlfahrtsverbände bieten mit ihren zahlreichen Einrichtungen und Diensten vielfältige organisatorische Gelegenheiten für das Engagement. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen haben sich in den letzten Jahren durch Organisationsentwicklungsprozesse verändert. Sie haben sich teilweise professionalisiert und ihre Strukturen an ökonomischen Notwendigkeiten ausgerichtet.
- Ein wichtiger Teil des Engagements findet außerhalb von Organisationen statt. Das organisationsgebundene Engagement wird hierdurch erweitert und ergänzt. In Abgrenzung zum formalen Engagement sind informelle Tätigkeiten im Rahmen von sozialen Netzwerken zwischen Nachbarn, Freunden und Bekannten, in selbstorganisierten Gruppen und im Internet zu finden. Im Vergleich verschiedener Organisationsformen sind selbstorganisierte Gruppen vor allem im Bereich Gesundheit (33% aller Engagierten) und Schule (31%) stark vertreten. Das Engagement in sozialen Netzen

aus Freunden, Nachbarn und Bekannten ist bisher wenig erfasst. Erste Untersuchungen zeigen, dass 41% Hilfe bei Freunden und 30% Hilfe bei Nachbarn leisten. Das Internet bietet auf virtueller Ebene vielfältige Nutzungsmöglichkeiten für Engagierte und zivilgesellschaftliche Organisationen. Bis jetzt nutzen durchschnittlich 43% der Engagierten das Internet hauptsächlich, um Informationen zu beschaffen. Die aktive Nutzung durch Web-2.0-Formen (z. B. Mentoring und Online-Campaigning) ist hingegen noch wenig entwickelt.

Die Mitgliedschaft in Organisationen und das Spenden für gemeinnützige Zwecke sind weitere Formen des Engagements. Nach Umfragen ist die Mitgliederentwicklung zwar uneinheitlich, es ist dennoch davon auszugehen, dass rund jeder Zweite in Deutschland Mitglied in einem Verein oder einer anderen Organisation ist. Auf der Ebene der Organisationen sind deutliche Gewinner und Verlierer auszumachen. Während Parteien, Gewerkschaften und weitere Interessenvertretungsorganisationen Verluste beklagen, verzeichnen Vereine im Sport- und Freizeitbereich weiterhin eine hohe und zum Teil steigende Mitgliedschaft. Auch die Spendenbereitschaft ist stabil. Innerhalb eines Jahres spendet rund jeder Zweite. Neben der individuellen wirtschaftlichen Lage haben Werte, wie sie sich in der Konfessionszugehörigkeit und der Stärke kirchlicher Bindung äußern, Einfluss auf die Spendenbereitschaft.

Das Engagement unterscheidet sich nach sozialen Gruppen und Regionen. In den neuen Bundesländern engagieren sich weniger Menschen als in den alten. In den ländlichen Räumen ist die Engagementkultur stärker verankert als in den Städten. Frauen engagieren sich weniger und in anderen Bereichen als Männer. Gruppen, denen eine soziale Einbindung fehlt, sind in geringerem Maße engagiert.

Das Engagement der Jugendlichen bietet ein vielschichtiges Bild. Die Befunde von einer Abkehr der Jugendlichen von gesellschaftlichen Themen bestätigten sich nicht. Ihr Engagement hat aber einen starken Freizeit- und Geselligkeitsbezug.

Das Engagement älterer Menschen hat zugenommen. Zu den größeren Engagementbereichen im Alter zählen Sport und Bewegung, Freizeit und Geselligkeit sowie Kultur und Musik. Wenn sich ältere Menschen um eine bestimmte Zielgruppe kümmern, dann bevorzugt um die eigene Altersgruppe.

Die Diskussion über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist um das Konzept der Work-Life-Balance erweitert worden. Andere Lebensbereiche wie sinnstiftende Tätigkeiten in Form eines Engagements finden hier noch nicht die notwendige Aufmerksamkeit. Die Bewältigung des Dreiklangs von Beruf-Familie-Engagement stellt vor allem für Frauen eine Herausforderung dar. Ihr Engagement sinkt bei steigender Arbeitszeit. Gleichzeitig sind Frauen mit Kindern in einem geringeren Maße engagiert als Männer mit Kindern. Zeitmangel gilt insbesondere für Frauen als Hemmnis, in gleicher Weise wie Männer engagiert, erwerbstätig und Eltern zu sein. Es fehlt an Rahmenbedingungen, die es erleichtern, die zeitlichen und inhaltlichen Anforderungen der einzelnen Bereiche besser in Einklang zu bringen.

Die Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements werden durch die demografische und wirtschaftliche Entwicklung sowie durch den Wertewandel beeinflusst. Die demografische Entwicklung hat unterschiedliche Auswirkungen: Der geringere Anteil von Kindern und Jugendlichen kann zu einem Rückgang des Engagements im Bereich Kindergarten und Schule führen. Des Weiteren wird die demografische Entwicklung ein steigendes Engagement von Älteren erbringen und eine stärkere Nachfrage nach

Engagement für Ältere, z. B. in der Pflege und Sicherung von Mobilität, bedeuten. Die Konsequenzen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise sind nicht vollkommen absehbar. Eine erste Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise aber ist bereits erkennbar: Das Vermögen der Stiftungen und damit ihr Budget wird kleiner. Von einer höheren Arbeitslosigkeit wird befürchtet, dass sie das Engagement negativ beeinflusst.

III.

Engagement im Kontext von Familie und familiennahen Unterstützungsformen

3.1 Einleitung

Familien haben verschiedene Funktionen, die im Laufe der Zeit zwar einen Bedeutungswandel, aber keine Entwertung erfahren haben (vgl. Textor 1990). Neben der Reproduktions-, Sozialisations- und Haushaltsfunktion gehört beispielsweise die familiäre Solidarität dazu. Zur Befriedigung der mit diesen Funktionen verbundenen Bedürfnisse sind Familien auf bestimmte Ressourcen angewiesen.

Im Siebten Familienbericht wird im Kontext von Familienentwicklung von familialen Ressourcen gesprochen, die sowohl psychischer und sozialer als auch materieller Natur sind (vgl. BMFSFJ 2006b: 162f.). Hierzu gehören u. a. die wechselseitige Unterstützung, zu der das Element der Fürsorge⁴³ und Pflege zählt, die Ressourcen Zeit und Gesundheit sowie die Einbindung in soziale Beziehungen, z. B. die Nachbarschaft. Diese Ressourcen sind nicht nur an monetäre Voraussetzungen und den jeweiligen Bildungsstand gebunden, sondern auch stark von der familialen Lebensform abhängig (vgl. ebd.; Bien et al. 2006).

Familien verändern sich im Zuge von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen. Dies sind im Einzelnen:

- I der ökonomische Wandel (veränderte Arbeitsstrukturen und -beziehungen; gestiegene Anforderungen an die Flexibilität Berufstätiger),
- I der demografische Wandel (Zunahme der Anzahl zu versorgender älterer Menschen; Geburtenrückgang),
- I der Wandel der Lebensverläufe aufgrund längerer Ausbildungszeiten und höherer Bildungsabschlüsse, längere aktive Lebensphasen,
- I der Wandel der Geschlechterverhältnisse (z. B. steigende Frauenerwerbstätigkeit),
- I der Wertewandel (z. B. Rückgang der Pflicht- und Akzeptanzwerte),
- I der Wandel von Familienstrukturen (von der Mehrgenerationenfamilie zum Singlehaushalt),
- I der Wandel von Staatlichkeit (Funktionswandel hin zum Gewährleistungsstaat und zur Koproduktion von Staatlichkeit).

⁴³ Der Begriff der Fürsorge ist mit einer eher paternalistischen und latent bevormundenden Tradition einer erzieherisch geprägten staatlichen Hilfe belastet. Er charakterisierte das Sozialstaatsverständnis der Weimarer Republik und beeinflusste bis in die Frühzeit der Bundesrepublik hinein das Verständnis von sozialer Arbeit. Er wird im Folgenden in erster Linie aufgrund seiner ehemals altruistischen Konnotation verwendet. Fürsorge schloss in seiner ursprünglichen Form die persönliche Hilfsbereitschaft bzw. den persönlichen Hilfswillen mit ein, das heißt, sie erfolgte spontan und freiwillig, z. B. aus nachbarschaftlicher Verbundenheit (vgl. Scherpner 1974: 164ff.). Anstelle von Fürsorge werden von anderen Autoren die Begriffe „Care“ (vgl. Expertise zze/Klie; Possinger 2008) oder „Sorgearbeit“ (vgl. BMFSFJ 2006b) verwendet.

Familien sind also sozial eingebunden und haben unterschiedliche Voraussetzungen, um ihre Funktionen zu erfüllen. Hierdurch können verschiedene Spannungslinien und Problemlagen entstehen. So führt die Erwerbstätigkeit von Frauen in der Regel zu Veränderungen in der Aufgabenverteilung im Haushalt – oder sie macht externe Hilfe und Unterstützung erforderlich. Zwar erfüllen die meisten Familien ihre Funktionen, dennoch werfen einzelne in jüngster Zeit bekannt gewordene Fälle von Verwahrlosung von Kindern in Deutschland auch die Frage auf, inwiefern Familien ihrer Sozialisations- und Haushaltsfunktion noch ausreichend nachkommen können. Allgemein liegen in Familien dann Problemlagen vor, wenn sie nicht mehr allein in der Lage sind, ihren Verantwortlichkeiten gerecht zu werden. Um ihre Funktionen dennoch erfüllen zu können, sind sie häufig auf Unterstützung durch Dritte angewiesen. Passende Angebote werden sowohl durch öffentliche Institutionen als auch privatwirtschaftliche Organisationen angeboten. Parallel dazu wird eine Debatte in Politik und Wissenschaft um familienunterstützende Dienstleistungen geführt.

In der Familienpolitik haben familienunterstützende Dienstleistungen in den letzten Jahren eine erhöhte Aufmerksamkeit erfahren und dementsprechend in der Praxis einen Aufschwung erlebt; sie werden hier unter makropolitischen Zielsetzung zusammen mit arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Schwerpunkten diskutiert. Kennzeichnend für familienunterstützende Dienstleistungen sind ihr Familienbezug und die Erbringung der Leistungen durch Externe, die nicht in der Familie leben (vgl. Kaltenborn et al. 2005: 12ff.). Familienunterstützende Dienstleistungen werden als haushalts- und betreuungsbezogene Leistungen gefasst. Im Einzelnen eröffnet sich ein breites Spektrum an Handlungsfeldern, die von Einkaufshilfen über Kultur- und Freizeitangebote bis hin zur Unterstützung bei der Hausaufgabenbetreuung reichen (vgl. Tab. 3.1-1).

Tabelle 3.1-1: Übersicht familienunterstützender Dienstleistungen

Haushaltsbezogene Leistungen	Betreuungsbezogene Leistungen
Einkäufe	Betreuung in den Ferien/an den Wochenenden
Haushalt: Putzen, Bügeln, Kochen etc.	Fahrdienste von der und zur Schule, Sport etc.
Hilfe im und am Haus	Kinderbetreuung
Leistungen für besondere Anlässe (z. B. Kindergeburtstag)	Nachhilfe, Hausaufgabenbetreuung
	Spielen, Sport, Ausflüge, Kreativität
	Unterstützung älterer Familienmitglieder

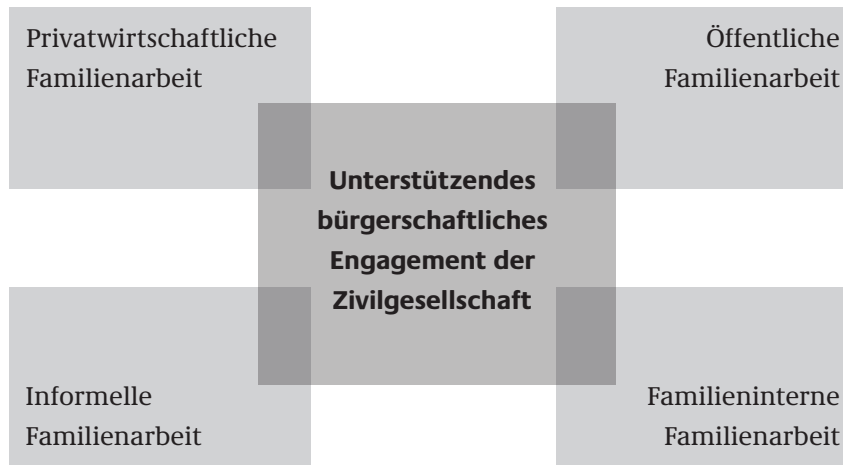
Quelle: eigene Zusammenstellung nach Familienforschung Baden-Württemberg (2008a).

Die Angebote unterscheiden sich in Bezug auf ihre Ausrichtung: Zum einen sind dies lebensphasenbezogene und lebenslagenspezifische Angebote, zum anderen solche, die sich auf alltägliche Aufgaben beziehen (vgl. Schreier/Stallmann 2007).

Familienunterstützende Dienstleistungen werden zwar schon länger aus den insgesamt fünf Bereichen familiärer Fürsorge, d. h. in Form von familialer, informeller, bürgerschaftlicher, privatwirtschaftlicher und öffentlicher Unterstützung, erbracht. Durch Gewichtungverschiebungen erhalten einzelne Bereiche aber einen neuen Stellenwert, und es machen sich zunehmend Entgrenzungstendenzen zwischen ihnen bemerkbar. Allerdings ist dabei das bürgerschaftliche Engagement als familienunterstützende Ressource,

das mittlerweile in unterschiedlichen Bereichen zu finden ist, noch nicht eingehender abgebildet und untersucht worden (vgl. Abb. 3.1-1).

Abbildung 3.1-1: Bereiche familiärer Fürsorge



Quelle: eigene Darstellung.

Familien gehören einerseits zu den Hauptakteuren des bürgerschaftlichen Engagements und profitieren andererseits in einem hohen Maße von bürgerschaftlichen Aktivitäten. Hinzu kommen informelle Leistungen von Nachbarn, Freunden und Bekannten, die bis heute nicht umfassend quantifiziert wurden.

Für ein Engagement, das Familien zugutekommt, werden im Folgenden auch die Begriffe familienunterstützendes und familienbezogenes Engagement verwendet. Das Engagement für Familien umfasst im vorliegenden Bericht freiwillige Aktivitäten in Organisationen und in informellen sozialen Netzwerken (Nachbarn, Freunde, Bekannte), die Familien unterstützen.

Um das Verständnis für die Veränderung der Bedarfslage von Familien zu schärfen, wird in einem ersten Schritt der Wandel von Familienformen aufgezeigt. Im Anschluss wird das Engagement von und für Familien allgemein beschrieben, um dann auf die konkreten Problemlagen von Familien sowie älteren Menschen (z. B. Armut von Familien, Betreuungsdefizite, demografischer Wandel) einzugehen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Bedarfe nicht nur bei Eltern-Kind-Konstellationen vorliegen, sondern beispielsweise auch junge Paare betreffen, die in Zukunft eine Familie gründen wollen, oder ältere Menschen, die kinderlos sind. Abschließend werden Formen des Engagements aufgezeigt, die die Bedarfe in den Feldern Fürsorge und Pflege befriedigen helfen und die sich in den jeweiligen Organisationsformen stark voneinander unterscheiden.

Im Rahmen des vorliegenden Kapitels soll die Beschreibung verwandtschaftlicher Unterstützungsleistungen zum einen deutlich machen, dass Familien nicht allein als Empfänger von und als Einsatzfeld für Engagement zu betrachten sind. Denn Familien stellen ein hohes Potenzial dar, wenn es darum geht, sich gegenseitig zu helfen. In Form verwandtschaftlicher Unterstützungsleistungen erfüllen sie über ihre Erziehungsarbeit hinaus

einen großen Teil der unbezahlten, gesellschaftlich relevanten Arbeit. Zum anderen zielt die Darstellung familialer Hilfeleistungen darauf ab aufzuzeigen, dass diese, trotz ihres hohen Stellenwertes, im Wandel begriffen und teilweise auch rückläufig sind. Diese Veränderungen machen eine Unterstützung durch Dritte erforderlich.

Im Anschluss an die verwandtschaftlichen Unterstützungsleistungen wird einerseits das informelle Engagement für Familien und andererseits jenes im Kontext zivilgesellschaftlicher Organisationen abgebildet.

Die informellen Unterstützungsleistungen, die durch Nachbarn, Freunde und Bekannte erbracht werden, stehen in keinem organisatorischen Zusammenhang. Sie sind eine aus wissenschaftlicher Perspektive bislang vernachlässigte, allerdings gerade für Familien besondere und unterstützende Ressource.

Empirische Arbeiten zur Erfassung informeller Tätigkeiten unterscheiden häufig unzureichend zwischen einer Unterstützung von Familienmitgliedern, Nachbarn und Freunden und Bekannten und/oder weisen derartige Tätigkeiten nicht differenziert aus.⁴⁴ Eine solche Trennung wäre jedoch zur Schärfung der Begrifflichkeit und des Verständnisses von informellem Engagement erforderlich.⁴⁵

Da familienunterstützende Leistungen in einem hohen Maße auch im Rahmen von zivilgesellschaftlichen Organisationen erbracht werden, wird diesem nachstehend entsprechend Aufmerksamkeit geschenkt.

Am Ende des Kapitels wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Förderung eines Engagements für Familien die Geschlechterdimension stärker berücksichtigen muss, weil sowohl verwandtschaftliche als auch engagementbasierte Aufgaben für Familien zu einem überwiegenden Anteil von Frauen übernommen werden.

Neben den behandelten Fragestellungen konnte auf eine Reihe von Aspekten in Bezug auf das Engagement von und für Familien nicht näher eingegangen werden. So fehlen gesicherte Erkenntnisse darüber, welcher Bedarf an Engagement bei Familien vorhanden ist. Offen bleibt auch, wie das für sie geleistete Engagement hinsichtlich Umfang und Qualität bewertet wird. Längerfristig ist die Frage zu beantworten, welche Wirkungen ein familienbezogenes Engagement für Familien erzielt und wie familiäre Eigenkräfte unter diesem Blickwinkel gestärkt werden können.

Auch hat die in dem vorliegenden Kapitel getroffene Zuordnung von Tätigkeiten, die als Engagement gelten (informell, bürgerschaftlich-organisationsbezogen), vorläufigen Charakter. Um genauer zu bestimmen, inwiefern informelle Leistungen für Familien in

44 Im Freiwilligensurvey werden informelle Hilfen pauschal und nicht nach der Art der Leistung abgefragt.

45 Aktuelle Ergebnisse des ALLBUS 2008 geben beispielsweise Auskunft über den Umfang informell geleisteter sozialer Hilfe (vgl. GESIS 2008: 327). So unterstützt ein Drittel (33,9%) der deutschen Bevölkerung Personen außerhalb des Haushaltes, z. B. bei Besorgungen, kleineren Arbeiten oder bei der Betreuung von Kindern und Kranken, ohne dass dies von einer Institution organisiert wird. Obwohl der Anteil bedeutend ist, wird im Einzelnen nicht ausgewiesen, wer die Personen außerhalb des Haushaltes sind. Zudem werden die jeweiligen Tätigkeiten nicht differenziert. Es ist folglich unklar, ob es sich um ein familiales Engagement oder ein informelles Engagement durch Freunde, Bekannte und Nachbarn handelt.

den Engagementkontext aufgenommen werden können, sind weitergehende Untersuchungen erforderlich.

Da die Bedeutung des Engagements von Familien bisher nicht ausreichend untersucht wurde und keine entsprechenden Daten vorliegen, können damit verbundene Fragestellungen (z. B. Familie als Lernort für Engagement) im vorliegenden Bericht nicht umfassend geklärt werden.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass nur eine vernetzte und sozialpolitisch verankerte Hilfsstruktur mit den Elementen professionelle Dienste, familiäre Leistungen, Förderung von Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement Familien und ältere Menschen umfassend unterstützen kann. Umriss einer dahingehenden Familienpolitik, die auf einen Wohlfahrtsmix abzielt, wurden u. a. im Siebten Familienbericht vorgestellt.

3.2 Wandel von Familienformen und -typen

Traditionell umfasst Familie ein Ehepaar mit leiblichen Kindern, die gemeinsam in einem Haushalt wohnen. Dieses eingeschränkte Verständnis von Familie ist heute nicht mehr aufrechtzuerhalten (vgl. Expertise Klocke).⁴⁶

Ein moderner Familienbegriff formuliert demgegenüber ganz allgemein: „Familie ist eine exklusive Solidargemeinschaft, die auf relative Dauer angelegt ist“ (Schneider et al. 1998: 13). Bei diesem Familienverständnis wird das Hauptaugenmerk auf die Solidarbeziehung im Familienverband gelegt. Danach gilt als Familie, was von den befragten Menschen selbst als solche (als Solidargemeinschaft) wahrgenommen und bezeichnet wird. Dies können letztlich auch „nichtfamiliale“ Solidargemeinschaften sein, z. B. langjährige Freundschaften, die im Alter eine tiefere Bedeutung erlangen, oder die Einbeziehung von Nichtfamilienmitgliedern (z. B. eine langjährige Haushaltshilfe). Etwas enger gefasst wird Familie im Siebten Familienbericht des BMFSFJ als eine Gemeinschaft mit starken Bindungen definiert, in der mehrere Generationen füreinander sorgen.

Eine Erweiterung des Familienverständnisses, das über die „Kernfamilie“ (Eltern mit Kindern) hinausgeht, ist z. B. bei der Betrachtung von Pflegeleistungen wichtig, da ältere Menschen häufig alleinstehend sind. Sie spielt aber auch in Bezug auf die Betreuung von Kindern durch Großeltern eine Rolle. Die familienpolitische Betrachtungsweise wird hierbei um eine notwendige sozialpolitische Dimension erweitert.

Heute wird allgemein eine Pluralität der Lebens- und Familienformen konstatiert (vgl. Peuckert 2008). Diese Pluralisierung der Familienformen zeichnet sich durch instabilere Beziehungen, spätes Heiratsalter, niedrige Fertilität, einen wachsenden Anteil allein-

⁴⁶ Historisch hat der Familienbegriff in den letzten Jahrzehnten drei Verständnisformen durchlaufen: (1) Bis in die 1980er-Jahre galt auch ein Ehepaar ohne Kinder, nicht aber ein nicht verheiratetes Paar mit einem Kind oder eine alleinerziehende Person mit Kind als Familie. (2) In den 1980/90er-Jahren setzte sich das Bild der kindzentrierten Familie durch: Familie ist dort, wo Kinder sind, lautete die Definition. (3) Aktuell wird der Begriff der Familie unter der Perspektive der Solidarbeziehung zwischen Menschen diskutiert. – Der Wandel der Familienbegrifflichkeit lässt sich auch in der amtlichen Statistik (Mikrozensus) ablesen, in der „traditionelle“ und „alternative“ Familienformen betrachtet werden.

lebender Personen sowie durch neue Formen des Zusammenlebens ohne Ehestatus aus. Das Statistische Bundesamt (2008b: 33) zählt in Deutschland gegenwärtig (2006) rd. 9 Mio. Familien; hierunter werden ganz allgemein Mehrpersonenhaushalte mit minderjährigen Kindern verstanden. Werden zusätzlich erwachsene Kinder im Haushalt berücksichtigt, erhöht sich die Zahl der Familien auf etwa 12 Mio.⁴⁷ Insgesamt ist die Zahl der Familien in Deutschland im letzten Jahrzehnt um knapp 1 Mio. zurückgegangen (vgl. Tab. 3.2-1).

Tabelle 3.2-1: Verteilung der Familienformen, 1996–2007, in Mio.

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Alle Familien	13,1	13,1	12,9	12,8	12,7	12,6	12,6	12,5	12,5	12,5	12,3	12,2
Ehepaare	10,4	10,2	10,1	9,9	9,8	9,6	9,5	9,3	9,2	9,2	8,9	8,8
Alleinerziehende	2,2	2,2	2,2	2,3	2,3	2,3	2,4	2,4	2,5	2,5	2,6	2,6
Lebensgemeinschaften	0,51	0,53	0,56	0,59	0,62	0,66	0,71	0,75	0,77	0,77	0,75	0,77

Quelle: Statistisches Bundesamt: Mikrozensus. Haushalts- und Familienstatistik (www.gbe-bund.de, 4.12.2008).

Gleichzeitig erhöhten sich die Anteile alternativer Familienformen, beispielsweise von Alleinerziehenden (Ein-Eltern-Familie), Lebensgemeinschaften oder anderer Lebensformen (z. B. Alleinstehende). Zudem wächst der Anteil älterer und hochaltriger Menschen (vgl. Adolph/Heinemann 2002).

Menschen wechseln im Laufe ihres Lebens die Lebensform zum Teil mehrmals. Dieser Befund wurde bisher durchaus unterschiedlich bewertet: Galt er einigen als Beleg für eine Erosion der klassischen Familie (z. B. Beck 1986), so betonten andere zwar einen Bedeutungsverlust der Institution Ehe, sprachen zugleich aber lediglich von einem Formenwandel – und eben nicht von einem Bedeutungsverlust der Familie selbst (vgl. Nave-Herz 2007).

Für die Diskussion über ein familienunterstützendes Engagement ergeben sich aus dem Wandel von Familienformen zunächst drei Schlussfolgerungen (vgl. Expertise Klocke):

1. Innerhalb der unterschiedlichen Lebens- und Familienkonstellationen liegen jeweils eigene und spezifische Unterstützungsbedarfe bzw. Potenziale bürgerschaftlichen Engagements vor.
2. Bei einer einseitigen Fokussierung auf Familienformen, die zumindest eine Eltern-Kind-Konstellation (die „Zeugungsfamilie“) oder eine Erwachsenen-Eltern-Konstellation („Herkunftsfamilie“) umfassen, werden viele Menschen nicht berücksichtigt, obwohl sie einen gleichwertigen Unterstützungsbedarf wie Familienmitglieder haben können. Hierzu zählen beispielsweise junge Paare, die in Zukunft eine Familie gründen wollen, oder ältere Menschen, die kinderlos sind.
3. Neue Lebens- oder Familienformen haben häufig einen ungewollten Ursprung, wie dies z. B. bei Alleinerziehenden, Stieffamilien nach einer Trennung oder bei verwitweten Menschen nach dem Tod des Lebenspartners der Fall ist. Für Fragen des Unterstüt-

⁴⁷ Bezogen auf die Gesamtbevölkerung lebte im Jahre 2007 gut die Hälfte (51,5%) der Menschen (Eltern und Kinder) in der Lebensform „Familie“ (vgl. Statistisches Bundesamt 2008, <https://www.genesis.destatis.de/>; Stand: 15.12.2008).

zungsbedarfs ist die Unterscheidung von Lebens- und Familienformen zu berücksichtigen. Gerade für einen erzwungenen Wechsel der Lebens- oder Familienform kann ein Unterstützungsbedarf notwendig sein und damit auch Formen bürgerschaftlichen Engagements erfordern.

3.3 Engagement von und für Familien im Überblick

Engagement von und für Familien ist bisher nur selten Gegenstand der Engagementforschung gewesen, obwohl Familien in erheblichem Umfang vom freiwilligen Engagement profitieren. Gleichzeitig sind sie aber auch selbst ein Hauptakteur bürgerschaftlichen Engagements (vgl. Expertise Klocke).

Mit Hilfe des Freiwilligensurveys lässt sich das Engagement für Familien über zwei Indikatoren erfassen: zum einen durch die Auswahl des Tätigkeitsfeldes, das einen Familienbezug impliziert, und zum anderen durch die angegebene Zielgruppe der Engagementtätigkeiten.

Etwa 49% des gesamten freiwilligen Engagements kommen Familien und älteren Menschen zugute. Diesem Wert liegt ein umfassendes Verständnis über familienbezogenes Engagement zugrunde, da er sämtliche Tätigkeitsfelder und alle familiennahen Zielgruppen des Engagements, d. h. Familien, Kinder/Jugendliche und Senioren, einbezieht.

Eine differenziertere Betrachtung nach Zielgruppen zeigt, dass sich rund 40% des Engagements ausschließlich an Familien und Kinder/Jugendliche richten.⁴⁸ (vgl. Abbildung 3.3-1)

Die Engagementbereiche Schule/Kindergarten und Jugendarbeit/Erwachsenenbildung weisen einen sehr hohen Familienbezug auf. Bezogen auf die beiden Zielgruppen (Kinder/Jugendliche plus Familie) beträgt der Anteil bei Schule/Kindergarten 95,3% und bei Jugendarbeit/Erwachsenenbildung 69,4%.

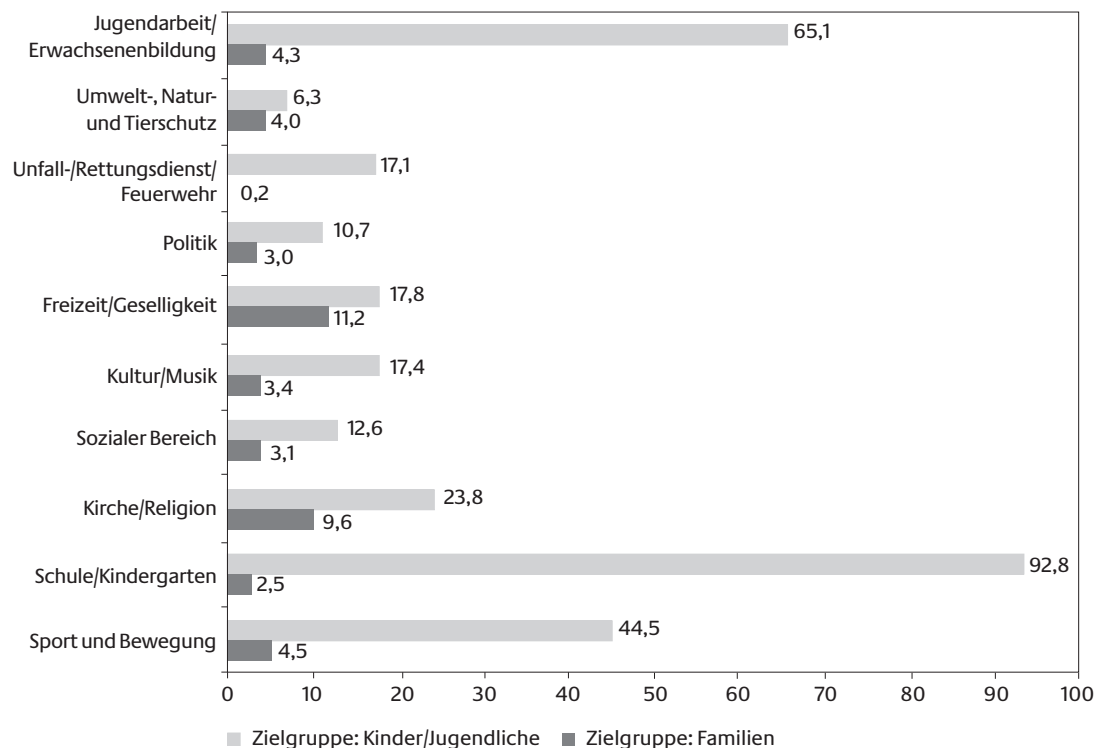
Der quantitativ bedeutsamste Engagementbereich ist Sport und Bewegung, in dem knapp ein Fünftel der Engagierten tätig ist. Davon gab fast jede Zweite bzw. jeder Zweite an, dass ihr bzw. sein Engagement speziell Kindern/Jugendlichen und Familien dient.

Weitere Tätigkeitsfelder, in denen der Familienbezug als Engagementmotiv eine große Rolle spielt, sind Kirche/Religion mit 33,4% (z. B. kirchliche Kinder- und Jugendarbeit), Freizeit/Geselligkeit mit 29,0% (z. B. Betreuung von Jugendreisen), Kultur/Musik mit 20,8% (z. B. Anleitung von Laienspielgruppen) oder auch Unfall-/Rettungsdienste und Freiwillige Feuerwehr mit 17,3%.⁴⁹

⁴⁸ Eine aktuelle Studie der Initiative „für mich, für uns, für alle“ des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes durch Forsa gibt an, dass jede bzw. jeder Dritte (bzw. 31%) von 1.000 Befragten sich für Kinder und Jugendliche engagiert (vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen 2009: 67).

⁴⁹ Tätigkeitsfelder, die weniger als 4% aller freiwilligen Aktivitäten ausmachen, wurden nicht mehr in die Analyse aufgenommen.

Abbildung 3.3-1: Freiwilliges Engagement für Familien in einzelnen Tätigkeitsfeldern, in %



Quelle: Freiwilligensurvey 2004; Berechnungen: Expertise Klocke.

Im Freiwilligensurvey wird auch gesondert nach „Senioren“ als Zielgruppe gefragt. Nahezu jede bzw. jeder zehnte (9,3%) bürgerschaftlich Aktive benennt ältere Menschen als Zielgruppe ihres/seines Engagements. Doch längst nicht jede dieser Tätigkeiten besteht in der Pflege/Betreuung älterer Menschen: Diese lässt sich vor allem dann vermuten, wenn das Engagement im sozialen und im Gesundheitsbereich erfolgt. In diesen Bereichen liegt der Anteil der Engagementaktivitäten, der Seniorinnen und Senioren zugutekommt, weit über dem Durchschnitt: Im sozialen Bereich sind 38,4% und im Gesundheitsbereich 20,1% des Engagements auf ältere Menschen gerichtet. Wird mittels dieser beiden Bereiche der Pflegeanteil geschätzt, der den Charakter eines freiwilligen Engagements aufweist, so gelten (laut Expertise Klocke) 4,2% aller bürgerschaftlichen Aktivitäten der Pflege älterer Menschen. Bemerkenswert ist zudem, dass der mittlere zeitliche Aufwand für diese Tätigkeiten mit 6,1 Wochenstunden signifikant höher liegt als bei allen anderen Engagementformen (5,2 Wochenstunden).

Fügt man dieses Bild nun in die bisher dargelegten Befunde ein, so lässt sich bilanzieren: Werden unter Engagement für Familien nicht nur Aktivitäten gefasst, die direkt Familien zugutekommen oder sich an Kinder und Jugendliche richten, sondern zählt man auch das freiwillige Engagement für ältere Menschen (hier nur im sozialen und Gesundheitsbereich) hinzu, so profitieren die Familien zu 42% von bürgerschaftlichen Aktivitäten in direkter oder indirekter Weise.

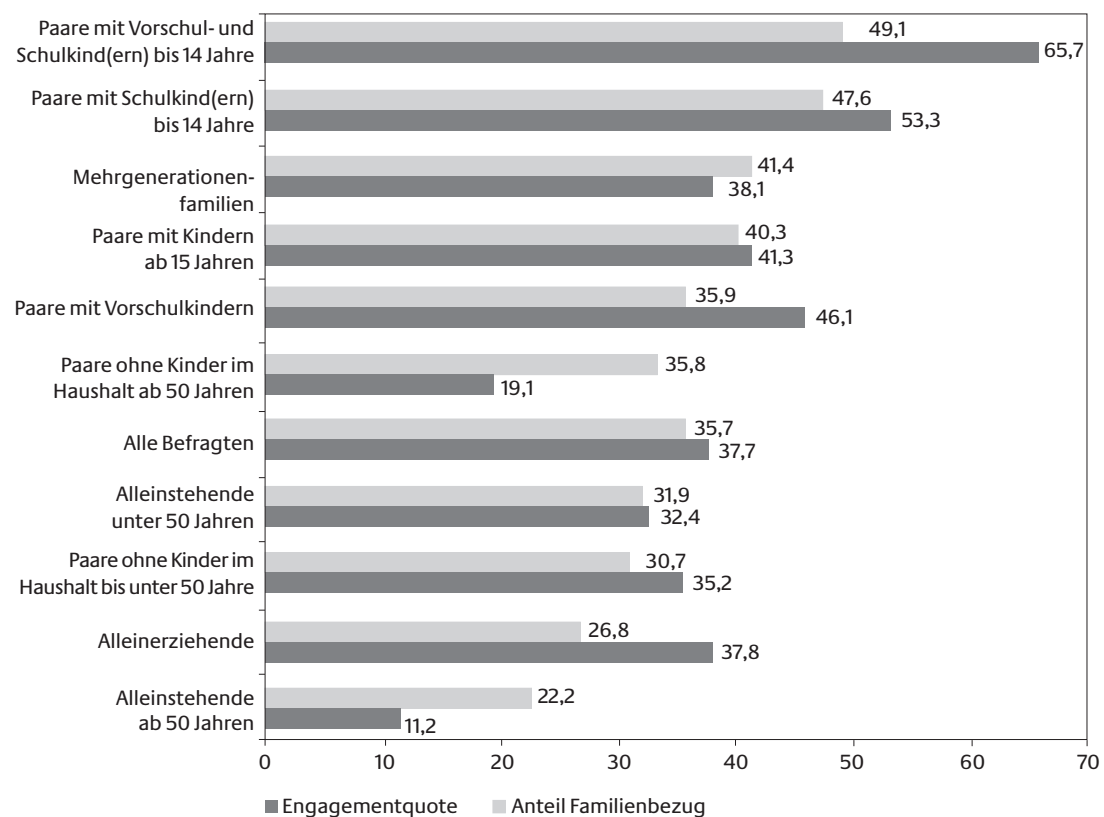
Familien bzw. Kinder und Senioren sind jedoch nicht nur Adressaten freiwilligen Engagements, sondern selbst Träger von Engagement (vgl. Abb. 3.3-2 und 3.3-3). Damit sind Familien Lernorte des Engagements, und ihre Rolle als Nehmer wird durch die Geberfunktion

wesentlich erweitert. Inwieweit eine Anleitung für bürgerschaftliches Engagement im Familienkreis erfolgt, wurde jedoch bisher kaum untersucht. Deshalb gilt es, das Engagement von Familien in seiner sozialisatorischen Funktion für die Zivilgesellschaft und das Engagement eingehender zu betrachten. Die wenigen Erkenntnisse (vgl. Corsten/Kaupert 2007), die über die Weitergabe bürgerschaftlichen Engagements von der älteren an die jüngere Generation im Familienverband vorliegen, gehen davon aus, dass Kinder sich in ihrem Verhalten, also auch in ihren Engagementformen, an dem orientieren, was ihnen von den Eltern vorgelebt wird. Dies mag in religiös geprägten Elternhäusern ein jungdliches Engagement in Kirche und Gemeinde hervorbringen, das ebenso wie Engagementformen bei den Pfadfindern, den Naturfreunden, einer Gewerkschaft, einer politischen Partei oder im Sportverein familial „vererbt“ werden kann.

Hinsichtlich des Engagements von Familien wird zum einen ersichtlich, dass die Engagementquoten bei Lebensformen mit Kind(ern) weit über dem Durchschnitt liegen;⁵⁰ zum anderen ist dieses Engagement stark auf Kinder/Jugendliche bzw. Familien als Zielgruppen gerichtet.

Abbildung 3.3-2 veranschaulicht das freiwillige Engagement von Familien und anderen Lebensformen und jenes mit Familienbezug.

Abbildung 3.3-2: Engagement in verschiedenen Lebensformen, in %



Angaben zu Engagementquote und Alter immer bezogen auf die Befragungsperson. Generell bei Lebensformen mit Kindern: Alter der Befragungsperson zwischen 18 und 50 Jahren. Mehrgenerationenhaushalt: Befragungsperson gibt an, mit Kind(ern), Partner und Eltern(teil) zusammenzuleben.

Quelle: Freiwilligensurvey 2004; Berechnungen: Expertise Klocke.

⁵⁰ Eine Ausnahme bilden Alleinerziehende, was dem Vereinbarkeitsproblem geschuldet sein dürfte.

Im Freiwilligensurvey wird auch die Frage gestellt, ob es bei dem Engagement für Kinder und Jugendliche „unmittelbar auch um Ihre eigenen Kinder“ geht (vgl. Tab. 3.3-1).

Das Engagement für Kinder und Jugendliche ist sehr stark – aber nicht ausschließlich – mit den eigenen Kindern verbunden. Über drei Viertel aller Frauen geben an, dass ihr Engagement für Kinder und Jugendliche unmittelbar auch etwas mit ihren eigenen Kindern zu tun habe. Demnach ist das Engagement von Frauen sehr eng an bestimmte Lebensphasen ihrer eigenen Kinder gekoppelt.

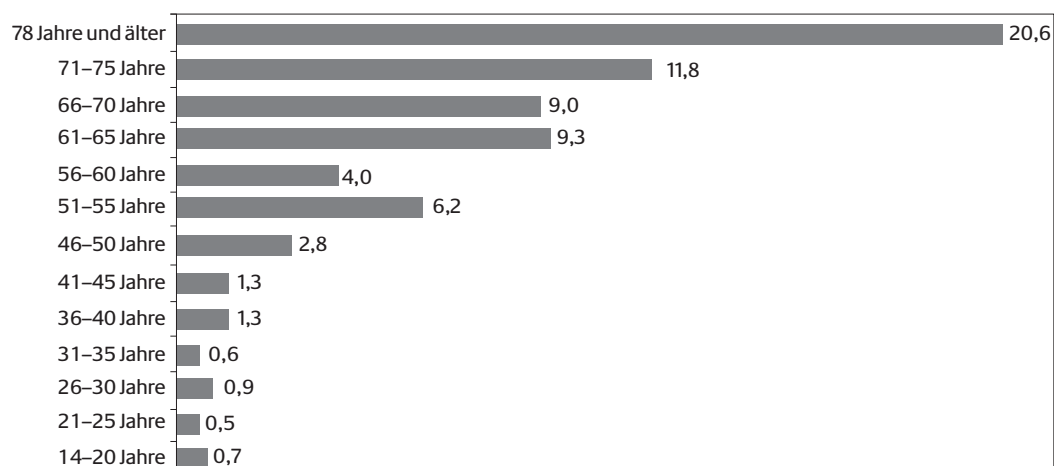
Ein Engagement für Senioren im sozialen und Gesundheitsbereich wird vom Alter der Engagierten beeinflusst: Ältere engagieren sich für Ältere (vgl. Abb. 3.3-3). Ein Engagement für Senioren im sozialen und Gesundheitsbereich liegt bei jenen Engagierten besonders häufig vor, die älter als 50 Jahre sind.

Tabelle 3.3-1: Bedeutung eigener Kinder beim Engagement¹, in %

Familienform	Ja	Nein
Paare mit Kind(ern) insgesamt	69,4	30,5
Frauen	75,9	23,9
Männer	60,2	39,8
Paare mit Vorschulkind(ern)	62,3	37,7
Frauen	77,9	(22,1)
Männer	44,9	55,1
Paare mit Schulkind(ern) bis 14 Jahre	75,7	23,9
Frauen	78,5	20,9
Männer	71,3	28,7
Paare mit Vorschul-/Schulkind(ern) bis 14 Jahre	85,8	(14,2)
Frauen	90,9	(9,1)
Männer	77,3	(22,7)
Paare mit Kind(ern) ab 15 Jahren	48,0	52,0
Frauen	51,1	48,9
Männer	44,2	55,8

1 Wenn Engagement für Kinder und Jugendliche: „Geht es dabei unmittelbar auch um Ihre eigenen Kinder?“
Differenz zu 100: keine Angabe. – Ziffern in Klammern: geringe Fallzahlen.
Datenbasis: Freiwilligensurvey 2004; eigene Berechnungen.

Abbildung 3.3-3: Engagement für Senioren im sozialen und im Gesundheitsbereich nach Altersgruppen, 2004, in %



Quelle: Berechnung Expertise Klocke.

3.4 Fürsorge für Kinder

3.4.1 Familiäre Problemlagen: Die Fürsorgefrage

Fürsorge ist die Sorge um einen Menschen, der ihrer sowohl in Bezug auf die Förderung seiner Selbstständigkeit als auch hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Integration bedarf (vgl. Scherpner 1974). In erster Linie sind es Kinder, ältere Menschen und kranke Personen, die Fürsorge, d. h. bestimmte Hilfeleistungen, brauchen.

Fürsorge wird häufig dem familialen Kontext zugeordnet und als naturgegebene Ressource von Gesellschaften gesehen (vgl. Hochschild 2006). Eine moderne Familienpolitik reduziert die fürsorgenden Zuständigkeiten allerdings nicht mehr allein auf die Familie, sondern betont die gesellschaftliche Verantwortung.

Im folgenden Kapitel wird die Fürsorge durch Engagement für Kinder thematisiert. Sie umfasst dabei Betreuungsaufgaben und bezieht bildungsfördernde oder freizeitgestaltende Aktivitäten mit ein.

Der nun folgende Abschnitt konzentriert sich auf Einflussfaktoren, die neue Anforderungen an die Fürsorge für Kinder stellen, und beschreibt Defizite und Bedarfe der öffentlichen Kinderbetreuung sowie Potenziale unterschiedlicher Engagementformen in diesem Bereich.

Geburtenrückgang und Vereinbarkeitsproblematik

Die Entwicklung der Geburtenzahlen ist in Deutschland seit Jahren rückläufig (vgl. BMFS-FJ 2009: 10; Statistisches Bundesamt 2007a). Mittlerweile bekommt jede Frau im Durchschnitt nur noch 1,1 Kinder (Destatis, Pressemitteilung Nr. 137 vom 7.4.2009). Um den Bevölkerungsstand aufrechtzuerhalten, müsste jede Frau mehr als 2,08 Kinder zur Welt bringen (vgl. Peuckert 2008).

Familie ist dennoch gewünscht. Die Shell Jugendstudie von 2006 belegt, dass 71% der Befragten der Auffassung sind, dass man eine Familie braucht, um glücklich zu leben (vgl. Hurrelmann et al. 2006).⁵¹ Ein Kinderwunsch kann aber offensichtlich nicht immer realisiert werden. Die Ursachen und Gründe hierfür sind vielfältig. Die Möglichkeiten zur Kinderbetreuung spielen dabei eine nicht unwesentliche Rolle, auf die im Weiteren noch näher eingegangen wird (vgl. Abschnitt 3.4.2).

Familienökonomische Theorien erklären den Geburtenrückgang mit den mit Kindern verbundenen Kosten (vgl. Reich 2008). Im Allensbacher Familienmonitor (2008b) werden diese Annahmen bestätigt: Finanzielle Hinderungsgründe werden von 39% der Eltern und von 44% der kinderlosen Paare am häufigsten genannt, wenn es um die Entscheidung für oder gegen ein Kind geht.

⁵¹ Siehe auch die Ergebnisse des ALLBUS (2006).

Berufliche und interessengeleitete Vereinbarkeitsprobleme stehen an zweiter Stelle.⁵² Dementsprechend wünschen sich auch 63 % der Bevölkerung, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem durch mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten erleichtert wird. Frauen sind von Vereinbarkeitsproblemen oder – zeitgemäßer – von der Frage nach einer Balance von Arbeit und Leben stärker betroffen als Männer.⁵³ Sie empfinden es häufig als belastend, nicht allen Anforderungen in Haushalt, Familie und Beruf gleichermaßen gerecht werden zu können (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2006: 50).

Familienarmut und Bildungsdefizite

Familiale Problemlagen beruhen häufig auf Armut oder damit einhergehenden Bildungsdefiziten. Wie der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht deutlich macht, ist vor allem in diesen Bereichen nicht nur die private, also familiäre Verantwortung einzufordern, sondern auch die öffentliche Verpflichtung (seitens des Staates, der Unternehmen, der Zivilgesellschaft).

Insgesamt lebten im Jahre 2006 13,9% der Bevölkerung in Armut. Aktuelle Zahlen zur Armut in Deutschland weisen überproportional hohe Armutsquoten bei Kindern und Jugendlichen aus: 16,3% der unter 10-Jährigen und 18,7% der 10- bis 20-Jährigen gelten als arm (vgl. Statistisches Bundesamt 2008b: 167). Nach Familienformen betrachtet, sticht insbesondere die Zahl der Ein-Eltern-Familien, die in Armut leben, hervor, nämlich 35,4% (vgl. ebd.: 169).⁵⁴ Die wirtschaftliche Lage der Familie beeinflusst auch den Spielraum, inwieweit Dienstleistungen von außerhalb genutzt werden. Im Kontext kommerziell erbrachter familienunterstützender Dienstleistungen stellt das Institut für Demoskopie Allensbach (2008a) heraus, dass für 39% der Befragten die Inanspruchnahme von personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen aus monetären Gründen nicht infrage kommt.

Vorliegende Untersuchungen haben auch auf den Zusammenhang von Armut mit Bildungsdefiziten aufmerksam gemacht: Je ärmer Familien sind, desto geringer ist der Schulerfolg ihrer Kinder (vgl. Baumert et al. 2006). So besuchen z. B. nur 7% der Kinder aus der Arbeiterschicht ein Gymnasium (vgl. Statistisches Bundesamt 2008b: 75). Diese Angaben weisen auf eine Reproduktion von „Bildungsarmut“ hin, die Familien, so Allmendinger/Leibfried (2003), nicht aus eigener Kraft überwinden können.

3.4.2 Defizite und Bedarfe in Kinderbetreuungseinrichtungen öffentlicher und freier Trägerschaft

Wesentliche Fürsorgeunterstützungen erhalten Eltern durch Kindertagesbetreuungsangebote in öffentlicher oder freier Trägerschaft. Die Tageseinrichtungen haben dabei den gesetzlich festgelegten Bildungsauftrag entsprechend § 22 Abs. 2 und 3 KJHG zu erfüllen sowie den Anspruch der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen.

In Hinblick auf das bundesdeutsche Betreuungsangebot für Kinder weist die Kinderbetreuungsstudie des DJI (vgl. Bien et al. 2006) darauf hin, dass trotz einer in den letzten

⁵² Vgl. auch Familiensurvey 2000. Kinderlosigkeit wird hier ebenfalls mit der Furcht vor ökonomischen Einbußen (Freizeit, Erholung) sowie mit der Angst vor der Unvereinbarkeit mit einem modernen Leben begründet.

⁵³ Vgl. hierzu ausführlich Kapitel 2.

⁵⁴ Vgl. auch Familienreport 2009 zum Thema der Familienarmut in Deutschland.

15 Jahren stattfindenden positiven Entwicklung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten weiterhin Defizite bestehen, die Bedarfe in diesem Bereich deutlich machen.⁵⁵ Diese beziehen sich auf die Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen, deren zeitliche Flexibilität und auf die sozialstrukturellen Unterschiede im Nutzerprofil der Plätze. Die Defizite stellen gesellschaftliche Problemlagen dar, die sich auf die Entscheidung zur Familiengründung und das Familienleben auswirken können.

Zwischen 1994 und 2008 ist ein Rückgang der Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft (Krippen, Kindergärten, Horte und Kombi-Einrichtungen) von 22.108 auf 17.165 Einrichtungen zu verzeichnen. Dieser Abbau um 13% ist im selben Maße für die hier zur Verfügung stehenden Betreuungsplätze festzustellen (Kolvenbach et al. 2004; Statistisches Bundesamt 2007b; vgl. Abb. 3.4-1a und 3.4-1b).

Abbildung 3.4-1a: Anzahl der Tageseinrichtungen zur Kinderbetreuung, 1994–2008, absolut und in %

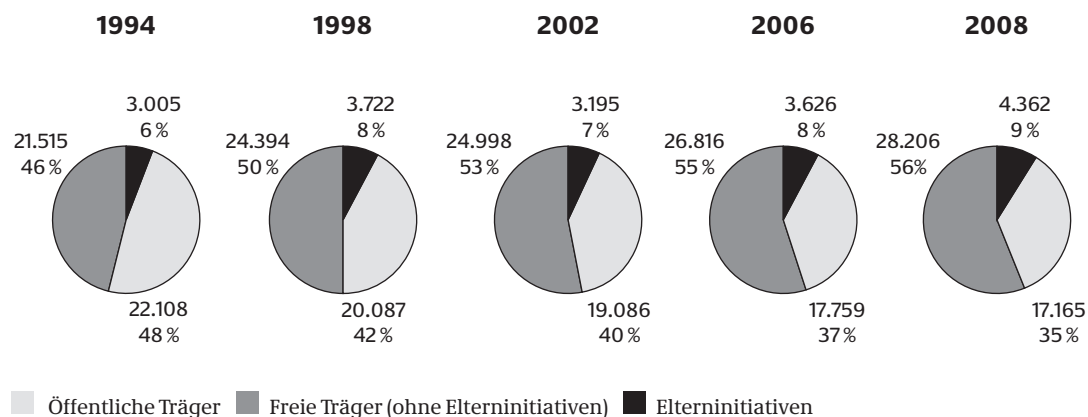
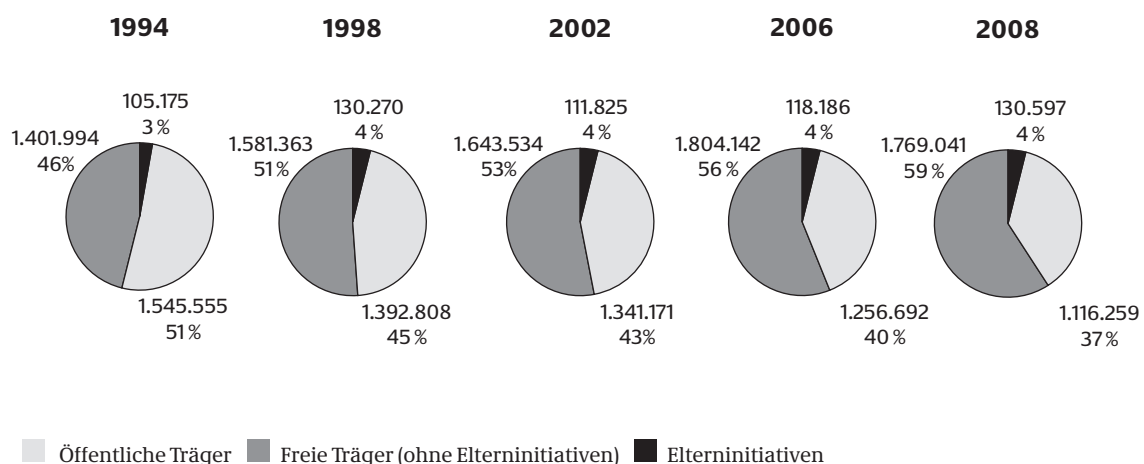


Abbildung 3.4-1b: Anzahl der angebotenen Plätze in den Einrichtungen zur Kinderbetreuung, 1994–2008, absolut und in %



Quellen: Kolvenbach et al. (2004); Statistisches Bundesamt (2007, 2008a).

⁵⁵ Die Betrachtungen der Bedarfslage in Bezug auf Betreuungsmöglichkeiten sind nicht einheitlich (vgl. BMFSFJ 2006a). Ein politisch definierter Bedarf unterscheidet sich von dem, der sich nach der Nachfrage der Eltern richtet. Verallgemeinernde Aussagen sind daher nur begrenzt möglich und von den jeweiligen Rahmenbedingungen abhängig.

Gleichzeitig verzeichnen die Kinderbetreuungseinrichtungen in freier Trägerschaft als auch die Elterninitiativen einen Zuwachs an Einrichtungen und Plätzen. Aus einer Engagementperspektive betrachtet ist diese Entwicklung zweischneidig: Einerseits werden z. B. über Elterninitiativen Lücken in der Kinderbetreuung geschlossen. Das Engagement erfüllt die hier oft kritisierte Lückenbüßerfunktion, wenn es keine entsprechenden staatlichen Angebote gibt. Andererseits sind die Einrichtungen in freier Trägerschaft und die Elterninitiativen eng mit dem Engagement verbunden. Hier ist eine stärkere Engagementkultur vorhanden, da die Organisationsstrukturen der freien Träger bereits an sich Engagement miteinschließen und die Elterninitiativen unmittelbar auf Aktivitäten der Eltern aufbauen.⁵⁶

Betreuungsplätze

Betreuungsplätze stehen vor allem für Kinder unter drei Jahren nur in einem eingeschränkten Maße zur Verfügung. Insgesamt lag die Betreuungsquote 2008 für die 0- bis 3-Jährigen bei 17,8%⁵⁷, für die 3- bis 8-Jährigen bei 85,5% und für Schulkinder bis 14 Jahre bei 7,2%⁵⁸ (vgl. Statistisches Bundesamt 2008d; eigene Berechnungen).⁵⁹ Noch schlechter bestellt ist es um das Betreuungsangebot in ländlichen Regionen in Westdeutschland. Betroffen sind hauptsächlich die bis zu dreijährigen Kinder: In ländlichen Gebieten besucht fast ein Drittel von ihnen (32%) keine Kindertageseinrichtung, in verdichteten Kreisen oder Städten sind es hingegen 20% (vgl. Bien et al. 2006).

Betreuungszeiten

Während Betreuungsplätze nur in einem beschränkten Umfang durch Engagement zur Verfügung gestellt werden können (vgl. Abschnitt 3.4.3.2), sind hinsichtlich der Betreuungszeiten höhere Effekte zu erreichen. Das bundesdeutsche Betreuungsangebot weist Defizite in Bezug auf die Verfügbarkeit flexibler und bedarfsorientierter Betreuungszeiten auf. So sind 36% der Eltern gezwungen, ihre Arbeitszeiten, z. B. in den Schulferien, zu reduzieren, weil keine flexiblen Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen (vgl. Statistisches Bundesamt 2006b: 21). Auch der Wunsch nach „mehr betreuten Freizeitangeboten für Kinder am Nachmittag“, der von 38% (Mehrfachnennung möglich) der Befragten in einer Bevölkerungsumfrage zum Thema Familienarbeit geäußert wurde, macht deutlich, dass das Betreuungsangebot nicht ausreicht (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2008c). Weiterhin fehlen Ganztagsbetreuungsplätze. So zeigen eigene Berechnungen, dass in den Kindertageseinrichtungen in öffentlicher und in freier Trägerschaft nur 27,8% der Plätze für Kinder zwischen 0 und 14 Jahren einen zeitlichen Umfang

56 Da die freien Träger überwiegend eine gemeinnützige Ausrichtung haben, sind hier besondere Bezüge zum Engagement vorhanden. Inwiefern die Arbeit der freien Träger zivilgesellschaftlichen Charakter hat, kann hier nicht näher bestimmt werden.

57 Die Bundesregierung begegnete den Defiziten im Betreuungsbereich vor allem mit dem Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren. Bund, Länder und Kommunen haben sich auf das gemeinsame Ziel verständigt, bundesweit bis 2013 für im Durchschnitt 35% der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung oder der Kindertagespflege zu schaffen. Im Jahre 2013 wird jedes Kind mit Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder der Kindertagespflege haben. Angaben zum Angebotsausbau belegen, dass in Westdeutschland zwischen 2002 und 2006 im Bereich der Krippenplätze eine positive Entwicklung stattgefunden hat (vgl. DJI 2008: 25f.). Demgegenüber gab es im selben Zeitraum für Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren keinen Ausbau des Betreuungsangebotes (ebd.: 66).

58 Nicht eingerechnet werden konnten Kinder in Ganztagschulen oder in Einrichtungen, die der Schule selbst angegliedert sind, z. B. Schulhäuser. Diese spielen allerdings in Westdeutschland eine bedeutsame Rolle, auch wenn ihre Betreuung häufig nur stundenweise angeboten wird.

59 Zu den Betreuungszeiten liegen keine aktuelleren Daten vor.

von mehr als sieben Stunden haben (vgl. Statistisches Bundesamt 2008d). Zudem wird nur auf 49 % aller Plätze ein Mittagessen angeboten. Bei den einzelnen Altersgruppen stellt sich die Situation ähnlich dar.

Während im Westen lediglich 2,27% aller Kinder im Alter 0 bis 3 Jahren mit mehr als sieben Stunden betreut werden, sind es im Osten 23,08 %⁶⁰ (vgl. Tab. 3.4-1).

Tabelle 3.4-1: Kinder im Alter von unter drei Jahren in Tageseinrichtungen nach täglichen Betreuungszeiten am 15.3.2006

	Deutschland		Alte Bundesländer*		Neue Bundesländer*	
	Betreute Kinder auf verfügbaren Plätzen (absolut) und Anteile in %	Anteile betreuter Kinder an Kindern insgesamt (in %)	Betreute Kinder auf verfügbaren Plätzen (absolut) und Anteile in %	Anteile betreuter Kinder an Kindern insgesamt (in %)	Betreute Kinder auf verfügbaren Plätzen (absolut) und Anteile in %	Anteile betreuter Kinder an Kindern insgesamt (in %)
1-5 Stunden	61.785 24,3	2,94	37.359 32,0	2,17	20.251 18,8	6,89
5-7 Stunden	60.589 23,9	2,88	32.331 27,7	1,87	19.607 18,2	6,67
> 7 Stunden	123.536 48,6	5,87	39.096 33,5	2,27	67.829 63,0	23,08
Vor-/Nachmittag ohne Mittagsbetreuung	7.984 3,1	0,38	7.912 6,8	0,46	72 0,1	0,02

* Jeweils ohne Berlin.

Quellen: DJI (2008); eigene Berechnungen.

In Westdeutschland fehlt es auch an Ganztagsbetreuungsplätzen für Kinder vom dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt: Nur 10,7% von ihnen werden mehr als sieben Stunden täglich betreut, gegenüber 46,8% in Ostdeutschland (vgl. Tab. 3.4-2).

Tabelle 3.4-2: Platzangebote für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt nach täglicher Betreuungszeit sowie prozentualer Anteil der hier betreuten Kinder an der Gesamtkinderzahl am 15.3.2006

Gebiet	Betreuungszeit: 5-7 Stunden	Betreuungszeit: > 7 Stunden
Alte Bundesländer ohne Berlin	589.757 18,5%	341.111 10,7%
Neue Bundesländer ohne Berlin	74.833 46,8%	206.509 16,9%

Quelle: Statistisches Bundesamt (2007b).

Eine Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach (2008c) bestätigt, dass es an variablen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter zehn Jahren fehlt. Dementsprechend nannten im Jahre 2005 insgesamt 48% der erwerbswilligen Mütter und Väter mangelnde Kinderbetreuungsmöglichkeiten als Grund für die Nichtaufnahme einer Erwerbstätigkeit (vgl. Statistisches Bundesamt 2006b: 19); sie seien entweder „nicht verfügbar“, „zu teuer“ oder „zeitlich begrenzt“.

⁶⁰ Vgl. zum individuellen Nutzen von frühkindlichen Betreuungsangeboten Spieß (2009).

Benachteiligte Gruppen

Parallel zu den infrastrukturell und regional gelagerten Defiziten können bei der Nutzung öffentlicher Unterstützungsleistungen auch sozialstrukturelle Unterschiede festgestellt werden, die auf sozioökonomische Faktoren bei der Herausbildung von Bedarfsunterschieden schließen lassen. Trotz gesetzlicher Regelungen zur Förderung benachteiligter Gruppen ergeben repräsentative Untersuchungen Differenzen im Nutzerprofil der betreuten Kinder; die Untersuchungen weisen auf eine noch nicht ausreichende Wirkung dieser Regelungen hin (vgl. Spieß et al. 2008). Jüngere Kinder mit erwerbslosen Müttern, die ein niedriges Bildungsniveau haben, besuchen tendenziell seltener eine Kindertageseinrichtung. Das Nutzungsverhalten älterer Kinder hängt u. a. von der Anzahl der Geschwister, der Art der Erwerbstätigkeit und dem Haushaltseinkommen ab. Von Betreuungsdefiziten Betroffene können demzufolge jene sein, die aufgrund ihrer Lebensbedingungen speziellen Risiken ausgesetzt sind.

Demgegenüber profitieren beispielsweise Alleinerziehende vom bestehenden Kinderbetreuungsangebot in öffentlicher und freier Trägerschaft (vgl. Bien et al. 2006: 49f., 188ff.; Spieß et al. 2008). Von den Alleinerziehenden haben 64% einen besonderen Betreuungsbedarf, da sie die alleinige Erziehungsverantwortung tragen. Die Erwerbstätigkeit der Alleinerziehenden fördert bzw. erzwingt dabei die Chance auf einen Betreuungsplatz. Die DJI-Kinderbetreuungsstudie belegt, dass die bis zu dreijährigen Kinder von Alleinerziehenden häufiger (17,6%) in Kindertageseinrichtungen betreut werden als Kinder der gleichen Altersstufe, die mit beiden Elternteilen zusammenleben (10,5%). Mit zunehmendem Alter der Kinder nimmt der Unterschied ab. Gleichermäßen haben fast doppelt so viele Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt von Alleinerziehenden (47,1%) einen Ganztagsbetreuungsplatz gegenüber Kindern aus Paarhaushalten (26,8%). Komplikationen ergeben sich allerdings, wenn das vorhandene Betreuungsarrangement ausfällt (vgl. Familienforschung Baden-Württemberg 2008b): Jede bzw. jeder fünfte Alleinerziehende hat keinen Notfallplan. Offen ist, ob dem erhöhten Bedarf an unterschiedlichen Betreuungsmöglichkeiten und flexibleren Betreuungszeiten von Alleinerziehenden insgesamt ausreichend Rechnung getragen wird.

3.4.3 Potenziale des Engagements

3.4.3.1 Familiales und informelles Engagement

Die durch familiale und informelle (Nachbarn, Freunde, Bekannte) Netzwerke erbrachten Hilfen werden als familienunterstützende Ressource oftmals unterschätzt. Die Netzwerke werden häufig einseitig als Privatangelegenheit eingestuft. Soziale Beziehungen leisten gegenseitige Hilfe, indem sie sich unterstützen, die Aufgaben und Anforderungen im Alltag zu bewältigen. Sie sind folglich als familienunterstützend einzustufen.

Verschiedene Studien zeigen, dass Kinder in einem weitaus höheren Maße durch Verwandte und informelle Netzwerke versorgt werden, als die sozialpolitische Diskussion dies erwarten ließe. Die Zeitbudgeterhebung 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes weist darauf hin, dass deutschlandweit von den Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren 34% informelle Betreuungsangebote nutzen (vgl. Fendrich/Schilling 2004: 134). Davon nehmen 58% diese Unterstützungsform zusätzlich, d. h. in Kombination mit formellen

Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Anspruch. Der Umfang der Inanspruchnahme hängt hier von einer Erwerbstätigkeit ab. Gegenüber 74% der Doppelverdienerhaushalte greifen Haushalte mit einem oder keinem Verdienst nur zu 60% auf ihr familiales und soziales Netz zurück. Diese Aussage deckt sich mit Angaben aus dem SOEP (vgl. Fuchs et al. 2005: 174ff.): Demnach sind es auch hier die Familienhaushalte mit zwei vollzeiterwerbstätigen Partnern, die in besonderem Maße Verwandte, Freunde und Nachbarn in ihr Organisationsnetz informeller Arbeit einbeziehen.

Nach Alt et al. (2004: 30) und den Daten des Kinderpanels 2003 gehören Verwandte und Nachbarn sowie Freunde zu den wesentlichen Personengruppen, die bei der Betreuung von Kindern unterstützend eingreifen. Vollzeiterwerbstätigen Müttern wird beispielsweise zu 36% von den Großeltern, zu 25% von anderen Verwandten und zu 18% von Freunden und Nachbarn bei der Kinderbetreuung geholfen.

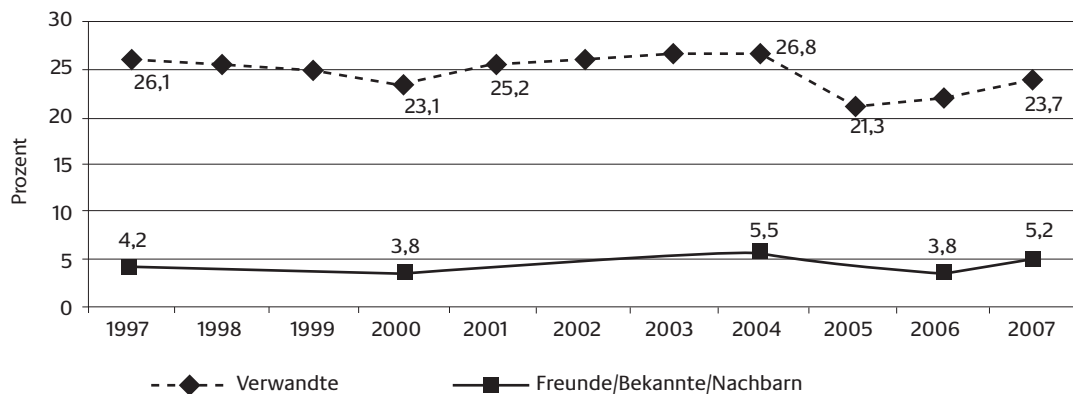
Die Angaben des Mikrozensus 2005 belegen, dass 13% der befragten berufstätigen Mütter und Väter Verwandte, Nachbarn und Freunde für die Betreuung ihrer Kinder unentgeltlich in Anspruch nehmen (vgl. Statistisches Bundesamt 2006b: 20). Obgleich Alleinerziehende einen speziellen Unterstützungsbedarf aufweisen, haben jene aus den unteren sozialen Schichten oftmals kleinere Netzwerke und weniger sozialen Rückhalt (vgl. Familienforschung Baden-Württemberg 2008b: 15). Soziale Netze sind für Alleinerziehende aber sehr wichtig; ihr Vorhandensein wird als besonders unterstützend eingestuft. So werden Kinder von Alleinerziehenden im Durchschnitt von mehr Personen betreut als Kinder, die mit beiden Elternteilen zusammenleben.

Trotz der insgesamt positiven Angaben zu informellen und familialen Betreuungsleistungen ist zu berücksichtigen, dass die Betreuung von bis zu 14-jährigen Kindern durch Verwandte im Zeitverlauf (1997–2007) leicht abgenommen hat (von 26,1% auf 23,7%; vgl. Abb. 3.4-2). Es stellt sich an dieser Stelle die Frage, ob die entstehenden Lücken und Defizite durch bestimmte Formen des Engagements zu schließen sind.

Es sind aber nicht nur Betreuungsleistungen, die durch familiales und informelles Engagement erbracht werden. Eine Sonderauswertung des Freiwilligensurveys 2004 macht vielmehr deutlich, dass familiale und informelle Netzwerke Familien umfassender unterstützen⁶¹ (Mehrfachnennung möglich; vgl. TNS 2005). Verwandte stellen hier eine besonders wichtige Gruppe dar: Zu 78% können Haushalte mit Kindern zwischen 0 und 7 Jahren auf deren Hilfe zurückgreifen, zu 52% auf die von Freunden und zu 34% auf die Hilfe von Nachbarn. Mit dem Älterwerden des Kindes verändert sich das Verhältnis vor allem in Bezug auf die Unterstützung durch Nachbarn: Deren Unterstützung erhalten 42% der Haushalte mit Schulkindern bis 14 Jahre.

61 Die Untersuchung spricht ausschließlich von Unterstützung (diese ist nach verschiedenen Haushaltstypen, zu denen auch jene mit Kindern zählen, zu unterscheiden). Es wird aber weder näher differenziert, an wen sich die Unterstützung richtet, noch wird näher dargelegt, was unter Unterstützung gefasst wird. Diese Unschärfe ist auf das Fragenprogramm des Freiwilligensurveys zurückzuführen.

Abbildung 3.4-2: Betreuung durch Personen außerhalb des Haushaltes



Datenbasis: SOEP 24; eigene Berechnungen.

Auch guter Rat zum Thema Kindererziehung und die Hausaufgabenbetreuung erfolgen durch familiale und informelle Netzwerke (vgl. Eltern 2008; Fendrich/Schilling 2004). Der Familiensurvey zeigt, dass Rat und Unterstützung in schwierigen Problemsituationen die meisten Menschen (66,4%) bei Freunden und Bekannten oder bei Familienmitgliedern (59,7%) suchen (vgl. Schmitt 2005: 449). Nachbarn spielen hingegen eher bei kleinen alltäglichen Problemen eine Rolle.

Ängste um Leistungen in der Schule und Ausbildung stehen bei Eltern von Kindern unter 18 Jahren an erster Stelle (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2006: 55). Neben kommerziellen Nachhilfeangeboten wird in diesem Zusammenhang auf einen empirisch schwer zu erfassenden „Markt“ hingewiesen, auf dem Schülerinnen und Schüler, Eltern und Einzelpersonen sich zum Zweck der Nachhilfe treffen (vgl. BMFSFJ 2006a: 283ff.). Nachbarschaftshilfe, als eine Form des informellen Engagements, wird hierbei explizit erwähnt, jedoch nicht näher bestimmt.

Die Daten belegen insgesamt, dass sich ein wesentlicher Teil des konkreten Lebens von Kindern in familialen und informellen Netzwerken abspielt.

Fürsorge durch familiale Generationenbeziehungen

Generationenbeziehungen bestehen zwischen Eltern und Kindern sowie zwischen Großeltern und Enkelkindern. Familiale Generationenbeziehungen werden als menschliche Lebensbedingung gefasst, in der beide Generationen von der Fürsorge der jeweils anderen abhängig sind und in der es zu Austauschbeziehungen kommt. Diese sind geprägt durch persönliche Wertschätzung und der Verpflichtung, sich gegenseitig zu helfen (vgl. u. a. Bengtson/Roberts 1991; Szydlik 2000). Wie bereits im vorigen Abschnitt gezeigt wurde, nehmen verschiedene Verwandte bei den Betreuungsleistungen einen zentralen Stellenwert ein. Nicht nur für Deutschland, sondern auch allgemein für die westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten lassen sich darüber hinaus finanzielle und instrumentelle Unterstützungsmuster zwischen den Generationen nachweisen (vgl. Blome et al. 2008). Das Maß, in dem Familienmitglieder Verantwortung füreinander übernehmen, variiert zwischen den einzelnen Staaten in Abhängigkeit zur dort vorherrschenden Familienorientierung. Südeuropäische Länder weisen eine hohe und nordeuropäische Länder eine schwache Familienorientierung aus.

Generell werden finanzielle Unterstützungsleistungen von der älteren an die jüngere Generation weitergegeben. Häufigkeit und Höhe sind zwar aufgrund unterschiedlicher Messverfahren schwer zu bestimmen, sie liegen speziellen Berechnungen zufolge zwischen 15% und 50%.⁶²

Instrumentelle Hilfen beziehen sich auf die Betreuung von pflegebedürftigen Menschen und Kindern. Hilfestellungen für Kinder sind jedoch abhängig vom Alter der Betreuenden und der räumlichen Nähe. Beispielsweise kann die besonders stark zunehmende Gruppe der Hochbetagten, also der über 80-jährigen Menschen, häufig selbst nicht mehr eigene Betreuungsleistungen erbringen. In verschiedenen Studien wird die Bedeutung großelterlicher Betreuung⁶³ im internationalen Kontext deutlich und auf Determinanten und Differenzen hingewiesen, die sich auf die Kinderbetreuung im Rahmen familialer Generationenbeziehungen beziehen. Eine Untersuchung in europäischen Ländern ergab, dass sich 40% der Großmütter innerhalb der vorangegangenen zwölf Monate um ihre Enkelkinder gekümmert hatten (vgl. Attias-Donfut et al. 2005).⁶⁴ Differenzierte Analysen auf Basis von SHARE, die den Unterstützungsgrad aus Sicht der Enkelkinder ausweisen, zeigen für Deutschland, dass 74,8% der Enkelkinder innerhalb der letzten zwölf Monate nicht von ihren Großmüttern betreut wurden (vgl. Blome et al. 2008: 295f.).

Gleichzeitig belegen die Befunde für den Anteil der betreuten Kinder Unterschiede in Hinblick auf die Betreuungsintensität, die sich mit der räumlichen Distanz erklären lassen. Räumliche Nähe gilt als eine Voraussetzung für Unterstützungsleistungen. Für Deutschland wurden geringere Entfernungen zwischen den Generationen festgestellt. Hier erfahren die meisten Kinder deshalb eine wöchentliche großmütterliche Betreuung.

Auch aktuelle Analysen des SOEP 2006 zeigen, dass mindestens zwei Drittel der älteren Menschen (über 60 Jahre) im gleichen Ort wie ihre Kinder wohnen (vgl. Statistisches Bundesamt 2008b: 46). Den multilokalen Mehrgenerationenfamilien, die ganz überwiegend in einem geografischen Umkreis von etwa einer Stunde Fahrzeit entfernt voneinander wohnen, ist deshalb ein schneller und regelmäßiger Austausch möglich (vgl. Lauterbach 2004: 230; Kohli/Künemund 2005).⁶⁵ Etwas schwieriger gestaltet sich dies für Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen, die in der Regel eine größere berufliche Mobilität aufweisen und entsprechend weit von den eigenen Elternhäusern entfernt wohnen. Insgesamt weisen die heutigen Generationenbeziehungen jedoch ein gutes Klima auf, was wiederum mit der eigenständigen Wohnform der Generationen erklärt wird: „Nähe durch Distanz“ (Lauterbach 2004; vgl. Kohli/ Kühnemund 2005; Peuckert 2008).

3.4.3.2 Fürsorge durch organisationsbezogenes Engagement

Neben dem informellen Engagement ist auch jenes des familienorientierten bürgerschaftlichen Engagements in den Blick zu nehmen, das einen Organisationsbezug auf-

62 Im Ländervergleich ist das Ausmaß dieser finanziellen Unterstützung in Deutschland am weitesten verbreitet. Im Vergleich zu Frankreich (4,3%) erhalten hier vor allen die Enkel (17,8%) finanzielle Unterstützung durch ihre Großeltern, wobei der durchschnittliche Betrag für Kinder oder Enkel mit 600 Euro am geringsten ausfällt (vgl. Blome et al.: 258ff.).

63 Verschiedenen Studien zufolge sind es überwiegend die Großmütter, die in das Betreuungssetting eingespannt sind.

64 Die großelterliche Betreuung der Kinder wird auch im Allensbacher Familienmonitor 2008 belegt.

65 Zur Bedeutung multilokaler Mehrgenerationenfamilien vgl. auch Familienreport (2009: 30).

weist. Es hat nach wie vor einen hohen Stellenwert. Der Organisationsgrad ist hierbei sehr unterschiedlich. So können Mehrgenerationenhäuser ausschließlich zur Ermöglichung des Engagements beitragen, wohingegen das Engagement in Elterninitiativen fest an die jeweilige Organisation gebunden ist.

Eine Expertise zu den kommunalen Ansätzen familienunterstützender Dienstleistungen (vgl. Schreier/Stallmann 2007) zeigt, dass diese sich mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung realisieren, nämlich

- in Modell- und Aktionsprogrammen des Bundes (z. B. Mehrgenerationenhäuser, Lokale Bündnisse),
- in Modell- und Aktionsprogrammen der Länder (z. B. Familienzentren und -tische),
- als Projekte und Initiativen von Vereinen (z. B. Selbsthilfe, Elterninitiativen),
- in Form von organisierter Nachbarschaftshilfe,
- als kommunale Projekte und
- im Rahmen von privat-gewerblichen Anbietern (nachgeordnete Bedeutung in Kommunen).

Die meisten familienorientierten Dienstleistungen werden hier im Bereich der Kinderbetreuung (32%) und haushaltsnahen Dienstleistungen (35%) erbracht. Die „ergänzende Pflege“ ist weniger stark vertreten (12%). Die Beschäftigungsstruktur zeichnet sich durch einen Mix von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und bürgerschaftlichem Engagement aus.⁶⁶ Es wird vermutet, dass die große Bedeutung des Engagements monetär begründet ist und weil es den zeitlichen Umfang familienunterstützender Leistungen erweitert. Das Engagement gilt als eine wesentliche Rahmenbedingung, die zur kommunalen Implementierung der familienunterstützenden Leistungen notwendig ist.

Da das Engagement in erheblichem Maße zur Realisierung familienunterstützender Leistungen beiträgt, ist seine Förderung und Anerkennung sehr wichtig. Ein gesicherter Finanzierungsrahmen, der über eine Modell- und Projektförderung hinausreicht, sowie der politische Wille, familiale Bedarfe ernst zu nehmen, sind aus kommunaler Sicht Voraussetzung dafür, familienunterstützende Leistungen und das damit einhergehende Engagement längerfristig zu erhalten.

Neben den aufgezeigten Organisationsformen, in denen sich ein Engagement für Familien und hier vor allem für Familien mit Kindern vollzieht, spielen die Wohlfahrtsverbände und ihre Einrichtungen und Dienste sowie allgemein die Kindertageseinrichtungen als Engagementgelegenheiten eine besondere Rolle.

Wohlfahrtsverbände

Ein Engagement für Familien und Kinder findet im Rahmen der großen Wohlfahrtsverbände (AWO, DRK, Caritas, Diakonie, Paritätischer, ZWST) in unterschiedlichen Organisationsformen statt.⁶⁷ Neben den Einrichtungen der Familien- und Jugendhilfe, den Mehr-

⁶⁶ Aufgrund der außerordentlichen Bedeutung des Engagements an den familienunterstützenden „Dienstleistungen“ wird im Folgenden auf den Zusatz „Dienst“ verzichtet und stattdessen von „Leistungen“ gesprochen.

⁶⁷ Auf das Engagement in sozialen Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege wurde allgemein in Abschnitt 2.3.6 eingegangen.

generationenhäusern sowie den Freiwilligendiensten, die oftmals in frei-gemeinnütziger Trägerschaft eines Wohlfahrtsverbandes liegen, gehören auch die Selbsthilfegruppen in Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege dazu, die im Familien- und Jugendbereich tätig sind. In der Jugendhilfe (z. B. Jugendherbergen, Heime, Tageseinrichtungen, Beratungsstellen, ambulante Dienste) sind die frei-gemeinnützigen Träger führend: Im Jahre 2003 stellten sie hier rund 48% der gesamten Einrichtungen (vgl. BAGFW 2004). Die Jugendhilfe ist mit 36.404 Einrichtungen (2004) der größte Arbeitsbereich und in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Auf das Engagement in einzelnen Einrichtungsformen wird in den folgenden Abschnitten näher eingegangen.

Zum Engagement in den Einrichtungen der Familienhilfe liegen keine differenzierten Angaben vor; sie zählt mit 7.646 Einrichtungen und Diensten zu den kleineren Arbeitsbereichen der Freien Wohlfahrtspflege. Bei der Familienhilfe (z. B. Erholung, Bildungs- und Freizeitangebote, Beratung, ambulante Dienste) ist im Zeitraum 2000–2004 die Zahl der Einrichtungen und Dienste rückläufig: –22% im stationären Bereich und –19% bei den Beratungsstellen und ambulanten Diensten (BAGFW 2004: 12). Nach Expertenmeinung stellt die individuelle Familienhilfe (z. B. Hilfen im Haushalt) kein attraktives Feld für Engagierte dar. So bestehen bei der konkreten Arbeit in Familien kaum Möglichkeiten der Vernetzung mit anderen Engagierten oder Betroffenen, was die Gefahr einer Vereinzelung der Engagierten nach sich ziehen kann. Verschiedenen Untersuchungen zufolge hat das Motiv „andere Menschen kennenlernen“ oder mit anderen Menschen zusammenzukommen einen hohen Stellenwert bei den Engagierten. Die Schaffung von Möglichkeiten zur Vernetzung der Engagierten untereinander im Bereich der individuellen Familienhilfe kann folglich als eine der wesentlichen Voraussetzungen gesehen werden, um die Engagementbereitschaft hier zu verstärken.

Mehrgenerationenhäuser

Dem demografischen Wandel begegnet die Bundesregierung mit dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Bedingt durch den Rückgang der Geburtenzahlen, die wachsende Lebenserwartung bzw. steigende Anzahl älterer Menschen, das Verschwinden der Großfamilie sowie die Auflösung traditioneller sozialer Netze in der Gemeinde oder der Nachbarschaft ist etwas früher Selbstverständliches verloren gegangen: die gegenseitige Hilfe und die Weitergabe von Erfahrungen von Alt zu Jung. Dem will die Bundesregierung mit der bundesweiten Einrichtung von 500 Mehrgenerationenhäusern entgegenwirken. Diese sollen eine flächendeckende Infrastruktur für alle Lebensalter bilden und verbinden dafür bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe und professionelle Unterstützung (vgl. BMFSFJ 2006b, 2008).

Im Einzelnen sind die Mehrgenerationenhäuser darauf ausgerichtet,

- ! Möglichkeiten des Voneinanderlernens und der gegenseitigen Unterstützung zu schaffen,
- ! Nachbarschaftsstrukturen zu fördern,
- ! bestehende Angebote und Strukturen einzubinden und
- ! gesellschaftliche und wirtschaftliche Kompetenzen zu unterstützen.

Sie bieten einen Rahmen für Fürsorge und Beziehungen zu anderen, indem ein Miteinander der Generationen ermöglicht wird. Mehrgenerationenhäuser sind Einrichtungen mit verschiedenen Ursprüngen und Angeboten: Manche von ihnen sind aus Familienzentren entstanden, andere aus Kirchengemeinden und Bürgertreffs; wieder andere sind neu geschaffen worden.

Entsprechend den unterschiedlichen Profilen ist die Angebotsstruktur der Mehrgenerationenhäuser breit gefächert. So erbringt jedes Haus durchschnittlich 23 Angebote; mit knapp einem Drittel (27%) sind Angebote aus dem Bereich Lernen, Bildung und Förderung sowie offene Begegnungsangebote mit knapp einem Viertel (24%) mit Abstand am häufigsten vertreten. Viele Mehrgenerationenhäuser sind zudem im Sport-, Kultur- und Freizeitbereich aktiv. Jedes fünfte Angebot ist im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen angesiedelt, die Familien den Alltag erleichtern sollen. Die Schwerpunkte in diesem Bereich liegen auf Betreuungsangeboten für Kinder und für ältere, meist pflegebedürftige Menschen (50%) sowie auf Essensangeboten (20%).

Über 40% der Mehrgenerationenhäuser sehen ihre Hauptaufgabe darin, Familien zu unterstützen. Um ihre Arbeit wirkungsvoll auszuführen, sind sie lokal angebunden und vernetzt mit Kindergärten, Kirchen und Unternehmen vor Ort. Ihre Leistungen werden als ergänzende Dienste zu öffentlichen und anderen Unterstützungsformen gewertet.

Mit dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser stärkt die Bundesregierung das bürgerschaftliche Engagement in besonderem Maße. Dieses bis 2012 angelegte Programm hat erstmals gezielt die Einbeziehung von freiwillig Engagierten auf Augenhöhe zu einem Förderkriterium bei der Ausschreibung gemacht. Mehrgenerationenhäuser sollen so zu Vorbildern für die Einbindung von freiwillig Engagierten werden.

Die Wirkungsforschung zum Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser des BMFSFJ belegt, dass sie in hohem Maße bürgerschaftliches Engagement erschließen. Die größte Personalgruppe in diesen Häusern sind Freiwillige (61%), die ein Viertel der erbrachten Arbeitsstunden leisten. Ihre enge Bindung an die Mehrgenerationenhäuser wird durch ihr regelmäßiges Engagement deutlich: Etwa zwei Drittel von ihnen engagieren sich mindestens einmal pro Woche.

Das Engagement unterscheidet sich in Abhängigkeit zum Typ des jeweiligen Mehrgenerationenhauses. Vor allem in aktivitätsorientierten Häusern (z. B. in den Bereichen Sport und Kultur) arbeiten Freiwillige. Diese Häuser haben oft eine lange Tradition und verfügen über umfangreiche Erfahrungen, was die Einbindung von Freiwilligen erleichtert.

Demgegenüber werden begegnungsorientierte und serviceorientierte Häuser stärker durch die Arbeit von Selbstständigen und Festangestellten geprägt. Die Mitwirkung von Freiwilligen ist hier zwar ebenfalls zentral, spielt aber in den serviceorientierten Häusern, deren Schwerpunktsetzung im Angebot haushaltsnaher Dienstleistungen und Kinderbetreuung liegt, eine untergeordnete Rolle. Engagierte sind hier neben den Festangestellten und Selbstständigen mit einem Anteil von 48% weniger als in anderen Häusern tätig. Dies ist vor allem darin begründet, dass Betreuungsangebote und haushaltsnahe Dienst-

leistungen traditionell meist von Fachkräften erbracht werden, um deren Qualität und Regelmäßigkeit sicherzustellen. So wird erwartet, dass das Personal im Betreuungsbereich über eine einschlägige (pädagogische) Qualifizierung verfügt. Ebenso werden Dienstleistungsangebote im Haushaltsbereich (z. B. Wäsche- oder Reparaturservice) mehrheitlich durch professionelle Kräfte erbracht, weil es sich um marktwirtschaftlich orientierte Dienstleistungen handelt, die langfristig für die Anbieter rentabel sein sollen. Auch wenn Freiwillige hier unterstützend einbezogen werden können, sind Angebote wie Vorlesen, Begleiten und Beraten besser für freiwilliges Engagement geeignet und werden auch unentgeltlich oder lediglich mit einer kleinen Aufwandsentschädigung erbracht. Ungeklärt ist, inwieweit die vorliegenden Bedarfe im Haushalts- und Betreuungsbereich abgedeckt werden.

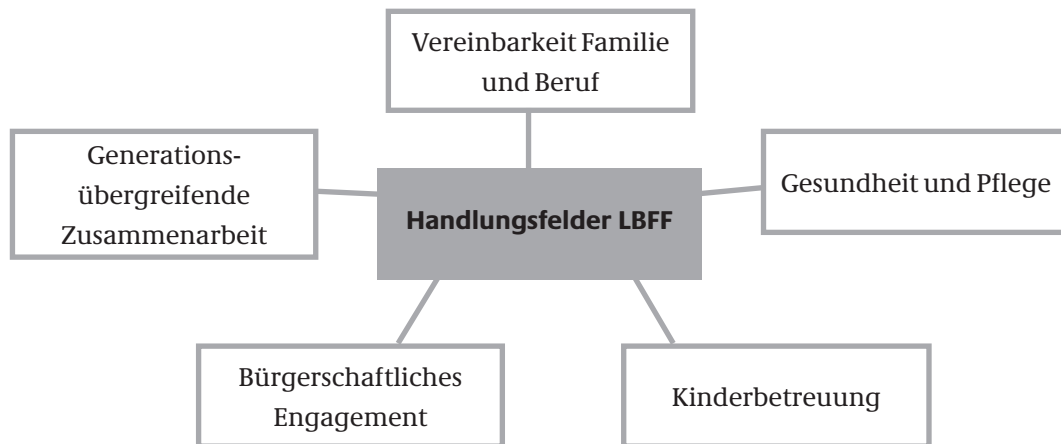
Die Freiwilligen wirken, über alle Typen von Mehrgenerationenhäuser verteilt, zu einem überwiegenden Teil an den hausinternen Angeboten mit, z. B. im Bereich Sport, Bildung, Betreuung (70%). Dabei sind es vor allem die Erwachsenen im mittleren (30–50 Jahre) und höheren (50–65 Jahre) Alter, die sich besonders häufig engagieren (62%). Sie sind gleichzeitig auch die größten Nutznießer der angebotenen Leistungen. Sozialstrukturelle Unterschiede werden dabei nicht vermutet. Sowohl jüngere als auch ältere Altersgruppen sind allerdings weniger stark in die Mehrgenerationenhäuser eingebunden. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass ihre Bedarfslage, z. B. im Pflegebereich, weitaus geringfügiger ausfällt.

Vor dem Hintergrund, dass sich die Hälfte der Besucher durch die Leistungen der Mehrgenerationenhäuser entlastet fühlt, diese als größte Innovations- und Experimentierplattform für bürgerschaftliches Engagement angesehen werden und Kommunen durch die Aufwertung von Nachbarschaftsstrukturen profitieren, sind die vorhandenen Förderstrukturen zu überprüfen. Sowohl auf staatlicher als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene ist zu klären, inwiefern Grundstrukturen finanziert werden müssen und ob Gelder weniger zweckgebunden und stärker bedarfsorientiert zu verteilen sind.

Lokale Bündnisse

Mit den Lokalen Bündnissen für Familie (LBFF) wurden Zusammenschlüsse verschiedener gesellschaftlicher Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft geschaffen, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Familien vor Ort durch konkrete Projekte verbessern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen sollen. Das zentrale Kapital der Kooperation besteht in der Bereitschaft zur Zusammenarbeit und in den speziellen Kompetenzen der Beteiligten. Dabei arbeiten in nahezu allen Lokalen Bündnissen (93%) zivilgesellschaftliche Organisationen mit, z. B. Familienverbände, familienorientierte Einrichtungen und Kirchen. Bereits der Siebte Familienbericht hebt die Bedeutung der Bündnisse für eine den lokalen Bezug aufnehmende Familienpolitik hervor und verweist auf den positiven Input für eine nachhaltige familienbewusste Zeitpolitik. Die Bündnisse werden als eine moderne Form des familienpolitischen Engagements verstanden, in der verschiedene Handlungsfelder aufgegriffen werden (vgl. Abb. 3.4-3).

Abbildung 3.4-3: Handlungsfelder von Bündnissen



Quelle: eigene Abbildung auf Basis der Angaben nach Schaarschmidt (2007).

Die derzeit 563 Bündnisse sollen konkrete Bedürfnisse von Familien aufgreifen und regionale Lösungsansätze entwickeln. Das bürgerschaftliche Engagement spielt bei den Zielen, die die Lokalen Bündnisse verfolgen, eine besondere Rolle: Es wird in einem Netzwerk initiiert, gefördert und ausgebaut. Für ein Drittel der Bündnisse ist die Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement ein Querschnittsziel (vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 2005). Eine repräsentative Befragung des Deutschen Jugendinstituts von 69 Lokalen Bündnissen zeigt, dass die Zusammenschlüsse eine Plattform für Bürgerinnen und Bürger darstellen, sich in familialen Angelegenheiten freiwillig zu engagieren (vgl. Heitkötter/Schröder 2006). Bevorzugte Handlungsfelder waren zum Untersuchungszeitpunkt bedarfsgerechte Kinderbetreuung (72,5%), Beratung und Informationen für Familien (69,6%) sowie die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt (66,6%). Nach Angaben des BMFSFJ zählen heute zu den bevorzugten Handlungsfeldern im Rahmen der Lokalen Bündnisse Vereinbarkeit von Familie und Beruf (70%), bedarfsgerechte Kinderbetreuung (67%) und familienfreundliches Lebensumfeld (64%).

Am Beispiel einzelner Modellprojekte in Hanau, Jena und Rügen, die zur Stärkung der Lokalen Bündnisse initiiert wurden, wird deutlich, wie das freiwillige Engagement von Privatpersonen Vereinbarkeitsprobleme erleichtert (vgl. BMFSFJ 2007): Freiwillige entlasten hier Eltern und Pflegende.

Weitere Analysen, die die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in Lokalen Bündnissen repräsentativ nachweisen, stehen noch aus.

Die Verbindung von bürgerschaftlichem Engagement und Familienbündnissen ist kein Selbstläufer, der für die Kommunen unbegrenzt zur Verfügung steht. Es bedarf einer aktiven Einbeziehung und Wertschätzung aller Freiwilligen durch die jeweiligen Träger. Einrichtungen der lokalen Infrastrukturförderung müssen die Bündnisse strategisch stärker in ihrer Arbeit berücksichtigen.

Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit

Kindertageseinrichtungen und die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in öffentlicher und freier Trägerschaft sind ein weiterer wichtiger organisatorischer Rahmen für familienunterstützendes Engagement.

In den Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren liegt in einem umfangreichen Maße freiwilliges Engagement von Eltern und Großeltern vor (vgl. DJI 2006: 14ff.). Obgleich es zur Kultur der Einrichtungen gehört, dass sich Eltern mit unterschiedlichen Aktivitäten engagieren, werden diese kaum öffentlich wahrgenommen und nicht als ehrenamtliches Engagement bewertet. Es fehlt demzufolge an einer systematischen Bestandsaufnahme in diesem Handlungsfeld. Die ehrenamtliche Mitarbeit in Kindertagesstätten ist – außer im Land Brandenburg – nicht ausdrücklich in den Kindergartengesetzen enthalten. Eine indirekte Erwähnung im Zusammenhang mit der Personalausstattung birgt wiederum die Gefahr, den Einsatz von Engagierten vordergründig unter Einsparungsgesichtspunkten zu sehen.

Zu den Kooperationsformen zwischen Freiwilligenarbeit und Kindertagesbetreuung zählen die Elternvertretung und die Elternmitarbeit, Ehrenämter bei kirchlichen Trägern und Erziehungspatenschaften, Elternvereine sowie Elterninitiativen und Mütterzentren.

Die verschiedenen Potenziale des freiwilligen Einsatzes von Müttern und Vätern zeigen sich beispielsweise im Einbringen von handwerklichen Tätigkeiten, durch die Mitwirkung bei Festen und Veranstaltungen, die Teilnahme im Kindergartenbeirat oder auch durch Betreuungs- und Bildungsleistungen.⁶⁸ Es wird davon ausgegangen, dass die Engagierten zusätzliche Kompetenzen in die Einrichtungen bringen, wie es etwa im Rahmen der Sprachförderung durch Vorlesestunden geschieht. Projekte zur Mitarbeit von Freiwilligen in Einrichtungen für Kleinkinder werden in der Regel nicht durch die Kindertageseinrichtungen selbst initiiert (vgl. Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit 2006: 27). Zumeist sind es Trägerverbände und vor allem die Einrichtungen der Freiwilligenarbeit, die die Modelle anregen und zur Umsetzung beitragen. Engagierte werden in Kindergärten durch vorhandene Kontakte über Eltern, Nachbarn oder Freunde hereingeholt.

Allerdings stehen diesem Potenzial grundlegende Konflikte gegenüber. Jampert et al. (2003) weisen z. B. darauf hin, dass hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beispielsweise Elterndienst/Elternarbeit eher kontraproduktiv sein kann. Eine freiwillige Verpflichtung von bis zu drei Werktagen pro Monat lässt sich nicht von jeder/-m in das vorhandene Zeitgefüge einbauen. Das Zusammenspiel von Familie, Beruf und Engagement stößt hier an seine Grenzen.

Des Weiteren gibt es Auseinandersetzungen um die Professionalität der Engagierten im pädagogischen Bereich. Vor allem in den Kindertageseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft stößt das Engagement deshalb häufig auf Skepsis und Konkurrenzdenken

⁶⁸ In einer Elternbefragung in Rosenheim wurde ermittelt, dass rund 15%, d. h. jede sechste Mutter, im Kindergarten engagiert ist. Demgegenüber gaben 53% als einen Hinderungsgrund für ihr kinderbezogenes Engagement die fehlende Zeit an (vgl. Hilpert 2001.)

seitens der dort beschäftigten Fachkräfte. Wenn es darum geht, das freiwillige Engagement in die pädagogische Arbeit zu integrieren, ergeben sich auch in den Einrichtungen in freier Trägerschaft Konflikte. Aufgrund ihrer Struktur blicken diese jedoch bezüglich der Zusammenarbeit mit Freiwilligen häufig auf andere Erfahrungen zurück (vgl. Abschnitt 3.4.2). Deshalb sind entsprechende Rahmenbedingungen erforderlich, die das Verhältnis von Ehrenamtlichen und Fachkräften stärken. Es müssen Verantwortlichkeiten festgelegt sowie Fortbildungen und Ressourcen angeboten werden, die die Fachkräfte im Management der Freiwilligen entlasten.

Der Anteil der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft und der darin enthaltenen Plätze ist im Vergleich zu den Kindertageseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft zwischen den Jahren 1994 und 2006 kontinuierlich gestiegen⁶⁹ (vgl. Abb. 3.4-1a und 3.4-1b). Sowohl die Einrichtungen als auch die hier vorhandenen Plätze dominieren im Zeitverlauf gegenüber den öffentlichen Einrichtungen (vgl. Kolvenbach et al. 2004; Statistisches Bundesamt 2007b).⁷⁰ Während es im Jahre 1994 erst 21.515 Kinderbetreuungseinrichtungen in freier Trägerschaft mit 1.401.994 Plätzen gab, waren es 2006 bereits 28.206 Einrichtungen mit 1.892.636 Plätzen.

Deutliche Unterschiede sind in Bezug auf die Trägerstrukturen in Ost und West festzustellen: Die Dominanz der freien Träger, insbesondere der kirchlichen, in Westdeutschland hat in Ostdeutschland keine Entsprechung.

Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht (2006) weist darauf hin, dass die freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit familienunterstützende Leistungen auch in Form von Bildungs- und Freizeitaktivitäten erbringen (vgl. BMFSFJ 2006a: 148ff.). Es handelt sich hier um Aktivitäten, die von bürgerschaftlich Engagierten geleistet werden. Dabei ist zwischen der traditionsreichen Form der ehrenamtlich organisierten Jugendarbeit in den Jugendverbänden und dem Netz der beruflich organisierten Jugendarbeit zu unterscheiden. Kennzeichnend für Projekte, die sich ehrenamtlich organisieren, sind die Freiwilligkeit und die Mitwirkungsbereitschaft von Eltern und Jugendlichen. Beispielhaft hierfür sind institutionell organisierte Lernangebote (z. B. Musik, Computer). Die starke Nachfrage nach außerschulischem Zusatzunterricht trifft wiederum auf ein breites Spektrum an Angeboten, die sich u. a. mit Problemen von Schulmüdigkeit und Schulverweigerung beschäftigen.

Aber auch im Bereich der Freizeitaktivitäten sind die freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit hervorzuheben. Kinder ab fünf Jahren gehen in einem hohen Maße Aktivitäten in den unterschiedlichsten Vereinen nach; man spricht in diesem Zusammenhang von einer „etablierten Vereinskindheit“. Sport-, Musik- und Tanzvereine sowie Gruppierungen der

⁶⁹ Neu ist die Ausweisung der Rechtsform der freien Träger in der amtlichen Statistik, derzufolge im Jahre 2006 38,5% der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft als gemeinnütziger Verein gemeldet waren. Im Zuge einer zunehmenden Ökonomisierung erfährt auch die gGmbH Zuspruch. Privat-gewerbliche Anbieter und betriebliche Einrichtungen hingegen haben keine größere Bedeutung.

⁷⁰ Verantwortlich hierfür ist die deutsche Förderpolitik, die sich nach dem Subsidiaritätsprinzip richtet. Wie im KJHG (§ 3) festgehalten ist, sind Kommunen demnach erst dann zu einem eigenen Angebot verpflichtet, wenn die freien Träger kein bedarfsgerechtes Angebot zur Verfügung stellen können. Demnach fördern die Kommunen die freien Träger vorrangig.

sozialen Bewegungen⁷¹ stehen an erster Stelle. Die Kinder können hier nicht nur Nutznießer des Angebots sein, sondern gleichzeitig auch bürgerschaftlich Engagierte.

In der Kinder- und Jugendarbeit wird die Bedeutung von Verantwortungsübernahme und Engagement im Verband betont.

Freiwilligendienste

Eine spezielle Form des Engagements bieten die Freiwilligendienste. Es sind vor allem das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und rückblickend die Generationsübergreifenden Freiwilligendienste (GüF) sowie die neuen Freiwilligendienste aller Generationen, deren Tätigkeitsfelder auch im Bereich Familie angesiedelt sind bzw. waren (vgl. Expertise zze/Stemmer).

Unterstützung im Bereich Fürsorge für Kinder leisten Engagierte im Rahmen des FSJ in den Bereichen Wohlfahrtspflege, Kinder- und Jugendhilfe und der außerschulischen Jugendbildung und Jugendarbeit. Zu den häufigsten Tätigkeiten zählen hier Anleitung und Betreuung (42%)⁷² sowie die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (36%) (vgl. BMFSFJ o. J.: 121ff.). Gemessen an den Einsatzstellen gehört die Kinder- und Jugendhilfe mit 2.169 Plätzen zu den größten Bereichen.

Mit dem Generationsübergreifenden Freiwilligendienst (2005–2008) wurden zusätzliche Einsatzfelder erschlossen, um Familien und Kinder zu unterstützen. In der Begleitforschung zum Modellprogramm ergab sich beispielsweise eine Beteiligungsrate unter den 9.000 Freiwilligen von 26% im Bereich Kinderbetreuung, 24% im Bereich der Jugendarbeit, 12% im Bereich Unterstützung von Familien und 9% im Bereich Soziale Stadtteilarbeit (Mehrfachnennung möglich; vgl. zze 2008).

Exemplarisch ist der Einsatz von Freiwilligen als „Familienassistenten“ durch einen Bremer Jugendhelfeträger zu nennen, welche die professionellen Fachkräfte der sozialpädagogischen Familienhilfe unterstützen (Hilfen bei der Haushaltsführung, Hilfe bei der Kinderbetreuung, Schulwegbegleitung). Ein anderes Beispiel sind die sozialräumlichen Unterstützungsnetzwerke für die Arbeit mit Familien im ländlichen Raum der Diakonie Sachsen, die überwiegend von ehrenamtlich getragenen Familienzentren organisiert werden. Hier engagieren sich Freiwillige z. B. bei der Hausaufgabenhilfe, bei Sport- und Freizeitaktivitäten oder durch die Vermittlung von Oma- und Opa-Patenschaften.

Selbsthilfe

Im Bereich der Familie ist Selbsthilfe eine unverzichtbare Form der gegenseitigen Unterstützung (vgl. DJI 1999; Gerzer-Sass 2003). Familienselbsthilfe ist einerseits als Reaktion auf gesellschaftliche Problemlagen zu verstehen, für die es keine oder noch keine entsprechenden Lösungen gibt. Andererseits ist sie Ausdruck familialer Potenziale. Das Engagement von Familien hilft, hier Angebote für Familien zu schaffen, die über andere Bereiche (Staat, Markt) nicht oder nur unzureichend abgedeckt werden.

71 Soziale Bewegungen sind seit den 1970er-Jahren Protestbewegungen, z. B. in den Bereichen Frauen, Ökologie, Frieden, die ihr Selbstverständnis aus der Erfahrung der enthumanisierenden und lebenszerstörenden Folgen des industriellen Wachstums beziehen (vgl. Brand 1982).

72 Diese Angaben schließen die Betreuung von älteren Menschen mit ein.

Zur Familienselbsthilfe werden u. a. die Elterninitiativen, die Mütterzentren/Familienzentren/Vater-Mütterzentren, die Stieffamilienselbsthilfe und die freien Stillgruppen gezählt. Darüber hinaus gibt es Initiativen, die zu verschiedenen familienbezogenen Themen – von der Beziehungsabhängigkeit bis hin zur Zwangsadoption – arbeiten. Familienbezogene Selbsthilfe kann auch im Rahmen von Elternmitarbeit im Kindergarten entstehen. Erzieherinnen und Erzieher haben hier die Möglichkeit, Kontakte zwischen Eltern zu fördern und zu gegenseitiger Unterstützung wie Nachbarschafts- und Familienselbsthilfe und zu sozialen Netzwerken anzuregen.

Eine Untersuchung zum Familienbezug von Selbsthilfegruppen aus dem Jahr 2004 weist auf eine ausgeprägte Familienorientierung hin (vgl. Möller 2005): 40% der untersuchten Gruppen greifen in einem erheblichen Umfang familienrelevante Fragen auf. Der Familienbezug wird als ein wichtiger Entlastungsmechanismus für Familien gewertet. Es sind aber nicht nur soziale Themenbereiche, die von den Gruppen aufgenommen werden, sondern auch Fragen zu Erkrankungen und Behinderungen sowie psycho-soziale Probleme. Spezielle Angebote für Familien, die als Unterstützungsformen angesehen werden können, sind z. B. Freizeitangebote für Familien, Hilfen im Alltag, Kinderbetreuung, Jugendarbeit sowie Kranken- und Hausbesuche. Die Leistungen stehen auch Nichtmitgliedern zur Verfügung. Zu einem überwiegenden Anteil (86,4%) haben die befragten Organisationen den gemeinnützigen Verein als Organisationsform gewählt.

Im internationalen Vergleich nimmt die familiäre Selbsthilfe unterschiedliche Funktionen wahr (vgl. Notz 2006). So leisten z. B. Selbsthilfegruppen in Schweden, einem Land mit relativ gut ausgebauten Kinderbetreuungsmöglichkeiten, im Schwerpunkt Lobbyarbeit (z. B. für Kinderrechte).

Am Beispiel der Elterninitiativen im Bereich der Kinderbetreuung wird deutlich, dass die hier stattfindende Form von Selbsthilfe, Freiwilligkeit und bürgerschaftlichem Engagement nicht an Bedeutung verloren hat. Zwischen 1994 und 2008 ist bei den Elterninitiativen ein kontinuierlicher Anstieg von 3.005 auf 4.362 Initiativen zu verzeichnen (vgl. oben Abb. 3.4-1a). Elterninitiativen sind vor allem in den alten Bundesländern stark vertreten (3.576).

Heute werden durch Elterninitiativen im Betreuungsbereich 9% der Tageseinrichtungen gestellt (1994: 6%). Hier werden auch Personen und/oder Gruppen aufgenommen, für die kein ausreichendes öffentliches Betreuungsangebot vorliegt, oder es werden Betreuungszeiten angeboten, in denen Betreuungslücken bestehen. Gleichzeitig verhelfen sie zur Bildung von Nachbarschaftsstrukturen und sozialen Netzwerken. Allerdings ist auf sozialstrukturelle Unterschiede im Rahmen der Familienselbsthilfe hinzuweisen. Häufig haben Selbsthilfegruppen ihren Ursprung in sozial und wirtschaftlich privilegierten Familien, woraus sich tendenziell ein Ausschluss der von Armut betroffenen Familien ergeben kann.

Einige Formen der Selbsthilfe sind in einem geringeren Maße formalisiert. Fasst man die Angaben aus dem Freiwilligensurvey 2004 zu den gering formalisierten Organisationsformen Selbsthilfe (1%), Initiative oder Projekt (4%), sonstige selbstorganisierte Gruppe (6%)

und Sonstiges (4%) zusammen, erhält man den beachtlichen Wert von 15% am Gesamtengagement (BMFSFJ 2005a: 126), das sich in diesem Bereich vollzieht. Wie eigene Berechnungen zeigen, engagieren sich über diese Organisationsformen die meisten im Bereich Schule und Kindergarten (24,4%), gefolgt vom sozialen Bereich mit 14,4%. Familienbezogenes Engagement realisiert sich also stärker in schwächer strukturierten oder sogar organisationsungebundenen Formen.

Unternehmen

Unternehmen stellen ein wichtiges und wachsendes Potenzial für das Engagement im Bereich der familiennahen Dienstleistungen und der Familien dar. Hier lassen sich zwei Perspektiven ausmachen, die mehr oder minder mit der Unterscheidung zwischen Corporate Citizenship (CC) und Corporate Social Responsibility (CSR) zusammenfallen (vgl. Abschnitt 4.5). Der Begriff CSR bezieht sich auf die Ausgestaltung betrieblicher Prozesse und Strukturen, die über die gesetzlichen Erfordernisse hinausreichen. In dieser Dimension handelt es sich um Maßnahmen, die nach innen gerichtet sind, die beispielsweise Mitarbeiter, die Produkte und den Produktionsprozess betreffen. Mit CSR werden das darüber hinausgehende gesellschaftliche Engagement des Unternehmens und die Beziehung zu seinem Umfeld bezeichnet. Beide Dimensionen gehören zusammen, denn „ein gesellschaftlich engagiertes Unternehmen kann nur dann mit gesellschaftlicher Akzeptanz rechnen, wenn es sich sowohl innerhalb als auch außerhalb seiner Betriebe engagiert“ (Backhaus-Maul et al. 2008: 20).

Die nach innen gerichteten Maßnahmen konzentrieren sich auf das Thema Personalentwicklung und sind sehr stark mit unternehmerischen Eigeninteressen verbunden. Nach außen gerichtete Maßnahmen hingegen beziehen die Stakeholder des Unternehmens aus dem lokalen und regionalen Umfeld in das unternehmerische Handeln ein und sind damit Teil der gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme von Unternehmen.

Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat sich jenseits von CC inzwischen zu einem klassischen Thema der Personalpolitik entwickelt. Es ist eng mit den betriebswirtschaftlichen Interessen der Unternehmen verknüpft, hat aber meist noch den Status von freiwilligen Leistungen. Unternehmen sind am Arbeitskräftepotenzial der – vielfach gut ausgebildeten – Frauen interessiert und möchten sich möglichst familienfreundlich zeigen (vgl. Expertise Wagner). Das Ziel, Beruf und Familie besser vereinbaren zu können, wird von den Unternehmen mit unterschiedlichen Maßnahmen zu erreichen versucht. Denn Deutschland hat nach wie vor eine der niedrigsten Erwerbsbeteiligungen von Müttern.

Die Ziele, die sich Politik, Unternehmen und Gesellschaft gesetzt haben, sind vor allem mit einem besseren Angebot an Betreuungsmöglichkeiten und einer neuen Zeitpolitik zu erreichen. Die Bundesregierung hat mit Unterstützung der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften das Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ gestartet. Ziel dieses Programms ist es, die Umsetzung einer familienbewussten Personalpolitik zu fördern und Familienfreundlichkeit zu einem Kennzeichen der deutschen Wirtschaft zu machen.

Das Thema Vereinbarkeit hat in zeitpolitischer Hinsicht aber eine dritte Dimension. Eine moderne Zeitpolitik umfasst auch das Thema „Zeit für Engagement“. Damit steigen die Anforderungen, und es ist ein „Balanceakt hoch drei“ (Expertise Zimmer/Wolf) von den Beschäftigten zu vollziehen. Viele Unternehmen unterstützen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inzwischen darin, die zeitlichen Anforderungen unter einen Hut zu bringen. Tradierte und bewährte Mittel sind Freistellungen, die meist nur im Bereich der politischen Interessenvertretung und der Rettungsdienste gewährt werden. Einige Unternehmen unterstützen generell das Engagement der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch mit einer bestimmten Anzahl von freien Tagen im Jahr.

Unternehmen engagieren sich für Familien und eine bessere Zeitpolitik auch in einer nach außen, auf das gesellschaftliche Umfeld gerichteten Perspektive. Hier überschreiten die Unternehmen die engeren personalpolitischen Interessen und sehen sich als Teil der Gesellschaft und der lokalen Gemeinschaft und Ökonomie. Studien (vgl. Expertise Braun) belegen, dass vor allem kleine und mittlere Unternehmen intensiv in lokale Netze eingebunden sind und es kaum ein Unternehmen gibt, das sich nicht in der einen oder anderen Form bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme engagiert.

In den inzwischen 563 Lokalen Bündnissen für Familie engagieren sich Unternehmen und Unternehmensverbände gemeinsam für eine bessere Kinderbetreuung und für familienfreundliche Bedingungen in den Kommunen und Regionen. Flankiert werden die Lokalen Bündnisse durch das Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“, das das BMFSFJ zusammen mit dem DIHK betreibt, dem inzwischen ca. 2.200 Unternehmen als Mitglieder angehören.

Unternehmen und Stiftungen von Unternehmen unterstützen das Ziel einer familienbewussten Gesellschaft und einer Zeitpolitik, in der es auch gelingt, die Ansprüche von Familie und Beruf zu vereinbaren, mit weiteren Aktivitäten. Das Unternehmen Mestemacher will mit der jährlichen Preisverleihung „Spitzenvater des Jahres“ dazu beitragen, dass die Themen Vereinbarkeit und Betreuung auch die Männer betreffen.

Die Hertie-Stiftung hat das Audit „Beruf und Familie“ zu einem der führenden Zertifizierungsinstrumente und als Qualitätssiegel für familienbewusste Personalpolitik entwickelt. Mit der gGmbH „berufundfamilie“ versucht die Stiftung eine moderne familienbewusste Personalpolitik zu unterstützen. Im Juli hat die Robert Bosch Stiftung das bundesweite Programm „Unternehmen Familie – Innovation durch familienunterstützende Dienstleistungen“ gestartet. Die Bertelsmann Stiftung hat geholfen, das Portal „Mittelstand und Familie“ zu entwickeln, mit dem familienbewusste Personalpolitik mittelständischer Unternehmen unterstützt wird. Sie hat auch die Marktplatzmethode als neuen Ansatz der Anbahnung von Kooperationen zwischen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeführt.⁷³ Im Rahmen der lokalen „Marktplätze“ kommt es zu Kooperationen zwischen Unternehmen und sozialen Einrichtungen, bei denen es um die Lösung sozialer Probleme und den gesellschaftlichen Mehrwert geht.

⁷³ Vgl. Placke (2009), www.gute-geschaefte.org/uploads/tx_jpdownloads/Artikel_MP-Methode_081114.pdf (Zugriff am 14. Mai 2009).

Wichtig für die Lösung gesellschaftlicher Probleme und die Förderung einer familienfreundlichen Gesellschaft ist es, dass die Engagementbereitschaft der Unternehmen, die bei kleinen und mittleren Unternehmen wenig strategisch und zielgerichtet erfolgt, noch stärker durch übergeordnete Projekte fokussiert wird. Vielfach ist es auch ein Prozess der Bewusstseinsbildung bei den Unternehmen. Denn eine familien- und engagementfreundliche Zeitpolitik führt in Richtung einer Lebensverlaufspolitik, die den Anforderungen der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft gerecht wird.

3.5 Pflege

3.5.1 Herausforderungen im Bereich Pflege

Ein wachsendes und bedeutsames Feld bürgerschaftlichen Engagements stellt die Betreuung und Begleitung älterer Menschen⁷⁴ dar. In welchem Umfang ein pflegebezogenes Engagement für Tätigkeiten außerhalb des eigenen Familienverbandes vorhanden ist und inwiefern man darauf vertrauen kann, konnte bisher erst ansatzweise geklärt werden. Das Zusammenspiel von Pflege und Engagement ist jedoch erst kürzlich wieder im Rahmen der Pflegereform thematisiert worden (vgl. BMG 2008a; BBE-Newsletter 2009). Die Förderung von Engagement und Selbsthilfe im Pflegebereich steht demnach im Blickpunkt politischer Aufmerksamkeit.

Senioren sind verschiedenen Untersuchungen zufolge eine wesentliche Zielgruppe des bürgerschaftlichen Engagements. Die für sie erbrachten Leistungen sind vor allem in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Pflege zu finden. Daten des Engagementatlas zeigen, dass derzeit 18,8% der Engagierten hier engagiert sind (vgl. Prognos/Generali 2009). Es ist anzunehmen, dass Familien entlastet werden, wenn auch pflegebedürftige Menschen von bürgerschaftlichem Engagement profitieren.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen (§ 14 SGB XI) ist eine Person pflegebedürftig, wenn sie dauerhaft aufgrund einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung die wiederkehrenden Aufgaben des Alltags wie Essen, Besorgungen oder Hygienetätigkeiten nur mit Unterstützung bewältigen kann.

Der Begriff der Pflegebedürftigkeit wird in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion als zu eng und einseitig physisch in Bezug auf Altersgebrechen kritisiert (vgl. Institut für Pflegewissenschaft der Universität Bielefeld 2007). Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen der Pflegereform 2008 Empfehlungen ausgesprochen, die darauf ausgerichtet waren, das vorliegende Pflegeverständnis um Elemente wie demenzielle Erkrankungen und um Einschränkungen kognitiver, d. h. beispielsweise kommunikativer Fähigkeiten und sozialer Teilhabe, zu erweitern.

Unterschiedliche gesellschaftliche und soziale Wandlungsprozesse wie die demografische Alterung der Bevölkerung, die Veränderung der Haushalts- und Lebensformen, die

⁷⁴ Der folgende Abschnitt bezieht sich weitgehend auf die Pflege Älterer. Die Pflege von Menschen mit Behinderung ist nur implizit enthalten; sie bedarf einer gesonderten Betrachtung, die an dieser Stelle nicht möglich ist.

steigende Frauenerwerbsquote oder ein verändertes Pflegeverständnis führen zu einem sich wandelnden Pflegebedarf und haben die Frage danach, wer die Pflege leistet und leisten kann, zu einem zentralen gesellschaftspolitischen Thema gemacht. Lösungen für die zukünftige Versorgung hilfs- und pflegebedürftiger Personen können nur im Zusammenwirken von professionellen, familialen, informellen, bürgerschaftlichen⁷⁵ sowie sonstigen Hilfen gesucht werden.

Der folgende Abschnitt konzentriert sich auf Einflussfaktoren, die einen Wandel im Pflegebedarf zur Folge haben, und beschreibt Defizite und Bedarfe in der öffentlichen Pflege sowie Potenziale unterschiedlicher Engagementformen in diesem Bereich.

Demografischer Wandel

Die Bevölkerungsentwicklung ist sowohl in der Vergangenheit als auch in Zukunft stark vom Altersaufbau abhängig (vgl. Statistisches Bundesamt 2007a: 19ff.). Die Verteilung der Bevölkerung wird sich künftig zugunsten derjenigen im Alter von 65 Jahren und älter entwickeln. Von 15,9 Mio. Menschen mit einem Anteil von 19% an der Gesamtbevölkerung soll sich diese Gruppe bis in das Jahr 2030 auf 22,1 Mio., d. h. auf einen Anteil von 29%, erhöhen.

Gleichzeitig wird von einem Geburtendefizit ausgegangen, das eine sinkende Bevölkerungszahl von 82,4 Mio. im Jahre 2005 auf 77,2 Mio. im Jahre 2030 zur Folge hat. Die zunehmende Alterung der Gesellschaft wird als determinierende Größe für eine Erhöhung des Pflegebedarfs gesehen.

Veränderung der Haushalts- und Lebensformen sowie des Familienstandes im Alter

Haushalts- und Familienstrukturen verändern sich. Diese Entwicklung wird sich zukünftig ebenfalls auf den Pflegebedarf und die damit verbundene Frage seiner Deckung auswirken. Die Verfügbarkeit eines belastbaren familiären Unterstützungsnetzwerkes ist eine Grundvoraussetzung zur Aufrechterhaltung der Lebensführung im Privathaushalt (vgl. Schneekloth/Wahl 2005).⁷⁶

Trendberechnungen belegen, dass die Haushaltsgröße in Deutschland immer kleiner wird (vgl. Statistisches Bundesamt 2007a: 26ff.). Im Jahre 2005 belief sich der Anteil von Einpersonenhaushalten auf 39% und soll bis in das Jahr 2020 auf 41% steigen. Auch eine Prognose des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung über Lebensformen von Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren zeigt, dass neben den in Partnerschaft lebenden Frauen und Männern die zweithäufigste und anteilig stärker ansteigende Lebensform alleinlebend im Einpersonenhaushalt sein wird (vgl. BMFSFJ 2001: 219f.).⁷⁷ Aufgrund einer sinkenden Alterssterblichkeit und einer höheren Lebenserwartung der Frauen sowie der nachrückenden Männer werden folglich immer mehr ältere Personen allein leben.⁷⁸

⁷⁵ Mitverantwortlich für die bis jetzt statistisch unterbelichteten Zusammenhänge von Pflege und Engagement ist die im November 1999 erlassene amtliche Pflegestatistik-Verordnung, die nicht vom in § 109 SGB XI festgehaltenen Absatz 2 einer „jährlichen Erhebung über die Situation Pflegebedürftiger und ehrenamtlich Pflegenden“ Gebrauch macht (vgl. Backes et al. 2008: 14).

⁷⁶ Siehe hierzu ausführlicher: Abschnitt 3.5.3.1.

⁷⁷ Ausgenommen sind Frauen ab 80 Jahren, deren häufigste Lebensform alleinlebend ist.

⁷⁸ Auch Zweipersonenhaushalte nehmen anteilmäßig von 34% (2005) auf 36% (2020) zu.

Haushaltsformen hängen wiederum eng mit Lebensformen und dem Familienstand zusammen, die Hinweise auf Pfliegeressourcen als auch -bedarfe geben (vgl. Ziegler/Doblhammer 2007). Es sind vor allem Personen, die verwitwet, ledig oder geschieden und zusätzlich kinderlos sind, die in besonderem Maße auf andere Unterstützungsformen als die familiären angewiesen sind. Hochrechnungen auf Basis des Mikrozensus aus dem Jahr 2002 zur Entwicklung des Familienstandes im Jahre 2030 prognostizieren, dass ein Rückgang des Anteils an ehelichen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften in der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen (von 81% auf 65%) als auch bei den 80-Jährigen (von 37% auf 30%) und Älteren (von 11% auf 2%) zu erwarten ist (vgl. Häcker/Raffelhüschen 2006: 4).

Neben einem Rückgang an Paarbeziehungen hat die Diskussion um Kinderlosigkeit für den Bereich Pflege künftig einen wichtigen Stellenwert (vgl. auch Abschnitt 3.4.1). Auch wenn die meisten Frauen in Deutschland Kinder haben, bleiben vor allem jüngere Frauen vermehrt kinderlos (vgl. Statistisches Bundesamt 2007b: 28f.).⁷⁹ Frauen, die zwischen 1931 und 1941 geboren sind, sind zu 14% kinderlos, jene, die zwischen 1952 und 1961 geboren sind, zu 22%, und zwischen 1962 und 1971 geborene Frauen haben zu 23% keine Kinder.⁸⁰ Verschiedene Schätzansätze zeigen, dass Kinderlosigkeit in Deutschland und hier vor allem in Westdeutschland an Bedeutung gewinnt (vgl. Dorbritz/Ruckdeschel 2007: 50ff.). Mit einem Anteil von 46% wollen Kinderlose in Westdeutschland auch ohne Kinder bleiben.

Kinderlosigkeit wird als ein neuer individualistischer Wert gesehen, der nicht mehr ausschließlich als Problem wahrgenommen wird (vgl. Burkart 2007). Die steigende Kinderlosigkeit in Deutschland gewinnt auch im europäischen Vergleich an Gewicht, in dem Westdeutschland und die Schweiz den sich auf unterschiedliche Länder niederschlagenden Trend anführen.⁸¹ Es wird angenommen, dass Kinderlosigkeit in den allermeisten Fällen mit verschiedenen Entscheidungen und Ressourcen verbunden ist, die im Lebensverlauf getroffen werden.⁸² Eine politische Situation, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht ausreichend fördert, gleichzeitig jedoch die Orientierung der Frauen auf die Erwerbstätigkeit unterstützt, führt im Ergebnis zur zunehmenden Entscheidung gegen Kinder. Wie an späterer Stelle allerdings noch gezeigt wird, gehören Kinder mit zu den Hauptpflegepersonen. Sollten in Zukunft weiterhin immer weniger Kinder zur Welt kommen, stehen diese später als pflegende Personen nicht mehr zur Verfügung, was sich gravierend auf den Pflegebedarf auswirken würde.

79 Weitere amtliche Angaben zum Ausmaß von Kinderlosigkeit sowie zu deren Entwicklung und Ursachen in Deutschland sind lückenhaft und unzuverlässig. Schätzungen, vor allem zur Gruppe der Akademikerinnen, beziehen sich auf die Geburtenstatistik und den Mikrozensus. Beide Erhebungen bilden aufgrund bestimmter Erhebungsmerkmale aber nur einen Teil der kinderlosen Bevölkerung ab (vgl. Konietzka/Kreyenfeld 2007).

80 Die Kinderlosigkeit von jüngeren Jahrgängen muss ebenfalls geschätzt werden, da sie ihre reproduktive Phase noch nicht abgeschlossen haben.

81 Schätzungen des Bundesinstituts für Bevölkerung ergeben, dass in Westdeutschland der Anstieg der Kinderlosigkeit mit dem Geburtenjahrgang 1935 anzusetzen ist. Hier lag der Anteil kinderloser Frauen bei ca. 7%, wohingegen er bei dem Geburtenjahrgang 1965 schon bei ca. 27% liegt (vgl. Schweden ca. 13%, Spanien ca. 14%, Rumänien ca. 12%).

82 Einfluss haben hier u. a. der Stand der Ausbildung, die Einbindung in das Erwerbsleben, die Frage der Mobilität, die Ausrichtung der privaten Lebensform sowie strukturelle und institutionelle Kontexte.

Frauenerwerbsquote

Mit dem anhaltendem Trend einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen ist davon auszugehen, dass das künftige weibliche familiäre Pflegepotenzial eher ab- als zunehmen wird. Sowohl bei pflege- als auch hilfsbedürftigen Personen sind die privaten Hauptpflegepersonen zu über 70% weiblich und zu mindestens 62% im erwerbsfähigen Alter (vgl. Infratest Sozialforschung 2002: 20). Gleichzeitig haben Frauen mit Kindern und Pflegeaufgaben deutliche Schwierigkeiten, die Bereiche Beruf und Familie zu verbinden (vgl. Deutsches Jugendinstitut e. V./Statistisches Bundesamt 2005: 278).

Hinsichtlich der Fragen der Pflege und des hierfür notwendigen Unterstützungsbedarfs stellen die aufgezeigten Entwicklungen und Tendenzen sowohl Risikogrößen als auch Herausforderungen dar, wenn davon auszugehen ist, dass nicht nur der Pflege-, sondern auch der Hilfebedarf bei älteren Menschen in Zukunft steigen wird. Erforderlich ist deshalb eine Auseinandersetzung um das Potenzial verschiedener Akteure und Formen der Pflege.

3.5.2 Defizite und Bedarfe in der öffentlichen Pflege

In Deutschland liegen verschiedene Untersuchungen zur Pflegebedürftigkeit älterer Menschen vor. Hierzu zählen vor allem auch die Angaben aus der gesetzlichen Pflegeversicherung, die derzeit wegen ihres Pflegebedürftigkeitsbegriffs tendenziell zu einer Unterschätzung des Bedarfs kommt.

Ergebnisse der amtlichen Pflegestatistik belegen, dass die Pflegebedürftigkeit zwischen den Jahren 1999 und 2007 von 2 Mio. auf 2,2 Mio. leicht zugenommen hat (vgl. Tab. 3.5-1).

Prognosen gehen jedoch davon aus, dass die Anzahl der Pflegebedürftigen in den nächsten 40 Jahren deutlich steigen wird (vgl. Schulz 2008; vgl. auch BMFSFJ 2001: 86ff.). Verantwortlich hierfür ist vor allem die demografische Entwicklung. Allerdings hat auch die begriffliche Abgrenzung der Pflegebedürftigkeit Einfluss auf die Zahl der Pflegebedürftigen. Berechnungen des SOEP zeigen, dass allein aufgrund einer Verschiebung der Bevölkerungsstruktur die Zahl der Empfänger von Leistungen aus der Pflegekasse von heute rund 2 Mio. bis in das Jahr 2050 auf 4,6 Mio. steigen wird.

Dies schließt die Zunahme von Demenzerkrankungen ein, die für einen erhöhten Betreuungsaufwand spricht. Hier kann zukünftig ein größeres Feld für bürgerschaftliches Engagement entstehen.⁸³ Heute leben in Deutschland ca. 1 Mio. Menschen mit Demenz. Schätzungen gehen davon aus, dass sich deren Zahl bis 2030 auf ca. 1,5 Mio. und bis 2050 auf über 2 Mio. erhöhen wird (BAGSO 2003).

⁸³ Gegenwärtig ist bürgerschaftliches Engagement im Bereich der Betreuung demenzerkrankter älterer Menschen jedoch nur sehr selten anzutreffen. In der Stadt Frankfurt a. M. werden z. B. nur 15 ältere demenzerkrankte Personen über die Freiwilligenagentur von Freiwilligen betreut, dies allerdings in der Regel sehr zeitintensiv und zu festen Zeiten sowie häufig über viele Jahre hinweg (vgl. Expertise Klocke).

Tabelle 3.5-1: Pflegebedarf in Deutschland

	1999	2001	2003	2005	2007
Ambulante Pflege (P und E)*					
Staatlich	7.881 (P) 213 (E)	8.568 (P) 204 (E)	7.869 (P) 183 (E)	8.685 (P) 193 (E)	9.932 (P) 191 (E)
Marktwirtschaftlich	148.608 (P) 5.504 (E)	164.790 (P) 5.493 (E)	187.168 (P) 5.849 (E)	202.464 (P) 6.327 (E)	227.799 (P) 6.903 (E)
Gemeinnützig	260.253 (P) 5.103 (E)	259.541 (P) 4.897 (E)	256.872 (P) 4.587 (E)	258.506 (P) 4.457 (E)	266.100 (P) 4.435 (E)
Gesamt	411.160 (P) 10.820 (E)	434.354 (P) 10.594 (E)	445.998 (P) 10.619 (E)	472.011 (P) 10.977 (E)	507.276 (P) 11.529 (E)
Voll- und teilstationäre Pflege (P und E)					
Staatlich	64.500 (P) 750 (E)	62.916 (P) 749 (E)	58.968 (P) 728 (E)	56.160 (P) 702 (E)	48.895 (P) 635 (E)
Marktwirtschaftlich	145.324 (P) 3.092 (E)	164.300 (P) 3.286 (E)	187.720 (P) 3.610 (E)	210.622 (P) 3.974 (E)	287.388 (P) 4.322 (E)
Gemeinnützig	366.241 (P) 5.017 (E)	374.490 (P) 5.130 (E)	394.565 (P) 5.405 (E)	408.108 (P) 5.748 (E)	431.112 (P) 6.072 (E)
Gesamt	573.211 (P) 8.859 (E)	604.890 (P) 9.165 (E)	643.038 (P) 9.743 (E)	677.560 (P) 10.424 (E)	705.856 (P) 11.029 (E)
Pflegebedürftige in familiärer Pflege	1.027.591	1.000.736	986.520	980.425	1.033.286
Pflegebedürftige insgesamt	2.016.091	2.039.780	2.076.935	2.128.550	2.246.829

* P = Pflegeempfänger, E = Einrichtungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt (2001, 2003a, 2005, 2007d, 2008c); eigene Berechnungen.

Bei voraussichtlich gleichbleibenden Beiträgen zur Pflegeversicherung steht ein rechnerisch voraussagbar steigender Bedarf einem sinkenden Pflege- und Unterstützungspotenzial gegenüber (vgl. Blinkert/Klie 2004). Dass der Pflegebedarf in offiziellen Statistiken bis jetzt unterschätzt wird, zeigen auch Angaben zu den Hilfsbedürftigen in Deutschland, die hier nicht enthalten sind.⁸⁴

Gegenwärtig werden rund 3 Mio. Hilfsbedürftige in Privathaushalten versorgt, die keine Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen, sondern fast ausschließlich durch Familienangehörige und andere informelle Pflegekräfte betreut werden. Laut Vorausberechnung wird sich deren Anzahl bis zum Jahr 2050 ebenfalls auf 4,7 Mio. erhöhen (vgl. Schulz 2008; Schneekloth/Wahl 2005).

Berechnungen mit SHARE 2004 machen auch für Deutschland deutlich, dass ein Großteil der älteren Menschen mit geringfügigen Einschränkungen keine gesetzlichen Leistungen erhält (vgl. Keck 2009). Unter den über 70-jährigen Personen, die in Privathaushalten leben und eine Einschränkung⁸⁵ haben, erhalten 65,4% unterstützende Hilfeleistungen, wovon allerdings nur 0,9% der Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung stammen. Die Leistungsanteile steigen mit der Anzahl der Beeinträchtigungen. Das heißt, dass Hilfebedürftigkeit häufig schon besteht, bevor staatliche Unterstützung einsetzt, und andere Ressourcen wie die familiäre Unterstützung notwendig machen.

⁸⁴ Die Ausweitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs zählt diese zukünftig zu den Pflegebedürftigen.

⁸⁵ Einschränkungen beziehen sich auf das Ankleiden, Bewegen, Waschen, Essen, Medikamente einnehmen etc.

Die Pflegebedürftigen sind zumeist älter als 80 Jahre und weiblich (BMG 2008b: 17f.). Von denen, die zu Hause betreut werden, leben die meisten allein und sind verwitwet (43%; vgl. Statistisches Bundesamt 2004a). Weiterhin ist wichtig, dass der Hilfebedarf der zu Hause Betreuten sich überwiegend auf die Bereiche Körperpflege (72,2%) und hauswirtschaftliche Versorgung (79%) (Mehrfachnennung möglich) richtet. Letztgenannter Bereich ist aufgrund seiner Beschaffenheit (weniger emotional, keine medizinischen Kenntnisse erforderlich) für ein Engagement im Pflegebereich in Zukunft von Bedeutung.

Öffentliche, marktwirtschaftliche und gemeinnützige Einrichtungen reagieren auf den Pflegebedarf mit der Bereitstellung von ambulanten und stationären Pflegeplätzen. Im Jahre 2007 wurden insgesamt 1.213.132 Plätze zur Verfügung gestellt, wobei ein leichter Anstieg des Angebots über die Jahre verzeichnet werden konnte (vgl. Tab. 3.5-1). Im Vergleich der Einrichtungsträger stellen die gemeinnützigen Organisationen in der ambulanten und stationären Pflege den größten Anteil an Plätzen.⁸⁶ Somit gibt es nur für die Hälfte der insgesamt rund 2 Mio. Pflegebedürftigen Plätze, die übrigen sind auf familiäre und andere Unterstützungsformen angewiesen.

Unter der Annahme einer demografisch bedingten Abnahme der familiären Pflegekräfte, die sich bis 2050 aufgrund der Stagnation der Geburtenraten sowie anderer Einflüsse (z. B. wachsende Frauenerwerbsquote, neue Formen des Zusammenlebens) um etwa 30% verringern wird, sind andere Akteure gefragt, die zu einer Kompensation der Defizite beitragen (vgl. Blinkert/Klie 2004). Bei einer gleichzeitigen Zunahme der Menschen mit Pflegebedarf ist es vorerst fraglich, inwieweit informelle Netzwerke und ein pflegebezogenes Engagement den Anforderungen gewachsen sind, die sich künftig im Bereich Pflege stellen. Dennoch werden die verschiedenen Formen von freiwillig getragenen Engagement im Pflegebereich als eine Möglichkeit gesehen, die den Pflegebedarf zu decken hilft. Nach den Ergebnissen einer Repräsentativbefragung von Infratest Sozialforschung und dem Deutschen Zentrum für Altersforschung nehmen bis jetzt rund 11% der Pflegehaushalte freiwillig erbrachte Betreuungsleistungen stundenweise, z. B. in Form von Besuchsdiensten, in Anspruch (vgl. Schneekloth/Wahl 2005: 80).

3.5.3 Potenziale des Engagements

3.5.3.1 Familiales und informelles Engagement

Familiales Engagement

Es gibt eine starke Präferenz, auch im Alter zu Hause leben zu wollen: Für 48% der Auskunftgebenden Angehörigen und für 38% der Pflegebedürftigen kommt es auf gar keinen Fall infrage, in ein Heim zu gehen (vgl. Infratest Sozialforschung 2003: 34). Unterschiedliche Studien belegen, dass Familien auch weiterhin eine wichtige soziale Ressource sind und ihrer Funktion der familialen Solidarität nachkommen. Wie bereits Tabelle 3.5-1 zeigte, wurde nach Angaben der amtlichen Pflegestatistik zwischen 1999 und 2007 die Hälfte, d. h. gut 1 Million der Pflegebedürftigen, ausschließlich von der Familie gepflegt.⁸⁷ Von den

⁸⁶ In der ambulanten Pflege ist das Angebot dabei leicht rückläufig, wohingegen es im stationären Bereich deutlich zugenommen hat.

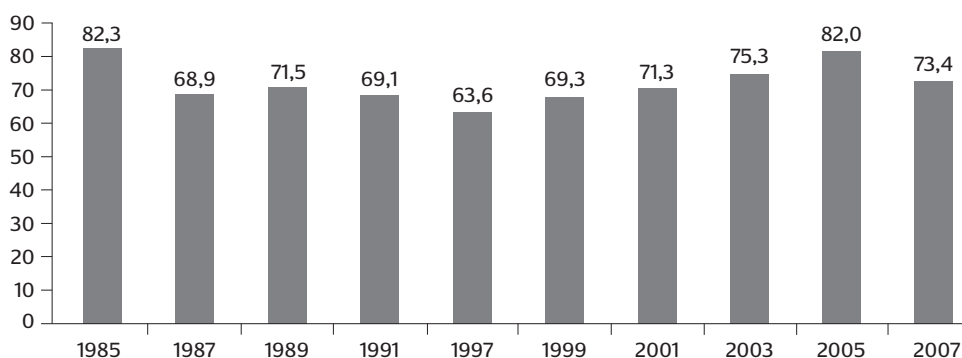
⁸⁷ Das deutsche Pflegearrangement ergibt sich aus der Konzeption der Pflegeversicherung, die auf Basis der familialen Pflegebereitschaft kalkuliert ist bzw. auf dieser aufbaut (vgl. § 3 SGB XI).

hilfebedürftigen Personen erhalten 75% rein private Unterstützung. Familienangehörige sind also fester Bestandteil der Unterstützungsstruktur für ältere Menschen.

Innerhalb der Generationenbeziehungen fließen überwiegend instrumentelle Unterstützungsleistungen, z. B. Betreuung (vgl. Kohli et al. 1999; Kohli/Künemund 2005; Szydlík 2004). Eine Altersverschiebung in Richtung der Hochbetagten bedeutet wiederum, dass auch viele Pflegeleistungen für Menschen im Alter von über 80 Jahren häufig nicht mehr von den eigenen Kindern erbracht werden, da sie selbst im Alter von 60+ Jahren körperlich überfordert sein können. Hier stellt sich die Frage, ob in Zukunft zunehmend die Enkelgeneration bei der Pflege der Großeltern eine größere Rolle spielen kann.

Auch international ausgerichtete Untersuchungen (z. B. SHARE) zeigen, dass der Anteil, den ausschließlich familiäre Pflegeleistungen am Pflegearrangement bereits im Jahre 2003 hatten, in Deutschland mit 60,5% besonders hoch war (vgl. Blome et al. 2008: 202ff.). Hierbei erhalten 55,9% Pflege durch den Partner, 43,1% werden von ihren Kindern gepflegt und 13,8% von ihren Schwiegertöchtern (Mehrfachnennung möglich). Im Fünften Altenbericht (BMFSFJ 2005b: 292) wurde ebenso darauf hingewiesen, dass mit rückläufiger Tendenz Ehepartnerinnen und Ehepartner die größte Gruppe an Hauptpflegepersonen von pflegebedürftigen Menschen, die in Privathaushalten leben, darstellen. Ältere Menschen ab 50 Jahren pflegen in Deutschland zu 8,5% ihre Angehörigen. Der Anteil der Pflege durch Ältere fällt im Vergleich zu anderen unbezahlten Tätigkeiten (Netzwerkaktivitäten, Ehrenamt) eher gering aus; mit zunehmenden Alter spielt er nur noch eine marginale Rolle (vgl. Expertise Erlinghagen). Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP bestätigen den hohen Stellenwert familialer Pflege auch auf Grundlage einer anderen wie in SHARE verwandten Methodik. Im Jahre 2007 lag der Anteil verwandtschaftlicher Pflege bei der Befriedigung des gesamten Pflegebedarfs demnach mit leicht rückläufigem Trend immer noch bei rund 73% (vgl. Abb. 3.5-1).

Abbildung 3.5-1: Anteil der Verwandten an der Befriedigung des Pflegebedarfs, in %



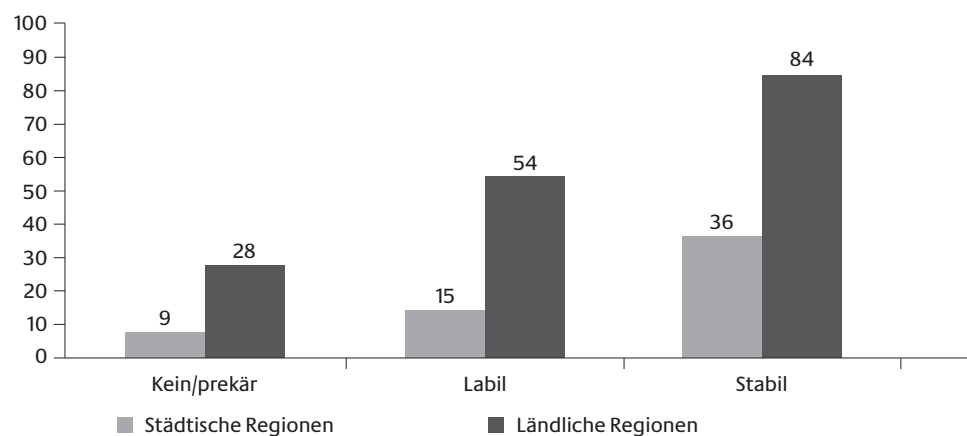
Datenbasis: SOEP 24, gewichtet; eigene Berechnungen.

Innerhalb von Partnerschaften leisten Frauen wie Männer einen ausgeglichenen Beitrag zur Pflege (vgl. Blome et al. 2008). Darüber hinaus kommen in Deutschland auf einen pflegenden Sohn mehr als drei Pflege leistende Töchter, und unter den Ehepartnern der Kindergeneration sind es überwiegend die Schwiegertöchter, die die Pflege erbringen.

Der Umstand, dass pflegende Angehörige zumeist Frauen sind, macht auch an dieser Stelle deutlich, dass innerfamiliäre Arbeiten auf geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung basieren.

Die Stabilität der Versorgungsstruktur im Bereich Pflege ergibt sich folglich aus der Solidaritätsbereitschaft primärer Netzwerke (Familie). Familiäre Netzwerke bestimmen in einem erheblichen Umfang die Versorgungssituation pflegebedürftiger Personen. Die Chancen für eine häusliche Versorgung sind jedoch in einem hohen Maße sozial verteilt (vgl. Blinkert/Klie 2008). Günstig für eine häusliche Versorgung durch Angehörige sind u. a. ein niedriger Sozialstatus der Hauptpflegeperson, der Wohnsitz in einer ländlichen Region und ein stabiles Unterstützungsnetzwerk (vgl. Abb. 3.5-2).

Abbildung 3.5-2: Soziale/familiäre Netzwerke im Stadt-Land-Vergleich, in %



Quelle: Blinkert/Klie (2008).

Während Pflegebedürftige im ländlichen Bereich, die mit Angehörigen in einem Haushalt zusammenleben, 84 Stunden Betreuung in der Woche erfahren, erhalten Pflegebedürftige in urbanen Umgebungen in einer prekären Netzwerksituation lediglich rund neun Stunden Betreuung und Pflege (vgl. Expertise zze/Klie).

Berechnungen des Alterssurveys zeigen, dass der Umfang der erhaltenen und geleisteten Unterstützung von der Art der Unterstützung – emotional, kognitiv, instrumentell, finanziell – abhängt (vgl. Hoff 2006: 275f.). Personen zwischen 70 und 85 Jahren erfahren zu 63% Trost und Anteilnahme, geben sie aber zu 74,2% weiter. Auf instrumentelle Hilfe können demgegenüber unter den 70- bis 85-Jährigen 36,3% zurückgreifen, wohingegen nur 15,5% diese Unterstützungsform bieten. Die Mitverantwortungsbereitschaft familialer Pflege ist zwar ungebrochen – die Bereitschaft, alleine Sorge zu tragen, schwindet allerdings (vgl. Blinkert/Klie 2004). Veränderungen, die den familialen Personenkreis betreffen, lösen wiederum Veränderungen in Bezug auf das familiäre Pflegepotenzial und den Pflegebedarf aus.⁸⁸ Neben den aufgezeigten demografischen Entwicklungen (sinkende Fertilität und Geburtenzahlen), soziostrukturellen Trends (Veränderung der

⁸⁸ Auch wenn der Wandel von Lebens- und Familienformen in Bezug auf das familiäre Pflegepotenzial eher negative Szenarien hervorruft, birgt er ebenso positive Aspekte, die die Bedeutung der Familie stärken. Hierzu zählen die Verlängerung der Lebenszeit und damit die Möglichkeit, dass Partner sich länger gegenseitig pflegen.

Haushalts- und Familienstruktur) und sozioökonomischen Wandlungsprozessen (steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen) kann ein Rückgang familialer Pflegepersonen auch aufgrund der schwierigen Situation von pflegenden Angehörigen nicht ausgeschlossen werden. Die erlebten Belastungen von pflegenden Angehörigen, die sich vor allem auf den zeitlichen, emotionalen und körperlichen Bereich beziehen, werden entsprechenden Untersuchungen zufolge als sehr hoch eingestuft (vgl. Schneekloth/Wahl 2005: 41).

Die besondere Qualität privater Pflege liegt in der wechselseitigen Verbindlichkeit. Es geht weniger um die Selbstständigkeit der zu pflegenden Personen, was für die Ausrichtung Professioneller kennzeichnend ist, sondern vielmehr um die bloße Steigerung des Wohlbefindens. Zur Stabilisierung privater Pflegeverhältnisse besteht deshalb ein Bedarf u. a. an ergänzender Kurzzeitpflege, mobilitätsfördernden Hilfsmitteln und Notrufsystemen. Die Anerkennung des familialen Pflegepotenzials erfordert es, andere Unterstützungsnetzwerke, z. B. informelle, zu fördern, die diese ergänzen können.

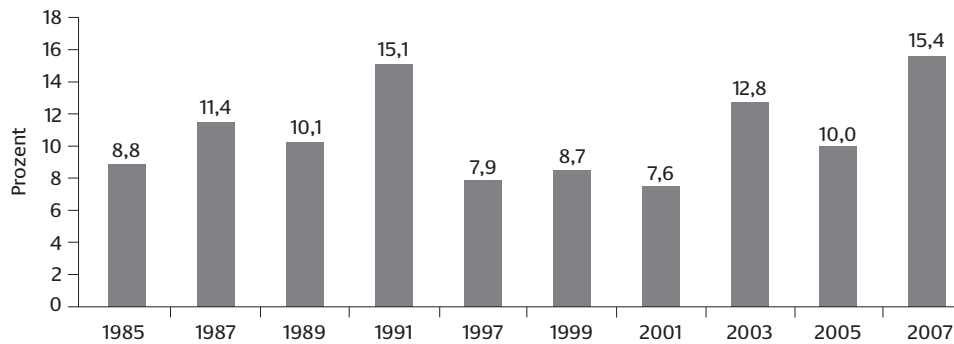
Informelle Netzwerke

Nichtfamiliale informelle Netzwerke (Freunde, Bekannte, Nachbarn) bieten ebenfalls Unterstützung für ältere Menschen. Ihre Bedeutung für Lebenslage und Lebensqualität im Alter wird sich vor dem Hintergrund der aufgezeigten Entwicklungen und Defizite verstärken. Die Rolle von Nachbarn wird bereits im Sozialrecht betont, indem es der Pflegeversicherung zuspricht, dass diese mit ihren Leistungen vorrangig die häusliche Pflege und die durch Nachbarn unterstützen soll (vgl. § 3 SGB XI).

Die aktuelle Datenlage zu den Unterstützungsleistungen nichtfamilialer privater Netzwerke im Pflegebereich ist als unzureichend einzustufen. Zum Umfang ihrer Unterstützungsleistungen gibt es nur wenige aktuelle und belastbare Daten.⁸⁹ Die Angaben der Zeitbudgeterhebung im Modellprojekt „Pflegebudget“, in der rund 800 Haushalte untersucht wurden, weisen aus, dass durch Nachbarn und Ehrenamtliche durchschnittlich etwa eine Stunde pro Woche Unterstützung erfolgt (vgl. Expertise zze/Klie). Aktuelle Analysen des Alterssurveys zeigen, dass der Anteil derer, die nichtverwandte Personen pflegen, über die Altersgruppen zunimmt (vgl. Künemund 2006b: 305). So betreuen von den 70- bis 85-jährigen Pflegenden 32% eine Person, mit der sie nicht verwandt sind.

Im Fünften Altenbericht (BMFSFJ 2005b: 314) wird darauf verwiesen, dass 8% der Hauptpflegepersonen aus nichtfamilialen Netzwerken stammen. Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP belegen, dass der Anteil von Freunden, Bekannten und Nachbarn an der Deckung des Pflegebedarfs im Jahre 2007 bei 15,4% liegt (vgl. Abb. 3.5-3). Bemerkenswert ist ihre im Zeitverlauf zwar schwankende, aber seit 2003 steigende Bedeutung bei einem gleichbleibenden Pflegeaufkommen.

⁸⁹ Rechercheergebnisse ergaben, dass u. a. im Familiensurvey und im Mikrozensus keine weiteren Daten zur Verfügung stehen. Im Freiwilligensurvey wird das informelle Engagement in Bezug auf Pflegeleistungen nicht explizit erfragt.

Abbildung 3.5-3: Anteil der Freunde, Bekannten und Nachbarn an der Befriedigung des Pflegebedarfs¹, in %

¹ Mehrfachnennungen möglich; durch Aggregation verringern sich die Fallzahlen.
Datenbasis: SOEP 24, gewichtet; eigene Berechnungen.

Nichtfamiliale informelle Netzwerke tragen selten die Hauptverantwortung für Pflege und Betreuung, ihre Leistungen haben jedoch eine unverzichtbare und zu fördernde Ergänzungsfunktion. Von ihnen können temporär Aufgaben übernommen werden, wenn z. B. Familien als Unterstützung ausfallen. Das Tätigkeitsspektrum kann dann von einem Apothekengang bis hin zu einer kurzfristigen Betreuung reichen.

Ein regelmäßiger Umgang mit Freunden und Nachbarn erhöht die Chance für Unterstützungspotenziale in hilfebedürftigen Situationen im Alter. So haben die 70-Jährigen und Älteren in Westdeutschland zu 71% und in Ostdeutschland zu 57% regelmäßigen Kontakt zu Freunden und Nachbarn (vgl. Noll/Schöb 2002). Obgleich die Kontaktmöglichkeiten unter den jüngeren Älteren noch größer sind, ist ihre Intensität im höheren Alter noch stärker.

Die Ergebnisse des European Social Survey 2004/2005 zeigen, dass mit fortschreitendem Alter die Häufigkeit sozialer Kontakte kontinuierlich abnimmt (vgl. Statistisches Bundesamt 2008b: 377ff.). Gegenüber 79% (West) bzw. 73% (Ost) der 18- bis 34-Jährigen treffen sich ab dem 66. Lebensalter nur noch 40% (West) bzw. 28% (Ost) der Menschen wöchentlich mit Freunden, Verwandten und Arbeitskollegen. Die Integration durch soziale Kontakte erweist sich hier bei älteren Menschen als schwach. Tendenziell sind ältere Menschen sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland über soziale Kontakte und verfügbare Hilfeleistungen weniger stark integriert als die jüngeren Generationen. Inwieweit dabei eine Gefahr der Vereinzelung älterer Menschen gegeben ist, bleibt weiteren Analysen vorbehalten.

Trotz eines wichtigen und teilweise auch erheblichen Anteils an familialen und nichtfamilialen privaten Pflegeleistungen können Bedarfe formuliert werden, die sich bei Menschen zwischen 50 und 79 Jahren nicht unbedingt ausschließlich auf den pflegerischen, sondern auf den hauswirtschaftlichen Bereich beziehen (vgl. Gesellschaft für Konsumforschung 2002). Daneben sind kommunikative Angebote, Wohnungs- und Wohnraumanpassung, Fahr- und Essensdienste sowie die Beratung von Pflegepersonen gefragt, die die Angehörigen und sozialen Netzwerke entlasten bzw. zu einer Entspannung der Pflegesituation beitragen (vgl. BMFSFJ 2005b: 317f.). Wenn keine Hilfe durch die Familie oder das

soziale Umfeld geleistet werden kann und/oder die sozioökonomische Lage es nicht zulässt, Unterstützung privat zu finanzieren werden zusätzliche organisationsbezogene Hilfen erforderlich.

3.5.3.2 Pflege durch organisationsbezogenes Engagement

Neben den durch Familien und ihren sozialen Netzwerkverbänden erbrachten Pflegeleistungen sind Formen des Zusammenspiels von Pflege und Engagement in verschiedenen organisationsgebundenen Kontexten vorhanden. Wie bereits im Abschnitt 3.4.3.2 zu den Verbindungen von Fürsorge für Kinder und Engagement beschrieben, ist ein pflegebezogenes Engagement in den hier aufgezeigten Organisationsformen eher nachrangig. In kommunalen Ansätzen familienunterstützender Dienstleistungen, die in hohem Maße auf ein Engagement zurückgreifen, sind Maßnahmen zur „ergänzenden Pflege“ mit 12% nur gering vertreten. Die repräsentative Befragung des Deutschen Jugendinstituts zu den Lokalen Bündnissen zeigte, dass auch dort bislang lediglich vereinzelt Projekte im Bereich der Unterstützung Pflegebedürftiger realisiert werden (14,5%) (vgl. Heitkötter/Schröder 2006).

Insofern sind die Empfehlungen sowohl des Fünften Altenberichts (BMFSFJ 2005b: 332f.) als auch der aktuellen MuG-IV-Repräsentativerhebung (Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Lebensführung im Alter; vgl. Schneekloth/Wahl 2007) zu unterstreichen, engagementbasierte Pflege- und Hilfeleistungen noch stärker in die offene⁹⁰ und stationäre Altenhilfe sowie auch insgesamt in die Infrastruktur des Engagements zu integrieren. Die Möglichkeiten, Freiwillige in die Arbeit der Altenhilfe einzubeziehen, ist bis jetzt insbesondere dann gut, wenn die Einrichtungen im ländlichen oder kleinstädtischen Raum liegen, die lokalen Strukturen überschaubar sind, der Anteil der bürgerlichen Mittelschicht hoch und ein ausgeprägtes kirchliches Umfeld vorhanden ist (vgl. Strasser/Stricker 2008).

Wie sehr mit Engagierten in Einrichtungen der Altenhilfe zusammengearbeitet wird, hängt darüber hinaus vor allem vom Grad ihrer Einbindung in die betrieblichen Strukturen ab. Hierbei wirken systemische und langfristig angelegte Maßnahmen des Freiwilligenmanagements insofern unterstützend, als dass dauerhaft ausreichend Menschen für freiwillig zu übernehmende Aufgaben gefunden werden (vgl. Strasser/Stricker 2008). Erwiesenermaßen verändert sich die Qualität der angebotenen Leistungen durch die Zusammenarbeit mit Freiwilligen in vielerlei Hinsicht positiv. Hierzu zählt auch die Verbesserung der Betreuungsleistungen, die zu einer höheren Lebensqualität und größerem Wohlbefinden bei den betreuten Personen führt.

Stationäre und ambulante Pflege

Bürgerschaftliches Engagement findet sowohl im Rahmen stationärer als auch ambulanten Pflege statt. Das zivilgesellschaftliche Potenzial in vollstationären Einrichtungen für ältere Menschen in Deutschland liegt im Einsatz freiwillig Engagierter (vgl. Schneekloth/Wahl 2007). Daneben sind auch Helferinnen und Helfer aus der Familie oder Bekannt-

⁹⁰ Als „offene Altenhilfe“ werden die Angebote bezeichnet, die sich nicht ausschließlich auf die Erbringung professioneller Pflegehilfen beziehen, sondern auch den Bereichen der allgemeinen Beratung, des Wohnens und der Freizeitgestaltung sowie der damit verbundenen Probleme und Hilfebedarfe der älteren Menschen zuzurechnen sind.

schaft an Unterstützungsleistungen beteiligt. Ältere Menschen in Heimen erhalten von ihnen sowohl täglich als auch ab und zu in der Woche Unterstützungsleistungen (vgl. Tab. 3.5-2).

Tabelle 3.5-2: Anteil der Personen, die Unterstützungsleistungen von freiwilligen Helfern erhalten, nach Einschätzung der Mitarbeiter, in %

	Verwandte	Freunde/Bekannte	Freiwillige Helfer
Täglich	9	2	2
Ab und zu in der Woche	27	9	14

Quelle: Schneekloth/Wahl (2007).

Obgleich Angehörige auch eine wichtige Gruppe sind, die ihre Kompetenzen in stationäre Alteinrichtungen einbringen, wird im Folgenden ausschließlich auf die freiwillig Engagierten eingegangen.⁹¹ Bemerkenswert ist, dass nach Einschätzungen der Heimmitarbeiterinnen und Heimmitarbeiter 14% der älteren Menschen in Heimen ab und zu in der Woche durch bürgerschaftliches Engagement unterstützt werden. Diese Einschätzung zur Häufigkeit wird von den Engagierten geteilt und durch andere Untersuchungen bestätigt (vgl. Gensicke 2005).⁹² Die eher lose terminliche Struktur des Engagements in stationären Pflegeeinrichtungen macht bereits deutlich, dass ein pflegebezogenes Engagement das professionelle Personal nicht ersetzen kann. Bürgerschaftliches Engagement ist dort im Wesentlichen eine ergänzende Form der Unterstützung und erfolgt insbesondere durch persönliche Hilfeleistungen. Eines ihrer wesentlichen Merkmale besteht darin, dass sie zu jeder Zeit aufgegeben werden können.

Die regelmäßige Einbeziehung von Engagierten findet aber in 84% der zumeist kirchlichen Einrichtungen statt (vgl. Schneekloth/Wahl 2007). Hier realisiert sich das Engagement über feste Ehrenamtlichengruppen in Heimen, in Kooperationen mit Initiativen und in einigen Fällen auch ohne die Zusammenarbeit mit einer festen organisatorischen Struktur.

Das Engagement in stationären wie in ambulanten Pflegeeinrichtungen wird ganz überwiegend von Frauen im Alter von 60 Jahren und älter ausgeübt (vgl. Engels/Pfeuffer 2007). Es handelt sich bei sämtlichen hier Engagierten um Angestellte oder Rentnerinnen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als besonders günstig beurteilen (vgl. Gensicke 2005). Dennoch wird vor allem von den Engagierten in den ambulanten Einrichtungen ein Verbesserungsbedarf hinsichtlich materieller Fragen (Kostenerstattung, finanzielle Vergütung) gesehen. Derartige auf den ersten Blick widersprüchlich wirkende Sachverhalte sind in Zukunft – in Bezugnahme auf Monetarisierungsfragen des Engagements – näher zu untersuchen.

⁹¹ Diese Einschränkung resultiert aus dem in diesem Abschnitt zugrunde liegenden Engagementverständnis, das keinen familialen Charakter hat.

⁹² Eine Betrachtung der zeitlichen Intensität ehrenamtlicher Tätigkeiten insgesamt bei Menschen im Alter von 50 und älter zeigt, dass sich ältere Menschen sehr regelmäßig engagieren (vgl. Expertise Erlinghagen). In Deutschland sind hier knapp 18% täglich und 46% wöchentlich bürgerschaftlich aktiv. Ein pflegebezogenes Engagement, das zumeist von älteren Menschen ausgeübt wird, verlangt wiederum einen höheren zeitlichen Aufwand, was positiv mit der allgemeinen zeitlichen Tendenz korrespondiert.

Obgleich sich 91% der Engagierten in stationären Einrichtungen willkommen und in diesem Sinne unterstützt, gefördert und anerkannt fühlen, sehen sie sich weniger gut über das Heimgeschehen und/oder die Heimbewohnerinnen und Heimbewohner informiert. Zudem wird die öffentliche Wertschätzung als unzureichend eingestuft. Sowohl in der ambulanten als auch in der stationären Pflege gibt es kaum eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit, die auch darauf abzielt, mehr Engagierte für die Arbeit mit älteren Menschen zu begeistern (vgl. Gensicke 2005). Darüber hinaus mangelt es an der kommunalpolitischen Einbindung engagierter Pfleger, bzw. diese werden durch die Kommunen nicht genügend angesprochen. Vor allem aber fehlt es an Qualifizierungsangeboten. Über keine entsprechenden Angebote verfügen 62% der Einrichtungen (vgl. Schneekloth/ Wahl 2007). Insbesondere im Umgang mit demenzkranken Personen fühlen sich die Engagierten nicht genügend beraten. Ein Engagement in diesem sensiblen und anspruchsvollen Bereich der Betreuung verlangt ein hohes Maß an Erfahrung und Einfühlungsvermögen. Hierfür sind zukünftig Bedingungen zu schaffen, die die Herausbildung pflegerischer Kompetenzen im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements verbessern. Bereits jetzt zeigt sich, dass Einrichtungen mit Qualifizierungsangeboten, die überwiegend in frei-gemeinnütziger Trägerschaft sind, mehr Freiwillige in ihre Arbeit einbeziehen können. Qualifizierung steigert also das bürgerschaftliche Engagement im Pflegebereich. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass Professionalisierungsmaßnahmen nicht zu einer Verberuflichung, d. h. nicht zu einer Überforderung der Engagierten führen dürfen.

Bürgerschaftliche Unterstützungsleistungen sind für Heime insofern eine Bereicherung, weil sie zeitlich flexibler und inhaltlich gestaltungsoffener sind. Wie eine Zusatzuntersuchung im Rahmen der Studie „Möglichkeit und Grenzen selbständiger Lebensführung in stationären Einrichtungen“ zu den Potenzialen bürgerschaftlichen Engagements in Heimen zeigen konnte, erfolgt die als vielfältig zu bezeichnende Unterstützung vor allem in den Bereichen soziale Begleitung und kulturelle Angebote (vgl. Engels/Pfeuffer 2007: 265ff.). Persönliche Besuche mit Gesprächen, Vorlesen, Basteln oder Hilfestellungen in Bankangelegenheiten sowie gemeinsame Unternehmungen in Form von Spielen und Gymnastik machen 53% der Aktivitäten aus. Im Bereich der sozialen Außenaktivitäten wirken Freiwillige zu 18% an Spaziergängen und Ausflügen mit. Kulturelle Angebote, z. B. eine Bücherei, ein Kiosk, eine Cafeteria oder Feste, machen 16% aus. Nur 10% der freiwilligen Aktivitäten fallen unmittelbar in die Pflege und Versorgung. Dies wird mitunter mit ihrer geringeren persönlichen Nähe der Engagierten begründet, die für eine körperbezogene Pflege oft erforderlich ist. Gleichzeitig aber wird dieser Bereich von den hier freiwillig Tätigen als besonders entlastend für die Mitarbeiter eingestuft.

Insgesamt zeigen diese Aktivitäten, dass der Beitrag der bürgerschaftlich Engagierten hauptsächlich in der Erhöhung der Lebensqualität älterer Menschen liegt.

Wohnen im Alter und Pflege in gemeinschaftlichen Wohnmodellen

Im Alter gewinnt das Wohnen an Bedeutung. Ältere Menschen sind weniger mobil und zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse auf ihr nahes Umfeld angewiesen. Gleichzeitig haben sie den Anspruch, ihr Leben möglichst sinnvoll zu gestalten, und bevorzugen es, in der eigenen Wohnung bleiben zu können. Sofern ihr Unterstützungsbedarf nicht allein durch familiale, privatwirtschaftliche oder öffentliche Akteure abgedeckt werden kann,

stellen Formen des gemeinschaftlichen Wohnens eine Alternative dar. Gemeinschaftliches Wohnen im Alter kann als zusätzliche Unterstützungsform bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfepotenziale aktivieren, die auf die Anforderungen und Bedürfnisse im Alter reagieren (vgl. Expertise CSI, Kehl/Then). Gegenüber traditionellen Formen des Wohnens im Alter⁹³ konnte erstmalig durch eine Mehrwertanalyse des Netzwerkes „Soziales neu gestalten“ (SONG) nachgewiesen werden, dass in altersgemischten Wohnprojekten, die mit den zentralen Ansätzen der Gemeinwesenarbeit⁹⁴ arbeiten, ein sozioökonomischer Mehrwert⁹⁵ geschaffen wird.⁹⁶

Bewohner in gemeinschaftlichen Wohnprojekten sind gesünder. Dies gilt insbesondere für die über 50-Jährigen, bei denen sonst verstärkt gesundheitliche Beeinträchtigungen vorliegen. Von den Befragten dieser Altersgruppe sind in gemeinschaftlichen Wohnprojekten 16% und in traditionellen Wohnformen 33% pflegebedürftig.⁹⁷ Der bessere Gesundheitszustand hat wiederum einen geringeren Hilfebedarf zur Folge. Die Modellprojekte reduzieren also die Kosten für Unterstützungs- und Pflegebedarf gegenüber anderen Möglichkeiten der Lebensführung.

Die Ursachen hierfür sind vielschichtig. Fest steht jedoch, dass die Wohn- und Lebensqualität sowie das soziale Zusammenleben von den Befragten in gemeinschaftlichen Wohnprojekten deutlich positiver empfunden werden. Deren Bewohner bewerteten ihr soziales Zusammenleben um fast eine ganze Schulnote besser (2,25) als die Bewohner traditioneller Wohnformen (3,08).

Die Bewohner gemeinschaftlicher Wohnmodelle stehen in einem engeren Kontakt mit ihren Nachbarn. Dies zeigt sich darin, dass sie mehr gemeinsam unternehmen, als dies in anderen Wohnformen der Fall ist. Die Aktivitäten beziehen sich insbesondere auf die Hausgemeinschaft, Feste, das Beisammensein mit Kaffee und Kuchen und einen erhöhten Austausch in Form von Gesprächen. Über die gemeinsamen Aktivitäten hinaus entstehen Netzwerke, die ein Gefühl von Zusammengehörigkeit und Vertrauen entstehen lassen und dabei Vereinzelung bzw. einer anonymen Atmosphäre im Wohnumfeld entgegenwirken.

93 Hierunter fallen Einrichtungen des betreuten Wohnens, Alten- und Pflegeheime sowie Wohnen im eigenen Haushalt mit ambulanter Versorgung.

94 Unter Gemeinwesenarbeit versteht man hier ein Strukturprinzip der Organisation von sozialen Diensten. In diesen Bereichen soll die Sozialraumorientierung von Einrichtungen der sozialen Arbeit und der Sozialpädagogik, durch verstärkte Bürgernähe und -aktivierung, Partizipation der Betroffenen, Förderung von Nachbarschafts- bzw. Stadtteilkulturen, Verbesserung der Wohnsituation und Transparenz sozialer Arbeit erreicht werden. Hingegen zielt das der Gemeinwesenarbeit in den vergangenen Jahren immer stärker innewohnende Konzept des „Quartiersmanagements“ neben der Steigerung von Selbsthilfekräften verstärkt auch auf die Vernetzung von Einrichtungen und die Stärkung der lokalen Ökonomie (vgl. Galuske 1998; Kreft/Mielenz 2005; Kremer-Preiß/Stolarz 2004).

95 Sozioökonomischer Mehrwert meint hier einen neben dem ökonomischen Mehrwert (betriebswirtschaftliches Ergebnis) entstehenden gesellschaftlichen Zusatznutzen im Sinne von monetär quantifizierbaren Zusatzkosten/-erträgen.

96 Die Ergebnisse der Mehrwertanalyse des Netzwerkes „Soziales neu gestalten“ (SONG) zeigen zwar ausschließlich eine Breitenwirkung (z. B. in Bezug auf soziodemografische Merkmale) der Wohnmodelle auf und sind von daher im strengen Sinne nicht repräsentativ. Einige Indizien (Einkommen, Ausbildung) deuten aber darauf hin, dass es sich bei den Bewohnern nicht um einen atypischen Personenkreis handelt. Die leichte Tendenz zu Mittelschicht der Anwohnerstruktur gibt vielmehr Anlass, über geeignete sozialpolitische Maßnahmen nachzudenken, wie andere Schichten in die Wohnmodelle integriert werden können.

97 Vor dem Einzug in die gemeinschaftlichen Wohnmodelle lagen im Vergleich zu den Befragten traditioneller Wohnformen keine Unterschiede hinsichtlich des Pflegebedarfs vor.

Dementsprechend zeigen sich auch höhere Engagement- und Beteiligungsquoten der Bewohner gemeinschaftlicher Wohnmodelle für ihre Nachbarn. Obwohl sowohl bei den gegebenen als auch bei den erhaltenen Hilfeleistungen (trotz eines geringeren Unterstützungsbedarfs) höhere Werte vorliegen, besteht ein signifikanter Unterschied zu traditionellen Wohnformen in Bezug auf gegebene Hilfen. In gemeinschaftlichen Wohnformen sind es 51% der Befragten gegenüber 34% in anderen Wohnformen, die ihre Nachbarn durch Hilfeleistungen unterstützen. Wenn die Betrachtung auf die über 50-Jährigen beschränkt wird, ist der Unterschied in Bezug auf die erhaltene Nachbarschaftshilfe signifikant: Hier geben 43% der Befragten in gemeinschaftlichen Wohnmodellen an, Hilfe erhalten zu haben. Ihnen stehen nur 26% in anderen Wohnformen gegenüber. Die Unterschiede beziehen sich auf praktische Unterstützungsleistungen; hierzu zählen Handwerkstätigkeiten, Gänge zu Behörden, zur Post oder zum Arzt sowie Hilfen beim Einkauf. Pflegeleistungen im Rahmen der Nachbarschaftshilfe spielen fast keine Rolle. Es ist aber vorstellbar, dass in diesem Bereich temporäre Aufgaben übernommen werden können, sofern hier eine Koordination von außen unterstützend eingreift.

In den gemeinschaftlichen Wohnmodellen sind es nicht nur die nachbarschaftlichen Beziehungen, die für ein besseres soziales Zusammenleben und unterstützende Leistungen im Vor- und Umfeld der Pflege verantwortlich sind. Eine vertiefende Analyse zum gegenseitigen Nutzen von gemeinschaftlichen Wohnmodellen und dem sie umgebenden Quartier macht deutlich, dass eine Parallelvernetzung vorliegt. Sie bezieht sich einerseits auf die Ebene der Verwandten, Bekannten, Nachbarn sowie bürgerschaftlich Engagierten und andererseits auf die Ebene der professionellen Pflegepersonen und der privaten Dienstleistungserbringer.⁹⁸ Nur gemeinsam reagieren die an dem Netzwerk beteiligten Akteure auf die Bedarfslagen der Bewohner am effektivsten.

Die Analyse zeigt, dass gemeinschaftliche Wohnmodelle, die Hilfebedarf und Engagementpotenziale in Einklang bringen, in der Lage sind, die institutionalisierte Pflege zu unterstützen. Dies betrifft praktische Unterstützungsleistungen im Alltag und bei der Lebensbewältigung, die Pflegetätigkeiten vorgelagert sind.

Die dafür mitverantwortlichen Engagementleistungen sind voraussetzungsvoll. Eine Schlüsselrolle, die für die konsequente Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements verantwortlich ist, liegt im Zusammenwirken verschiedener Akteure aus Kommunen, Gemeinden, öffentlichen sowie privaten Organisationen. Eine Wertschätzung des Engagements impliziert Investitionen in die Gemeinwesenarbeit, d. h. in die sozialarbeiterische Betreuung, sowie bauliche Maßnahmen. Sofern man sich der Bedeutung von Engagement im Pflegebereich bewusst ist, gilt es, die vorgestellten Ergebnisse längerfristig abzusichern und deren Repräsentativität zu erhöhen.

Das Konzept Wohnen und Pflege im Alter knüpft an Diskussionen um eine „Community Care“ an, in denen die Begleitung von Menschen mit Pflegebedarf nicht mehr als alleinige Aufgabe von Institutionen und Professionen gesehen wird, sondern darüber hinaus

⁹⁸ Auffällig ist, dass an den Netzwerken mehrheitlich Frauen beteiligt sind.

u. a. freiwillig Engagierte und kommunale Akteure sowie jene der Wohnungsbaugesellschaften mit in der Verantwortung sehen, den zukünftigen Pflegebedarf aufzufangen. In diesem Kontext lassen sich auch die ambulanten Wohngruppen einordnen, von denen es derzeit in Deutschland etwa 500 gibt (vgl. Dörner 2008). Sie werden als versorgungsrelevant in Bezug auf die Betreuung und Förderung von Menschen mit Pflegebedarf eingestuft und binden das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ein.

Zivilgesellschaftliche Organisationen im Pflegebereich

Neben dem Pflegeengagement in stationären und ambulanten Einrichtungen sowie in gemeinschaftlichen Wohnmodellen existiert ein breites Spektrum an pflegebezogenem Engagement, das zumeist in den Organisationen des Dritten Sektors, d. h. auch in der offenen Altenhilfe, stattfindet (vgl. Expertise zze/Klie). Dieses Spektrum wird nachfolgend exemplarisch aufgezeigt.

Die *Wohlfahrtsverbände*⁹⁹ in Deutschland bieten zahlreiche Einrichtungen und Dienste an, in denen ein pflegebezogenes Engagement ausgeübt wird. Zu den vielfältigen Formen zählen z. B. das Engagement in den stationären Einrichtungen und ambulanten Diensten, die in den Bereichen Alten- und Familienhilfe angesiedelt sind, die organisierte Nachbarschaftshilfe, das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) sowie ehemals das Modellprogramm Generationsübergreifende Freiwilligendienste (GüF), das in Form der Freiwilligendienste aller Generationen weiterbesteht, und die „Grünen Damen und Herren“. Sie stellen einen wichtigen und bewährten organisatorischen Rahmen für ein pflegebezogenes Engagement dar.¹⁰⁰ Wie an anderer Stelle gezeigt wurde, ist die Zahl der Einrichtungen in der Familienhilfe rückläufig. Es fehlen für diesen Bereich separate Untersuchungen zur Verbindung von Engagement und Pflege.

Die Altenhilfe zählt wie die Jugendhilfe zu den größten Arbeitsbereichen der frei-gemeinnützigen Träger. Seit einigen Jahren ist hier ein Zuwachs an Einrichtungen und Diensten zu verzeichnen, im Jahre 2004 waren es insgesamt 15.796. Wie unterschiedliche Ergebnisse belegen, stehen im Bereich der Altenhilfe persönliche Hilfeleistungen im Mittelpunkt des Engagements (vgl. Gensicke 2005: 8). So haben bei der Caritas 73% der hier Engagierten direkt mit Hilfebedürftigen zu tun (vgl. Baldas/Bangert 2008: 43).

Die organisierte Nachbarschaftshilfe ist vor allem in der Diakonie, beim Deutschen Roten Kreuz und bei der Caritas angesiedelt. Ein pflegebezogenes Engagement ist hier im Vor- und Umfeld häuslicher Pflege zu finden. Dabei handelt es sich insbesondere um eine Unterstützung im Haushalt oder um Begleitgänge; pflegerische Einsätze werden in der Regel nicht übernommen. Trotz des Einsatzes freiwilliger Mitarbeiter werden in der organisierten Nachbarschaftshilfe Aufwandsentschädigungen gezahlt, die Übergänge des ursprünglichen Engagements in den Niedriglohnsektor markieren.

99 Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonie, Deutsches Rotes Kreuz, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

100 Das Engagement in sozialen Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege wurde allgemein in Abschnitt 2.3.6 abgebildet. Auf das Engagement in stationären Einrichtungen und ambulanten Diensten im Bereich Pflege wurde weiter oben eingegangen.

Die Einsatzfelder des Freiwilligen Sozialen Jahres, die einen Pflegebezug aufweisen, sind Krankenhäuser, Sozialdienste sowie Alten- und Pflegeheime (vgl. Expertise zze/Stemmer). Gemessen an der Zahl der Einsatzstellen zählen zu den größten Einsatzbereichen Altenhilfe, Alteinrichtungen (3.835 Plätze) und Krankenhäuser/Kliniken (2.230 Plätze) (vgl. BMFSFJ o. J.: 121ff.). Hier übernehmen die Freiwilligen am häufigsten Aufgaben in den Bereichen Pflege/Versorgung/Begleitung (66 %) sowie Anleitung und Betreuung (42 %).¹⁰¹ Da im Bereich der Jugendfreiwilligendienste die Nachfrage seit Jahren das vorhandene Platzangebot überschreitet (ein Platz auf drei Bewerbungen), ist davon auszugehen, dass das Volumen der Plätze jenes der hier Engagierten widerspiegelt. Auch im Rahmen des GüF sind ältere Menschen eine Zielgruppe von Engagierten. In der Begleitforschung zum Modellprogramm ergab sich beispielsweise eine Beteiligungsrate unter den 9.000 Freiwilligen von 22 % im Aufgabenfeld Seniorenarbeit, 9 % im Feld Pflege und Versorgung und 7 %, die im Rahmen von Besuchsdiensten in Krankenhäusern und Alten-/Pflegeheimen aktiv waren (vgl. Expertise zze/Stemmer).

Die „Grünen Damen und Herren“ sind derzeit rund 11.126 (10.430 Frauen und 696 Männer) unabhängige Freiwillige, die der Arbeitsgemeinschaft Evangelische Krankenhaus-Hilfe EKH e. V. angehören.¹⁰² Sie nehmen sich vor allem Zeit für Gespräche oder kleine Erledigungen und Hilfeleistungen, nicht aber für den konkreten pflegerischen Einsatz. Die Dienste der Evangelischen Krankenhaus-Hilfe werden in erster Linie in Einrichtungen evangelischer Träger geleistet. Er steht darüber hinaus aber auch allen anderen Krankenhäusern und Altenhilfeeinrichtungen zur Verfügung.

Eine große Bandbreite pflegebezogenen Engagements findet sich in den in der *Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen* (BAGSO) zusammengeschlossenen Verbänden und Vereinen.¹⁰³ Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Nutzerinnen und Nutzer von Wohn- und Betreuungsangeboten im Alter und bei Behinderung¹⁰⁴ setzt sich beispielsweise für die Rechte pflegebedürftiger Heimbewohner ein; die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen¹⁰⁵ unterstützt Heimbeiräte in ihrer Arbeit. Die Kirchen und Sozialstationen oder Beratungsstellen aus dem Bereich der Freien Wohlfahrtspflege engagieren sich mit Besuchsdiensten, die Landfrauen sind mit zum Teil als ehrenamtlich tätige Dorfhelferinnen aktiv. Bei den Besuchsdiensten handelt es sich um eine stundenweise, mit Aufwandsentschädigung vergütete Entlastung der pflegenden Angehörigen zu besonders strapaziösen Zeiten. Dorfhelferinnen versorgen vorübergehend pflegebedürftige Personen, wenn die Angehörigen verhindert sind. Das Spektrum ist insgesamt sehr breit.

Pflegendes Engagement wird auch im *Hospiz- und Palliativ-Bereich* geleistet. Ein qualifiziertes, zumeist geschultes ehrenamtliches Engagement liegt hier in der individuellen Sterbebetreuung und der Begleitung der Angehörigen. Die Helfer verbringen drei bis vier Stunden pro Woche mit den Betroffenen, wobei ihre Unterstützung auch durch kurzfristi-

101 Diese Angaben schließen die Betreuung von Kindern ein.

102 Angaben laut Expertise der Evangelischen und Ökumenischen Krankenhaus- und Altenheim-Hilfe, die in 443 Krankenhäusern und 265 Alteinrichtungen bundesweit tätig sind.

103 Es liegen hierzu weder übergreifend zusammengefasste Zahlen vor noch umfangreiche Angaben zu dem hier vielschichtigen Engagement.

104 BIVA, vgl. www.biva.de

105 BAG LSV, www.bag-lsv.de

ge Sitz- und Nachtwachen erfolgt (vgl. Erven-Hoppe 2008). Ihr Engagement ist umfangreich: Sie schenken Aufmerksamkeit und hören zu, sind aber auch im Rahmen der Palliativpflege tätig und in der Schmerztherapie geschult. Im Hospiz- und Palliative-Care-Bereich, der in 16 Landesarbeitsgemeinschaften mit ambulanten, teilstationären und stationären Hospizen, Palliativstationen sowie in überregionalen Organisationen im Deutschen Hospiz- und Palliativverband verfasst ist, sind 80.000 Menschen bürgerschaftlich engagiert.¹⁰⁶

In Form einer rechtlichen Betreuung älterer und behinderter Menschen sind Freiwillige in *Betreuungsvereinen* engagiert. Nach Angaben des Bundesamtes für Justiz ist in Deutschland für etwa 1,2 Mio. Menschen eine rechtliche Betreuung bestellt, die zu rund 70 % von Familienmitgliedern und ehrenamtlichen Betreuern wahrgenommen wird, davon knapp zwei Drittel Familienmitglieder und etwa 84.000 ehrenamtlich (vgl. Bauer/Klie 2008). Das verbleibende Drittel wird von Berufsbetreuern oder in geteilten Zuständigkeiten versorgt.

In den über 300 *Alzheimergesellschaften und Alzheimer-Angehörigengruppen* (Selbsthilfegruppen) Deutschlands – allein die Anzahl der Alzheimergesellschaften wird 2009 mit 112 angegeben – sind unterschiedliche Selbsthilfe- und Freiwilligenaktivitäten entstanden (vgl. BMFSFJ 2002: 212). Bürgerschaftliches Engagement ist hier auf zwei Ebenen zu finden: Auf der Ebene des Bundesverbandes, der Alzheimer Gesellschaft e. V., wird Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung demenzkranker Personen überwiegend ehrenamtlich geleistet. Auf der Ebene der einzelnen Gesellschaften und Gruppen erfolgt bürgerschaftliches Engagement in Form von Beratung, Supervision, Betreuungsgruppen und neuen Wohnformen bis hin zu politischen Aktivitäten.

Im Umkreis von Pflegeheimen haben sich sog. *Freundeskreise* etabliert.¹⁰⁷ Sie bilden den Rahmen für vielfältige Aktivitäten des bürgerschaftlichen Engagements, das sich in den Heimen und um die Heime realisiert. Die Tätigkeiten reichen vom Fundraising bis hin zur Planung und Durchführung von Besuchsdiensten oder dem Betrieb einer Cafeteria.

Seniorenengossenschaften (die allerdings in der Regel als Vereine verfasst sind) wurden mit dem Ziel des generationsübergreifenden Austauschs von Hilfe und Unterstützung, der Selbsthilfe sowie der Möglichkeit, sich gemeinschaftlich finanzielle Zugänge zu Versorgungsoptionen zu verschaffen, gegründet. Ein pflegebezogenes Engagement realisiert sich hier insbesondere in der Behindertenhilfe, wo die Einbeziehung bürgerschaftlich Engagierter von einigen Verbänden in den letzten Jahren stärker betrieben wurde.

Auf Bundesebene werden überdies zahlreiche Modellprojekte zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung durchgeführt, die bürgerschaftliches Engagement als Thema aufgreifen.¹⁰⁸ Die Modellprojekte machen deutlich, dass es bei der Einbeziehung bürgerschaftlich

¹⁰⁶ Vom DHPV erfasster Stand 2008, vgl. www.hospiz.net/bag/index.html

¹⁰⁷ Der größte Freundeskreis in Deutschland ist der Freundeskreis Oberaltenallee e. V.; siehe: www.freundeskreis-oberaltenallee.de

¹⁰⁸ Hier eine Auswahl von Projekten im Zeitraum 2000–2011: „Altenhilfestrukturen der Zukunft 2000–2003“; „Ehrenamt in der Pflege: Koordinierungsstelle zur Vermittlung ehrenamtlicher Mitarbeiter in der stationären und ambulanten Pflege 2004–2006“; „Ambulante Wohngemeinschaften für gerontopsychiatrische Erkrankte 2004–2006“; „Alt sein und nicht allein sein – Neue Wohnkonzepte für Pflegebedürftige 2003–2007“; „Pflegebegleiter 2002–2008“; „Generationsübergreifende Freiwilligendienste (GüF) 2005–2008“; „Alter schafft Neues – Aktiv im Alter 2008–2010“; „Freiwilligendienste aller Generationen 2009–2011“.

Engagierter für die Begleitung von Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf um eine teilhabeorientierte Pflege geht. Dabei unterscheiden sich solche Ansätze, die die Freiwilligen den Professionellen mehrheitlich unterordnen, von jenen, in denen bürgerschaftlich Engagierten Professionelle als Unterstützung zur Seite gestellt werden. Engagement – und ein pflegebezogenes Engagement im Speziellen – ist nicht umsonst zu haben. Unterstützende Rahmenbedingungen im Hinblick auf z. B. Koordination, Qualifikation und Anleitung der Engagierten sind auch hier von besonderer Bedeutung.

3.6 Geschlechterbezug des Familienengagements

Wie bereits an verschiedenen Stellen dieses Berichts aufgezeigt wurde, stehen Bedarfe für familienunterstützende Leistungen und die Möglichkeit ihrer Deckung durch Engagement in einem unmittelbaren Gender-Zusammenhang. Zum einen sind Frauen und Männer in einem unterschiedlichen Maße auf familienbezogenes Engagement angewiesen. Zum anderen stellt sich das Angebot geschlechterdifferenziert dar. Im familienbezogenen Engagement werden vertraute traditionelle Formen weiblicher unbezahlter Arbeiten unter einem anderen Vorzeichen reproduziert: Unterschiede zwischen den Geschlechtern manifestieren sich somit auf der Ebene des Engagements.

Im privaten Bereich wird – aufgrund der Wirksamkeit traditioneller Geschlechtsrollenbilder – Familienarbeit in erster Linie von Frauen erfüllt. Nach Angaben aus einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach (2008c) erledigen 76% der in einer Partnerschaft lebenden Mütter mit Kindern unter 16 Jahren persönlich „alles“ (4%) oder „das meiste“ (72%) der Familienarbeit (Erziehung der Kinder und Hausarbeit).¹⁰⁹ Frauen werden in Familien auch als „kin-keeper“ bezeichnet, die die Kontakte zwischen den Familienmitgliedern aufrechterhalten (vgl. Rosenthal 1985). Infolge der ungleichen Einbindung von Frauen und Männern in das Familienleben sind verstärkt Frauen Empfängerinnen eines familienunterstützenden Engagements, da es sie im Bereich der Familienarbeit entlasten kann. Zugleich sind Frauen vor allem in jenen Bereichen engagiert, die einen Familienbezug aufweisen (vgl. Abschnitt 2.2.4). Hier richtet sich ihr Engagement in erster Linie an einen Personenkreis, der für ein familienbezogenes Engagement steht. So kommen 54,6% des weiblichen Engagements Kindern, Jugendlichen, Senioren und Familien zugute (vgl. Tab. 3.6-1).

Dagegen dient das Engagement der Männer häufiger keinem speziellen Personenkreis bzw. keiner bestimmten Zielgruppe. Das Engagement der Männer ist also deutlich stärker durch Eigeninteressen geprägt als das der Frauen.

Auch wenn die beobachtbare Geschlechterdifferenzierung im Engagement nicht zwangsläufig mit einer hierarchisierenden Dimension einhergehen muss, liegt hier eine engagementspezifische Arbeitsteilung vor. Diese fördert letztlich die Segregierung der Geschlechter (vgl. Krüger 2007).

¹⁰⁹ Diese Einschätzung wird von den Vätern geteilt, da 68% von ihnen der Auffassung sind, von der anfallenden Arbeit den „kleineren Teil“ (61%) oder „kaum etwas, gar nichts“ (7%) zu machen.

Tabelle 3.6-1: Ausübung von Engagement für spezielle Personengruppen, 2004, in %

	Frauen	Männer	Gesamt
Kinder/Jugendliche	36,3	30,4	33,1
Familien	5,6	3,8	4,6
Behinderte	1,8	0,9	1,3
Senioren	12,7	6,5	9,3
Migranten	1,1	0,7	0,9
Frauen	5,9	0,2	2,8
Andere	4,3	7,2	5,9
Kein spezieller Personengruppe	31,6	49,3	41,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Differenz zu 100: keine Angabe.

Quelle: Freiwilligensurvey 2004; eigene Berechnungen.

Die Förderung eines familienunterstützenden Engagements darf letztendlich nicht zur Beibehaltung oder gar zum Ausbau überkommener Geschlechterbilder und traditioneller Arbeitsteilung beitragen. Familienbezogenes Engagement hat unterschiedliche Zielgruppen; eine davon sind Frauen, die auf diesem Weg bei der Familienarbeit entlastet werden und deren stärkere Integration in den Arbeitsmarkt gleichzeitig zu unterstützen ist. Ein entsprechendes Angebot an familienunterstützendem Engagement kann deshalb nicht geschlechtsblind gefördert werden. Damit soll verhindert werden, dass geschlechtsspezifische Diskrepanzen nicht unter anderen Vorzeichen ausgebaut werden.

Gerade das bürgerschaftliche Engagement, das dem Gemeinwohl verpflichtet ist und bei dem ein Miteinander in den Vordergrund gestellt wird, ist als eine Lernwelt für Geschlechtergerechtigkeit anzusehen (vgl. Schenk 2008).

3.7 Zusammenfassung: Engagement von und für Familien

Engagement von und für Familien findet in unterschiedlichen Bereichen statt. Neben der Fürsorge wurde die Pflege als Engagementfeld näher analysiert. Die Ergebnisse zum Engagement in diesen Bereichen lassen sich in den folgenden Punkten zusammenfassen:

- Familien gehören zu den Hauptakteuren des Engagements. Das Engagement von Familien weist einen starken Familienbezug auf, das heißt, dass Familien sich häufig in Bereichen engagieren, die im Familienkontext von Bedeutung sind. Ursächlich hierfür können bestimmte Engagementgelegenheiten (z. B. Elternbeirat) sein, die sich für Eltern durch ihre Kinder eröffnen.
- Familien sind wichtige Empfänger von Engagement. Insgesamt 49% des Engagements richten sich an Familien, Kinder und Senioren. Das informelle Engagement zwischen Nachbarn, Freunden und Bekannten ist dabei noch nicht berücksichtigt. Vom Sportkurs über andere Freizeitangebote bis hin zu Betreuung und Hilfen im Alltag sind die Leistungen der Engagierten breit gefächert.
- Ein Engagement für Familien hat grundsätzlich – im Verhältnis zu öffentlichen und privatwirtschaftlichen Leistungen – ergänzenden Charakter. So findet es zumeist nicht

täglich statt, wie es die Bedarfe im familialen Kontext oft erfordern, sondern wird in der Regel nur ein- bis zweimal wöchentlich ausgeübt.

- Der gesellschaftliche Versorgungsbeitrag des Engagements für Familien bezieht sich auf ein Charakteristikum: Die vielfältigen Leistungen, die durch Engagement für Familien erbracht werden, sind auf die Erhöhung der Lebensqualität gerichtet. Beispielsweise realisiert sich das Engagement für ältere Menschen überwiegend im Vor- und Umfeld der Pflege und hat keinen – im medizinischen Sinne – direkten Pflegebezug. Denn jene Arbeiten für Familien, die qualifizierte und entsprechend beruflich ausgebildete Kräfte in öffentlichen und anderen Einrichtungen erbringen, können durch das Engagement nicht geleistet werden.
- Es gibt vielfältige Formen des Engagements für Familien und ältere Menschen, mit denen ein erheblicher Innovationsgehalt verbunden ist. Neben den Tätigkeiten mit Organisationsbezug kommt dem informellen Engagement hier ein besonders hoher Stellenwert zu. Beim informellen Engagement handelt es sich um Hilfeleistungen von Freunden, Nachbarn und Bekannten, die für Familien eine wichtige unterstützende Funktion haben. Von den neuen individualisierten Formen, z. B. im Feld selbstorganisierter Kinderbetreuung bis zu gemeinschaftlichen Wohnprojekten, sticht das Engagement für Familien und ältere Menschen insgesamt als sehr facettenreich hervor.
- Das Engagement für Familien und ältere Menschen wird zu einem überdurchschnittlichen Anteil von Frauen geleistet; es ist also geschlechterdifferenziert. Die Förderung eines familienunterstützenden Engagements darf aber nicht zur Zementierung und gar zum Ausbau traditioneller Geschlechtsmuster beitragen.
- Die Bedeutung des Engagements für Familien und ältere Menschen schlägt sich nicht ausreichend in bislang durchgeführten Erhebungen und Statistiken nieder. Daher sollten insbesondere eine Bedarfsanalyse zur Nachfrage und eine Qualitätsbewertung von Engagement durch Familien erstellt werden.

IV.

Engagementpolitik

4.1 Einleitung

Die Diskussion der letzten 15 Jahre um eine Neubestimmung der Verantwortungsbalance (vgl. Kap. I) zwischen Zivilgesellschaft, Unternehmen und Staat erfordert von allen Akteuren zielgerichtetes Handeln. Das folgende Kapitel erkundet zunächst den Stand der Engagementpolitik und präsentiert dann Handlungsempfehlungen zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements für die Akteure in diesem Politikfeld. Die Grundlage hierfür bilden u. a. die in Kapitel II und III herausgearbeiteten Tendenzen zur Lage des Engagements.

Die Herausbildung dieses Politikfeldes kann bereits auf einen längeren Werdegang zurückblicken. Praktischer und theoretischer Hintergrund ist der wachsende Stellenwert der Zivilgesellschaft in allen modernen Gesellschaften (vgl. Klein 2001) – neben der staatlichen Organisationsstruktur und den Leistungen des Marktes mit seinen Akteuren. Der Bedeutungsgewinn von bürgerschaftlichem Engagement in diesem Kontext hat mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen zu tun, die theoretisch unterschiedlich gedeutet werden.¹¹⁰ Im Ergebnis zielen die Veränderungen darauf ab, dass Ordnungs- und Wohlfahrtsleistungen in modernen Gesellschaften zunehmend von zivilgesellschaftlichen Akteuren und durch das bürgerschaftliche Engagement erbracht werden.

Im Mittelpunkt der Diskussionen der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ stand eine Neufassung der Rolle des Staates mit den Begriffen Aktivierung und Ermöglichung. Dabei kommt der politischen Dimension des bürgerschaftlichen Engagements, wie sie mit dem Konzept der „kooperativen Demokratie“ (Holtkamp et al. 2006) herausgearbeitet wurde, eine zentrale Bedeutung zu.

Die hier vorgestellten Handlungsempfehlungen richten sich nicht nur an staatliche Akteure, sondern auch an zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen.

¹¹⁰ Modernisierung, Differenzierung, Demokratisierung, Individualisierung etc. (vgl. dazu Beck 1996; Zapf 1994; Schimank 2007; Habermas 1992).

4.2 Leitlinien für eine nachhaltige Engagementpolitik

Der Bedeutungsgewinn des Engagements in den letzten Jahren spiegelt sich in einer wachsenden Aufmerksamkeit der Politik für dieses Thema: Engagement wird zum Gegenstand der politischen Steuerung und Gestaltung – und Engagementpolitik zu einem neuen politischen Handlungsfeld.

Eine Engagementpolitik gibt es nicht aus einem Guss (vgl. Olk/Klein 2009; Embacher/Lang 2008). Der Gegenstand selbst ist zu vielgestaltig, und die politischen Zuständigkeiten sind auf verschiedene Ebenen verteilt. Die unterschiedlichen, durch die Verfassung festgelegten Kompetenzen von Bund, Ländern und Kommunen können durch eine gezielte und kooperative Zusammenarbeit im Bereich des Engagements große Synergien erzeugen. Während beispielsweise der Bund vor allem über Modellprogramme und durch die Steuergesetzgebung neue Impulse setzt, sind es die Kommunen, die eher für die Infrastruktur des Engagements vor Ort zuständig sind.

Für die staatlichen Akteure auf den verschiedenen Ebenen wird Engagementpolitik angesichts ihrer Vielgestaltigkeit zu einer Herausforderung – und dieser Heterogenität muss sie Rechnung tragen: Eine erfolgreiche Engagementpolitik hat differenziert vorzugehen und die Besonderheiten der Engagementbereiche und -formen zu berücksichtigen. Engagement kann organisationsgebunden und ungebunden sein. Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in ganz unterschiedlichen Organisationen wie in Sportvereinen und Stiftungen, aber auch von Individuen zu Individuen. Das Engagement hat häufig einen sehr starken Zeit- und Lebenslaufbezug; es kann kurz- und langfristiger Natur sein. Für dieses heterogene Feld hat Engagementpolitik zielgruppen- und bereichsspezifische Lösungen anzubieten.

Engagementpolitik zeichnet sich darüber hinaus durch das Zusammenspiel verschiedener staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure mit jeweils eigenen Absichten, Interessen und Machtchancen aus. Dieses Regieren, das in zahlreichen, häufig wechselnden Konstellationen, Gremien, Systemen, Netzwerken etc. erfolgt, wird seit einiger Zeit als „Governance“ bezeichnet (vgl. hierzu Schuppert 2008; Benz et al. 2007).

Es gibt aber auch Grenzen von Engagementpolitik. Auf diesen Umstand hat Ernst-Wolfgang Böckenförde aufmerksam gemacht. Das inzwischen klassische „Böckenförde-Dilemma“ beschreibt, dass der „freiheitlich, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann“. Er gewährt Freiheit, kann diese aber nicht sicherstellen, weil sie in die moralische Autonomie des Einzelnen fällt (Böckenförde 1976: 60). Der Staat könne daher – auch für die Förderung von Engagement und Gemeinwohl – nur eine „Politik der ‚Signale‘“ (Offe 2008: 74) betreiben.

Engagementpolitik muss sich an bestimmten Leitlinien orientieren. Diese bestehen aus den im Folgenden aufgeführten Punkten.

Zeitpolitik

Zeitpolitik gewinnt für das bürgerschaftliche Engagement immer größere Bedeutung. Sie ist zudem eine Aufgabe, die die ganze Gesellschaft betrifft. Politische Akteure auf allen Ebenen, zivilgesellschaftliche Institutionen, Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften sind aufgerufen, eine Zeit- und Lebenslaufpolitik als Zielperspektive zu entwickeln. In diesem Rahmen müssen Möglichkeiten geschaffen werden, mit denen die betrieblichen Erfordernisse mit den Versorgungszeiten der Familie, den Notwendigkeiten der Weiterbildung und den Realisierungschancen für bürgerschaftliches Engagement besser in Einklang gebracht werden können.

Dies bedeutet, die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Leben („Work-Life-Balance“) umfassend zu thematisieren und zu einem gesellschaftlichen Thema zu machen (vgl. Abschnitt 2.2.5). Es reicht nicht aus, über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sprechen – auch die zeitlichen Anforderungen für andere sinnstiftende Tätigkeiten wie bürgerschaftliches Engagement müssen miteinbezogen werden.

Darüber hinaus ist unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit zu berücksichtigen, dass Männer und Frauen von Work-Life-Balance-Problemen unterschiedlich betroffen sind. So sinkt bei Frauen, die in Paarhaushalten mit Kindern leben, der zeitliche Umfang für ehrenamtliche Aktivitäten, wenn ihre wöchentlichen Arbeitsstunden steigen; bei Männern verhält es sich genau umgekehrt. Teilzeitbeschäftigte Frauen haben höhere Engagementquoten, während bei Männern hohe Engagementquoten mit Vollzeitbeschäftigung einhergehen. Vielfach aber sind Teilzeitbeschäftigungen für die berufliche Karriere nicht förderlich. Eine Zeitpolitik kann sich daher nicht nur darauf beziehen, Zeit für Engagement mit in den Blick zu nehmen, sondern muss auch der wachsenden Frauenerwerbstätigkeit Rechnung tragen und Teilzeitarbeit bei Frauen und Männern so gestalten, dass dadurch keine Nachteile für berufliche Karrieren entstehen. Hier eröffnen sich insbesondere für Unternehmen und die Tarifpartner neue Herausforderungen.

Eine veränderte Zeitpolitik muss mit Blick auf die Individuen auch darauf hinwirken, dass sich die starren Lebens- und Berufsverläufe (Ausbildung – Erwerbsarbeit – Rente) ändern und Engagement in den verschiedenen Lebensphasen einen festen Platz bekommt. In einer lebenslaufbezogenen Zeitpolitik geht es darum, die Freiheitsspielräume der privaten Lebensführung zu sichern und zu erhöhen. Hier sind neue Passungsverhältnisse zu entwickeln.

Durch eine bessere Koordination der Zeitpolitik auf örtlicher und regionaler Ebene (Öffnungs-, Arbeitszeiten, Betreuung etc.) kann sichergestellt werden, dass Engagement besser mit den beruflichen und familiären Erfordernissen vereinbar wird. Auch Institutionen wie Schulen und Bildungseinrichtungen müssen dazu beitragen, dass Jugendlichen und jungen Erwachsenen genügend Raum für Engagement bleibt.

Zeitpolitik wird zudem zu einer Herausforderung, weil Engagement vielfach in verbindlichen und verlässlichen Strukturen erfolgt (Unterstützungsleistungen für Familien, Hospizarbeit, Betreuung, Pflege, Feuerwehr, Hilfsorganisationen). Diese Verlässlichkeit wird durch betriebliche Anforderungen (Freistellungen, Abwesenheiten) und Präsenzzeiten (Bildungseinrichtungen) nicht immer gewährleistet.

Freiwilligkeit des Engagements

Eine staatliche Politik der Engagementförderung auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene hat immer im Auge zu behalten, dass bürgerschaftliches Engagement freiwillig geschieht. Und es ist selbst Ausdruck von Freiheit. Denn Freiheit bedeutet, Optionen, Handlungsmöglichkeiten und -alternativen zu haben. Eine Engagementförderpolitik soll daher die Wahlmöglichkeiten erhöhen und gleichzeitig dafür sorgen, dass Engagementabsichten realisiert werden können. Dies bedeutet, dass dafür Infrastruktur bereitzustellen ist.

Unentgeltlichkeit

Unter bürgerschaftlichem Engagement wird in der Regel ein individuelles Handeln verstanden, das sich durch Freiwilligkeit, fehlende persönliche materielle Gewinnabsicht und eine Ausrichtung auf das Gemeinwohl auszeichnet. Das schließt einen individuellen Nutzen in Form der Aneignung von Wissen und Kompetenz, das Knüpfen und die Pflege sozialer Beziehungen oder andere ideelle Erträge nicht aus.

Das Thema Unentgeltlichkeit des Engagements verdient eine stärkere Beachtung, da sich in den letzten Jahren Entgrenzungserscheinungen bemerkbar gemacht haben. Sie betreffen zum einen den Übergang zur Erwerbsarbeit und – damit zusammenhängend – zum anderen die Monetarisierung des Engagements. Aufwandsentschädigungen und geringe Entgelte für bestimmte Tätigkeiten können zwar Anreize schaffen, gleichzeitig aber zur schleichenden Herausbildung von Niedriglohnsektoren führen. Durch Niedriglöhne verschlechtert sich die soziale Absicherung. Menschen werden gezwungen, ihr Einkommen durch mehrere Jobs zu sichern. Dies kann das Engagementverhalten negativ beeinflussen.

Vielfalt und Autonomie

Nachhaltige Engagementförderpolitik muss die Vielfalt des Engagements berücksichtigen und die Autonomie der Organisationen respektieren. Die Vielgestaltigkeit des Engagements und der zivilgesellschaftlichen Organisationen sind Ausdruck einer gesellschaftlichen Entwicklung, in der Engagement zu einem selbstverständlichen Teil der Lebensführung wird und insgesamt zur gesellschaftlichen Integration beiträgt.

Bei der Entwicklung von Lösungs- und Fördermodellen sollte eine staatliche Politik der Engagementförderung stets die Vielfalt der Formen, der Organisationen sowie der Zugänge zum Engagement im Auge behalten.

Erhöhung der Selbststeuerungsfähigkeit, Selbstkoordination und Selbstkontrolle

Neben der Erhaltung der Vielfalt gilt es, die Fähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Selbststeuerung und Selbstkoordination zu stärken. Eine staatliche Politik der Engagementförderung muss dafür passende Voraussetzungen schaffen. Diese Leitlinie betrifft sowohl die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen insgesamt als auch die Erschließung neuer Finanzquellen, um die bislang in Deutschland vorhandene Staatsabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen zu reduzieren. Die gegenwärtigen staatlichen Finanzierungsmuster fördern nicht nur eine Abhängigkeit, sondern auch die Ausbildung bürokratischer Strukturen.

Eine staatliche Engagementförderpolitik muss sich ferner daran orientieren, dass bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen Transparenz und Rechenschaftspflicht zu verhaltensprägenden Leitlinien werden. Die Entscheidungsfreiheit der Organisationen muss respektiert werden; gleichwohl ist darauf zu achten, dass sie sich verstärkt in ihrem Handeln von zivilgesellschaftlichen Werten (Transparenz, Beteiligungsoffenheit, Rechenschaftspflicht und Toleranz) leiten lassen.

Die Selbststeuerungsfähigkeit ist kein Selbstzweck. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Engagement insgesamt sind in die Lage zu versetzen, einen größeren Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu leisten und zur sozialen Innovation beizutragen.

Sensibilität für gesellschaftlich relevante Fragen

Da zivilgesellschaftliche Organisationen Teil der Gesellschaft sind und sich die Probleme von sozialer Ungleichheit, mangelnder Gendergerechtigkeit, Exklusion und Mittelschichtszentriertheit in diesen Organisationen ebenfalls bemerkbar machen, ist eine Politik der Engagementförderung an ihrer Behebung auszurichten. Die Förderung der Zivilgesellschaft kann zwar staatliche Sozial- und Bildungspolitik nicht ersetzen, doch zivilgesellschaftliche Organisationen haben eine besondere Verantwortung gegenüber den beschriebenen gesellschaftlichen Problemlagen.

Staatliche Engagementförderung muss zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen. Auch wenn sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen Bürgerinnen und Bürger aus der Mittelschicht konzentrieren und wir beim Engagement somit einen Mittelschichtsbias feststellen, ist Engagementförderpolitik erforderlich.

Größere Beachtung des informellen Engagements

Die Bedeutung des informellen Engagements – nichtorganisiertes Engagement und Hilfeleistungen außerhalb der Kernfamilie im Rahmen von Netzwerken aus Nachbarn, Freunden und Bekannten – wurde bislang wenig beachtet. Wenn Engagement mit Blick auf soziale Dienstleistungen mehr an Bedeutung gewinnt, dann stehen Hilfeleistungen für Dritte als wichtige Form des Engagements im Mittelpunkt.

Engagementpolitik von allen Akteuren und auf allen Ebenen muss dieser Dimension höheres Gewicht beimessen; sie ist daran auszurichten, die Strukturen des informellen Engagements zu stärken. Denn informelle Netze sind auf eine förderliche Infrastruktur angewiesen. Dies zeigt sich besonders in den Bereichen der familiennahen Dienstleistungen, der Pflege und der Fürsorge.

4.3 Engagementförderung des Staates

4.3.1 Engagementförderung auf der Ebene des Bundes

Der Bedeutungszuwachs des bürgerschaftlichen Engagements zeigt sich darin, dass der Staat auf den föderalen Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen mit vielen verschiedenen Mitteln und Methoden Engagementförderung betreibt. Engagementpoli-

tik ist in den letzten Jahren zu einem expandierenden Politikfeld geworden, in dem zahlreiche Ansätze, Initiativen, Projekte und Bestrebungen zu finden sind, die aber alle mehr oder minder nebeneinanderstehen und noch wenig miteinander koordiniert sind.

Gesetzliche Regelungen

Seit dem Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages hat der Bund mit einer Reihe von Gesetzen und Modellprogrammen versucht, Anreize für Engagement zu schaffen und neue Felder für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu eröffnen.

Auf der finanziellen Ebene hat der Bund mit der Erhöhung der Übungsleiterpauschale im Jahre 2002 die Anreize für Übungsleiter im Sport sowie durch die Ausweitung der Pauschale auf den Kultur- und Umweltbereich und die politische Bildung verbessert. Die Reformen des Stiftungsrechts 2000 und 2002 haben, neben anderen finanzpolitischen Maßnahmen, zum Boom an Stiftungsgründungen beigetragen. Außerdem wurde eine Reihe von gesetzlichen Änderungen vorgenommen, so die zum Einsatz der umstrittenen 1-Euro-Jobs im gemeinnützigen Bereich (§ 16 SGB II), die Verbesserung des bürgerschaftlichen Engagements von Arbeitslosen (§ 118 a SGB III) und das Betreuungsrechtsänderungsgesetz, das die Aufwandspauschale für ehrenamtliche Betreuer steuerfrei stellt.

Seit der 15. Legislaturperiode ist es zu zahlreichen Verbesserungen beim unfall- und haftpflichtversicherungsrechtlichen Schutz von Engagierten gekommen (vgl. Tab. 4.3-1). Der Schutz bei Unfällen und Haftungsfällen wurde sukzessive auch auf Engagierte, die kein formelles Ehrenamt innehaben, ausgedehnt (Unfallversicherungsmodernisierungsgesetz).

Tabelle 4.3-1: Engagementgesetzgebung durch den Bund seit 2002 (15. und 16. Legislaturperiode)

Zeit	Thema	Zuständigkeit	Relevanz für bürgerschaftliches Engagement
1/2002	Pflegeleistungsergänzungsgesetz	BMGS	Förderung von „niedrigschweligen Betreuungsangeboten“ z. B. durch ehrenamtliche Helfer (Aufwandsentschädigung, Kosten der Koordination, Anleitung, Schulung/ Fortbildung)
	Aufwandsentschädigung aus öffentlichen Kassen von der Lohn- und Einkommensteuer befreit	BMF	Genaue Regelung unbekannt. Normale Richtlinien: Übungsleiterpauschale (§ 3 Nr. 26 EStG) oder/und Aufwandspauschale bis 500 Euro steuerfrei (§ 3 Nr. 26 a EStG)
	Erhöhung des Übungsleiterfreibetrags auf 1.848 Euro	BMF	Bis 2006 – ab 2007 Übungsleiterpauschale von 2.100 Euro
5/2002	Änderung des § 118 a SGB III: „Ehrenamtliche Betätigung“ und „Verordnung über die ehrenamtliche Betätigung von Arbeitslosen“		Anrechnungsfreie Höchstgrenze für eine Aufwandsentschädigung ist der Betrag von 154 €/Monat; berufliche Eingliederung des Arbeitslosen hat Vorrang
6/2002	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres und anderer Gesetze (FSJ – Förderungsänderungsgesetz)	BMFSFJ	Zivildienst wird als FSJ/FÖJ anerkannt; neue Bereiche: Kultur, Sport, Ausland

Zeit	Thema	Zuständigkeit	Relevanz für bürgerschaftliches Engagement
Fortsetzung			
15. Legislaturperiode			
2003	Freiwilligenagenturen erlangen den Gemeinnützigkeitsstatus	BMF	Hohe Relevanz BMF-Schreiben vom 15.9.2003, IV C 4 – S 0171 – 97/03, BStBl. 2003 I S. 446
2004	Umweltinformationsgesetz	BM	Freier Zugang zu Umweltinformationen
2004	Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze	BMF	Steuerbegünstigung von Fördervereinen, die gewerbliche Betriebe (mit gemeinnützigem Zweck) fördern
	Neuregelung der Minijobs		Mehr Spielraum für Sportvereine bei der Beschäftigung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern
1/2005	Gesetz zur „Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes bürgerschaftlich Engagierter und weiterer Personen“	BMF	Unfallversicherung für weitere wichtige Personengruppen (über 2 Mio. Menschen betroffen); außerdem freiwillige Versicherung ausgedehnt
2005	Informationsfreiheitsgesetz	BMI	Größere Transparenz des Verwaltungshandelns
1/2005	Rechtsdienstleistungsgesetz	BMJ	Möglichkeit der unentgeltlichen altruistischen Rechtsberatung
1/2005	Gesetzgebung zur Modernisierung der Arbeitsvermittlung (1-Euro-Jobs): Schaffung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung im gemeinnützigen Bereich (§ 16 SGB II)	BMA	Problematische Einführung von „1-Euro-Jobs“, u. a. auch für gemeinnützige Tätigkeiten. Förderung von bürgerschaftlichem Engagement stand hier nicht im Vordergrund.
7/2005	Betreuungsrechtsänderungsgesetz. Die ab dem 1. Juli geltende Aufwandspauschale von 323 Euro ist grundsätzlich steuerfrei.		Unbürokratische Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Betreuer, die keine Vergütung bekommen; bei mehreren Betreuungen auch mehrere Aufwandspauschalen möglich
2005	§ 29 Abs. 2 des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (SGB) XII		Bedarfsdeckung durch Tafeln, die nicht angerechnet werden soll.
16. Legislaturperiode			
8/2006	Reform des Genossenschaftsgesetzes	BMJ	Aufnahme sozialer und kultureller Zwecke, Verringerung von Bürokratie und Erleichterung der Gründung
10/2007	Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements	BMF	Umfassende Verbesserung steuerrechtlicher Rahmenbedingungen
	Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG)	MBG	Bessere Förderung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe
	Jugendfreiwilligendienstgesetz	BMFSFJ	Ausbau der Freiwilligendienste als Lerndienste; Flexibilisierung der Zeitstrukturen
11/2008	Unfallversicherungsmodernisierungsgesetz		Ehrenamtliche, die in herausgehobener Weise Verantwortung übernehmen, können den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung in Anspruch nehmen.

Zeit	Thema	Zuständigkeit	Relevanz für bürgerschaftliches Engagement
Fortsetzung			
6/2008	Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten	BMFSFJ	Ausbau der Freiwilligendienste als Lerndienste; Flexibilisierung der Zeitstrukturen
2008	Neuer Freiwilligendienst des BMZ weltweit		2008 sollen 3.000 junge Menschen in andere Länder geschickt werden und danach 10.000 für 6 bis 24 Monate.
2008	Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen und zur Änderung anderer Gesetze	BMAS	Legaldefinition Freiwilligendienst aller Generationen
7/2008	Pflege-Weiterentwicklungsgesetz		30 Mio. Euro zur Förderung ehrenamtlicher Strukturen, Selbsthilfe, Pflegestützpunkte
1/2009	Freiwilligendienste aller Generationen	BMFSFJ	46 „Leuchtturmprojekte“; 24,75 Mio. Euro
2009	Jahressteuergesetz 2009	BMF	Veränderung der Haftungsregelung bei Vereinen; Änderungen in der Abgabenordnung (§ 51 Abs. 2)
2009	Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes	BMF	Einführung einer verschuldensabhängigen Haftung bei zweckfremder Verwendung der Spendenmittel
2009	Gesetzentwurf des Bundesrates zur Begrenzung der Haftung von ehrenamtlich tätigen Vereinsvorständen		Externes Haftungsrisiko begrenzen + Haftung nur noch bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit

In der gegenwärtigen 16. Legislaturperiode wurden mit dem Gesetz zur weiteren Förderung des bürgerschaftlichen Engagements das Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht vereinheitlicht, der Spendenabzug verbessert und eine Reihe von Vorschlägen der Enquete-Kommission umgesetzt. Mit diesem Gesetz aus dem Bundesfinanzministerium wurde gleichzeitig der Übungsleiterfreibetrag weiter angehoben und ein Freibetrag von 500 Euro für ehrenamtliche Betätigung eingeführt. Durch die steuerliche Begünstigung von Spenden konnten die Zuwendungen in den Vermögensstock von Stiftungen verbessert werden.

Modellprogramme

Mit einer Reihe von Modellprogrammen hat vor allem das BMFSFJ in der 16. Legislaturperiode versucht, Impulse für eine Innovation durch Engagement zu setzen (vgl. Tabelle 4.3.2). Die Modellprogramme konzentrieren sich auf die Ausweitung und die Neukonzeption der Freiwilligendienste sowie auf die stärkere Einbeziehung Älterer in das Engagement. Außerdem wurden die bestehenden Freiwilligendienste für weitere Personengruppen erweitert, die Einsatzfelder ausgedehnt, die Zeitstrukturen flexibilisiert und schließlich auf eine einheitliche gesetzliche Grundlage gestellt (1. Juni 2008). Mit Modellprogrammen (Generationsübergreifender Freiwilligendienst, Freiwilligendienste aller Generationen) wurde das Programm der Freiwilligendienste, das sich bislang an Jugendliche richtete, auch auf andere Altersgruppen ausgedehnt.

Tabelle 4.3-2: Modellprogramme des Bundes

Name und Kurzbeschreibung	Ministerium	Ziel	Laufzeit
Generationsübergreifende Freiwilligendienste	BMFSFJ	Durch die Generationsübergreifenden Freiwilligendienste wurden neue Einsatzfelder und neue Engagementformen für Menschen aller Altersgruppen erprobt.	2005–2008
Initiative „ZivilEngagement“	BMFSFJ	Rund 40 Projekte mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen. Gesamtziel: umfassende Engagementpolitik	2007–
Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“	BMFSFJ	Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie Stärkung der bildungspolitischen und pädagogischen Arbeit in diesem Bereich durch lokale Aktionspläne und Modellprojekte	2007–
Initiative „Alter schafft Neues“	BMFSFJ	Unter dieser Initiative bündelt das BMFSFJ drei zentrale Projekte des „NeuenAlters“.	
Initiativprogramm „Wirtschaftsfaktor Alter“	BMFSFJ	Die Initiative verknüpft Senioren-, Wirtschafts- und Verbraucherpolitik miteinander und beschleunigt die Entwicklung neuer attraktiver Produkte und Dienstleistungen für alle Generationen.	2008–2010
Modellprogramm „Aktiv im Alter“	BMFSFJ	Frauen und Männern jenseits der 50 soll es noch leichter gemacht werden, sich gesellschaftlich einzubringen. 150 geförderte Kommunen machen vor, wie die Beteiligung älterer Menschen aussehen kann.	2008–2009
Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“	BMFSFJ	Das Programm mit einem Budget von 24,75 Mio. Euro soll die in den Generationsübergreifenden Freiwilligendiensten entwickelten Engagementformen und -strukturen verstetigen und in die Fläche bringen. Es spricht Menschen aller Altersgruppen an. Besondere Schwerpunkte sind die Heranführung von Kindern und Jugendlichen an Freiwilliges Engagement sowie die Integration von Migrantinnen und Migranten. Es sieht neben dem Aufbau von sog. Leuchtturmprojekten den Einsatz mobiler Kompetenzteams vor, die bei der Organisation von Freiwilligenprojekten helfen. Zusätzlich werden 2.000 kommunale Internetplattformen eingerichtet, die als Marktplätze für freiwilliges Engagement dienen. Außerdem sieht das Programm Qualifizierungsmaßnahmen für Freiwillige und Koordinatoren vor.	2009–2011
Projekt „Bericht zur Lage und den Perspektiven des Zivilengagements in Deutschland“ (WZB)	BMFSFJ	Beginn einer komplexen, regelmäßigen und wissenschaftlich fundierten Bestandsaufnahme zum Zivilengagement: Handlungsempfehlungen für Politik, zivilgesellschaftliche Organisationen und Wirtschaft Engagement als wichtiges Element familienunterstützender Leistungen	2008–2009
Programm „Freiwilligendienste machen kompetent“	BMFSFJ	Ziel ist es, benachteiligten Jugendlichen bessere Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe im freiwilligen Engagement und zu kompetenzbasiertem Lernen im Freiwilligen Sozialen und Freiwilligen Ökologischen Jahr (FSJ/FÖJ) zu ermöglichen.	2007–
weltwärts	BMZ	Entwicklungspolitischer Freiwilligendienst des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	2008–2010
Partizipative Kommune	BMFSFJ	Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen	2007–2008
Pilotprojekt FSJPlus	BMFSFJ	Junge Menschen können im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres die mittlere Reife erlangen.	2005–

Name und Kurzbeschreibung	Ministerium	Ziel	Laufzeit
Fortsetzung			
Lokale Bündnisse für Familie	BMFSFJ	Gründung tragfähiger Netzwerke zwischen Politik, Wirtschaft, Verbänden, Kirchen, Elterninitiativen, die sich vor Ort für die Belange von Familien einsetzen.	2004–
Bundesinitiative „Wir ... hier und jetzt“	BMFSFJ	Ziel ist es, Jugendlichen in den neuen Ländern und Berlin Perspektiven zu eröffnen und der anhaltenden Abwanderung junger Menschen entgegenzuwirken.	2003–2004
Kampagne „FRAUEN MACHT KOMMUNE“	BMFSFJ	Frauen werden ermutigt, sich stärker in die Politik einzumischen. Mehr Frauen sollen für kommunalpolitische Wahlämter gewonnen werden.	2008–2009
Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser	BMFSFJ	Das Programm fördert das Miteinander und den Austausch der Generationen und schafft ein nachbarschaftliches Netzwerk familiennaher Dienstleistungen.	2006–2011
Modellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen: SeniorTrainerin“	BMFSFJ	Nutzung des Erfahrungswissens Älterer	2002–2006
Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C)	BMFSFJ	Junge Menschen aus benachteiligten Sozialräumen sollen günstigere Bedingungen für ihre Entwicklung und bessere Voraussetzungen für ihre Zukunft erhalten. Mehrere Programm-Module/ Teilprojekte – nicht alle engagementspezifisch.	2000–2006
Initiative „Erfahrung ist Zukunft“	Diverse Ministerien und Verbände	Die Initiative will den demografischen Wandel bewusst machen und für ein neues Bild des Alters und des Alterns werben.	2006–
Initiative Bürgerstiftungen		Diese Initiative ist die unabhängige und zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für Bürgerstiftungen und Gründungsinitiativen in Deutschland, gefördert u. a. vom BMFSFJ	2001–

Parallel zu den Reformen der Freiwilligendienste durch das BMFSFJ haben andere Ministerien ebenfalls begonnen, Freiwilligendienste aufzubauen („weltwärts“, „kulturweit“).

Initiative ZivilEngagement

Die Initiative ZivilEngagement (IZE) des BMFSFJ versucht mit einer Fülle von Engagement fördernden Projekten und einer eigenen administrativen Einheit (Beauftragter des Ministeriums für Zivilengagement) eine Querschnittspolitik zu initiieren, die zunächst die administrative Versäulung des Ministeriums überwinden und darüber hinaus Ausstrahlungseffekte auf die gesamte Politik der Bundesregierung erzeugen soll.

Tendenzen auf Bundesebene

Auf der Bundesebene sind folgende Tendenzen der Engagementpolitik auszumachen:

- Der Staat macht starken Gebrauch von monetären Steuerungselementen: Aufwandspauschalen, Freibeträge, Steuerfreistellungen, Abzugsfähigkeit von Aufwendungen, Minijobs in zivilgesellschaftlichen Organisationen.
- Das Thema Engagement wird zunehmend in anderen Politikfeldern wahrgenommen und in die Gesetzgebung einbezogen: Pflege, Gesundheitsreform, Arbeitsmarkt, Informationsfreiheit, Rechtsberatung.
- Mit den neuen Freiwilligendiensten wird das bürgerschaftliche Engagement zum einen in verbindlichere Strukturen gebracht, zum anderen werden neue Bereiche sozialer Dienste (Pflege, Familie, Schule) damit gestützt.

Handlungsempfehlungen für den Bund

Engagementpolitik ist gegenwärtig durch zahlreiche institutionelle Zuständigkeiten auf Bundesebene gekennzeichnet. Die dadurch erzeugte Vielfalt an Engagementpolitiken ist Ausdruck eines naturwüchsigen Prozesses der Ausdifferenzierung in der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Diese Mannigfaltigkeit in den Programmen der einzelnen Ressorts entspricht der zivilgesellschaftlichen Vielgestaltigkeit. Sie hat ihre inhaltliche Begründung in den Zuständigkeitsbereichen der einzelnen Ministerien, die zugleich über spezielles Expertenwissen zu den jeweiligen Politikfeldern verfügen.

Eine solche Vielfalt hat aber auch Nachteile und erweist sich umso mehr als Hindernis, je mehr Engagementpolitik ins Zentrum rückt. Erste Schritte einer Koordination institutioneller Zuständigkeit auf der Ebene der Bundesregierung wurden bereits unternommen: Das BMFSFJ hat die Federführung bei der nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung. Hier wurde die Stelle eines Beauftragten geschaffen, der die Projekte der Initiative ZivilEngagement des Ministeriums koordiniert. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) wiederum verantwortet die nationale Strategie im Bereich von Corporate Social Responsibility.

Die thematische Bündelung und Zusammenführung in den einzelnen Ministerien kann nur ein erster Schritt sein. Engagementpolitik, die nachhaltig sein will, ist als Querschnittsaufgabe über die jeweiligen Ressortgrenzen hinweg zu realisieren. Gefordert ist deshalb ein nächster Schritt in der Neuregelung institutioneller Zuständigkeit. Denn die administrative Versäulung in und zwischen den Ministerien ist nach wie vor für dieses Politikfeld sehr stark. Hinzu kommen Konkurrenzen zwischen den einzelnen Ressorts, die politische Vorhaben eher verzögern als beschleunigen.

Für die Diskussion über eine adäquate institutionelle Gestaltung für eine nachhaltige Engagementpolitik werden folgende Vorschläge unterbreitet:

I Ministerium für bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft

Es bietet sich eine Gestaltung nach dem Modell des Beauftragten für Kultur und Medien mit einer Staatsministerin oder einem Staatsminister für bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft an. Sie hat Vor-, aber auch Nachteile. Eine herausgehobene Person würde dem Thema Aufmerksamkeit sichern, und mit einer zentralen Struktur könnten die Förderprogramme, die bislang auf verschiedene Ministerien verteilt sind, gebündelt werden. Damit könnte das Ziel einer Querschnittspolitik besser erreicht werden als mit Hilfe vieler anderer institutioneller Lösungsvorschläge. Die Bündelung in einem Ministerium – wie aus anderen Ländern bekannt, z. B. Finnland oder Großbritannien – hätte den Vorteil, dass es eine direkte Ansprechpartnerin bzw. einen direkten Ansprechpartner für die zivilgesellschaftlichen Organisationen gäbe. Die institutionelle Zusammenführung der verstreuten Kompetenzen muss mit einem eigenen Haushalt und damit mit politischen Gestaltungsmöglichkeiten einhergehen.

Eine solche herausgehobene Position birgt allerdings zugleich die Gefahr einer Staatsdominanz. Das Problem der Steuerung der Zivilgesellschaft durch den Staat würde sich

damit verstärken, und zivilgesellschaftliche Organisationen könnten in ihrer Autonomie beeinträchtigt werden.

Dieser weitreichende Vorschlag umfasst die folgenden Handlungsempfehlungen, die jedoch auch unabhängig von ihm realisiert werden können.

I Koordinierungsinstanz innerhalb der Regierung

Eine Koordinationsinstanz in der Regierungspolitik für Engagement, die unterhalb eines eigenen Ministeriums oder einer Beauftragtenstelle angesiedelt ist, hätte vor allem die Aufgabe, die Zuständigkeiten der Ministerien miteinander zu vernetzen. Die einzelnen Engagementförderpolitiken blieben in der Zuständigkeit der jeweiligen Ministerien. Dies wäre die Mindestlösung für die Koordination der Freiwilligendienste der einzelnen Ministerien und für die Förderung der unternehmerischen Verantwortungsübernahme, die bislang auf das BMAS und BMFSFJ verteilt sind.

Bei der Umsetzung dieses Vorschlags sind weitere Ministerien einzubeziehen (u. a. Wirtschaftsministerium, Auswärtiges Amt, Innenministerium, Gesundheitsministerium).

I Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Für das Thema Engagementpolitik ist nach wie vor eine spezifische Verbindung zwischen den Ebenen der Regierung und des Parlaments notwendig. Der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ hat sich in seiner Form bewährt und soll in der nächsten Legislaturperiode wieder eingesetzt werden. Es ist sicherzustellen, dass die im Bundestag vertretenen Parteien das Thema hoch einstufen, was bedeutet, dass es auch entsprechende Arbeitsgruppen in den einzelnen Fraktionen gibt.

Allerdings ist zu überlegen, ob für die Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements ein eigenständiger Parlamentsausschuss die bessere Lösung darstellt, denn dadurch könnte das Thema insgesamt mehr Bedeutung in der Politik erhalten.

I Koordination zwischen Bund und Ländern

Da der Bund immer häufiger mit seiner Engagementpolitik in Länderkompetenzen eingreift, ist eine verbesserte Koordination zwischen diesen beiden politischen Ebenen erforderlich. Die gegenwärtige Form der Koordination auf der exekutiven Ebene mit Treffen der Referatsleiter für Engagementpolitik in den Staatskanzleien und den federführenden Ministerien ist auszubauen.

Notwendig ist eine intensivere und dichtere Abstimmung in der Engagementpolitik bereits in der politischen Planung. Dazu ist eine Bund-Länder-Kommission zu schaffen, die das politische Handeln koordiniert und verlässliche Informationen zur Engagementpolitik (Infrastruktur, Programme, politische Vorhaben) bereitstellt.

I Koordination der Freiwilligendienste

Eine effektivere Koordination auf der Ebene der Exekutive ist auch bei den Freiwilligendiensten erforderlich. Da inzwischen Freiwilligendienste in den verschiedenen Ressorts entwickelt wurden, ist eine bessere Abstimmung zwischen diesen Freiwilligendiensten notwendig.

Bei den einzelnen Freiwilligendiensten ist nach wie vor die zivilgesellschaftliche Trägerstruktur von besonderer Bedeutung. Diese soll nicht geschwächt und die Freiwilligendienste sollen nicht „verstaatlicht“ werden. Zudem sind Monetarisierungseffekte, die sich bei den neuen Freiwilligendiensten ergeben, kritisch zu prüfen.

I Engagement- und Finanzpolitik

Eine nachhaltige Engagementpolitik hat auch eine finanzpolitische Seite. Noch immer ist der Staat der Hauptfinanzier der Zivilgesellschaft und steuert über fiskalpolitische Anreize (siehe Gesetz „Hilfen für Helfer“). Das Verhältnis des Staats zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen ist unter folgenden Grundsätzen zu gestalten:

- I dass das Subsidiaritätsprinzip beachtet wird,
- I dass Private ihre Gemeinwohlbeiträge erbringen können
- I und zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Autonomie geschützt werden.

Für eine Förderpolitik aus einer Hand und eine gezielte Entwicklung der Engagementpolitik ist es notwendig, dass die Finanzströme zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen transparenter werden. Gegenwärtig gibt es kaum eine Übersicht – weder auf Bundes- noch auf Länderebene –, aus welchen Ressorts und in welcher Höhe zivilgesellschaftliche Organisationen finanziert werden. Ein erster Schritt in Richtung Transparenz kann in einer Auflistung der Fördersummen und der geförderten Organisationen durch die Ministerien bestehen.

Um die Potenziale von zivilgesellschaftlichen Organisationen besser zu nutzen und sie in ihrer Unabhängigkeit zu stärken, müssen die finanziellen Beziehungen auf eine neue Grundlage gestellt werden. Folgende finanzpolitischen Vorschläge werden gegenwärtig von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft diskutiert:

(a) Reform des Zuwendungsrechts

Die gegenwärtige Praxis entspricht nicht mehr dem neuen Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Politik. Daher ist die finanzielle Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Organisationen neu zu regeln. Die am weitesten gehenden Vorschläge zielen darauf, dass politische Entscheidungen und Finanzierung entkoppelt werden. Durch einen „Fonds Zivilgesellschaft“, der mit einer Kommission, die beim Bundespräsidenten angesiedelt ist und nach dem Modell „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ (DFG) die Mittel vergibt, kann eine neue Form der Finanzierung gestaltet werden.

Vorschläge, die sich innerhalb des bestehenden Zuwendungsrechts bewegen, zielen auf die Neugestaltung von einzelnen rechtlichen Regelungen.¹¹¹ Notwendig hierfür sind folgende Veränderungen:

¹¹¹ Vgl. Deutscher Kulturrat 2008: Kultur-Enquete: Zuwendungsrecht und bürgerschaftliches Engagement. Projektgruppe „Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht“, BT-Drs. 16/10120.

- I Die Fehlbetragsfinanzierung ist durch eine Festbetragsfinanzierung zu ersetzen.
- I Der Grundsatz der Jährlichkeit muss abgeschafft werden.
- I Eine Übertragung für nicht verwendete Mittel muss ermöglicht werden.
- I Das Besserstellungsverbot muss aufgehoben werden.
- I Zeitspenden müssen generell anerkannt werden.
- I Insgesamt sollte die Vergabe öffentlicher Gelder viel stärker an den Ergebnissen und nicht primär an der korrekten Verwendung der Mittel orientiert werden.

(b) Transparenz- und Rechenschaftspflicht

Im Gegenzug zu einer „freieren“ Verwendung der Mittel, bei der das Ergebnis und nicht die formale Korrektheit der Verwendung im Zentrum steht, ist von den zivilgesellschaftlichen Organisationen eine größere Transparenz und Rechenschaftspflicht zu fordern. In der Diskussion ist eine zentrale Datenbank für Vereine und Stiftungen sowie andere zivilgesellschaftliche Organisationen. In dieser Datenbank, die öffentlich barrierefrei zugänglich ist, sind Finanz- und Jahresberichte zu hinterlegen. Weiterhin sollen hier die Grunddaten aller gemeinnützigen Organisationen einsehbar sein.

I Infrastrukturförderung

Die Förderung der Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement ist eine wichtige Aufgabe der Politik auf der Bundesebene. Sie soll stützende und Engagement fördernde Strukturen schaffen. Diese Förderung muss in Abstimmung mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen erfolgen.

Eine künftige Förderstrategie, die heute erarbeitet wird, muss darauf achten, dass sie mit der differenzierten Förderpraxis der Länder und der Kommunen abgestimmt ist. Gleichwohl ist sicherzustellen, dass sich ein produktiver Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Förderstrategien entwickelt. Der Bund soll sich intensiver auf die Förderung von Infrastruktureinrichtungen und Organisationen konzentrieren, die eine bundesweite Aufgabenstellung haben. Insbesondere ist auf Nachhaltigkeit, die mit der Projektförderung nicht immer gewährleistet wird, und auf innovative Lösungen zu achten.

I Kultur der Anerkennung und Wertschätzung

Die Anerkennungskultur und die Wertschätzung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger sowie die Leistungen der zivilgesellschaftlichen Institutionen bilden eine weitere zentrale Dimension staatlichen Handelns. In den letzten Jahren hat sich eine neue Kultur der Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements herausgebildet. In dieser werden die traditionellen Formen der Ehrung durch eine Praxis der Anerkennung ergänzt, die die zeitlichen Veränderungen der Engagementverläufe berücksichtigt und auf die realen Bedürfnisse der Engagierten (Weiterbildung, Qualifizierung, Aufwandsentschädigung, Freistellung) eingeht.

Eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung hat vor allem in den zivilgesellschaftlichen Organisationen ihren Platz. Sie können durch Öffnung, den wertschätzenden Umgang der Hauptamtlichen mit den Ehrenamtlichen, durch Weiterbildungsmöglichkeiten und andere Formen der Unterstützung konkrete Schritte einleiten.

Um eine erweiterte Anerkennungskultur und eine Politik der Wertschätzung des Engagements zu erreichen, werden folgende Vorschläge unterbreitet:

- Eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung muss wesentlich stärker als bisher auf die Bedürfnisse der Engagierten in den einzelnen Engagementbereichen eingehen. Da Wertschätzung im sozialen Bereich sich anders ausdrückt als im politischen oder kulturellen Bereich, haben Formen der Anerkennung von den jeweiligen Bedürfnissen der Engagierten auszugehen und sollen bereichsspezifisch entwickelt werden.
- Eine Kultur der Anerkennung durch staatliche Institutionen hat sich in sämtlichen staatlichen Vorhaben (Gesetzgebung, Modellprogramme, Zuwendungen) auszuprägen. Beispielsweise können Elemente wie Qualifizierung und Kompetenzerwerb eine besondere Rolle spielen. Entscheidend dabei ist, dass die Autonomie der zivilgesellschaftlichen Organisationen gestärkt wird.
- Anerkennung und Wertschätzung dürfen nicht allein und primär vom Staat ausgehen. Vielmehr ist es Aufgabe der gesamten Gesellschaft, eine Kultur der Anerkennung zu entwickeln. Gefordert sind hier vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen, Unternehmen, Medien und das Bildungssystem.

4.3.2 Engagementförderung auf der Ebene der Länder

Das Thema Engagementförderung ist in den letzten Jahren auch von den Bundesländern aufgegriffen worden. Während der Bund über das Steuerrecht die Anreize und die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern und mit Modellprogrammen neue Formen und Bereiche entwickeln kann, geht es bei den Aktivitäten der Länder darum, eine förderliche Infrastruktur zu schaffen. In dieser Perspektive sind es vor allem die koordinierenden und unterstützenden Maßnahmen, mit denen die Länder versuchen, das bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu fördern.

Als eines der wichtigsten Instrumente zur Engagementförderung auf Länderebene hat sich die landesweite Vernetzung erwiesen. Den Vorreiter machte hier Baden-Württemberg, das bereits in den 1990er-Jahren ein Landesnetzwerk auf der Basis der Kooperation zwischen dem Ministerium für Arbeit und Soziales und den kommunalen Spitzenverbänden gegründet hatte. Dieses Landesnetzwerk versteht sich als „Netz von Netzen“ und bietet den in ihm organisierten Gemeinde- und Landkreissetzen (StädteNetzWerk) Fachberatung und eine Plattform für den Erfahrungs- und Wissensaustausch zu Themen, Programmen, Prozessen und Qualifizierungsangeboten. Von besonderer Bedeutung ist, dass mit dem Landesnetzwerk die Verbindung zur kommunalen Ebene hergestellt werden kann, denn dort findet der überwiegende Teil des bürgerschaftlichen Engagements statt. Diese Struktur ermöglicht nicht nur eine vertikale Vernetzung, sondern auch eine horizontale zwischen den Gemeinden, Städten und Landkreisen.

Einer der wesentlichen Erfolgsfaktoren des Landesnetzwerks Baden-Württemberg fußt auf der Steuerung und Koordinierung durch die Stabsstelle „Bürgerengagement und Freiwilligendienste“ im Ministerium für Arbeit und Soziales. Dies erbringt den Vorteil der effektiven Ressourcenmobilisierung für das Netzwerk, birgt aber gleichzeitig die Gefahr einer direkten politischen Indienstnahme zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Den Aufbau eines Landesnetzwerkes haben inzwischen zahlreiche Bundesländer kopiert. Netzwerke auf Landesebene bestehen mittlerweile in Bayern, Hamburg und Berlin. Weitere Gründungen sind in Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz geplant.

Die Steuerung der Netzwerke und der engagementpolitischen Aktivitäten erfolgt zumeist – Ausnahme: Bayern – mit Leitstellen, die entweder in den Staatskanzleien (Rheinland-Pfalz, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg) oder in den Sozialministerien (Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern) angesiedelt sind. Deutlich wird, dass der Anspruch besteht, eine ressortübergreifende Engagementförderpolitik betreiben zu wollen, dieser jedoch mit ganz unterschiedlichen institutionellen Settings einhergeht.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Bundesländer liegen auf der Entwicklung einer Anerkennungskultur durch Ehrenamtskarten, Kompetenz- und Landesnachweise, Bereitstellung von Qualifizierungsangeboten, dem Ausbau von Information und Beratung sowie auf Programmen, mit denen Unternehmen in die Förderung von Engagement einbezogen werden. Darüber hinaus haben inzwischen nahezu alle Länder mehr oder minder umfangreiche Webportale aufgebaut, mit denen Informationen zur Verfügung gestellt, Beratung geleistet, der Zugang zum Engagement erleichtert und die virtuelle Vernetzung befördert werden sollen.

Daneben betreiben zahlreiche Bundesländer Modellprogramme (vgl. Tab. 4.3-3) und fördern Infrastrukturprojekte in Bereichen, in denen der Bund ebenfalls aktiv ist. So werden beispielsweise in etlichen Ländern seit längerem Familienzentren gefördert – ein Gebiet, auf dem auch das BMFSFJ mit seinem Modellprogramm Mehrgenerationenhäuser seit Kurzem aktiv ist. Die Koordination zwischen Bund und Ländern erfolgt auf der Ebene der Exekutive durch regelmäßige Bund-Länder-Treffen (zwei pro Jahr). Dies jedoch ist eine exekutive und keine politische Koordination – Letztere aber ist umso notwendiger, je umfangreicher staatliche Engagementförderung wird.

Tabelle 4.3-3: Modellprogramme zum freiwilligen Engagement in Bundesländern

Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> ■ Zusätzliche Unterstützung von den „Freiwilligendiensten aller Generationen“ mit 300.000 Euro ■ Modellprojekt „Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen und Betrieben“ ■ Programme im Bereich Schule und ehrenamtliches Engagement <ul style="list-style-type: none"> ■ „Schülermentorenprogramm“ ■ „TOP SE“: soziales Engagement in Realschulen, Engagementserfahrungen im Altersheim, durch Vorlesepatenschaft ■ Projekt zum Thema Jugendbegleitung: Engagierte (von extern) gehen in die Schule und übernehmen die Betreuung des Nachmittagsbereiches sowie die Gestaltung des Unterrichts. ■ Thema Anerkennung: 2-3 Regionalkonferenzen zum bürgerschaftlichen Engagement
Bayern	<ul style="list-style-type: none"> ■ Förderung Landesnetzwerk; Anschubfinanzierung für lokale Koordinierungsstellen ■ Ehrenamtsnachweis: Konzept zu dessen Einführung entwickelt ■ Einführung Ehrenamtskarte: Pilotprojekt im Landkreis Cham, später dann flächendeckend

Fortsetzung	
Berlin	<ul style="list-style-type: none"> Internetplattform für den Dritten Sektor mit Datenbank Projekt zur Förderung des Engagements von Migrantinnen und Migranten (Land Berlin, BMFSFJ, türkische Gemeinde) „Engagementwerkstatt“: bildet das Dach für 3 beteiligte Leuchtturmprojekte (Freiwilligendienst aller Generationen) aus den Bereichen Bildung, Pflegebegleitung, Kinder & Jugendliche → Ziel: Serviceangebote und Netzwerkbausteine für alle Leuchtturmprojekte zu entwickeln
Brandenburg	<ul style="list-style-type: none"> Im Bereich Anerkennungskultur: „Ehrenamtler des Jahres“ Projekt „Ranger-Hut II“: Modellprojekt zum Schutz von Naturschutzgebieten
Bremen	<ul style="list-style-type: none"> Ausbildung/Schule mit Engagementenerfahrungen möglich Geplant: Einführung Ehrenamts-card
Hessen	<ul style="list-style-type: none"> Projekt „Ehrenamts-card“ (Testphase vorbei) Engagement-Lotsenprogramm (Start 2004, nach erfolgreicher Testphase seit 2008 Aufbau weiterer Teams von Engagement-Lotsen)
Niedersachsen	<ul style="list-style-type: none"> Seit 2007 Ehrenamts-card 2007 Projekt: „Integrationslotsen“ (Umfang 700.000 Euro; Bürger mit Migrationshintergrund werden in 30 Kommunen zu Integrationslotsen ausgebildet.)
Nordrhein-Westfalen	<ul style="list-style-type: none"> Zentrales Projekt: Einführung der Ehrenamtskarte Engagementnachweis auf weitere Bereiche ausgeweitet Projekt zum Engagement von Unternehmen: ENTERPreis, Wettbewerb seit 2005 Modellprojekt „AnJa“ (Aktivierung von Menschen mit Behinderung für bürgerschaftliches Engagement) Projekt „Balu & Du“ (Förderung von benachteiligten Kindern im Alter von 6 bis 10 Jahren)
Rheinland-Pfalz	<ul style="list-style-type: none"> Antrag zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Landtag einstimmig verabschiedet Metropolregion Oberrhein, u. a. mit einer Säule „Zivilgesellschaft“ Verwaltungsreform mit Bürgerbeteiligung durch Regionalkonferenzen
Sachsen	<ul style="list-style-type: none"> Modellprojekt „Werkstatt Pflegestützpunkt“ (Pflegestützpunkt und Mehrgenerationenhaus gehen Hand in Hand)
Sachsen-Anhalt	<ul style="list-style-type: none"> Projektvorhaben: Einführung eines Engagement-Nachweisheftes Eigenarbeitsleistungen können als Eigenmittel bei Zuwendungen angerechnet werden.
Schleswig-Holstein	<ul style="list-style-type: none"> Kampagne zur Engagementförderung: „Ehrenamt erfahren“ (Präsentation der Engagementmöglichkeiten landesweit und über längeren Zeitraum)

Handlungsempfehlungen auf der Ebene der Länder

Die Bundesländer sind wichtige Akteure bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements; bestimmte Aufgaben wie die Bereitstellung von Infrastruktur hierfür können nur von ihnen übernommen werden. Die Länderebene ist für die Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements daher unersetzlich.

Die Länder können noch stärker arbeitsteilig in die Engagementpolitik einbezogen werden. Hierzu werden die folgenden Handlungsempfehlungen vorgeschlagen:

- | Bei der Förderung von Modellprogrammen seitens des Bundes kam es in letzter Zeit zu Konkurrenzsituationen (Mehrgenerationenhäuser und Familienzentren) hinsichtlich der Infrastruktureinrichtungen. Um solche Doppelstrukturen zu vermeiden, ist es sinnvoll, dass die Bundesländer einen „Engagementatlas“ erstellen, der einen Überblick sowohl über die bereits bestehenden als auch die geplanten Einrichtungen der Engagementförderung gibt. Dadurch kann zum einen eine Übersicht über die vorhandene Infrastruktur der Engagementförderung gewonnen werden, zum anderen werden hiermit Konkurrenzen in der Förderung vermieden.

- Die Bundesländer können dem Beispiel Baden-Württembergs folgen und – wo es noch nicht geschehen ist – Landesnetzwerke aufbauen. Diese könnten beratende und koordinierende Funktionen übernehmen.
- Die Landesregierungen können ressortübergreifende Arbeitsgruppen oder vergleichbare Strukturen zum bürgerschaftlichen Engagement einrichten. Diese hätten auch dafür Sorge zu tragen, dass sich ein gemeinsames Verständnis von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in allen Ressorts herausbildet.
- Die Länder können die Engagementförderung der Kommunen besser unterstützen und koordinieren. Bisher gibt es keine den Kommunen übergeordnete koordinierende Instanz, die Expertise bündelt und bereitstellt.
- Auf Länderebene kann in der Engagementpolitik ein Qualitätssprung durch die Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände (Landkreistag, Städte- und Gemeindetag) erreicht werden. Diese hätten dann die Möglichkeit, Beratungsstrukturen aufzubauen und das Thema entsprechend den Bedürfnissen der Kommunen voranzubringen.

4.3.3 Engagementförderung auf der Ebene der Kommunen

Bürgerschaftliches Engagement findet zum überwiegenden Teil im sozialen Nahraum und auf der kommunalen Ebene statt. Die Politik der Engagementförderung konzentrierte sich deshalb in den vergangenen Jahren sehr stark auf die Verbesserung der Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement in den mehr als 12.000 Städten und Gemeinden in Deutschland. Neben den Kommunen in Baden-Württemberg haben sich in diesem Bereich in den letzten Jahren die ostdeutschen Bundesländer besonders hervorgetan (Dienel et al. 2008). Die Kommunen fördern hier das bürgerschaftliche Engagement mit der Unterstützung von Vereinen und Verbänden durch direkte und indirekte Zahlungen und weitere Maßnahmen. Es gibt heute kaum eine Kommune, die bürgerschaftliches Engagement nicht fördert. Doch es bestehen weiterhin deutliche Unterschiede zwischen den Kommunen in der Praxis der Engagementförderung (vgl. Expertise Jakob).

Die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements ist vor allem in den folgenden zentralen kommunalen Handlungsfeldern zu erkennen: Bildungseinrichtungen, Integration/Migration, Soziale Dienste, Stadtentwicklung, Sport und im Bereich der politischen Partizipation. Hier hat sich eine Vielfalt von Engagement fördernden Einrichtungen entwickelt, die teilweise in die kommunale Daseinsvorsorge, die zahlreiche Kommunen aufgrund der Finanznot nicht mehr selbst erbringen können, eingebunden sind. Neben den traditionellen Strukturen des Engagements in den Bereichen Sport, Freizeit, Kultur, Bildung und Soziale Dienste ist in den letzten 15 Jahren eine neuartige Infrastruktur lokaler Engagementförderung entstanden:

Tabelle 4.3-4: Übersicht zu Einrichtungen auf der kommunalen Ebene

Einrichtungstypus	Anzahl
Freiwilligenagenturen/-zentren	ca. 300 ¹
Seniorenbüros	ca. 250 ²
Selbsthilfekontaktstellen	212 ³
Lokale Bündnisse für Familie	563
Mehrgenerationenhäuser	500 ⁴
Bürgerstiftungen	237 ⁵

1 Nach Auskunft der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) gibt es derzeit ca. 300 Freiwilligenagenturen und -zentren; 102 dieser Einrichtungen sind Mitglied in der bagfa (vgl. www.bagfa.de; Zugriff am 27.2.2009).

2 Vgl. www.seniorenbueros.org; Zugriff am 27.2.2008.

3 Mit der Zahl 212 sind die Selbsthilfekontaktstellen erfasst, deren Hauptaufgabe in der Selbsthilfeunterstützung besteht. Darüber hinaus gibt es weitere 59 Einrichtungen, in denen die Selbsthilfeunterstützung lediglich eine Nebenaufgabe darstellt (vgl. Thiel 2008).

4 Vgl. www.mehrgenerationenhaeuser.de; Zugriff am 27.2.2009.

5 Der Länderspiegel Bürgerstiftungen der Aktiven Bürgerschaft weist 237 Bürgerstiftungen mit einem Gesamtvermögen von rund 110 Mio. Euro aus, die den „10 Merkmalen einer Bürgerstiftung“ des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen entsprechen (vgl. Polteraer et al. 2008).

Quelle: Expertise Jakob.

Diese Einrichtungen spielen für die Förderung des Engagements im kommunalen Raum eine zentrale Rolle. Beratung und die Vermittlung neuer Engagementmöglichkeiten sind zentrale Aufgaben. Hinzu kommen die kommunalen Anlaufstellen zur Engagementförderung direkt in den Kommunalverwaltungen. Bei den Lokalen Bündnissen für Familie und den Mehrgenerationenhäusern ist das Engagement wiederum ein Mittel, um familien-, generationen- und demografiepolitische Ziele zu erreichen.

Notwendig ist, dass sich intensivere Formen der Kooperation zwischen den Einrichtungen der Engagementförderung entwickeln, da neben den genannten noch weitere (soziokulturelle Zentren, Stadtteilbüros, Nachbarschaftshäuser, Eltern-, Kind- und Familienzentren, Lokale-Agenda-21-Initiativen) hinzukommen und viele davon ressourcenschwach sind.

Wie sich traditionelle Organisationen in Richtung verstärkter Förderung des Engagements verändern können, zeigt das Beispiel der Freiwilligen Feuerwehr. Als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge engagieren sich in den Freiwilligen Feuerwehren mehr als 1,3 Mio. Mitglieder (2006). Aufgrund stetig sinkender Zahlen an aktiven Mitgliedern haben die Feuerwehren und vor allem die Feuerwehrverbände einen Prozess in Gang gebracht, mit dem die Modernisierungsrückstände der Freiwilligen Feuerwehren in Angriff genommen wurden. Im Zuge dieses Prozesses wurde ein neues Leitbild entwickelt und Leitsätze für eine moderne Engagementförderung wurden formuliert, zu denen in erster Linie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Engagement zählt. Besondere Anstrengungen wollen die Feuerwehren der Erhöhung des Frauenanteils in der traditionell männerdominierten Organisation widmen. Zwischen 1995 und 2006 stieg der Anteil der aktiven Feuerwehrfrauen von 4% auf über 7%.

Auch auf der Ebene der etablierten Kommunalpolitik ist Engagementförderung zu einem Thema geworden. Allerdings hat das Leitbild Bürgerkommune, das in den 1990er-Jahren vom Civitas-Netzwerk der Bertelsmann Stiftung entwickelt wurde, an Bedeutung verloren. An seine Stelle traten die Begriffe „bürgerorientierte Kommune“ und „kooperative Demokratie“ (Bogumil/Holtkamp 2006), um die Bemühungen um Demokratisierung zu kennzeichnen. Inzwischen hat sich eine Vielfalt an Formen der direkten und der kooperativen Demokratie herausgebildet. Ein realistischer Blick zeigt, dass das Verhältnis von Bürgerschaft, Verwaltung und Kommunalvertretung nicht spannungsfrei ist. Zudem hat die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten nicht dazu geführt, dass sich alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßig beteiligen: In den Kommunalvertretungen finden sich nach wie vor zu wenig Frauen, und die Quote der Bürgermeisterinnen liegt gerade mal bei 5% (Lukoschat et al. 2009).

Die Kommunen sind zunehmend gezwungen, die Lücken in den kommunalen Haushalten durch Zeitspenden ihrer Bürgerinnen und Bürger zu füllen und beziehen bürgerschaftliches Engagement in verschiedenen Formen in die kommunale Daseinsvorsorge mit ein. Das wachsende Gewicht des Engagements bei sozialen Dienstleistungen und in der Bereitstellung öffentlicher Güter im kommunalen Raum erfordert eine stärkere Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Entscheidungsverfahren.

Aber auch beim Aufbau einer Engagement fördernden Infrastruktur benötigen die Kommunen mehr Unterstützung. Vorbild kann hier Baden-Württemberg sein, das vor rund zehn Jahren begonnen hat, ein Städtenetzwerk mit heute 56 Kommunen, ein Gemeindeforum mit inzwischen 21 Gemeinden und ein Landkreisnetzwerk mit heute 26 Landkreisen aufzubauen (vgl. hierzu Hoch et al. 2007: 197ff.). Da die Kommunen dies nicht von sich aus leisten können, ist es die Aufgabe der Länder, mit Netzwerkstrukturen den unteren föderalen Gliederungen behilflich zu sein. In solchen Netzwerken werden nicht nur Informationen organisiert und distribuiert, ein wesentlicher Bestandteil ist professionelle Beratung beim Aufbau von Strukturen. Hier sind auch die kommunalen Spitzenverbände gefordert, durch mehr Beratungsleistungen ihre Mitglieder zu unterstützen und das Thema Engagementförderung offensiv zu vertreten.

Handlungsempfehlungen auf der Ebene der Kommunen

- Nach wie vor ist es wichtig, dass die politische Spitze (Bürgermeister, Dezernent) der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Kommune aufgeschlossen gegenübersteht. Von ihr müssen positive Signale ausgehen, und sie muss Projekte vorantreiben, bei Konflikten schlichten und insgesamt dem Thema Engagement im kommunalen Raum einen hohen Stellenwert sichern.
- Engagementförderung muss von den Kommunen selbst forciert werden. Die Infrastruktur kann nicht primär von den zivilgesellschaftlichen Organisationen bereitgestellt werden. Finanzielle und personelle Ressourcen müssen von den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.
- Mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände können Kommunen lokale Netzwerke organisieren, in denen sich zivilgesellschaftliche Organisationen, kommunale Einrichtungen und Unternehmen mit dem gemeinsamen Ziel zusammenfinden, das bürgerschaftliche Engagement und seine Leistungen zu einem wichtigen Standortfaktor zu machen.

- I Kommunen können ihre vielfältigen Möglichkeiten der Engagementpolitik besser nutzen, weil Engagement vor allem im lokalen Raum stattfindet. Sie können den Mitgestaltungswünschen von Jugendlichen und Kindern stärker entgegenkommen und in Schulen und Kindertagesstätten entsprechende Angebote schaffen. Kommunen sind aber auch beim Thema Zeitpolitik aufgerufen, wenn es darum geht, Arbeits- und Öffnungszeiten mit den Bedürfnissen der Engagierten besser abzustimmen. Hier können auch Unternehmen stärker in Netzwerke eingebunden werden, da sie aufgrund ihrer Standortorientierung in der Regel solchen Anliegen gegenüber aufgeschlossen sind.
- I Für Kommunen kann es lohnend sein, eine Kultur der Unterstützung zu entwickeln. Diese kann sich auf Nachbarschaften, Wohngebiete und die Unterstützung für Familien beziehen. Dazu notwendig ist aber der Aufbau einer Engagement stützenden Infrastruktur unter Einbeziehung aller relevanten Akteure.

4.4 Engagementpolitik auf der Ebene der zivilgesellschaftlichen Organisationen

Engagementförderung erfolgt durch eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen und in ganz unterschiedlichem Ausmaß. Ohne diese Organisationen kann sich eine Bürgergesellschaft kaum weiterentwickeln, und ohne das bürgerschaftliche Engagement würde es manche Organisationen überhaupt nicht geben. Im Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ lautete daher eine zentrale Forderung „Öffnung von Institutionen und Organisationen“ für bürgerschaftliches Engagement nach innen wie nach außen. Diesem Postulat sind die meisten Organisationen nachgekommen, und es gibt heute kaum mehr eine zivilgesellschaftliche Organisation, in deren Selbstverständnis und Handeln bürgerschaftliches Engagement keine Rolle spielen würde.

In der vielfältigen und reichhaltigen Organisationslandschaft in Deutschland existieren diverse Typen von Organisationen, die in unterschiedlichen Graden, Intensitäten und Wegen bürgerschaftliches Engagement fördern.

Organisationen, die von bürgerschaftlich Engagierten getragen werden

Im sehr großen Engagementbereich Sport und Bewegung, in den breiten Engagementbereichen Freizeit und Geselligkeit, Kultur und Musik, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Tier- und Umweltschutz sowie im Gesundheitsbereich (Selbsthilfe) sind die zivilgesellschaftlichen Organisationen überwiegend oder ausschließlich durch das Engagement von Ehrenamtlichen und Freiwilligen geprägt. Entsprechend wenig Hauptamtliche arbeiten in diesen Organisationen. Die maßgebliche Organisationsform ist der Verein. Engagementförderung geht hier von den Dachverbänden (z. B. Deutscher Olympischer Sportbund [DOSB], Deutscher Feuerwehrverband, Kulturverbände, Umweltverbände) aus, da die Vereine vor Ort in der Regel zu ressourcenschwach sind. Es gibt kaum einen Dachverband, der keine Anstrengungen in der Engagementförderung unternimmt und Impulse aussendet und Hilfestellungen bereithält.

Organisationen, die Engagementgelegenheiten bieten

Anders sieht es bei jenen Organisationen aus, die Engagementgelegenheiten anbieten. Diese finden sich vor allem im Bereich der Freien Wohlfahrtspflege mit knapp 100.000 Einrichtungen und Diensten. Engagementgelegenheiten bestehen hier in den Einrichtungen der Jugend- und Gesundheitshilfe, in Kinderbetreuungseinrichtungen, Alten- und Pflegeheimen, Krankenhäusern sowie bei Rettungs- und Pflegediensten. Auch um Schulen und Kindergärten organisiert sich Engagement, ebenso im kirchlichen Bereich in den Gemeinden. Organisationen und Einrichtungen der Jugend- und Bildungsarbeit bieten ebenfalls Engagementgelegenheiten.

Charakteristisch für solche Organisationen – vor allem im sozialstaatlichen Bereich – ist ihre vorherrschende hauptamtliche Struktur. Engagement ist zwar ein wesentlicher Faktor, aber der Kern der Organisation wird durch die Arbeit von Professionellen geprägt. Für Organisationen im sozialstaatlichen Bereich kommt ein weiteres Moment hinzu: Viele Einrichtungen und Dienste haben sich unter dem Druck politischer und anderer Vorgaben stärker betriebswirtschaftlich ausgerichtet. Gleichwohl sind sie aus unterschiedlichen Gründen an Engagement interessiert und versuchen durch zahlreiche Maßnahmen, Engagierte an sich zu binden. Organisationen in diesem Bereich können systematische Engagementförderung betreiben, da mehr Ressourcen vorhanden sind, und bei den meisten wird die Notwendigkeit erkannt, Engagierte in die eigene Organisation einzubinden. Allerdings sind diese Organisationen von unterschiedlichen Logiken geprägt, die bei der Förderung des Engagements berücksichtigt werden müssen. So vollzieht sich beispielsweise Engagement in Pflegeeinrichtungen im Kontext professioneller Strukturen und hauptamtlicher Pflegekräfte.

Engagementförderung durch spezielle Organisationen

Eine umfassende Förderung des bürgerschaftlichen Engagements erfolgt durch Organisationen, die sich auf dieses Thema spezialisiert und selbst kaum oder überhaupt keine Freiwillige(n) in ihren Reihen haben. Professionalität und umfassende Erfahrung im engagementpolitischen Feld bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der einen Seite und gezielte Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in neuen Feldern, mit innovativen Methoden, Formen, Themen, Allianzen und Bevölkerungsgruppen auf der anderen Seite sind die zusammengehörenden Kennzeichen dieser Organisationen. Stiftungen wie die Bertelsmann Stiftung, die Körber-Stiftung, die Bosch-Stiftung, die Hertie-Stiftung oder die Freudenberg Stiftung entwickeln spezielle Förderprogramme und Handlungsanleitungen, sind aktiv im Agenda-Setting und sehen sich als Think-Tanks für das Thema. Andere Organisationen wiederum – beispielsweise Aktive Bürgerschaft, Stiftung Mitarbeit, Maecenata Institut, Vis-a-Vis, Centrum für Corporate Citizenship Deutschland (CCCD), Agentur mehrwert – verstehen sich als spezielle Beratungseinrichtungen. Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros erbringen vor Ort vielfältige Unterstützungsleistungen für Engagierte. Immer mehr größere Organisationen bieten, beispielsweise die Akademie für Ehrenamtlichkeit, ihren freiwillig Engagierten Möglichkeiten der Weiterqualifikation und des Kompetenzerwerbs an.

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Deutsche Bundesjugendring (DBJR), der Deutsche Olympische Sportbund, der Feuerwehrverband, der Bundesverband der Deut-

schen Stiftungen sowie zahlreiche weitere Spitzenverbände und Bundesvereinigungen haben das Thema Engagementförderung aufgenommen. Mit Beauftragten, eigenen Abteilungen, Konferenzen und Publikationen wird dem Bedeutungszuwachs des Themas Rechnung getragen.

Netzwerke auf Bundes- und Länderebene

In den letzten Jahren hat sich ein spezieller Organisationstyp auf der Bundes- und Länderebene herausgebildet und sich als überaus hilfreich für die Engagementpolitik erwiesen. Das Landesnetzwerk Baden-Württemberg, dessen Gründung in der Mitte der 1990er-Jahre erfolgte, ist mit seinen kommunalen Netzwerken (Gemeindenetzwerk, Landkreisnetzwerk, StädteNetzwerk) Vorbild für diese Organisationsform (vgl. Hoch et al. 2007: 8ff.). Netzwerke zeichnen sich dadurch aus, dass Akteure unterschiedlicher Art in ihnen zusammenarbeiten und im Vergleich zu anderen Organisationen, beispielsweise Verbänden, eher schwache Bindungen ausbilden. Sie haben den Vorteil, dass sie quer zu den gewachsenen Strukturen arbeiten und neuartige Koalitionen ermöglichen. Ihr wichtigster Vorteil ist jedoch, dass sie in effektiver Weise Lernprozesse zwischen ganz verschiedenen Akteuren in Gang setzen können.

Das bedeutendste Netzwerk zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland auf der Bundesebene ist das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Seine Gründung erfolgte 2002 auf Vorschlag der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ und auf Empfehlung des Beirates beim BMFSFJ zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ im Jahre 2001. Seither hat sich das BBE als bundesweites, bereichs- und sektorenübergreifend arbeitendes Netzwerk mit mehr als 220 Mitgliedern entwickelt. Neben den bundesweit tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen¹¹² sind auch staatliche Akteure – alle 16 Bundesländer, derzeit drei Bundesministerien (BMJ, BMFSFJ, BMI), zwei kommunale Spitzenverbände (Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Städtetag) und zahlreiche Kommunen –, die Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmen sowie Einzelpersonen Mitglieder. Das BBE arbeitet in zurzeit acht Arbeitsgruppen, in denen der fachliche Austausch, gemeinsame Projektplanungen und die Artikulation von Problemen der Engagementförderung in einer offenen Netzwerkarbeit stattfinden. Mit diesen thematischen Arbeitsgruppen werden die zentralen engagementpolitischen Themen abgedeckt.

Nach außen wird das BBE durch den Sprecherrat vertreten, die interne Koordination erfolgt über den Koordinierungsausschuss. Mittlerweile hat sich das BBE eine maßgebliche Sprecherrolle für bürgerschaftliches Engagement auf der Bundesebene in allen, die einzelnen Engagementbereiche (Soziales, Kultur, Sport etc.) und die Sektoren Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft betreffenden Fragen erarbeitet.

Das BBE vertritt zunächst seine Mitglieder und darüber hinaus auch engagementpolitische Themen. Die Ergebnisse der Arbeit des BBE sind für alle zivilgesellschaftlichen Orga-

¹¹² Unter anderem Deutscher Kulturrat, DOSB, Wohlfahrtsverbände, Deutscher Naturschutzring, Bundesverband Deutscher Stiftungen, Feuerwehrverband, die Dachverbände Deutscher Bundesjugendring, Deutscher Frauenrat, Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen, Bundesverbände der Freiwilligenagenturen und -zentren, der Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen.

nisationen von Relevanz und werden von ihnen genutzt.¹¹³ Das BBE hat den Vorteil, keine Bereichsorganisation (wie der Deutsche Kulturrat oder der DOSB) zu sein, sondern Themen bereichsübergreifend vertreten zu können. Es wurde – und daraus erwächst ein Nachteil – unter den Bedingungen einer etablierten Verbändelandschaft gegründet, in der zahlreiche Zuständigkeiten und Positionen traditionell fest abgesteckt sind. Dies drückt sich beispielsweise darin aus, dass die Aktivitäten des BBE von anderen Verbänden zuweilen als Konkurrenz argwöhnisch beobachtet werden und Unternehmen immer noch mit nur wenigen Mitgliedern vertreten sind.

Nichtsdestotrotz ist das BBE zu einem Eckpfeiler der engagementpolitischen Infrastruktur auf der Bundesebene avanciert. Es hat Aufgaben übernommen – wie die Ausrichtung und Koordination des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation –, zu denen andere Organisationen nicht in der Lage sind. Neben seiner bundespolitischen Rolle hat das BBE eine wichtige Beratungsfunktion für die Bundesländer in Sachen Engagementpolitik. Durch seine hauptsächlichliche Finanzierung seitens des BMFSFJ ist es auf vielfältige Weise eng mit der Politik verbunden. Daher sollte sich das BBE nicht in eine Projektagentur der Bundesregierung verwandeln, sondern muss den Weg in Richtung eines engagementpolitisch tätigen Netzwerks und hin zu einem Kompetenzzentrum für die Praxis des bürgerschaftlichen Engagements auf Bundesebene konsequent weiterverfolgen.

Die Landesnetzwerke, die in der Zwischenzeit in einzelnen Bundesländern aufgebaut wurden, erfüllen ebenfalls eine unverzichtbare Rolle bei der Stabilisierung der Infrastruktur. Bislang ist es nicht in allen Bundesländern gelungen, Netzwerke zu gründen und sie auch mit Leben zu füllen.

Insgesamt ist Engagementförderung durch zivilgesellschaftliche Organisationen nicht zuletzt auch eine Ressourcenfrage: Viele Organisationen sind nach wie vor auf staatliche Zuwendungen angewiesen, und nur wenige können Mittel von Stiftungen oder Privaten dafür in Anspruch nehmen.

Lobbying und Finanzierung

Neben der Bereitstellung von Engagementgelegenheiten haben zivilgesellschaftliche Organisationen vor allem die Aufgabe, das Thema Engagement in der Gesellschaft präsent zu machen und durch Lobbying auf Unterstützung der Politik zu dringen (Speth 2006).

Der Fülle von Organisationen und Einrichtungen, die Engagementgelegenheiten anbieten, steht eine geringe Zahl von Organisationen gegenüber, die an der Weiterentwicklung des Themas und des Feldes arbeiten, Weiterqualifizierung betreiben, Expertise bereitstellen, neue Konzepte einbringen und Allianzen (vgl. von Münchow 2005) bilden. Bis auf wenige Stiftungen sind die Organisationen, die hauptsächlich Engagementförderung betreiben, relativ ressourcenschwach. Eine finanzielle Engagementförderung durch zivilgesellschaftliche Organisationen ist daher, mit Ausnahme der Stiftungen, kaum existent.

¹¹³ Im BBE sind neben dem Bundesverband Deutscher Stiftungen u. a. Mitglied: Bertelsmann Stiftung, Bosch Stiftung, Stiftung demokratische Jugend, Stiftung Mitarbeit; Bürgerstiftungen sind auch Mitglieder.

Auch wenn zahlreiche größere Verbände inzwischen die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für sich erkannt haben, sind es immer noch wenige, die eine bewusste und umfassende Politik der Engagementförderung betreiben. Man verlässt sich hier immer noch auf den Staat, und bei vielen Stiftungen ist das Bewusstsein der Zugehörigkeit zur Zivilgesellschaft noch nicht sehr ausgeprägt.

Handlungsempfehlungen für zivilgesellschaftliche Organisationen

Die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen vertrauen häufig noch zu sehr auf die Handlungsmacht der Politik und sind sich ihrer eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten noch nicht hinreichend bewusst. Sie haben es bislang nicht geschafft, die Idee der Bürgergesellschaft und die Ziele des bürgerschaftlichen Engagements so ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, dass sie die großen Reformdebatten seit den 1990er-Jahren hätten prägen können. Bei den Themen Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Familie und Pflege ist kein systematischer Zusammenhang mit bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement hergestellt worden.

Entsprechend dieser Diagnose werden im Folgenden Vorschläge unterbreitet, um die zivilgesellschaftlichen Selbststeuerungs- und Innovationspotenziale zu erhöhen.

I Zusammenarbeit mit kommunalen Spitzenverbänden verbessern

Engagement findet zum überwiegenden Teil im kommunalen Raum statt. Deshalb sind kommunale Strukturen von besonderer Bedeutung. Dazu zählen auch die kommunalen Spitzenverbände, die sich allerdings zumindest auf Bundesebene dem Thema Engagement oft eher zögerlich genähert haben. Denn diese artikulierten die Befürchtungen vieler Kommunen, dass aus freiwilligen Aufgaben Pflichtaufgaben werden können. Landes- und Bundesnetzwerke sollten vermehrt mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammenarbeiten, weil sich dadurch Lerneffekte verstärken und der Erfolg von Engagementpolitik dann höher ist, wenn die Kommunen intensiver eingebunden werden können.

I Stärkung des BBE

Netzwerke – und vor allem das BBE – agieren in einer trisektoralen Struktur. Die Einbindung von Unternehmen ist für sie aus mehreren Gründen wesentlich: Unternehmen sind Financiers der Zivilgesellschaft, sie sind Kooperationspartner, und fast alle Unternehmen engagieren sich in der einen oder anderen Form. Für nachhaltige Wirkungen, beispielsweise im Bereich der Zeitpolitik, der Bildung oder der Betreuung, ist die Zusammenarbeit mit Unternehmen zudem unverzichtbar. Im BBE gibt es noch zu wenige Unternehmen als Mitglieder, und Unternehmensnetzwerke, die sich – auch mit Unterstützung des BMFSFJ – bilden, sind künftig stärker mit dem BBE und anderen Netzwerken zu verzahnen.

Das BBE ist nach wie vor sehr stark von den Zuwendungen des BMFSFJ abhängig. Bislang ist es nicht gelungen, die Mitglieder, darunter auch sehr viele große Verbände, zu höheren Mitgliedsbeiträgen zu bewegen. Für das politische Gewicht des BBE ist es wünschenswert, wenn seine Finanzierung vermehrt auch von den Mitgliedern wahrgenommen wird. Dadurch wird nicht nur eine größere Unabhängigkeit von der Ministerialverwal-

tung erreicht, es verleiht auch der Stimme, die das BBE inzwischen hat, mehr Nachdruck. In der Diskussion ist der Aufbau einer Förderstiftung, selbst wenn sich der Bund auch in dieser Struktur nicht ganz aus der Finanzierung zurückziehen kann.

I Innovationspotenziale stärken: Social Entrepreneurship¹¹⁴

Das Innovationspotenzial von zivilgesellschaftlichen Organisationen und des Engagements für die Gesellschaft kann mit einer gezielten Förderung nachhaltig erhöht werden. Durch eine bessere Selbstorganisation sowie die Entwicklung neuer Organisationsformen und Lösungsansätze kann die Zivilgesellschaft ihre Potenziale für die Lösung von gesellschaftlichen Problemen ausbauen und die Erträge auch als sozialen Mehrwert sichtbar machen. Beispielsweise kann durch die gezielte Förderung von „Social Entrepreneurship“ die Bedeutung des Engagements für die Weiterentwicklung der Gesellschaft unterstrichen werden. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass Einzelinteressen der Förderer nicht dominieren.

I Transparenz und Rechenschaftslegung

Für zivilgesellschaftliche Organisationen existieren kaum Publizitäts- und Transparenzpflichten. Für Nichtmitglieder (Spender von Zeit und Geld) ist es kaum nachvollziehbar, wofür die Mittel eingesetzt werden. Auch ist nicht ersichtlich, wer über die Verwendung der Mittel entscheidet und mit welchem Ergebnis sie eingesetzt werden. Die Mitgliederversammlung als Kontrollorgan bei Vereinen reicht nicht aus. Eine solche ist aber umso notwendiger, als die zivilgesellschaftlichen Organisationen gegenüber staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren mit dem Anspruch auftreten, die Prinzipien Transparenz und Rechenschaftslegung einzuhalten. Unverzichtbar ist es daher, dass zivilgesellschaftliche Organisationen ihr Handeln gegenüber Mitgliedern und der Gesellschaft transparenter gestalten und Finanz- und Rechenschaftsberichte öffentlich zugänglich machen. Erforderlich ist eine gesetzliche Publizitätspflicht für gemeinnützige Organisationen, wobei Anforderungen und Umfang mit steigender Organisationsgröße zunehmen. Diese Publizitätspflicht umfasst auch moderne Standards der Rechnungslegung.

I Selbstevaluation und Wirkungsmessung

Die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen können das Selbststeuerungspotenzial auch dadurch erhöhen, indem sie verstärkt von den Möglichkeiten von Wirkungsmessung und Evaluation Gebrauch machen. Die Bewertung der Leistungen von Organisationen und die Wirkung von Maßnahmen und Projekten müssen nach bestimmten Kriterien erfasst werden. Ein Benchmarking über Best Practice, wie es vielfach angewandt wird, reicht nicht aus und bringt auch Probleme mit sich.

Für die Entwicklung der Selbstevaluation im zivilgesellschaftlichen Bereich gibt es verschiedene Anknüpfungspunkte. Ende der 1990er-Jahre entwickelte der Roberts Enter-

¹¹⁴ Der Begriff wurde von Bill Drayton, Gründer der Organisation Ashoka, geprägt. Social Entrepreneurs sind einzelne Personen, die in einem besonderen Maße sozialen Wandel anstoßen und gesellschaftlichen Nutzen stiften. Ihr Ziel ist es, soziale und nicht nur private Werte zu schaffen, diese zu erhalten sowie Lern- und Innovationsprozesse in Gang zu setzen (vgl. Achleitner et al. 2007: 6).

prise Development Fund die Methode des „Social Return on Investment“ (SROI), die in Großbritannien von der New Economy Foundation weiterentwickelt und stark gefördert wird. Hier liegt ein mittlerweile gut bewährtes Instrument vor, aus dem Elemente übernommen werden können.¹¹⁵ In den Bereichen der Wirtschaft und Wissenschaft hat sich seit Längerem eine flächendeckende Audit-Kultur mit spezifischen Verfahren und Formen entwickelt. Ratings, Audits, Leistungsindikatoren, Kennzahlen und Benchmarkings können auf die Evaluation von zivilgesellschaftlichen Organisationen teilweise übertragen werden. Die vorhandenen, vor allem outputorientierten Ansätze sind um Methoden für die Messung des sozialen Mehrwerts oder des Public Value – allgemeiner gesagt: der gesellschaftlichen Wirkung („social impact“), den zivilgesellschaftliche Organisationen produzieren – zu ergänzen. Unabhängige Agenturen für die Evaluierung, das Rating und Benchmarking der Leistungen und Wirkungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen sind zu schaffen. Mit ihren Ergebnissen und Empfehlungen kann die Wirkung zivilgesellschaftlicher Organisationen verbessert werden.

Für eine Mittelvergabe, die von der Politik entkoppelt ist, ist ein Reviewing-Verfahren notwendig, das Elemente des wissenschaftlichen Peer Reviewing¹¹⁶ aufnehmen kann.

I Kompetenzzentrum

Mit der Einrichtung eines Kompetenzzentrums für bürgerschaftliches Engagement, zu dem sich das BBE weiterentwickeln will, sind praktische Erfahrungen zu bündeln und entsprechend für die Politik bereitzustellen. Mit Hilfe einer solchen Einrichtung ist konkrete Beratung für die Politik zu erbringen. Das Kompetenzzentrum kann eine Verbindungsstelle zwischen der wissenschaftlichen Zivilgesellschaftsforschung, den Bedürfnissen der Politik und dem praktischen Wissen der Nonprofit-Organisationen bilden.

I Internationaler Erfahrungsaustausch und europäische Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind aufgerufen, viel intensiver als gegenwärtig den internationalen Erfahrungsaustausch zu pflegen. Über Konferenzen und ähnliche Formen des Austausches können Lern- und Innovationseffekte erzeugt werden. Es sind Formen dafür zu finden, wie dieser Erfahrungsaustausch auf Dauer gestellt werden kann. Die Europäisierung zivilgesellschaftlicher Organisationen ist ein dringendes Anliegen und wird von der Europäischen Kommission unterstützt. Auf der Seite der Politik sind die rechtlichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass gemeinnützige Organisationen europaweit tätig werden können.

I Stiftungen

Stiftungen sind Teil der Bürgergesellschaft, doch noch nicht alle Stiftungsleitungen handeln in diesem Bewusstsein. Dies gilt auch für das Thema Transparenz, für das bereits

¹¹⁵ Erfahrungen des Heidelberger Centrums für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) mit dem SROI-Ansatzes belegen dessen prinzipielle Eignung für die Wirkungsforschung, wenn auch nur für ausgewählte Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements.

¹¹⁶ Peer Review ist ein Kernelement der Selbststeuerung von Wissenschaft. Das Verfahren der Selbstkontrolle von wissenschaftlichen Fachgemeinschaften durch Peers wird bei der Begutachtung, der Mittelvergabe und der Rekrutierung angewendet (vgl. Bormann/Daniel 2003).

Verbesserungsvorschläge vorliegen. Erfreulich ist die wachsende Zahl der Stiftungsneugründungen. Sinnvoll wäre es hier, in einer gemeinsamen Anstrengung darauf hinzuwirken, dass es zur Gründung von Stiftungen mit einer größeren Kapitalausstattung kommt, um ein gezielteres operatives Handeln zu ermöglichen.

Stiftungen sollten sich noch stärker für bürgergesellschaftliche Anliegen einsetzen: Dies kann von Finanzierung über Agenda-Setting bis hin zur Entwicklung von Themen und Konzepten reichen.

4.5 Engagementförderung durch Unternehmen

Die Engagementförderung durch Unternehmen ist in zweifacher Hinsicht von Bedeutung: Zum einen sind Unternehmen selbst Akteure in der Bürgergesellschaft und engagieren sich in bestimmten Bereichen, zum anderen fördern sie das Engagement von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Vereinen oder weiteren Nonprofit-Akteuren. Diese Perspektiven sind nur analytischer Natur, im realen Handeln der Unternehmen verschränken sich diese Dimensionen.

Unternehmen sind heute wichtige Akteure der Engagementförderung, weil sie neben dem Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen Verantwortung für die Weiterentwicklung der Gesellschaft übernehmen. In welchem Maße die Unternehmen dieser Verantwortung nachkommen, wie sie konzeptionell zu fassen und welchen Veränderungen eine solche Verantwortungsübernahme unterworfen ist, darüber gibt es in der Gesellschaft und in der Wissenschaft kontroverse Debatten.

Das Engagement der Unternehmen trägt vor allem einen freiwilligen Charakter. Es liegt allein in der Entscheidung des Unternehmens als eines korporativen Akteurs, sich zu engagieren; dieses Engagement ist gleichzeitig Ausdruck seiner gesellschaftlichen Einbettung und Verantwortung. Der Begriff Corporate Social Responsibility (CSR) bezieht sich auf das betriebswirtschaftliche Handeln und Entscheiden von Unternehmen und hat seinen Fokus in der Binnenwelt des Unternehmens. CSR betrifft das nicht gesetzlich normierte und geforderte Handeln von Unternehmen. In Deutschland hat sich eine dichte und umfassende rechtliche Normierung unternehmerischen Handelns entwickelt (Arbeitsrecht, Betriebsverfassungsgesetz, Gesetzgebung zum Umwelt- und Verbraucherschutz etc.). Corporate Citizenship (CC) dagegen bezeichnet das über die eigentliche Geschäftstätigkeit hinausgehende Engagement von Unternehmen zur Lösung gesellschaftlicher Fragen (vgl. Backhaus-Maul et al. 2008a). Das Unternehmen wird hier in der Rolle des Bürgers wahrgenommen, und es geht vor allem um die Beziehung des Unternehmens zu seiner Umwelt (vgl. Expertise zze/Wegner).

Die Begriffe CC und CSR, die zur Charakterisierung des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements verwendet werden, stammen aus den USA – und somit aus einer anderen ordnungspolitischen Auffassung. Die Europäische Kommission fasst CSR als Konzept auf, „das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbezie-

„mit Stakeholdern zu integrieren“ (Europäische Kommission 2001: 7). Aus mehreren Gründen ist der Begriff „gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen“ zu bevorzugen. Viele kleinere und mittlere Unternehmen scheuen vor den amerikanischen Begriffen zurück, weil damit ihr Engagement nicht hinreichend beschrieben wird, denn CC und CSR sind eher in der Welt der Großunternehmen zu Hause und in der internationalen Diskussion geläufig. Zudem sind die beiden Begriffe Ausdruck dafür, dass die Debatte um CC und CSR bislang sehr ahistorisch und unter Vernachlässigung von spezifischen nationalstaatlichen Kontexten geführt wurde.

Auch wenn sich die gesellschaftliche Einbettung von Unternehmen verändert und sie sich tendenziell aus den spezifischen institutionellen Bindungen befreien, so ist dennoch die Tradition der sozialen Marktwirtschaft weiterhin von Bedeutung. Die Unterschiede zwischen amerikanischer und europäisch-kontinentaler Tradition liegen auf der Hand: In Deutschland gibt es nach wie vor eine Tradition weiter gehender Staatsaufgaben. Im kontinentalen Verständnis des Sozialstaates werden viele Bereiche als staatliche Aufgaben angesehen, die im amerikanischen Verständnis eher dem freiwilligen Engagement der Unternehmen, der Gesellschaft und der Einzelnen überlassen sind. Ebenso prägend ist in Deutschland die institutionalisierte Einbindung der Unternehmen und ihrer Verbände in die soziale Marktwirtschaft in den Bereichen duale Berufsausbildung, Mitbestimmung und Beteiligung an den Sozialversicherungen. In den korporatistischen Strukturen sind Unternehmen im Schatten staatlicher Hierarchie in Pflichten gegenüber Arbeitnehmern, Gewerkschaft und Gesellschaft eingebunden. Pflichten zur Nachhaltigkeits- und Umweltberichterstattung sowie freiwillige Regeln der Unternehmensführung (Corporate Governance) sind weitere Elemente der rechtlich-kodifizierten und der freiwilligen Einbindung von Unternehmen in die soziale Marktwirtschaft. Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ist in Deutschland umfassend gesetzlich normiert, auch wenn für große, transnational tätige Unternehmen der Nationalstaat immer weniger als wichtigster Handlungsrahmen gilt. Und so suchen sich Unternehmen staatsferne Handlungsfelder wie Sport, Freizeit, Bildung und Kultur.

Das Bild der gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen ist einerseits von der Vorstellung geprägt, dass Unternehmen zu wenig machen und ihre Möglichkeiten nicht ausschöpfen. Die Politik vermutet ungenutzte Potenziale, und zivilgesellschaftliche Gruppen rechnen mit Fördermitteln für ihre Projekte. Aus diesem Grund bemüht sich die Politik, die Unternehmen mit zahlreichen Programmen in ihrer Verantwortungsübernahme zu unterstützen. Auf der Seite der Zivilgesellschaft gibt es zahlreiche Mittlerorganisationen und Methoden, mit denen Unternehmen und Organisationen zusammengebracht werden sollen. Andererseits belegen empirische Erhebungen, dass 96% der Unternehmen sich freiwillig gesellschaftlich engagieren (vgl. Expertise Braun). Das gesellschaftliche Engagement gehört bei mehr als 80% der Unternehmen zum Selbstverständnis und ist Teil der Unternehmenskultur und Ausdruck ihrer Traditionen und Werte (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005: 14).

Charakteristisch für das Engagement der Unternehmen und unverzichtbar für zielgenaue unterstützende staatliche Maßnahmen ist eine tendenzielle Zweiteilung. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) pflegen traditionell eine intensive gesellschaftliche

Verantwortungsübernahme und wenden dafür auch deutlich mehr finanzielle Mittel auf. Anders als bei den großen Unternehmen ist das Engagement der KMU eher spontan, zufällig, unkoordiniert und erfolgt auch eher personalisiert und informell; große Unternehmen sind proaktiver und strategischer in ihrem Engagement. Unternehmerische Verantwortungsübernahme ist bei den meisten Unternehmen eher eine „beiläufige Selbstverständlichkeit“ und selten in das ökonomische Handeln des Unternehmens eingebettet. Insofern sind auch die Kriterien, die aus der CC/CSR-Debatte zur Bewertung unternehmerischer Verantwortungsübernahme herangezogen werden, kaum weiterführend.

Für die überwiegende Zahl der Unternehmen sind Engagement und gesellschaftliche Verantwortung keine strategische Angelegenheit oder ein Fall ökonomischer Nutzenkalkulation („business case“). Diese Unternehmen gehören der Gruppe KMU an, deren gemeinwohlbezogene Aktivitäten sich überwiegend auf die lokale Zivilgesellschaft richten. Dieser Befund wird durch zahlreiche Untersuchungen und durch die Selbsteinschätzung von Unternehmen gestützt (vgl. Braun/Kukuk 2007): Drei Viertel der gesellschaftlich engagierten Unternehmen konzentrieren ihr Engagement auf das lokale und regionale Umfeld ihres Unternehmenssitzes oder Betriebsstandorts. Nur ein geringer Teil engagiert sich auf nationaler (14,5%) oder auf internationaler (13,6%) Ebene (vgl. Expertise Braun). Je kleiner die Unternehmen, desto größer wird der Anteil des lokalen und regionalen Engagements. Unternehmen stellen die Ressourcen ihres gesellschaftlichen Engagements vor allem sport- und freizeitorientierten Bereichen, dem lokalen Vereinswesen und kulturellen Einrichtungen zur Verfügung.

Die häufigste Aktivität, in der sich das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen ausdrückt, ist „Corporate Giving“ – das Spenden von Geld und/oder Sachen sowie die Durchführung von Spendenaktionen – mit 91%. „Corporate Volunteering“ – die Unterstützung des freiwilligen Engagements der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – wird bei Befragungen zu 60% genannt (Braun/Kukuk 2007). Kostenlose Dienste – Dienstleistungen und Geräte – werden von 54% der gesellschaftlich engagierten Unternehmen bereitgestellt. Die Gründung und die Unterhaltung einer Stiftung werden von 3,8% der Unternehmen angegeben – ein relativ geringer Wert angesichts der Bedeutung von Stiftungen in der öffentlichen Diskussion.

Tabelle 4.5-1: Formen und Instrumente des unternehmerischen Zivilengagements, in %

Corporate Giving	
Geldspenden	83,4
Sachspenden	59,7
Durchführung von Spendenaktionen und Sammlungen	19,7
Stiftungsgründung bzw. -unterhaltung	3,8
Gesamt	91,0
Corporate Volunteering	
Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	47,9
Bereitstellung von Unternehmensmitarbeiterinnen und -mitarbeiter für gesellschaftliches Engagement	32,3
Gesamt	60,5

Kostenlose Dienste	
Bereitstellung von Dienstleistungen	41,3
Nutzungsüberlassung von Betriebseinrichtungen, Geräten oder Räumen	31,4
Gesamt	54,1
Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen	47,0
Anderes Engagement	2,6

Quelle: Expertise Braun¹¹⁷.

Unternehmen werden auch zunehmend in lokale und überregionale Netzwerke eingebunden und bilden selbst Arbeitskreise und Netzwerke. Organisationen wie UPJ und CCCD bauen Unternehmensnetzwerke und Plattformen auf. In runden Tischen auf der lokalen Ebene und in den Lokalen Bündnissen für Familie werden Unternehmen integriert und Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Organisationen hergestellt. Die Bertelsmann Stiftung hat die Marktplatzmethode (www.gute-geschaefte.org), mit der die Kooperation zwischen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen befördert werden soll, in Deutschland bekannt gemacht. Zahlreiche andere Mittlerorganisationen betreiben ähnliche Vernetzungsformen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind im sozialen Nahraum aktiv und zeigen eine ausgeprägte Standortorientierung (Expertise zze/Wegner).

Mit dem Wandel der Staatlichkeit wächst die Bedeutung des unternehmerischen gesellschaftlichen Engagements. Zudem kommt den Unternehmen immer mehr Verantwortung bei der Reproduktion der soziomoralischen Grundlagen der Gesellschaft und eines erfolgreichen wirtschaftlichen Handelns zu. Beim gesellschaftlichen Engagement von Unternehmen ist staatlicherseits Zurückhaltung angebracht – zumal die Förderung gesellschaftlicher Unternehmensverantwortung kein traditionelles Politikfeld ist. Staatliche Zurückhaltung drückt sich darin aus, dass auf Top-down-Strategien verzichtet wird und den Nonprofit-Organisationen, den Unternehmensstiftungen, Mittlerorganisationen und Protagonisten des unternehmerischen gesellschaftlichen Engagements mehr Möglichkeiten eingeräumt werden. Dies bedeutet auch, dass sich das Engagement von Unternehmen erst in einer entwickelten Engagementinfrastruktur optimal entfalten kann. Staatliche Politik kann eine unterstützende und fördernde Aufgabe übernehmen, wenn sie erkennt, dass die vorhandenen Akteure und Strukturen selbst tätig werden können.

Bislang fehlt es aber an einem etablierten Kanon von politischen Instrumenten. Außerdem gibt es keine gebündelte Ressortzuständigkeit, sondern vielmehr unterschiedlichste Politiken auf den Ebenen der Länder und vor allem in den Kommunen.

Aus der Perspektive der Nonprofit-Organisationen besteht die Herausforderung darin, die Zusammenarbeit mit den Unternehmen auszubauen und die latente Staatsorientierung und Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen auszubalancieren.

¹¹⁷ Die Ergebnisse der empirischen Unternehmensbefragung, auf die in der Tabelle Bezug genommen wird, sind u. a. veröffentlicht worden in CCCD (2007) und Braun (2008).

Handlungsempfehlungen für den Bereich des unternehmerischen Engagements

Die gesellschaftliche Verantwortungsübernahme von Unternehmen ist ein bedeutendes Feld für die Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft. Die überwiegende Zahl der Unternehmen engagiert sich in vielfältigen Formen, und es gibt eine facettenreiche Zusammenarbeit von Unternehmen mit zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Zur Verbesserung dieser Zusammenarbeit und zur Unterstützung der unternehmerischen Verantwortungsübernahme wird Folgendes vorgeschlagen:

- Verbessert werden sollen die Koordination und die Bündelung der vorhandenen CSR-Aktivitäten der verschiedenen Ressorts. Nur dann kann auf der Ebene der Bundesregierung eine nationale CSR-Strategie erfolgreich umgesetzt werden. Als Querschnittspolitik ist CSR-Politik stärker in die Engagementpolitik zu integrieren.
- Die Politik soll bei der Entwicklung einer nationalen CSR-Strategie auf gesetzliche Normierungen und Verbindlichkeiten verzichten. Vielmehr sollte sich die Politik darauf konzentrieren, an vorhandene Strukturen anzuknüpfen und diese zu unterstützen. Hier ist insbesondere über eine neue Begrifflichkeit für das Engagement von Unternehmen aufgrund der hohen Bedeutung von KMU in diesem Feld nachzudenken. Eine Top-down-Strategie soll durch eine Bottom-up-Strategie ergänzt werden.
- Für den Bereich der unternehmerischen Verantwortungsübernahme soll mehr in die Forschung und in die Ausbildung investiert werden. Das Thema der gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme von Unternehmen ist in die Lehrpläne der betriebswirtschaftlichen Fakultäten der Hochschulen zu übernehmen.
- Die Politik soll stärker darauf hinwirken, dass Unternehmen die Möglichkeit geboten wird, sich intensiver in regionalen Verbänden und lokalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken zu beteiligen. Im Rahmen solcher Verbände können die Themen Vereinbarkeit, Freistellung, Engagementförderung und generell die Zeitpolitik mit allen relevanten Akteuren im lokalen oder regionalen Raum diskutiert und gelöst werden.

4.6 Empfehlungen auf der fachpolitischen Ebene: Familie

Familien erbringen Leistungen, von denen die gesamte Gesellschaft profitiert. Deshalb sind Familien auch durch das Engagement zu unterstützen.

Familien profitieren vom informellen Engagement. Durch die Förderung von Netzwerkstrukturen und Nachbarschaften sollen jene Familien unterstützt werden, die nicht als Nachfrager auf dem Markt auftreten können. Ziel ist es, durch informelles Engagement Familien zu entlasten und gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu festigen.

In der lokalen Infrastruktur, insbesondere in den Kindertageseinrichtungen, sind Engagierte systematisch und professionell zu unterstützen. Kommunen sollten Engagement unterstützende Infrastrukturen und Netzwerke schaffen. So können Kommunen ihre familienfreundlichen Strukturen ausbauen und sie als Standortfaktor einsetzen. Dazu gehört auch, dass die Teilhabechancen (Vereinsmitgliedschaften) von Kindern und Jugendlichen verbessert werden.

Auch die Freiwilligendienste (FSJ und Freiwilligendienste aller Generationen), die sich zu einem großen Teil auf die Arbeit mit Kindern und Senioren richten, können verstärkt als Ressource in Form eines Engagements für Familien genutzt werden.

Da familiennahes Engagement vor allem durch Frauen erfolgt, ist hier für Geschlechtergerechtigkeit im Sinne der Überwindung von tradierten Geschlechterrollen zu sorgen.

Die Pflege erfolgt in Deutschland überwiegend im familialen Kontext (Partner, Kinder, Schwiegertöchter). Mit informellen Netzwerken und kommunalen Strukturen können Familien durch Engagement Unterstützung erfahren. Um den wachsenden Bedarf in der Pflege insgesamt zu decken, sollten die Potenziale des Engagements besser erschlossen werden. Die Unterstützung in der Pflege durch Engagement mag zwar nur eine Ergänzung sein, um die Lebensqualität zu verbessern, sie kann aber helfen, kritische Situationen zu bewältigen.

Daneben sind engagementbasierte Pflege- und Hilfeleistungen stärker in die Strukturen der offenen und stationären Altenhilfe einzubauen. Engagierte können durch ein Freiwilligenmanagement noch besser in die Strukturen der stationären Pflegeeinrichtungen eingebunden werden. Dafür fehlt es insbesondere an Qualifizierungsangeboten für Engagierte.

Zudem mangelt es an einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit für diese Form des Engagements. Und nicht zuletzt muss darauf hingewirkt werden, dass sich der Anteil der Männer in diesem Bereich des Engagements erhöht.

V.

Forschung für künftige Engagementberichterstattung

Beratung durch wissenschaftliche Expertise

Engagement hat in den letzten Jahren nicht nur mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit, sondern auch selbst einen zunehmenden Aufschwung genommen. Dies zeigt eindrucksvoll der vorliegende Bericht. Eine künftige regelmäßige wissenschaftliche Berichterstattung zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Zivilgesellschaft dient mehreren Zielen. Sie versteht sich zunächst als wissenschaftliche Beratung der Politik und der zivilgesellschaftlichen Akteure. Ein wissenschaftlicher Bericht richtet sich auch an die Öffentlichkeit. Mit ihm soll der Diskurs über Engagement und Zivilgesellschaft befördert werden. Die wissenschaftliche Berichterstattung ist zugleich mit einer Intensivierung der wissenschaftlichen Forschung zu diesem Thema verbunden.

Eine regelmäßige Berichterstattung zu bürgerschaftlichem Engagement und zur Zivilgesellschaft – wie sie etwa mit dem Landesbericht für Baden-Württemberg (Hoch et al. 2007) vorliegt – hat die Aufgabe, den wachsenden Bedarf bei politischen Entscheidungen nach wissenschaftlich gesichertem Wissen zu befriedigen. In diesem Sinne hat ein Bericht dazu beizutragen, dass politische Entscheidungen in diesem Politikfeld rational im Lichte des vorhandenen wissenschaftlichen Wissens sind. Eine solche institutionalisierte Form der wissenschaftlichen Berichterstattung für die Engagementpolitik existiert bislang nicht.

Weiteres Anliegen der Berichterstattung ist es, den Stand der Engagementpolitik zu erfassen und Linien einer nachhaltigen Engagementförderung zu verdeutlichen. Dazu gehört auch, dass die politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen untersucht werden.

Der Bericht hat die Aufgabe, wissenschaftliche Expertise zu gesellschaftlich relevanten Themen und Trends zur Verfügung zu stellen und den möglichen Beitrag des Engagements zur Lösung gesellschaftlicher Probleme – aber auch die Grenzen – sichtbar zu machen. Die Erwartungshaltungen, die von Politik, Engagementpraxis und Wissenschaft an die Berichterstattung gestellt werden, lassen sich künftig nur durch eine wissenschaftlich fundierte und zugleich praxis- und realitätsnahe Reflexion und Analyse der Engagementsituation erfüllen.

Das Handeln der Akteure auf den unterschiedlichen föderalen Ebenen – Bund, Länder, Kommunen – von Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen wird in die Analyse miteinbezogen. Ihnen wird im Gegenzug wissenschaftlich gesichertes Wissen für ihr Handeln und ihre Entscheidungen zur Verfügung gestellt.

Ziel der wissenschaftlichen Forschung: Verbesserung der Datenlage

Eine künftige Berichterstattung zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Zivilgesellschaft ist auf eine verbesserte Datenbasis angewiesen. Gegenwärtig gibt es nur unzureichend zuverlässige und hinreichend differenzierte Ergebnisse zur Lage und Ausprägung des Engagements. Fundierte Vorschläge, wie die Daten- und Forschungslage allgemein und unter speziellen methodischen Gesichtspunkten zu verbessern ist, sind seit einiger Zeit unterbreitet worden (vgl. Kistler et al. 2000; Künemund 2006; Anheier et al. 2009). Eine elementare Aufgabe besteht darin, ausreichend zuverlässige, belastbare und relativ widerspruchslöse Daten zu gewinnen. Diese müssen die aktuelle Engagementsituation abbilden und zugleich Entwicklungen und Veränderungen des Engagements differenziert darstellen. Es ist nicht nur zu analysieren, inwiefern sich die einzelnen Untersuchungen unterscheiden, sondern es gilt auch zu prüfen, welchen Einfluss die methodische Herangehensweise hat und welchen Kriterien die ihnen zugrunde liegenden Ansätze genügen.

Für die zukünftige Berichterstattung sind jedoch nicht nur vorhandene Angaben auf ihre Aussagekraft hin zu prüfen und vorhandene Datenlücken zu schließen (z. B. informelles Engagement, Vereinbarkeit Beruf–Familie–Engagement, Daten zu zivilgesellschaftlichen Organisationen). Außerdem ist die Engagementthematik stärker in das amtliche statistische System zu integrieren. Dadurch kann ein dauerhafter Grundstock gesicherter und belastbarer Daten zur Verfügung gestellt werden. Datendefizite sind durch spezielle empirische Erhebungen zu schließen.

Neue theoretische Modelle

Der Qualitätssprung in der Engagementforschung kann sich nicht nur auf Fragen der Datenerhebung und empirischen Beschreibung beschränken. Er muss auch mit der Erklärung von Zusammenhängen und der Entwicklung theoretischer Modelle des Engagements einhergehen.

Eine wesentliche Ursache für den unbefriedigenden Kenntnisstand zum Engagement ist in der unzureichenden theoretisch-konzeptionellen Fundierung der Thematik zu sehen. Um diese Situation zu verbessern, muss eine kritische Auseinandersetzung mit den vorherrschenden Engagementkonzepten erfolgen. Besondere Aufmerksamkeit hat bei deren Weiterentwicklung die hohe Komplexität und Dynamik des Engagements zu finden. Gerade die in den letzten Jahren eingetretenen Veränderungen in der Engagementpraxis, die auf tief greifenden Veränderungen in der Gesellschaft basieren, bedürfen dabei einer stärkeren Aufmerksamkeit. Die zu entwickelnden theoretischen Modelle müssen diesen Entwicklungen Rechnung tragen und neue gesellschaftstheoretische Konzepte mitaufnehmen.

Begriffe schärfen

Das Fehlen einer allgemeingültigen Definition und die vorhandene kategoriale Vielfalt erfordern eine weiterführende wissenschaftliche Klärung: Durch die synonyme Verwendung von Bezeichnungen wie Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit oder freiwilliges Engagement bestehen einschneidende begriffliche Unklarheiten. Bei den Akzentsetzungen bleiben die unterschiedlichen Diskurse, die die Engagement-

thematik in einzelnen Feldern und Formen auszeichnet, weitgehend unberücksichtigt. Während beispielsweise der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements die Teilhabe- und Demokratisierungsfunktion an prominente Stelle rückt, reicht eine solche Akzentsetzung für das Engagement in seinen vielschichtigen Ausprägungen nicht mehr aus. Beispielsweise steht eine solche politische Schwerpunktsetzung in einem Engagement, das auf die Erstellung von Leistungen im Kontext von Wohlfahrtsproduktion fokussiert ist, nicht im Vordergrund.

Um die nicht identischen Aspekte begrifflich stärker zu berücksichtigen, ist zu überlegen, inwiefern sich die übergreifende Kategorie „zivilgesellschaftliches Engagement“ besser eignet, das heterogene Engagementspektrum einzufangen. Es lassen sich nicht nur die unterschiedlichen Gesichtspunkte von Partizipation oder Leistungserbringung eher unter dieser Kategorie integrieren als unter jener des bürgerschaftlichen Engagements, sondern auch der Bereich der informellen Tätigkeiten ist hier einzubinden. Der Begriff des zivilgesellschaftlichen Engagements bietet außerdem gute Möglichkeiten der Anknüpfung an die internationale Diskussion und den internationalen Vergleich.

Eine Weiterentwicklung des Begriffsinstrumentariums bedeutet keinen Verzicht von bisher verwendeten Termini. Sie muss aber unter der Zielstellung erfolgen, dass sie sowohl den Gegebenheiten der Praxis entspricht als auch gleichzeitig präzisen wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht wird. Letztlich sind dafür neue empirische Operationalisierungen und eine eindeutigere empirische Vorgehensweise erforderlich.

Differenzierung der Engagementfelder

Engagement ist nicht gleich Engagement: Jedes Engagementfeld lässt sich eigenständig charakterisieren. Es ist in seiner spezifischen Beschaffenheit von anderen Feldern zu unterscheiden. Unterschiedliche Tätigkeiten, die verschiedene Herausforderungen in zeitlicher und praktischer Hinsicht mit sich bringen und in jeweils typischen Organisationsformen ausgeübt werden, bestimmen die konkrete Struktur des Engagements in einem Bereich. Dies gilt es künftig methodisch bei der Datenerhebung und Analyse stärker zu berücksichtigen.

Aus den Erfahrungen des vorliegenden Berichtes können für die methodische Herangehensweise exemplarisch einzelne wichtige Aspekte hervorgehoben werden:

- Engagement findet nicht nur in formalen Zusammenhängen statt, es realisiert sich auch in geringer formalisierten Organisationsformen und informellen Kontexten. Diese Settings müssen in eine Datenerhebung miteinbezogen werden.
- Die zeitliche Gestalt des Engagements kann trotz regelmäßiger Ausübung im konkreten Umfang gering ausfallen. Fragestellungen, die das Ausmaß des Engagements insgesamt abbilden, müssen einen detaillierten Zeitbezug haben, um auch kurzweilige Tätigkeiten zu erfassen.
- Die jeweiligen Tätigkeitsspektren in einzelnen Engagementfeldern sind sehr vielschichtig. Tätigkeiten sind deshalb nicht mit groben Kategorien zu umschreiben. Es sind jeweils eindeutige, auch kleinteilige Tätigkeitskategorien zu entwickeln, die dem Spektrum des Engagements in einem Feld gerecht werden.

Jedes Engagementfeld hat spezifische Eigenschaften, die methodisch zu beachten sind. Teilweise werden sich diese auf andere Felder übertragen lassen, mitunter ist ihre Ausprägung aber lediglich in einem Feld besonders wichtig. Die empirische und wissenschaftliche Betrachtung des zivilgesellschaftlichen Engagements, die einer Berichterstattung zu diesem Thema zugrunde liegt, muss diese Besonderheiten berücksichtigen. Nur so kann die reale Bandbreite und Tiefe des zivilgesellschaftlichen Engagements vollständig abgebildet werden.

Kooperation mit der amtlichen Statistik

Eine Möglichkeit zur Verbesserung der Datenlage des Engagements stellt die Kooperation mit der amtlichen Statistik dar. Auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Organisationen bzw. zur Thematik des Dritten Sektors hat eine solche Kooperation im Rahmen des Projektes „Zivilgesellschaft in Zahlen“ bereits Gestalt angenommen. An die dort gesammelten Erfahrungen kann angeknüpft werden.

Konkret ist daran zu denken, ein entsprechendes Frageprogramm in den Mikrozensus aufzunehmen oder ein gesondertes Modul anzufügen. Ein Vorbild hierfür bildet z. B. Österreich, das mit diesem Ansatz sehr gute Resultate erzielt hat. Dort wurde eine freiwillige Zusatzerhebung in den Mikrozensus aufgenommen. Das entsprechende Frageprogramm wurde von der Wissenschaft entwickelt. Gefragt wurde sowohl nach dem formalen als auch nach dem informellen Engagement (vgl. Statistik Austria 2008).

Der Vorteil eines solchen Vorgehens wäre eine deutliche Anhebung des Stichprobenumfangs. Durch die Nutzung eines breiten Frageprogramms lässt sich die Aussagekraft der Daten zum Engagement auf individueller Ebene verbessern.

Dieses Vorgehen soll und kann Erhebungen wie den Freiwilligensurvey nicht ersetzen. Dessen spezifische Informationen sind für die Engagementforschung weiterhin unerlässlich. Vielmehr würde ein solches Vorgehen entsprechende Erhebungen von einem Teil des umfangreichen Untersuchungskonzepts entlasten.

Forschungsinfrastruktur

Der gegenwärtige Forschungsstand und die künftigen Ansprüche erfordern eine Verstärkung der Grundlagenforschung. Die Erstellung des Engagementberichts kann in dieser Hinsicht wichtige Impulse liefern.

Durch die Etablierung eines Forschungsverbundes sind die Koordination und die Abstimmung zwischen den verschiedenen Projekten zu verbessern. Der Auf- und Ausbau eines Forschungsnetzwerkes muss zu einer stärkeren Zusammenarbeit einschlägiger Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen und zu einer netzwerkartigen Verknüpfung der Forschungsaktivitäten führen. Der Forschungspolitik auf Länderebene kommt dabei ein hoher Stellenwert zu. Die Kooperationen und Netzwerke sind auch auf internationaler Ebene auszubauen.

Die Forschungsförderungsorganisationen sind zu sensibilisieren, damit sie durch die Initiierung von Programmen und Projekten das Thema unterstützen. Um die anstehen-

den Aufgaben zu lösen, sind darüber hinaus neue Formen der Forschungsförderung erforderlich. Durch die Zusammenführung von Mitteln aus unterschiedlichen Quellen (Stiftungen, Bundes- und Länderministerien, zivilgesellschaftliche Organisationen) ist die Forschung weiter auszubauen. Diese Form trägt zudem dazu bei, dass neben rein wissenschaftlichen Zielstellungen Fragen der praktischen Gesellschaftspolitik und die Interessenlagen von Ländern, Kommunen, Stiftungen und weiteren Organisationen Berücksichtigung finden.

Des Weiteren kann die Einrichtung eines gesonderten Fonds auf der Grundlage eines Forschungsprogramms bei der DFG eine wichtige unterstützende Funktion haben. Um neben der Forschung die Lehre auszubauen, sind an Hochschulen spezielle Lehrstühle einzurichten.

VI.

Literaturverzeichnis

Achleitner, Ann-Kristin/Pöllath, Reinhard/Stahl, Erwin (Hg.) (2007): Finanzierung von Sozialunternehmern. Konzepte und finanzielle Unterstützung von Social Entrepreneurs. Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag.

Adolph, Holger/Heinemann, Heike (2002): Zur Lebenssituation älterer Menschen in Deutschland. Ausgewählte Daten und Kurzinformationen. DZA Diskussionspapier Nr. 37. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.

Aktive Bürgerschaft (2008): Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2008.

Alberg-Seberich, Michael (2009): Zivilgesellschaftliche Organisationen stärken = Venture Philanthropy? In: BBE-Newsletter 6 vom 16.4.2009. Internet: www.b-b-e.org/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/04/nl08_korr_alberg-seberich.pdf

Allmendinger, Jutta/Leibfried, Stephan (2003): Bildungsarmut. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22. Internet: www.bpb.de/publikationen/T3GDNK,0,Bildungsarmut.html [zuletzt aufgesucht am 11.2.2009].

Alt, Christian/Blanke, Karin/Joos, Magdalena (2004): Wege aus der Betreuungskrise? Institutionelle und familiäre Betreuungsarrangements von Kindern. In: Christian Alt (Hg.): Kinderleben, Bd. 2. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 123–255.

Alt, Niklas (2009): Der Freiwilligendienst aller Generationen. In: BBE-Newsletter 5 vom 5.3.2009. Internet: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/03/nl05_alt.pdf

Alt, Niklas/Klie, Thomas (2009): Rechtliche Aspekte des Programms „Freiwilligendienst aller Generationen“. In: BBE-Newsletter 6 vom 19.3.2009. Internet: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/03/nl06_alt-klie.pdf

Anger, Silke/Kottwitz, Anita (2009): Mehr Hausarbeit, weniger Verdienst. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Jg. 76, Nr. 6, S. 102–109.

Anheier, Helmut K./Priller, Eckhard/Zimmer, Annette (2000): Die zivilgesellschaftliche Dimension des Dritten Sektors. In: Hans-Dieter Klingemann/Friedhelm Neidhardt (Hg.): Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. WZB-Jahrbuch 2000. Berlin: edition sigma, S. 71–98.

Anheier, Helmut K./Toepler, Stefan (2003): Bürgerschaftliches Engagement zur Stärkung der Zivilgesellschaft im internationalen Vergleich. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des 14. Deutschen Bundestages (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement im internationalen Vergleich. Schriftenreihe, Bd. 11. Opladen: Leske + Budrich, S. 13–55.

Attias-Donfut, Claudine/Ogg, Jim/Wolff, François-Charles (2005): Family Support. In: Axel Börsch-Supan/Agar Brugiavini/Hendrik Jürges/Johan Mackenbach/Johannes Siegrist/Guglielmo Weber (Hg.): Health, Ageing and Retirement in Europe. Mannheim: Mannheim Research Institute for the Economics of Aging, S. 171–178.

Ausschussdrucksache 16(11)1137, Ausschuss für Arbeit und Soziales, 30. Oktober 2008: Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen am 5. November 2008 in Berlin zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen“. Drucksache 16/10289. Berlin: Bundesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Backes, Gertrud M./Amreihn, Ludwig/Wolfinger, Martina (2008): Gender in der Pflege. Herausforderungen für die Politik. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

Backhaus-Maul, Holger/Biedermann, Christiane/Polterauer, Judith/Nährlich, Stefan (Hg.): (2008a): Corporate Citizenship in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Backhaus-Maul, Holger/Biedermann, Christiane/Polterauer, Judith/Nährlich, Stefan (2008b): Corporate Citizenship in Deutschland. Die überraschende Konjunktur einer verspäteten Debatte. In: Dies. (Hg.): Corporate Citizenship in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13–42.

Badelt, Christoph (2001): Die Rolle von NPOs im Rahmen der sozialen Sicherung. In: Ruth Simsa (Hg.): Management der Nonprofit-Organisation. Gesellschaftliche Herausforderungen und organisationale Antworten. Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag, S. 23–40.

BAGFW (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege) e. V. (2002): Die Freie Wohlfahrtspflege – Profil und Leistungen 2007. Freiburg: Lambertus.

BAGFW (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege) e. V. (2004): Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege. Gesamtstatistik 2004. Internet: www.bagfw.de/?id=957

BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen) (2003): Demografie und Demenz. In: BAGSO-Nachrichten, H. 4, S. 19.

Bargel, Tino (2008): Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden. Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007. Berlin: BMBF.

BAT Stiftung für Zukunftsfragen (2008): Freizeit-Monitor 2007. Hamburg: BAT.

Bauer, Axel/Klie, Thomas (2008): HK-BUR. Gesetzessammlung zum Betreuungsrecht. 4., neu bearbeitete Aufl. Heidelberg: C. F. Müller.

Baumert, Jürgen/Stanat, Petra/Watermann, Rainer (2006): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen: Differenzielle Bildungsprozesse und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

BBE-Newsletter (2009): Förderregelung für ehrenamtliche Pflege. Nr. 6 vom 19.3.2009. Internet: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/03/nl_06_foerderung__45d_SGBXI.pdf

Beck, Sebastian (2008): Migrant-Milieus und lokales Engagement – Status quo und Potenziale. In: vhw FW, H. 6, S. 300f.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Beck, Ulrich (1996): „Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne“. In: Ulrich Beck/Anthony Giddens/Scott Lash (Hg.): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 19–112.

Behr, Karin/Liebig, Reinhard/Rauschenbach, Thomas (2000): Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess. Weinheim.

Behr, Karin/Krimmer, Holger/Rauschenbach, Thomas/Zimmer, Annette (2008): Die vergessene Elite. Führungskräfte in gemeinnützigen Organisationen. Weinheim: Juventa Verlag.

Bengtson, Vern L./Roberts, Robert (1991): Intergenerational Solidarity in Aging Families: An Example of Formal Theory Construction. In: Journal of Marriage and the Family, Vol. 53, No. 4, S. 856–870.

Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bien, Walter/Rauschenbach, Thomas/Riedel, Birgit (2006): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie. Weinheim: Beltz.

Birkhölzer, Karl (2005): Drittes System und Soziale Ökonomie im europäischen Kontext. In: Karl Birkhölzer/Ansgar Klein/Eckhard Priller/Annette Zimmer (Hg.): Dritter Sektor/ Drittes System. Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71–92.

Blinkert, Baldo/Klie, Thomas (2004): Solidarität in Gefahr? Pflegebereitschaft und Pflegebedarftentwicklung im demografischen und sozialen Wandel. Hannover: Vincentz.

Blinkert, Baldo/Klie, Thomas (2008): Soziale Ungleichheit und Pflege. In: Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, H. 12–13, S. 25–33.

Blome, Agnes/Keck, Wolfgang/Alber, Jens (2008): Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

BMFSFJ (Hg.): Ergebnisse der Evaluation des FSJ und FÖJ. Abschlussbericht des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e. V. Berlin.

BMFSFJ (2001): Dritter Bericht zur Lage der Generationen. Alter und Gesellschaft. Dritter Altenbericht. Stellungnahme der Bundesregierung. Bericht der Sachverständigenkommission. Berlin.

BMFSFJ (2002): Vierter Altenbericht 2002. Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin.

BMFSFJ (2005a): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Vorgelegt von TNS Infratest Sozialforschung. München.

BMFSFJ (2005b): Fünfter Bericht zur Lage der Generationen in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Beiträge älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Bericht der Sachverständigenkommission. Berlin.

BMFSFJ (2006a): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.

BMFSFJ (2006b): Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Berlin.

BMFSFJ (2007): Von Bündnissen für Bündnisse. Ergebnisse und Impulse aus den Pilotprojekten Hanau, Jena, Rügen und des DGB. Berlin.

BMFSFJ (2008): Starke Leistung für jedes Alter. Erste Ergebnisse der Wirkungsforschung im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Berlin.

BMFSFJ (2009): Familienreport 2009. Leistungen, Wirkungen, Trends. Berlin.

BMFSFJ/Statistisches Bundesamt (2003): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

BMG (2008a): Gut zu wissen – das Wichtigste zur Pflegereform 2008. Berlin.

BMG (2008b): Die Entwicklung der Pflegeversicherung. Vierter Bericht. Berlin.

Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1976): Staat – Gesellschaft – Freiheit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2006): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bormann, Lutz/Daniel, Hans-Dieter (2003): Begutachtung durch Fachkollegen in der Wissenschaft. Stand der Forschung zu Reliabilität, Fairness und Validität des Peer-Review-Verfahrens. In: Stefanie Schwarz/Ulrich Teichler (Hg.): Universität auf dem Prüfstand. Frankfurt a. M.: Campus, S. 207–225.

Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2. Göttingen: Schwartz, S. 183–198.

Braun, Sebastian (2003): Zwischen Gemeinschaftsorientierung und Selbstverwirklichung. Motive zu freiwilligem Engagement. In: Jürgen Baur/Sebastian Braun (Hg.): Integrationsleistungen von Sportvereinen als Freiwilligenorganisationen. Sportentwicklungen in Deutschland, Bd. 17. Aachen: Meyer & Meyer Verlag, S. 242–267.

Braun, Sebastian (2008): Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31 vom 28.7.2008, S. 6–14.

Braun, Sebastian/Kukuk, Marc (2007): Corporate Citizenship. Gesellschaftliches Engagement von Wirtschaftsunternehmen in Deutschland. Kommentierter Datenbericht zum Forschungsprojekt. Working Paper Nr. 01. Paderborn: Forschungszentrum für Bürgergesellschaftliches Engagement.

Breuer, Christoph (Hg.) (2009): Sportentwicklungsbericht 2007/2008 – Analyse zur Situation der Sportvereine in Deutschland. Bonn: Sportverlag Strauß.

Brombach, Hartmut (2008): Ist das neue Jugendfreiwilligendienstgesetz (JFDG) geeignet, Umsatzsteuer im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) zu vermeiden? In: BBE-Newsletter 15 vom 24.7.2008. Internet: www.b-b-e.de/uploads/media/nl15_brombach.pdf

Buestrich, Michael/Wohlfahrt, Norbert (2008): Die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 55, H. 12–13, S. 17–24.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hg.) (2009): StiftungsReport 2009/10. Engagement kennt kein Alter. Berlin: Bundesverband Deutscher Stiftungen.

Bundeszentrale für politische Bildung (2008): Die soziale Situation in Deutschland. Internet: www.bpb.de/wissen/370UAU,0,0,Die_soziale_Situation_in_Deutschland.html [zuletzt aufgesucht am 2.12.2009].

Burkart, Günter (2007): Eine Kultur des Zweifels: Kinderlosigkeit und die Zukunft der Familie. In: Dirk Konietzka/Michaela Kreyenfeld (Hg.): Ein Leben ohne Kind. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 401–423.

Centrum für Corporate Citizenship Deutschland (CCCD) (2007): Corporate Citizenship. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland und im transatlantischen Vergleich mit den USA. Berlin (www.cccddeutschland.org).

Centrum für Corporate Citizenship Deutschland (CCCD) (2007): Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland und im transatlantischen Vergleich mit den USA. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung des CCCD. Berlin. Internet: www.cccddeutschland.org/pics/medien/1_1188563508/CCCD_Survey.pdf

Corsten, Michael/Kaupert, Michael (2007): Wir-Sinn und fokussierte Motive. Zur biografischen Genese bürgerschaftlichen Engagements. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 36, H. 5, S. 346–363

Dahme, Heinz-Jürgen/Kühnlein, Gertrud/Wohlfahrt, Norbert/Burmester, Monika (2005): Zwischen Wettbewerb und Subsidiarität. Berlin: sigma.

Dathe, Dietmar/Kistler, Ernst (2002): Entwicklung und Strukturwandel des bürgerschaftlichen Engagements. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des 14. Deutschen Bundestages (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit. Schriftenreihe, Bd. 9. Opladen: Leske + Budrich, S. 13–67.

Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard (2009): Der Dritte Sektor in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. In: Thomas Olk/Ansgar Klein/Birger Hartnuß (Hg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (i. E.).

Dathe, Dietmar/Schmid, Günther (2001): Urbane Beschäftigungsdynamik. Berlin im Standortvergleich mit Ballungsregionen. Berlin: edition sigma.

Dekker, Paul (1999): Freiwillige Arbeit in der niederländischen Zivilgesellschaft. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven. In: Ernst Kistler/Heinz-Herbert Noll/Eckhard Priller (Hg.): Perspektiven des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin: edition sigma, S. 171–190.

Dekker, Paul (2001): Soziales Engagement in den Niederlanden. In: Rolf Heinze/Thomas Olk (Hg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich, S. 337–359.

Dekker, Paul (2008): Civic virtues and volunteering in Europe. Paper presented at the Conference on Contemporary European Perspectives on Volunteering at Ersta Sköndal Högskola, Stockholm, 10.–12. September 2008.

Dettling, Warnfried (2009): Vom Rand in die Mitte? Perspektiven der Bürgergesellschaft. In: Ingo Bode/Adalbert Evers/Ansgar Klein (Hg.): Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 55–65.

Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/11774, Beschlussempfehlung 16/12202, Beschluss 16/211 vom 19.3.2009.

Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.) (2005): Lokale Bündnisse für Familie und Bürgerschaftliches Engagement. Dokumentation einer kooperativen Tagung am 15. März 2005 in Berlin. Berlin: Deutscher Gewerkschaftsbund.

Deutsches Jugendinstitut e. V. (1999): Familienselbsthilfe und ihr Potential für eine Reformpolitik von „unten“. München.

Deutsches Jugendinstitut e. V. (2006): Mehrgenerationenhäuser – intergenerative Aktivitäten in unterschiedlichen Institutionentypen. Rechercharbeit im Auftrag des BMFSFJ. München.

Deutsches Jugendinstitut e. V. (2008): Zahlenspiegel 2007. Kindertagesbetreuung im Spiegel der Statistik. München. Internet: www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Publikationen/zahlenspiegel2007/01-Redaktion/PDF-Anlagen/Gesamtdokument,property=pdf,bereich=zahlen-spiegel2007,sprache=de,rwb=true.pdf [zuletzt aufgesucht am 13.2.2009].

Deutsches Jugendinstitut e. V./Statistisches Bundesamt (2005): Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin: BMFSFJ. Internet: www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Publikationen/genderreport/01-Redaktion/PDF-Anlagen/gesamtdokument,property=pdf,bereich=genderreport,sprache=de,rwb=true.pdf [zuletzt aufgesucht am 19.11.2008].

Dienel, Christiane (2008): Freiwilliges Engagement im demografischen Wandel – eine Zukunftsfrage. In: Deutscher Feuerwehrverband (DFV): Feuerwehr-Jahrbuch 2008. Bonn, S. 30–34.

Dorbritz, Jürgen/Ruckdeschel, Kerstin (2007): Kinderlosigkeit in Deutschland – ein europäischer Sonderweg? Daten, Trends und Gründe. In: Dirk Konietzka/Michaela Kreyenfeld (Hg.): Ein Leben ohne Kind. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 45–81.

Dörner, Klaus (2008): Leben und Sterben: die neue Bürgerhilfebewegung. In: Politik und Zeitgeschichte, H. 4, S. 21–25.

Eichhorst, Werner/Kaiser, Lutz C./Thode, Eric/Tobsch, Verene (2007): Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich. Zwischen Paradigma und Praxis. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

„Eltern“ (2008): Das Lebensgefühl junger Eltern. Eine repräsentative Umfrage, durchgeführt von forsa, Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen. Internet: www.eltern.de/pdf/Das-Lebensgefuehl-junger-Eltern.pdf [zuletzt aufgesucht am 10.2.2009].

Embacher, Serge/Lang, Susanne (2008): Bürgergesellschaft. Eine Einführung in zentrale bürgerschaftliche Gegenwarts- und Zukunftsfragen. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz.

Engels, Dietrich/Pfeuffer, Frank (2007): Die Einbeziehung von Angehörigen und Freiwilligen in die Pflege und Betreuung in Einrichtungen. In: Ulrich Schneekloth/Hans-Werner Wahl (Hg.): Möglichkeiten und Grenzen selbstständiger Lebensführung in stationären Einrichtungen (MuG IV). Integrierter Abschlussbericht im Auftrag des BMFSFJ. München, S. 233–299.

Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages (2007): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. BT-Drs.16/7000. Berlin.

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Schriftenreihe, Bd. 4. Opladen: Leske + Budrich.

Erlinghagen, Marcel (2000): Arbeitslosigkeit und ehrenamtliche Tätigkeit im Zeitverlauf. Eine Längsschnittanalyse der westdeutschen Stichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für die Jahre 1992 und 1996. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 52, H. 2, S. 291–310.

Erlinghagen, Marcel (2009): Soziales Engagement im Ruhestand: Erfahrung wichtiger als frei verfügbare Zeit. In: Jürgen Kocka/Martin Kohli/Wolfgang Streeck (Hg.): Altern: Familie, Zivilgesellschaft, Politik. Altern in Deutschland, Bd. 8. Nova Acta Leopoldina NF 106, Nr. 370, S. 211–219.

Erven-Hoppe, Kristin (2008): Sterbende ehrenamtlich begleiten. Der Malteser Hospiz- und Palliativ-Beratungsdienst. In: BBE-Newsletter 21 vom 16.10.2008. Internet: www.b-b-e.de/index.php?id=14308#14836

Etzioni, Amitai (2005): Mehr als eine Zivilgesellschaft: eine gute Gesellschaft. In: Johannes Berger (Hg.): Zerreißt das soziale Band? Beiträge zu einer aktuellen gesellschaftspolitischen Debatte. Frankfurt a. M.: Campus, S. 27–51.

Europäische Kommission (2001): Grünbuch. Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen. Brüssel.

European Commission (2007): European Social Reality. Report. Special Eurobarometer 273/Wave 66.3 – TNS Opinion & Social. Brüssel. Internet: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs_273_eng.pdf

Evers, Adalbert (2005): Vernetzung sozialer Einrichtungen als Weg zur Erschließung von Ressourcen bürgerschaftlichen Engagements. In: Petra Bauer/Ulrich Otto (Hg.): Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten. Bd. 2: Institutionelle Netzwerke in Sozialraum- und Kooperationsperspektive. Tübingen.

Evers, Adalbert (2009): Gefährdungen von Zivilität. Zum Verhältnis von Zivilgesellschaft und Drittem Sektor. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 22, H. 1, S. 96–101.

Evers, Adalbert/Olk, Thomas (Hg.) (1996): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich.

Familienforschung Baden-Württemberg (2008a): Entlastung für Familien durch familienunterstützende Dienstleistungen. Monitor Familienforschung, Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Ausgabe 13, Jg. 2008. Berlin: BMFSFJ.

Familienforschung Baden-Württemberg (2008b): Alleinerziehende in Deutschland – Potenziale, Lebenssituationen und Unterstützungsbedarf. Monitor Familienforschung, Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Ausgabe 15, Jg. 2008. Berlin: BMFSFJ.

Fendrich, Sandra/Schilling, Matthias (2004): Informelle Betreuungssettings in der außerfamilialen Kinderbetreuung. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Alltag in Deutschland – Analysen zur Zeitverwendung. Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitbudgeterhebung 2001/02 am 16./17.2.2004. Forum der Bundesstatistik, Bd. 43. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, S. 154–161.

Fischer, Gabriele/Janik, Florian/Müller, Dana/Schmucker, Alexandra (2008): Das IAB-Betriebspanel – von der Stichprobe über die Erhebung bis zur Hochrechnung. FDZ Methodenreport, 01. Nürnberg: IAB.

Freitag, Markus/Stadelmann-Steffen, Isabelle (2009): Welten der Freiwilligkeit – das freiwillige Engagement in der Schweiz im sprachregionalen Kontext. In: Christian Suter/Silvia Perrenoud/René Levy/Ursina Kuhn/Dominique Joye/Pascale Gazareth (Hg.): Sozialbericht 2008: Die Schweiz vermessen und verglichen. Zürich: Seismo Verlag, S. 170–190.

Fuchs, Tatjana/Dathe, Dietmar/Kistler, Ernst (2005): Informelle Arbeit und Lebensweise. In: SOFI/IAB/ISF/INIFES (Hg.): Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeit und Lebensweisen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 151–176.

Gabriel, Oscar W./Kunz, Volker/Roßteuscher, Sigrid/van Deth, Jan W. (2002): Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich. Wien: Universitätsverlag.

Galuske, Michael (1998): Methoden der Sozialen Arbeit. Weinheim: Juventa Verlag.

Geißel, Brigitte (2006): Kritische Bürgerinnen und Bürger – Gefahr für Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 12, S. 3–9.

Gensicke, Thomas (2005): Freiwilliges Engagement in Einrichtungen für ältere Menschen, Kinder und Jugendliche sowie für Menschen mit Behinderung. Sonderauswertung für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege auf Basis des Freiwilligen surveys 2004. München: TNS Infratest Sozialforschung.

Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2005): Der Freiwilligen survey 2004. Ergebnisse und Trends für den kirchlich-religiösen Bereich. Sonderauswertung für das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD. München: TNS Infratest Sozialforschung.

Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gerzer-Sass, Annemarie (2003): Familienselbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat. Schriftenreihe, Bd. 3. Opladen: Leske + Budrich, S. 125–139.

Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) (2002): 50plus. Der Bericht-Band 1. Nürnberg.

GESIS (2008): ALLBUS – Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Datenhandbuch 2008. Studien-Nr. 4600. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

Gosewinkel, Dieter/Rucht, Dieter/van den Daele, Wolfgang/Kocka, Jürgen (2004): Einleitung: Zivilgesellschaft – national und transnational. In: Dieter Gosewinkel/Dieter Rucht/Wolfgang van den Daele/Jürgen Kocka (Hg.): Zivilgesellschaft – national und transnational. WZB-Jahrbuch 2003. Berlin: edition sigma, S. 12–26.

Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: Wochenbericht des DIW Berlin, Jg. 75, Nr. 10, S. 101–108.

Grosse, Heinrich W. (2009): Empirische Daten und Überlegungen zum freiwilligen Engagement im Bereich „evangelische Kirche/Religion“. In: EKD/ZdK (Hg.): UM GOTTES WILLEN? – Wir engagieren uns. Ökumenische Tagung zum ehrenamtlichen Engagement in Kirche und Gesellschaft, Köln, 30./31.1.2009. epd-Dokumentation, Nr. 18/19. Hannover: Kirchenamt der EKD, S. 35–43.

Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Häcker, Jasmin/Raffelhüschen, Bernd (2006): Zukünftige Pflege ohne Familie: Konsequenzen des „Heimsog-Effekts“. Diskussionsbeiträge, No. 11. Freiburg: Forschungszentrum Generationenverträge der Albert-Ludwigs-Universität.

Hank, Karsten/Stuck, Stephanie (2008): Ehrenamt, Netzwerkhilfe und Pflege in Europa. Komplementäre oder konkurrierende Dimensionen produktiven Alterns? In: Marcel Erlinghagen/Karsten Hank (Hg.): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. Alter(n) und Gesellschaft, Bd. 16. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 27–50.

Heinemann-Knoch, Marianne/Knoch, Tina/Korte, Elke (2005): Hilfe und Pflegearrangements älterer Menschen in Privathaushalten. In: Ulrich Schneekloth/Hans-Werner Wahl (Hg.): Möglichkeiten und Grenzen selbstständiger Lebensführung in privaten Haushalten (MuG III). Abschlussbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München, S. 145–170.

Heinze, Rolf G./Olk, Thomas (2001): Bürgerengagement in Deutschland. Zum Stand der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. In: Rolf G. Heinze/Thomas Olk (Hg.): Bürgerengagement in Deutschland, Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich, S.11–26.

Heitkötter, Martina/Schröder, Delia (2006): Lokale Bündnisse für Familie. Wie entstehen neue familienpolitische Arrangements vor Ort? In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Jg. 2, H. 3, S. 18–21.

Hildebrandt, Eckart/Priller, Eckhard (2008): Entgrenzung von Bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit. In: Michael Bürsch (Hg.): Mut zur Verantwortung – Mut zur Einmischung. Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland. Bonn: J.H.W. Dietz, S. 123–131.

Hilpert, Markus (2001): Zwischen Zivilgesellschaft, Selbsthilfe und Schwarzarbeit. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 54, H. 3, S. 196–203.

Hils, Andreas/Klie, Thomas (2009): Care und Bürgerschaftliches Engagement. Zur Bedeutung freiwilligen Engagements in der Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf. Freiburg: Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze).

Hirschman, Albert O. (1984): Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Hoch, Hans/Klie, Thomas/Wegner, Martina (2007): 2. Wissenschaftlicher Landesbericht zu bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt in Baden-Württemberg in den Jahren 2004/2005/06. Freiburg: Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze).

Hochschild, Arlie (2006): Das gekaufte Herz: die Kommerzialisierung der Gefühle. Frankfurt a. M.: Campus.

Hoff, Andreas (2006): Intergenerationale Familienbeziehungen im Wandel. In: Clemens Tesch-Römer/Heribert Engstler/Susanne Wurm (Hg.): Altwerden in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 231–287.

Hohn, Bettina (2009): Wie nutzen deutsche NPO das Marketing-Potenzial des Internets? Online-Marketing für Nonprofit-Organisationen (Teil 1). In: Bank für Sozialwirtschaft, Info 5.

Holtkamp, Lars/Bogumil, Jörg/KiBler, Leo (2006): Kooperative Demokratie. Das politische Potenzial von Bürgerengagement. Frankfurt a. M.: Campus.

Hurrelmann, Klaus/Albert, Mathias (2006): Jugend 2006. 15. Shell Jugendstudie. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt a. M.: Fischer.

Infratest Sozialforschung (2003): Hilfe- und Pflegebedürftige in Privathaushalten in Deutschland 2002. München. Internet: www.tns-infratest-sozialforschung.com/downloads/mug3sb.pdf [zuletzt aufgesucht am 10.2.2009].

Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.) (2006): Bildungsarmut und Humankapital-schwäche in Deutschland. Gutachten. Köln.

Institut für Demoskopie Allensbach (2006): Vorwerk Familienstudie 2006. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland. Wuppertal: Vorwerk & Co. KG.

Institut für Demoskopie Allensbach (2008a): Familienunterstützende Dienstleistungen – Nutzung und Potenzial zu Anfang des Jahres 2008. Kommentarband. Allensbach.

Institut für Demoskopie Allensbach (2008b): Familienmonitor 2008. Repräsentative Befragung im Auftrag des BMFSFJ zum Familienleben und zur Familienpolitik. Osnabrück.

Institut für Demoskopie Allensbach (2008c): Vorwerk Familienstudie 2008. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland. Wuppertal: Vorwerk & Co. KG. Internet: www.vorwerk.com/de/pdf/presse/publikationen/vorwerkfamilienstudie2008.pdf [zuletzt aufgesucht am 10.2.2009].

Institut für Pflegewissenschaft Universität Bielefeld (2007): Recherche und Analyse von Pflegebedürftigkeitsbegriffen und Einschätzungsinstrumenten. Verfasser: K. Wingfeld, A. Büscher und D. Schaeffer. Studie im Rahmen des Modellprogramms nach § 8 Abs. 3 SGB XI im Auftrag der Spitzenverbände der Pflegekassen. Bielefeld.

Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (2006): Reichtum der Talente. Ehrenamtspool für Kindergärten. Explorative Studie im Auftrag des BMFSFJ zu zivilgesellschaftlichem Engagement und frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung. Berlin.

Jakob, Gisela (2002): Soziale Arbeit und zivilgesellschaftliches Handeln. In: Dietrich Lange/Karsten Fritz (Hg.): Soziale Fragen – soziale Antworten. Die Verantwortung der Sozialen Arbeit für die Gestaltung des Sozialen. Neuwied: Krieffel, S. 119–128.

Jakob, Gisela (2009a): Infrastrukturen und Anlaufstellen zur Engagementförderung in den Kommunen. In: Thomas Olk/Ansgar Klein/Birger Hartnuß (Hg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden (i. E.).

Jampert, Karin/Janke, Dirk/Peucker, Christian/Zehnbauer, Anne (2003): Familie, Kinder, Beruf. Familienunterstützende Kinderbetreuungsangebote in der Praxis. Broschüre. München: Deutsches Jugendinstitut e. V.

Jurczyk, Karin (2005): Work-Life-Balance und geschlechtergerechte Arbeitsteilung. Alte Fragen neu gestellt. In: Hartmut Seifert (Hg.): Flexible Zeiten in der Arbeitswelt. Frankfurt a. M.: Campus, S. 102–123.

Jürgens, Kerstin (2005): Die neue Unvereinbarkeit? Familienleben und flexibilisierte Arbeitszeit. In: Hartmut Seifert (Hg.): Flexible Zeiten in der Arbeitswelt. Frankfurt a. M.: Campus, S. 169–190.

Kabis-Staubach, Tülin/Staubach, Reiner (2008): Engagement auch unter erschwerten Bedingungen? Topografie des Engagements in Dortmund-Nordstadt. BBE-Newsletter 22, Internet: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/aktuelles/nl_beitraege/2008/nl22_staubach.pdf

Kaltenborn, Bruno/Knerr, Petra/Kurth-Laatsch, Sylvia (2005): Familienunterstützende Dienstleistungen. Beiträge zur Wirtschaftsforschung und Politikberatung Nr. 29, August, Berlin.

Keck, Wolfgang (2009): Abgrenzung von sozialem Engagement zu Staat, Markt und Familie. Das Beispiel Pflege. Lunchtime-Kolloquium Zivilengagement. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 26.2.2009.

Kenjoh, Eiko (2005): New Mothers Employment and Public Policy in the UK, Germany, the Netherlands, Sweden and Japan. In: Labour, 19, Special Issue 1, S. 549.

Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/Priller, Eckhard (Hg.) (2002): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin: edition sigma.

Kistler, Ernst/Priller, Eckhard/Sing, Dorit (2000): Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Wege zur Aktivierung sozialwissenschaftlicher Forschung im Bereich von zivilgesellschaftlichem Engagement. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderung für die Europäische Sozialforschung. Bonn.

Klages, H./Gensicke, Thomas (1997): Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement in Deutschland. Aktuelle Ergebnisse aus der empirischen Sozialforschung. Bochum.

Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung. Opladen: Leske + Budrich.

Klenner, Christina/Pfahl, Svenja (2001): (Keine) Zeit für's Ehrenamt? Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 54, H. 3, S. 179–187.

Klenner, Christiane/Pfahl, Svenja (2005): Stabilität und Flexibilität. Ungleichmäßige Arbeitszeitmuster und familiäre Arrangements. In: Hartmut Seifert (Hg.): Flexible Zeiten in der Arbeitswelt. Frankfurt a. M.: Campus, S. 124–168.

Klie, Thomas/Ross, Paul-Stefan (2005): Wie viel Bürger darf's denn sein? Bürgergesellschaftliches Engagement im Wohlfahrtsmix – eine Standortbestimmung in acht Thesen. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit, Jg. 36, H. 4, S. 20–43.

Klocke, Andreas/Limmer, Ruth/Lücke, Detlev (2001): Das Ehrenamt im Umfeld der Familie. ifb-Materialien 7. Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg. Bamberg.

Köcher, Renate (2008): AWA 2008: Die junge Generation als Vorhut gesellschaftlicher Veränderungen. Internet: www.awa-online.de [zuletzt aufgesucht am 4.5.2009].

Kocka, Jürgen (2003): Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 16, H. 2, S. 29–37.

Kocka, Jürgen (2008): Chancen und Herausforderungen einer alternden Gesellschaft. In: Ursula M. Staudinger/Heinz Häfner (Hg.): Was ist Alter(n)? Neue Antworten auf eine scheinbar einfache Frage. Schriften der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Nr. 18. Heidelberg: Springer, S. 217–235.

Kohli, Martin/Künemund, Harald (2005): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. 2. erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kohli, Martin/Künemund, Harald/Motel, Andreas/Szydlik, Marc (1999): Familiäre Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat. In: WSI-Mitteilungen, 1, S. 20–25.

Kolvenbach, Franz-Josef/Haustein, Thomas/Krieger, Sascha/Seewald, Hermann/Weber, Tim (2004): Kindertagesbetreuung in Deutschland: Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990 bis 2002. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (2007): Die Analyse von Kinderlosigkeit in Deutschland: Dimensionen-Daten-Probleme. In: Dirk Konietzka/Michaela Kreyenfeld (Hg.): Ein Leben ohne Kind. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–41.

Krüger, Petra (2007): Geschlechterdifferenzierung im ehrenamtlichen Engagement: Drei Organisationen im Vergleich. Dissertation. Tübingen.

Künemund, Harald (2006a): Methodenkritische Anmerkungen zur Empirie ehrenamtlichen Engagements. In: Klaus R. Schroeter/Peter Zängl (Hg.): Altern und bürgerschaftliches Engagement. Aspekte der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung in der Lebensphase Alter. Alter(n) und Gesellschaft, Bd. 12. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 111–134.

Künemund, Harald (2006b): Tätigkeiten und Engagement im Ruhestand. In: Clemens Tesch-Römer/Heribert Engstler/Susanne Wurm (Hg.): Altwerden in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 289–323.

Künemund, Harald (2009): Erwerbsarbeit, Familie und Engagement in Deutschland. In: Jürgen Kocka/Martin Kohli/Wolfgang Streeck (Hg.): Altern: Familie, Zivilgesellschaft, Politik. Altern in Deutschland, Bd. 8. Nova Acta Leopoldina NF 106, Nr. 370, S. 19–39.

Künemund, Harald/Schupp, Jürgen (2008): Konjunkturen des Ehrenamtes – Diskurse und Empirie. In: Marcel Erlinghagen/Karsten Hank (Hg.): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. Alter(n) und Gesellschaft, Bd. 16. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 145–163.

Lauterbach, Wolfgang (2004): Die multilokale Mehrgenerationenfamilie. Würzburg: Ergon.

Liebig, Reinhard (2008): Freiwilligendienste als außerschulische Bildungsinstitution für benachteiligte junge Jugendliche. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lübking, Uwe/Ulbrich, Ina-Maria/Vogelsang, Klaus (2005): Kommunale Selbstverwaltung Berlin: Erich Schmidt Verlag.

Lukoschat, Helga/Kletzing, Uta/Wenzl, Andrea (2008): Engagiert vor Ort: Einstiegswege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen. Erste Ergebnisse einer bundesweiten quantitativen und qualitativen Befragung von Frauen in der Kommunalpolitik. Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft für das BMFSFJ. Berlin. Internet: www.frauen-macht-kommune.de [zuletzt aufgesucht am 10.1.2009].

Maecenata Institut (2006): Bürgerengagement und Zivilgesellschaft in Deutschland. Stand und Perspektiven. Studie. Berlin.

Mai, Ralf/Swiaczny, Frank (2008): Demografische Entwicklung. Potenziale für bürgerschaftliches Engagement. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 126. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Möller, Bettina (2005): Der Stellenwert der Familie im Feld der Selbsthilfe. Der Gewinn eines neuen Blicks. Familienbezogene, -entlastende und -ergänzende Bedeutung von Selbsthilfeorganisationen mit und ohne Familienbezug sowie Bedürfnisse und Interessen von Menschen mit seltenen Erkrankungen und Problemen auf der Suche nach Gleichbetroffenen und Selbsthilfegruppen. Ergebnisse einer Datenerhebung der Nakos. In: DAG SHG e. V. (Hg.): Selbsthilfegruppenjahrbuch 2005. Gießen: Focus, S. 91–101.

- Müller-Hilmer, Rita (2006):** Gesellschaft im Reformprozess – Umfrage im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Internet: www.infratest-politischeforschung.de/download/FES_Ergebnisse.pdf [zuletzt aufgesucht am 26.2.2009].
- Münchow, Andreas von (2005):** Strategische Allianzen im Bereich der Interessenvermittlung. Berlin: polipshere.
- Nährlich, Stefan (2008):** Euphorie des Aufbruchs und Suche nach gesellschaftlichen Wirkungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 31, S. 26–31.
- Nave-Herz, Rosemarie (2007):** Familie heute – Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung. Darmstadt: Primus.
- Neef, Rainer/Keim, Rolf (2007):** „Wir sind keine Sozialen“. Marginalisierung und Ressourcen in deutschen und französischen Problemvierteln. Analyse und Forschung, Bd. 53. Konstanz: UVK.
- Nell-Breuning, Oswald von (1976):** Das Subsidiaritätsprinzip. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, H. 1, S. 6–17.
- Neu, Claudia (2009):** Demografischer Wandel in entlegenen ländlichen Räumen – Herausforderung für die Zivilgesellschaft. In: BMFSFJ (Hg.): Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern. Nachhaltige Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement. Rostock: Publikationsversand der Bundesregierung, S. 126–131.
- Noll, Heinz-Herbert/Schöb, Anke (2002):** Lebensqualität im Alter. Expertise zum Vierten Altenbericht der Bundesregierung, Bd. 1. Hannover: Vincentz.
- Notz, Gisela (2006):** Familie heute ... und was hat das mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun? In: NAKOS Extra, Nr. 36: Familien und bürgerschaftliches Engagement. Dokumentation eines Workshops des Arbeitskreises „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin am 15./16. November 2006. Berlin, S. 10–23.
- Offe, Claus (2008):** Governance – „Empty signifier“ oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm? In: Gunnar Folke Schuppert/Michael Zürn (Hg.): Governance in einer sich wandelnden Welt. PVS-Sonderheft 41. Wiesbaden, S. 61–76.
- Olk, Thomas (2009):** Grußwort auf der Ökumenischen Tagung zu ehrenamtlichem Engagement in Kirche und Gesellschaft, Köln, 30./31. Januar 2009. In: BBE-Newsletter 3. Internet: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/03/nl03_olk_grusswort_koeln.pdf
- Olk, Thomas/Klein, Ansgar (2009):** Engagementpolitik – ein neues Politikfeld und seine Probleme. In: Ingo Bode/Adalbert Evers/Ansgar Klein (Hg.): Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 23–54.

Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hg.) (2009): Engagementpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (i. E.).

Opaschowski, Horst W. (2006): Das Moses-Prinzip. Die 10 Gebote des 21. Jahrhunderts. 3. Aufl. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

Opaschowski, Horst W. (2008): Deutschland 2030: Wie wir in Zukunft leben. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

Perabo, Christa (2009): Kommentar zum Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesmodellprogramms Generationsübergreifende Freiwilligendienste (GÜF). In: BBE-Newsletter 5 vom 5.3.2009. Internet: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/03/nl05_perabo.pdf (zuletzt aufgesucht am 3.7.2009)

Peuckert, Rüdiger (2008): Familienformen im sozialen Wandel. 7. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Placke, Gerd (2009): „Gute Geschäfte“ zwischen Unternehmen und Gemeinnützigen. Internet: www.gute-geschaefte.org/uploads/tx_jpdownloads/Artikel_MP-Methode_081114.pdf

Priller, Eckhard (2004): Konkurrierende Konzepte zum bürgerschaftlichen Engagement in der Langzeitperspektive. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 17, H. 2, S. 36–44.

Priller, Eckhard (2006): Zivilgesellschaftliches Engagement in Europa. Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In: Jens Alber/Wolfgang Merkel (Hg.): Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? WZB-Jahrbuch 2005. Berlin: edition sigma, S. 135–158.

Priller, Eckhard (2008a): Der Dritte Sektor als Jobmotor? Dokumentation der Fachtagung „Engagement und Erwerbsarbeit“ des BBE. Berlin.

Priller, Eckhard (2008b): Ressourcen und Potenziale zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland. In: Jürgen Kocka (Hg.): Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 299–313.

Priller, Eckhard (2008c): Zivilgesellschaftliches Engagement im europäischen Vergleich: In: Herbert Ammann/Raimund Hasse/Monika Jakobs/Gabriele Riemer-Kafka (Hg.): Freiwilligkeit. Ursprünge, Erscheinungsformen, Perspektiven. Zürich: Seismo Verlag, S. 51–70.

Priller, Eckhard/Sommerfeld, Jana (2009a): Spenden und ihre Erfassung in Deutschland: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft. In: Eckhard Priller/Jana Sommerfeld (Hg.): Spenden in Deutschland. Analysen – Konzepte – Perspektiven. Münster: LIT Verlag, S. 5–74.

Priller, Eckhard/Sommerfeld, Jana (2009b): Wer spendet in Deutschland? Eine sozialstrukturelle Analyse. In: Eckhard Priller/Jana Sommerfeld (Hg.): Spenden in Deutschland. Analysen – Konzepte – Perspektiven. Münster: LIT Verlag, S. 167–200.

Priller, Eckhard/Winkler, Gunnar (2002): Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgergesellschaftlichen Engagements“ des 14. Deutschen Bundestages (Hg.): Partizipation und Engagement in Ostdeutschland. Schriftenreihe, Bd. 6. Opladen: Leske + Budrich, S. 17–144.

Prognos/Generali (2009): Engagementatlas 2009: Daten. Hintergründe. Volkswirtschaftlicher Nutzen. Aachen: AMB Generali Holding AG.

Putnam, Robert D. (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, Robert D. (1995): Bowling alone. America's declining social capital. In: Journal of Democracy, Vol. 6, No. 1, S. 65–78.

Reich, Nora (2008): Deutsche Familienpolitik im internationalen Vergleich. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 88, Nr. 12, S. 816–822.

Reimer, Sabine (2006): Die Stärke der Zivilgesellschaft in Deutschland. Berlin: Maecenata.

Rosenthal, Carolyn J. (1985): Kinkeeping in the familial division of labor. In: Journal of Marriage and the Family, Vol. 47, No. 4, S. 965–974.

Roth, Roland (2001): Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40, S. 15–22.

Roth, Roland (2008): Die unzivile Gesellschaft (Exkurs). In: Serge Embacher/Susanne Lang (Hg.): Bürgergesellschaft. Eine Einführung in zentrale bürgerschaftliche Gegenwarts- und Zukunftsfragen. Bonn: J.H.W. Dietz, S. 68–88.

Sachße, Christoph (1995): Verein, Verband und Wohlfahrtsstaat: Entstehung und Entwicklung der dualen Wohlfahrtspflege. In: Thomas Rauschenbach/Christoph Sachße/Thomas Olk (Hg.): Von der Wertegemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 123–149.

Sauer, Martin (2009): Ehrenamtliches Engagement: Ressourcen und Rahmenbedingungen. BBE-Newsletter 4. Internet: www.b-b-e.de/uploads/media/nl04_sauer.pdf

Schaarschmidt, Kathrin (2007): Lokale Bündnisse für Familie – viele Partner für mehr Familienfreundlichkeit. Fachtag „Kommunale Familienpolitik“ am 3. Dezember 2007. Internet: www.deutscher-verein.de/03-events/Kongresse%20des%20Deutschen%20Vereins/2007/pdf/Lokale_Buendnisse_fur_Familie.pdf [zuletzt aufgesucht am 13.2.2009].

Schenk, Christian (2008): Politics of Diversity. Diversity als Thema für Nichtregierungsorganisationen. Internet: www.migration-boell.de/web/diversity/48_1735.asp [zuletzt aufgesucht am 3.11.2007].

Schenk, Michael/Wolf, Anne/Wolf, Malthe/Schmitt-Walter, Nikolaus (2008): Nutzung und Akzeptanz von E-Commerce. Stuttgart. Internet: www.uni-hohenheim.de/fmk

Scherpner, Hans (1974): Theorie der Fürsorge. Göttingen: Vadenhoeck & Ruprecht.

Schimank, Uwe (2007): Theorien der gesellschaftlichen Differenzierung. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schmitt, Christian/Winkelmann, Ulrike (2005): Wer bleibt kinderlos? Sozialstrukturelle Daten zur Kinderlosigkeit von Frauen und Männern. Discussion Paper 473. DIW Berlin.

Schmitt, Christoph (2005): Informelle soziale Beziehungen. In: SOFI/IAB/ISF/INIFES (Hg.): Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeit und Lebensweisen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 433–453.

Schneekloth, Ulrich (2006): Politik und Gesellschaft: Einstellungen, Engagement, Bewältigungsprobleme. In: Shell Deutschland Holding (Hg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 103–144.

Schneekloth, Ulrich (2008): Leben zwischen Hartz IV und Kreativwirtschaft. Soziale Lagen in Berlin. In: Gemeinnützige Hertie-Stiftung (Hg.): Hertie-Berlin-Studie 2009. Hamburg: Hoffmann und Campe, S. 41–75.

Schneekloth, Ulrich/Wahl, Hans-Werner (Hg.) (2005): Möglichkeiten und Grenzen selbstständiger Lebensführung in privaten Haushalten (MuG III). Abschlussbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München.

Schneekloth, Ulrich/Wahl, Hans-Werner (Hg.) (2007): Möglichkeiten und Grenzen selbstständiger Lebensführung in stationären Einrichtungen (MuG IV). Integrierter Abschlussbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München.

Schneider, Norbert F./Rosenkranz, Doris/Limmer, Ruth (1998): Nichtkonventionelle Lebensformen. Entstehung, Entwicklung, Konsequenzen. Opladen: Leske + Budrich.

Schreier, Claudia/Stallmann, Ludger (2007): Kommunale Praxis im Bereich familienunterstützender Dienstleistungen. Erfahrungen – Instrumente – Effekte. ISS-Aktuell 10. Berlin: BMFSFJ.

Schulz, Erika (2008): Zahl der Pflegefälle wird deutlich steigen. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Jg. 75, Nr. 47, S. 736–744.

Schuppert, Gunnar Folke (2008): Governance – auf der Suche nach Konturen eines „anerkannt uneindeutigen Begriffs“. In: Gunnar Folke Schuppert/Michael Zürn (Hg.): Governance in einer sich wandelnden Welt. PVS-Sonderheft 41. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13–40.

Sing, Dorit (2001): Ehrenamtliches Engagement von Frauen als Arbeitsmarktstrategie. In: WSI-Mitteilungen, Nr. 3, S. 165–171.

Sippel, Hans-Jörg (2009): Online-Kommunikation und bürgerschaftliches Engagement. BBE-Newsletter 2 (www.b-b-e.de).

Speth, Rudolf (2006): Wege und Entwicklungen der Interessenpolitik. In: Thomas Leif/Rudolf Speth (Hg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 38–52.

Spieß, C. Katharina/Berger, Eva M./Groh-Samberg, Olaf (2008): Die öffentlich geförderte Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur in Deutschland: Eine ökonomische Analyse regionaler und nutzergruppenspezifischer Unterschiede. Innocenti Working Paper 2008-03. Florenz: UNICEF Innocenti Research Centre.

Stadelmann-Steffen, Isabelle/Freitag, Markus/Bühlmann, Marc (2007): Freiwilligen-Monitor Schweiz 2007. Zürich: Seismo Verlag.

Statistik Austria (2008): Struktur und Volumen der Freiwilligenarbeit in Österreich. Aktualisierte Version. Wien: Statistik Austria.

Statistisches Bundesamt (2001): Kurzbericht: Pflegestatistik 1999. Bonn.

Statistisches Bundesamt (2003a): Bericht: Pflegestatistik 2001. Bonn.

Statistisches Bundesamt/BMFSFJ (Hg.) (2003b): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2004a): Sonderbericht: Lebenslagen der Pflegebedürftigen – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Deutschlandergebnisse des Mikrozensus. Bonn.

Statistisches Bundesamt (2004b): Statistik der Kinder- und Jugendhilfe. Einrichtungen und tätige Personen in Tageseinrichtungen am 31.12.2002. Gesamt. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2005): Bericht: Pflegestatistik 2003. Bonn.

Statistisches Bundesamt (2006a): Mikrozensus. Haushalts- und Familienstatistik (www.gbe-bund.de, 4.12.2008).

Statistisches Bundesamt (2006b): Leben und Arbeiten in Deutschland. Sonderheft 1: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2007a): Demografischer Wandel in Deutschland. Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Heft 1, Wiesbaden: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

Statistisches Bundesamt (2007b): Geburten in Deutschland. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2007c): Statistik der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen am 15.3.2006. Revidierte Ergebnisse. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2007d): Pflegestatistik 2005. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008a): Statistik der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen am 15.3.2008. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2008b): Datenreport 2008. Zahlen und Fakten für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008c): Pflegestatistik 2007. Wiesbaden.

Strasser, Hermann/Stricker, Michael (2008): Bürgerinnen und Bürger als Helfer der Nation? In: Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, H. 12-12, S. 33–38.

Strauß, Susanne (2008): Volunteering and Social Inclusion. Interrelations between Unemployment and Civic Engagement in Germany and Great Britain. VS Research: Life Course Research. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Sturges, Jane/Guest, David (2004): Working to live or living to work? Work/life balance early in the career. In: Human Resource Management Journal, No. 4, S. 5–20.

Süßlin, Werner (2009): Ergebnisse einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach zum ehrenamtlichen Engagement in der Caritas. In: EKD/ZdK (Hg.): UM GOTTES WILLEN? – Wir engagieren uns. Ökumenische Tagung zum ehrenamtlichen Engagement in Kirche und Gesellschaft, Köln, 30./31.1.2009. epd-Dokumentation, Nr. 18/19. Hannover: Kirchenamt der EKD, S. 43–46.

Suter, Christian/Joye, Dominique/Levy, René (Hg.) (2009): Sozialbericht 2008. Die Schweiz vermessen und verglichen.

Szydlik, Marc (2000): Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern. Opladen: Leske + Budrich.

Szydlik, Marc (Hg.) (2004): Generation und Ungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Textor, Martin (1990): Familien: Soziologie, Psychologie. Eine Einführung für soziale Berufe. Freiburg: Lambertus.

TNS Infratest Sozialforschung (2005): Formen und Arrangements der Betreuung von Vorschulkindern. Sonderauswertung auf Grundlage des Freiwilligensurveys 2004. Durchgeführt im Auftrag des BMFSFJ. München.

United Nations (1999): International Year of the Volunteer 2001. Background Note. Bonn.

Uunk, Wilfred/Kalmijn, Matthijs/Muffels, Ruud (2005): The Impact of Young Children on Women's Labour Supply in Europe. A Reassessment of Institutional Effects in Europe. In: Acta Sociologica, Jg. 48, H. 1, S. 41–68.

Vortkamp, Wolfgang/Deppe, Jörg (2009): Die kommunale Bürgergesellschaft im Internet: das Modellprojekt „Engagement-Plattform für 2000 Kommunen“. BBE-Newsletter 02. (www.b-b-e.de).

Wetterer, Angelika/Poppenhusen, Margot, unter Mitarbeit von Anja Voss (2007): Mädchen & Frauen bei der Feuerwehr. Empirische Ergebnisse – praktische Maßnahmen. Forschungsreihe des BMFSFJ, Bd. 2. Baden-Baden: Nomos.

Willige, Janka (2008): Glück und Zufriedenheit Studierender. Online-Befragung Studierender im Sommersemester 2008. HISBUS-Kurzinformation, Nr. 20. Hannover: HIS Hochschul-Informationen-System GmbH.

Witt, Dieter/von Velsen-Zerweck, Burkhard/Thiess, Michael/Heilmair, Astrid (2006): Herausforderung Verbändemanagement. Handlungsfelder und Strategien, Wiesbaden: Gabler.

Zapf, Wolfgang (1989): Über soziale Innovationen. In: Soziale Welt, 40. Jg., H. 1-2, S. 170–183.

Zapf, Wolfgang (1994): Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Soziologische Aufsätze 1987 bis 1994. Berlin: edition sigma.

Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (2008): Die wissenschaftliche Begleitung des Bundesmodellprogramms Generationsübergreifende Freiwilligendienste. Abschlussbericht. Freiburg.

Ziegler, Uta/Doblhammer, Gabriele (2007): Geschlechterdisparitäten in der familiären Lebenssituation Älterer und ihre Auswirkungen auf den zukünftigen häuslichen und institutionellen Pflegebedarf. Rostocker Zentrum Diskussionspapier, No. 9. Rostock.

Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (2000): Zur Standortbestimmung bürgerschaftlichen Engagements. In: Annette Zimmer/Stefan Nährlich (Hg.): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich.

Zimmer, Annette/Priller, Eckhard (2007): Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Internetquellen

ARD/ZDF-Onlinestudie 2008: Internetverbreitung: Größter Zuwachs bei Silver-Surfern;
www.daserste.de/service/studie.asp#download1
(zuletzt aufgesucht am 3.7.2009)

BMFSFJ 2008: 3. Bilanz Chancengleichheit. Europa im Blick; www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=111114.html
(zuletzt aufgesucht am 3.7.2009)

Deutscher Kulturrat (2008): Kultur-Enquete: Zuwendungsrecht und bürgerschaftliches Engagement. BBE-Newsletter 9; www.b-b-e.de/uploads/media/nl09_kulturrat.pdf
(zuletzt aufgesucht am 3.7.2009)

Kinderpanel 2003: www.dji.de/cgi-bin/inklunde.php?inklunde=kinderpanel/highlights/start.htm (27.10.2008)
(zuletzt aufgesucht am 3.7.2009)

Pleon/Ifok 2008: Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen (CSR) zwischen Markt und Politik; www.csr-in-deutschland.de/portal/generator/6000/property=data/2008__12__17__studie__gesellschaftliche__verantwortung__unternehmen.pdf
(zuletzt aufgesucht am 3.7.2009)

www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de (29.5.2009).

Anhang 1: Liste der Expertisen

Braun, Sebastian Humboldt-Universität zu Berlin	Unternehmerisches Zivilengagement
Ehrhardt, Jens	Zur Engagementsaufnahme im Zeitraum von 2003 bis 2007: Längsschnittanalysen mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP)
Erlinghagen, Marcel/ Hank, Karsten Universität Mannheim	Engagement und Netzwerke im Alter – Auswertungen mit der ersten und zweiten Welle des SHARE-Datensatzes
Hohendanner, Christian IAB, Nürnberg	Der Dritte Sektor in Deutschland. Eine Analyse auf Basis des IAB-Betriebspanels
Jakob, Gisela Fachhochschule Darmstadt	Kommunen und bürgerschaftliches Engagement – gegenwärtiger Stand, Probleme und Lösungsansätze
Kehl, Konstantin/ Then, Volker CSI, Universität Heidelberg	Bürgerschaftliches Engagement im Kontext von Familie und familiennahen Dienstleistungen. Gemeinschaftliche Wohnmodelle als Ausweg aus dem Unterstützungs- und Pflegedilemma
Klie, Thomas/ Hils, Andreas zze, Freiburg	Care und bürgerschaftliches Engagement. Zur Bedeutung freiwilligen Engagements in der Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Behinderungen und Pflegebedarf
Klocke, Andreas/ Stadtmüller, Sven FSDW, FH Frankfurt a. M.	Wandel der Familienformen in Deutschland und die Bedeutsamkeit des bürgerschaftlichen Engagements für das Familienleben
Stemmer, Philipp zze, Freiburg	Freiwilligendienste in Deutschland. Eine Expertise zur aktuellen Landschaft der Inlands- und Auslandsfreiwilligendienste in Deutschland
Strachwitz, Rupert Graf/ Ebermann, Thomas Maecenata Institut, Berlin	Stiftungen und bürgerschaftliches Engagement
Wagner, Alexandra Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt GmbH, Berlin	Familienunterstützendes Engagement von Unternehmen
Wegner, Martina zze, Freiburg	Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen

Zimmer, Annette/ Balanceakt hoch drei. Expertise zur Vereinbarung
 Wolf, André Christian von Beruf, Familie und Engagement bei Führungskräften in
 Ifpol, WWU Münster Nonprofit-Organisationen

Anhang 2: Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1.3-1: Engagementquoten in Deutschland nach unterschiedlichen Erhebungen	21
Abbildung 2.2-1: Anteile der Organisationsformen nach Engagementbereichen, 2004	31
Abbildung 2.2-2: Entwicklung der Engagementquote in Deutschland, 1985–2007....	34
Abbildung 2.2-3: Engagementquoten nach Gemeindegrößenklassen, 2004.....	37
Abbildung 2.2-4: Engagementquoten nach Altersgruppen, 1999 und 2004	39
Abbildung 2.2-5: Entwicklung der Engagementquote in den Altersgruppen 60 Jahre und älter in Deutschland, 1985–2007	41
Abbildung 2.2-6: Engagementquoten nach Bildungsniveau, 2004	43
Abbildung 2.2-7: Engagementquoten nach Erwerbsstatus, 2004	43
Abbildung 2.2-8: Engagementquoten nach Tätigkeitsanforderungen, 2004	44
Abbildung 2.2-9: Engagementquoten nach Haushaltsnettoeinkommen, 2004.....	44
Abbildung 2.2-10: Anteil des Engagements nach Arbeitszeit und Geschlecht in Paarhaushalten mit Kind(ern), 2007	48
Abbildung 2.2-11: Entwicklung der Mitgliederzahlen ausgewählter Interessenorganisationen und Verbände, 1991–2007	51
Abbildung 2.2-12: Entwicklung der Spenderquote und der Spendenhöhe in Deutschland, 1995–2008	53
Abbildung 2.2-13: Struktur der Engagierten nach ihrer relativen Einkommensposition, 1985–2007	57
Abbildung 2.2-14: Veränderung des bürgerschaftlichen Engagements in einzelnen Tätigkeitsfeldern bis 2050	59
Abbildung 2.2-15: Formen zivilgesellschaftlichen Engagements im Ländervergleich	60
Abbildung 2.2-16: Aktive Mitgliedschaft oder ehrenamtliche Tätigkeiten im Ländervergleich, 2006	62
Abbildung 2.2-17: Ehrenamtliche und im Bereich Netzwerkhilfe Tätige im Ländervergleich, 2006	63
Abbildung 2.3-1: Beschäftigte in der Freien Wohlfahrtspflege, 1970–2004.....	67
Abbildung 2.3-2: Entwicklung der Anzahl der Vereine, 1960–2008	69
Abbildung 2.3-3: Anzahl der Vereine insgesamt sowie der Sport- und Gesangsvereine je 100.000 Einwohner, 1960–2007	70
Abbildung 2.3-4: Anzahl der Vereine je 1 Million Einwohner und Gesamtzahl der Vereine nach Bundesländern, 2008.....	71
Abbildung 2.3-5: Stiftungsgründungen in Deutschland, 1990–2008.....	72
Abbildung 2.3-6: Verteilung der Stiftungszweck-Hauptgruppen im Stiftungsbestand	74
Abbildung 2.3-7: Neugründungen und Gründungskapital von Bürgerstiftungen, 1996–2008	76

Abbildung 3.1-1:	Bereiche familiärer Fürsorge	94
Abbildung 3.3-1:	Freiwilliges Engagement für Familien in einzelnen Tätigkeitsfeldern.....	99
Abbildung 3.3-2:	Engagement in verschiedenen Lebensformen.....	100
Abbildung 3.3-3:	Engagement für Senioren im sozialen und im Gesundheitsbereich nach Altersgruppen, 2004	101
Abbildung 3.4-1a:	Anzahl der Tageseinrichtungen zur Kinderbetreuung, 1994–2008	104
Abbildung 3.4-1b:	Anzahl der angebotenen Plätze in den Einrichtungen zur Kinderbetreuung, 1994–2008.....	104
Abbildung 3.4-2:	Betreuung durch Personen außerhalb des Haushaltes.....	109
Abbildung 3.4-3:	Handlungsfelder von Bündnissen	115
Abbildung 3.5-1:	Anteil der Verwandten an der Befriedigung des Pflegebedarfs.....	128
Abbildung 3.5-2:	Soziale/familiale Netzwerke im Stadt-Land-Vergleich.....	129
Abbildung 3.5-3:	Anteil der Freunde, Bekannten und Nachbarn an der Befriedigung des Pflegebedarfs	131

Anhang 3: Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1.3-1:	Im Bericht verwendete empirische Erhebungen und Studien zum bürgerschaftlichen Engagement.....	23
Tabelle 2.2-1:	Verteilung der Engagementbereiche, 1999 und 2004	29
Tabelle 2.2-2:	Organisatorischer Rahmen des freiwilligen Engagements, 1999 und 2004	30
Tabelle 2.2-3:	Hilfeleistung durch informelle und verwandtschaftliche Netzwerke, 1999 und 2004	33
Tabelle 2.2-4:	Zugangsquoten in das Engagement in den alten und neuen Bundesländern im Vergleich der Zeiträume 1994/1998 und 2003/2007	35
Tabelle 2.2-5:	Engagementbereiche und Geschlecht, 1999 und 2004.....	38
Tabelle 2.2-6:	Anteil der Engagierten mit Leitungs- oder Vorstandsfunktion nach Geschlecht und ausgewählten Engagementbereichen, 2004.....	38
Tabelle 2.2-7:	Engagementquoten nach Geburtsjahrgängen, 1999 und 2004.....	41
Tabelle 2.2-8:	Interesse an Politik/öffentlichem Leben, Konfessionszugehörigkeit und Bindung an Kirche/Religion der Engagierten, 1999 und 2004.....	45
Tabelle 2.2-9:	Freundes- und Bekanntenkreis und Engagement, 1999 und 2004.....	46
Tabelle 2.2-10:	Engagementquoten nach ausgewählten Familien- bzw. Lebensformen und Geschlecht, 2004	48
Tabelle 2.2-11:	Zeitlicher Umfang des Engagements bei ehrenamtlichen Führungskräften nach Geschlecht und Lebensformen	49
Tabelle 2.2-12:	Mitglied in mindestens einem Verein/einer Organisation (Anteil an der Bevölkerung)	52
Tabelle 2.2-13:	Spender nach soziodemografischer Struktur in Deutschland, 1999 und 2004	53

Tabelle 2.2-14:	Spendenbeteiligung nach Konfession und Stärke kirchlicher Bindung, 2004	54
Tabelle 2.3-1:	Atypische Beschäftigungsverhältnisse im Dritten Sektor, 2007	68
Tabelle 2.3-2:	Die zehn größten Stiftungen privaten Rechts nach Gesamtausgaben	73
Tabelle 2.3-3:	Übersicht zu Freiwilligendiensten im In- und Ausland.....	78
Tabelle 2.3-4:	Soziodemografische Merkmale.....	81
Tabelle 2.3-5:	Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege, 2004.....	82
Tabelle 3.1-1:	Übersicht familienunterstützender Dienstleistungen.....	93
Tabelle 3.2-1:	Verteilung der Familienformen, 1996–2007	97
Tabelle 3.3-1:	Bedeutung eigener Kinder beim Engagement.....	101
Tabelle 3.4-1:	Kinder im Alter von unter drei Jahren in Tageseinrichtungen nach täglichen Betreuungszeiten am 15.3.2006	106
Tabelle 3.4-2:	Platzangebote für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt nach täglicher Betreuungszeit sowie prozentualer Anteil der hier betreuten Kinder an der Gesamtkinderzahl am 15.3.2006.....	106
Tabelle 3.5-1:	Pflegebedarf in Deutschland	126
Tabelle 3.5-2:	Anteil der Personen, die Unterstützungsleistungen von freiwilligen Helfern erhalten, nach Einschätzung der Mitarbeiter	133
Tabelle 3.6-1:	Ausübung von Engagement für spezielle Personengruppen, 2004	141
Tabelle 4.3-1:	Engagementgesetzgebung durch den Bund seit 2002	148
Tabelle 4.3-2:	Modellprogramme des Bundes	151
Tabelle 4.3-3:	Modellprogramme zum freiwilligen Engagement in Bundesländern.....	158
Tabelle 4.3-4:	Übersicht zu Einrichtungen auf der kommunalen Ebene	161
Tabelle 4.5-1:	Formen und Instrumente des unternehmerischen Zivilengagements.....	172

WZB Projektgruppe Zivilengagement

Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland

– Kurzfassung –

In unserer Gesellschaft bringen Bürgerinnen und Bürger in einem beachtlichen Umfang Geld, Zeit, Energie und Ideen für gemeinschaftliche Belange auf. Der Stellenwert dieses Engagements wird durch verschiedene Gesellschaftsentwicklungen noch verstärkt: Neben bereits bestehenden Tendenzen zunehmender Individualisierung, sozialer Desintegration, von geringer werdendem Interesse an Politik und des Schwindens der Leistungsfähigkeit traditioneller Sozialsysteme sind inzwischen auch die Auswirkungen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise zu spüren.

Eckpunkte und Grundlinien des Engagements

Unter bürgerschaftlichem Engagement wird in der Regel ein individuelles Handeln verstanden, das sich durch Freiwilligkeit, fehlende persönliche materielle Gewinnabsicht und eine Ausrichtung auf das Gemeinwohl auszeichnet. Das schließt auch einen individuellen Nutzen in Form der Aneignung von Wissen und Kompetenz, das Knüpfen und die Pflege sozialer Beziehungen oder andere ideelle Erträge mit ein. Wesentliches Merkmal des Engagements ist, dass es durch gesellschaftliche Verantwortung mit unterschiedlicher Reichweite – vom internationalen humanitären Einsatz bis hin zu alltäglichen Unterstützungs- und Hilfeleistungen – geprägt wird. Diese Tätigkeit findet weitgehend im öffentlichen Raum statt und sichert Teilhabe und Integration.

Um die umfassenden Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements für die Gesellschaft noch besser zu nutzen, ist ein kooperatives Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erforderlich.

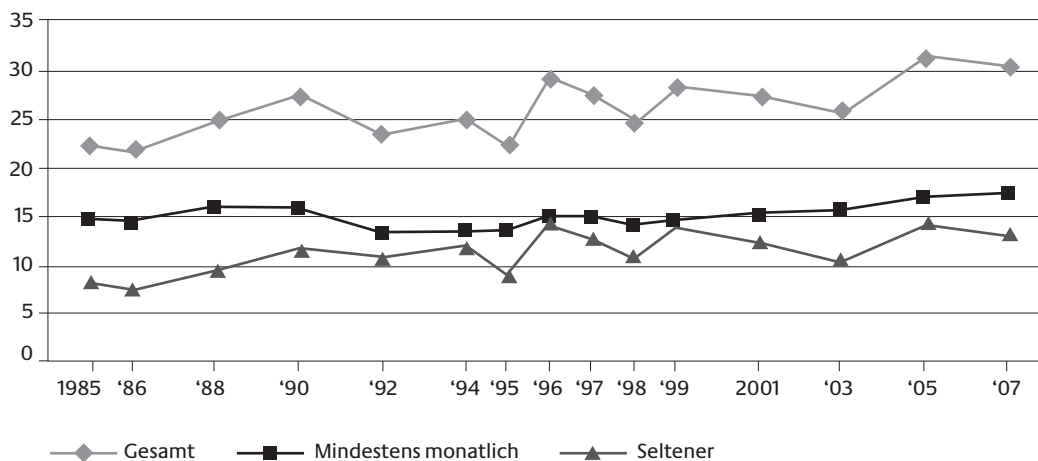
In Deutschland engagieren sich nach Angaben aus dem Freiwilligensurvey 2004 23 Mio. Menschen. Sie tun dies in zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen unterschiedlicher Rechtsformen, beispielsweise in den rund 600.000 eingetragenen Vereinen und über 16.000 Stiftungen. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass es neben einem politischen, sozialen, kulturellen oder auf Geselligkeit ausgerichteten Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen oder staatlichen Institutionen zahlreiche informelle Tätigkeiten in Formen des nichtorganisierten Engagements gibt. Diese werden im Rahmen von Netzwerken, die aus Nachbarn, Freunden und Bekannten bestehen, geleistet.

Das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland hat bereits einen hohen Entwicklungsstand erreicht. Im europäischen Vergleich liegt es zwar nicht an der Spitze (skandinavische Länder, Niederlande), es nimmt aber einen guten Mittelplatz ein. Nach Angaben

aus dem Engagementatlas 2008 engagieren sich rund 34% der Bürgerinnen und Bürger und damit mehr als jede bzw. jeder Dritte.

Zu vergleichbaren Ergebnissen kommen andere Untersuchungen wie der Freiwilligen-survey oder das Sozio-oekonomische Panel (SOEP). Nach den Angaben des SOEP, die eine langfristige Analyse des Engagements ermöglichen, ist der Anteil der Engagierten von 22% im Jahre 1985 auf 30% im Jahre 2007 gestiegen (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1: Entwicklung der Engagementquote in Deutschland, 1985–2007 (1985–1988 nur alte Bundesländer), in %



Datenbasis: SOEP 24; eigene Berechnungen.

Dabei weist das regelmäßige Engagement, das mindestens einmal im Monat ausgeübt wird, eine beachtliche Stabilität auf. Es ist seit 1998 gestiegen und traf 2007 für 17% der Bevölkerung ab 16 Jahren zu. Der Anteil der wöchentlich Engagierten liegt 2007 bei 9% und hat seit 1998 geringfügig zugenommen. Gerade die regelmäßig Engagierten erreichen mit ihrem zeitlichen und kontinuierlichen Einsatz eine hohe Wirksamkeit. Das Engagement, das seltener, d. h. in größeren Zeitabständen, erbracht wird, unterliegt im Zeitverlauf stärkeren Schwankungen.

Insgesamt ist ein Teil des Engagements durch einen begrenzten Zeitraum und durch relativ kurzfristige Ein- und Austritte gekennzeichnet. Hierfür gibt es unterschiedliche Gründe, so die engen Bindungen des Engagements an bestimmte lebensbiografische Phasen (z. B. das Zusammenleben mit Kindern und daraus resultierende Engagementgelegenheiten), Veränderungen von Lebenslagen (z. B. Verschlechterung der Einkommenssituation infolge von Arbeitslosigkeit) oder der Charakter des Engagements selbst (z. B. die zeitliche Begrenzung einer Wahlperiode). Austritte können mehr oder weniger unfreiwillig erfolgen, wenn sie etwa durch erwerbsbedingte Zwänge (z. B. geringe zeitliche Flexibilität) hervorgerufen werden. Für bestimmte Engagementbereiche (wie Pflege und Betreuung) können sich aus dem häufigen Wechsel der Engagierten durchaus Probleme ergeben.

Es ist fraglich, ob die Engagementquote auch in Zukunft auf dem hohen Niveau bleibt, denn die Engagementbereitschaft wird von vielfältigen Faktoren beeinflusst. Hierzu zählen u. a. die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation, der Wertewandel oder demografische Veränderungen.

Engagement hat Geschlecht

Die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im privaten und beruflichen Bereich reproduziert sich in einem hohen Maße im Engagement.

Frauen engagieren sich zum einen weniger als Männer – 2008 waren es 32% der Frauen gegenüber 38% der Männer. Dies liegt auch daran, dass sie stärker von Vereinbarkeitsproblemen der drei Bereiche Beruf, Familie und Engagement betroffen sind. Ein Indikator hierfür ist, dass ihr Engagement bei sinkender Arbeitszeit zunimmt.

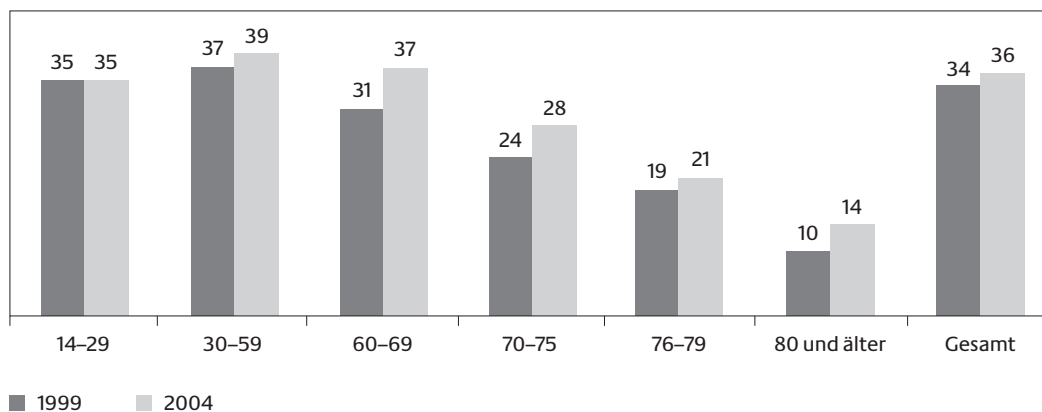
Zum anderen sind Frauen in jenen Feldern überdurchschnittlich engagiert, die eine Nähe zum Sozialen und auch zur Familie aufweisen. Der Frauenanteil im Engagement für Kinder und Jugendliche liegt 2008 bei 62% (Männer: 38%) und im Bereich Soziales, Gesundheit und Pflege bei 63% (Männer: 37%). Häufig üben Frauen und Männer ihre Engagementtätigkeiten auf unterschiedlichen Hierarchieebenen aus: Leitende Funktionen werden deutlich weniger von Frauen übernommen.

Engagement von Jugendlichen: eigenorientiert und selbstorganisiert

Immer wieder wird kritisch festgestellt, dass das Interesse von Jugendlichen an etablierter Politik, anderen gesellschaftlichen Themen und am bürgerschaftlichen Engagement stark gesunken ist.

Der Freiwilligensurvey 2004 – eine Befragung, die auf einer anderen methodischen Grundlage als das SOEP basiert und das Engagement differenzierter erfasst – ermittelte eine Engagementquote bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 29 Jahren von 35%. Sie entsprach fast dem Gesamtniveau (36%) und blieb gegenüber 1999 unverändert (vgl. Abb. 2).

Abbildung 2: Engagementquoten nach Altersgruppen in Deutschland, 1999 und 2004, in %



Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999 und 2004; eigene Berechnungen.

Die SOEP-Daten belegen, dass seit Mitte der 1990er-Jahre der Anteil der selten Engagierten in dieser Altersgruppe sehr hoch ist.

Bei den Jugendlichen handelt es sich um ein Engagement, das auf eigene Interessen und auf den Kreis Gleichaltriger gerichtet ist. Dies zeigt sich darin, dass der größte Engagementbereich der Jugendlichen Sport und Bewegung ist. Hingegen spielt das Engagement von Jugendlichen im sozialen Bereich, bis auf die Rettungsdienste, kaum eine Rolle.

Ein Drittel der Jugendlichen engagiert sich informell in ihrem unmittelbaren Umfeld. Informellen Organisationsformen im schulischen Bereich kommt ein besonderer Stellenwert zu: 1999 waren 18% der im schulischen Kontext engagierten Jugendlichen in Projekten, Initiativen und selbstorganisierten Gruppen tätig, 2004 ist ihr Anteil mit 32% fast doppelt so hoch. Die Verdichtung der Schul- und Studienzeiten bringt jedoch die Gefahr mit sich, dass nicht mehr ausreichend Zeit für Engagementtätigkeiten bleibt.

Auch Bildung und soziale Einbindung hat in dieser Altersgruppe einen großen Einfluss auf die Engagementbereitschaft. Das bedeutet, dass sich sozial benachteiligte Jugendliche deutlich weniger engagieren.

Zunahme des Engagements von Älteren

Im Vergleich der Jahre 1999 und 2004 sind die Engagementquoten älterer Menschen überdurchschnittlich gestiegen (vgl. Abb. 2). Anhand der SOEP-Daten ist diese Entwicklung bereits seit Mitte der 1990er-Jahre nachzuweisen. Der Trend lässt sich nicht auf eine bestimmte Generation, beispielsweise die sog. 68er, begrenzen. Die Zunahme des Engagements älterer Menschen ist jedoch eine noch junge Tendenz: Fast ein Drittel der über 60-Jährigen gibt an, das Engagement erst innerhalb der letzten fünf Jahre aufgenommen zu haben.

Ausgeweitet hat sich das Engagement der Älteren vor allem in den Bereichen Kirche und Religion, Soziales sowie Sport und Bewegung. Ebenso wie bei den Jugendlichen konzentriert sich das Engagement der Älteren in einem starken Maße auf die eigene Altersgruppe.

Zukünftige Engagementpotenziale

Bevölkerungsdiagnosen gehen davon aus, dass die Alterung der Bevölkerung das Engagementpotenzial in einzelnen Bereichen unterschiedlich beeinflusst. Einige werden demnach Zuwächse verzeichnen, andere Rückgänge: Der geringere Anteil von Kindern und Jugendlichen kann künftig zu einem starken Rückgang des Engagements im Bereich Kindergarten und Schule führen. Auch Sport und Bewegung sowie die außerschulische Jugendarbeit könnten einen Bedeutungsverlust erfahren.

Hingegen ist in jenen Bereichen, bei denen es um die Belange der Älteren geht, mit einem verstärkten Bedarf und Zuspruch zu rechnen. Es werden in Zukunft vermehrt Einsatzfelder nachgefragt, die sich auf eine Kurzzeitpflege, das kommunikative und soziale Miteinander, die hauswirtschaftliche Unterstützung, die Gewährleistung und Sicherung von Mobilität und auf die Beratung von pflegenden Angehörigen beziehen. Damit sind Potenziale und Bedarfe in der ambulanten Pflege und auch in Bezug auf die Begleitung von

Personen mit Demenz angesprochen. Der Hospizbereich stellt künftig ebenfalls ein wichtiges Engagementfeld dar.

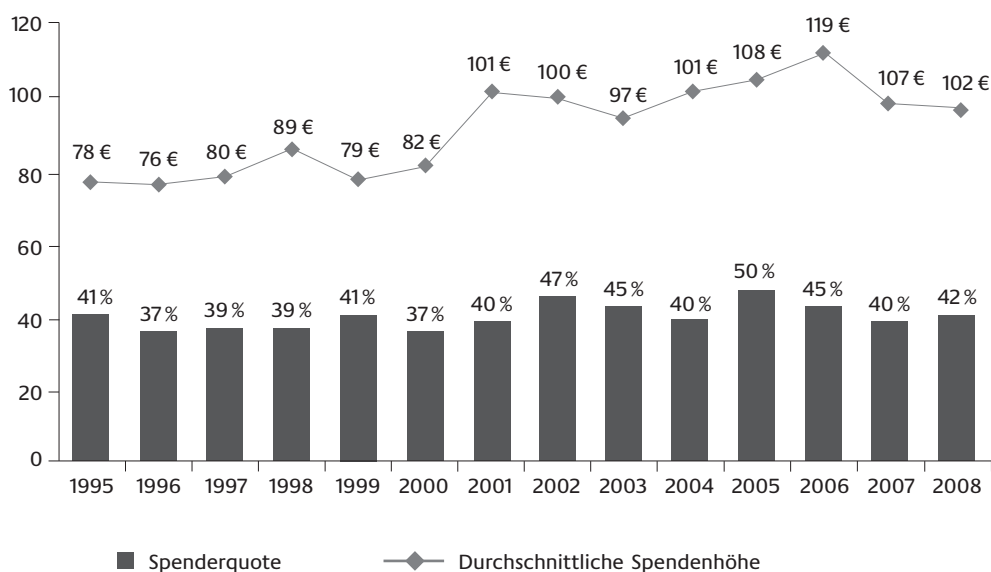
Bisher wird das Engagement für ältere Menschen vor allem von Personen ab dem 60. Lebensjahr ausgeübt. Der bessere Gesundheitszustand wird für diese Gruppe künftig längere Aktivitätsphasen, auch hinsichtlich des Engagements, erlauben. In naher Zukunft wird dennoch der Einsatz der jüngeren Generationen gefragt sein, sich der vielfältigen Aufgaben anzunehmen.

Die Möglichkeiten, die Engagement für ein lebenslanges Lernen bietet, kann die Engagementbereitschaft dabei positiv beeinflussen.

Engagement durch Spenden

Den Deutschen kann durchaus eine „Kultur des Gebens“ bescheinigt werden. Die jährliche Gesamtsumme der Spenden wird auf 2,1 bis 4,5 Mrd. Euro geschätzt. Jeweils 40% der Bevölkerung ab 14 Jahren spendet jährlich (vgl. Abb. 3). Die Spenderquoten sind relativ stabil, lediglich im Zusammenhang mit besonderen Katastrophenfällen wie der Elbe-Flut oder der Tsunami-Katastrophe sind sie spürbar angestiegen.

Abbildung 3: Entwicklung der Spenderquote und der Spendenhöhe in Deutschland, 1995–2008



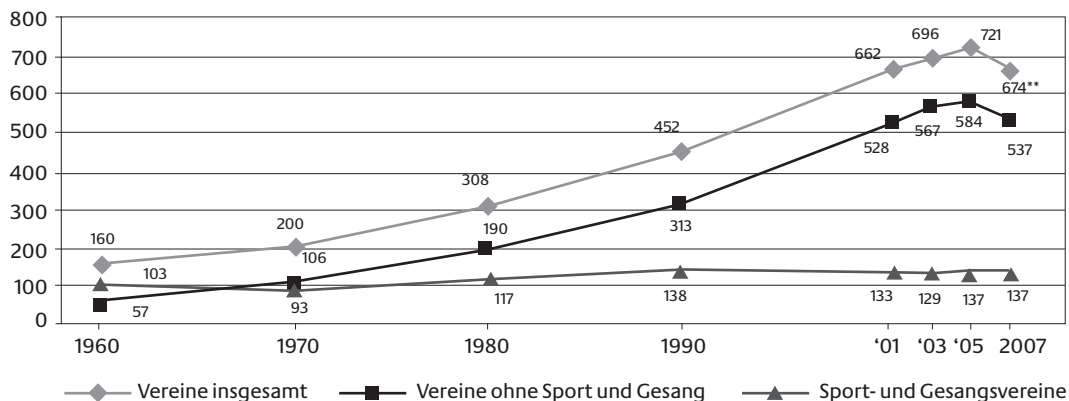
Datenbasis: TNS Infratest 2008; eigene Darstellung.

Die durchschnittliche jährliche Summe, die je Spender zur Verfügung gestellt wird, ist von 78 Euro im Jahre 1995 auf 102 Euro im Jahre 2008 und damit auf 131% angewachsen (vgl. Abb. 3). Die Spendenbeteiligung liegt bei den Frauen etwas höher als bei den Männern, und sie steigt mit dem Alter an. Beamte und Selbstständige nehmen Spitzenpositionen bei der Spendenbeteiligung ein.

Zivilgesellschaftliche Organisationen als Orte des Engagements

Engagement erfolgt zu einem wesentlichen Teil in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Besonders die Anzahl der eingetragenen Vereine ist über einen längeren Zeitraum dynamisch gewachsen (vgl. Abb. 4). Im Jahre 2008 waren 674 Vereine je 100.000 Einwohner in die Vereinsregister eingetragen.

Abbildung 4: Anzahl der Vereine insgesamt sowie der Sport- und Gesangsvereine je 100.000 Einwohner, 1960–2007*



* Bis 1990 nur alte Bundesländer.

** Angaben für 2008.

Datenbasis: Statistisches Bundesamt; Vereinsstatistik V & M Service GmbH, Konstanz.

Die Frage, ob der Rückgang der aktuellen Vereinszahlen auf eine Trendwende zurückzuführen ist, kann gegenwärtig noch nicht eindeutig beantwortet werden. Zumindest deuten sinkende Mitgliederzahlen auf zunehmende Probleme dieser Organisationsform hin.

Stiftungsboom mit geringem Vermögen

Stiftungen haben in den vergangenen Jahren eine besonders dynamische Entwicklung erfahren. Nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen existierten zu Beginn des Jahres 2009 mit 16.406 rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts rund 6% mehr als im Vorjahr. Die Hälfte dieser Stiftungen wurde in den letzten zehn Jahren gegründet. Im Jahre 2008 wurden über 1.000 Stiftungen neu errichtet, 2007 waren es über 1.100. Eine dynamische Entwicklung verzeichneten bis 2006 auch die Bürgerstiftungen. Zu befürchten ist, dass die Finanzkrise nicht nur das Vermögen der Stiftungen schmälert, sondern sich auch negativ auf die Zahl der Stiftungsgründungen auswirkt.

Nicht in gleicher Weise wie die Anzahl der Stiftungen nahm das Stiftungsvermögen zu. Der überwiegende Teil der Stiftungen hat nur einen geringen Vermögensstock, der durch die Möglichkeit der Zustiftung allerdings wächst. Mehr als die Hälfte der Stiftungen (54%) kann bis zu 50.000 Euro im Jahr ausgeben und nur 10% mehr als 2,5 Mio. Euro.

Neue Organisationsformen nutzen: Internet

Zu den neuen Organisationsformen des Wissenstransfers und der Kommunikation zählt das Internet. Es bietet für gemeinnützige Organisationen, Initiativen und einzelne Engagierte vielfältige Nutzungsmöglichkeiten, beispielsweise kann es den Zugang zum Engagement erleichtern. Organisationen können durch eine internetgestützte Öffentlichkeitsarbeit mehr Engagierte gewinnen. Die Engagierten wiederum können sich ausführlich über Engagementmöglichkeiten informieren. Bis jetzt nutzen durchschnittlich 43% der Engagierten das Internet hauptsächlich, um Informationen zu beschaffen. Vor allem Jugendliche (49%) und junge Erwachsene (56%) greifen stärker als Ältere im Rahmen ihres Engagements auf das Internet zurück.

Das Internet schafft neue Engagementformen, die von einfacher Unterstützung durch Mentoring über Bereitstellung von Wissen in Form von Engagement-Wikis (Wissen zu Engagementthemen in Form der Online-Enzyklopädie Wikipedia) bis hin zu Online-Campaigning reichen.

Insgesamt ist das Internet als Engagementort noch nicht erschlossen. Die aktive Nutzung durch Web-2.0-Formen ist wenig entwickelt, und viele Aktivitäten im Internet, z. B. Online-Gaming, sind eher dem Freizeitbereich zuzuordnen.

Engagement für und von Familien

Familien gehören einerseits zu den Hauptakteuren des Engagements und sind andererseits ein wichtiger Empfänger der Leistungen von Engagement.

Insgesamt 49% des Engagements richten sich an Familien, Kinder und Senioren. Das informelle Engagement zwischen Nachbarn, Freunden und Bekannten ist dabei noch nicht berücksichtigt. Vom Sportkurs über andere Freizeitangebote bis hin zu Betreuung und Hilfen im Alltag sind die Leistungen der Engagierten breit gefächert.

Das Engagement von Familien zeigt sich in ihrer überdurchschnittlichen Engagementquote: Paare mit Vorschul- und Schulkind(ern) bis 14 Jahre sind beispielsweise zu 66% engagiert. Ursächlich hierfür können bestimmte Engagementgelegenheiten (z. B. Elternbeirat) sein, die sich für Eltern durch ihre Kinder zusätzlich eröffnen.

Breite Organisationslandschaft des Engagements für Familien

Die Engagementlandschaft im Bereich der Unterstützung für Familien unter Einschluss älterer Menschen ist durch eine große organisatorische Formenvielfalt gekennzeichnet. Das Engagement findet sowohl in Großorganisationen als auch in zahlreichen Verbänden, in Vereinen und Netzwerkstrukturen, aber auch in geringer bis nicht formalisierten Strukturen, d. h. auf informeller Ebene, statt.

So verfolgen die Netzwerkstrukturen der 563 Lokalen Bündnisse den Ansatz eines kooperativen Engagements durch Akteure aus Politik/Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Das zentrale Kapital der Kooperationen besteht in der Bereitschaft zur Zusammenarbeit und in den speziellen Kompetenzen der Beteiligten. Dabei arbeiten in fast allen Lokalen Bündnissen (93%) zivilgesellschaftliche Organisationen, z. B. Familienverbände, familienorientierte Einrichtungen und Kirchen, mit. Wichtige Handlungsfelder der Bündnisse sind die Kinderbetreuung sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Eine weitere wichtige Organisationsform für familienunterstützendes Engagement stellen die 500 Mehrgenerationenhäuser (MGH) dar. In den serviceorientierten Häusern, in denen haushaltsnahe Dienstleistungen und Kinderbetreuung angeboten werden, sind Engagierte neben den Festangestellten und Selbstständigen mit einem Anteil von 48% aktiv. Sie tun dies vor allem in Bezug auf Aktivitäten, die keine Regelmäßigkeit erfordern oder nicht in den hygienischen Bereich fallen (z. B. Vorlesen oder Beratung). Da das Engagement in den serviceorientierten Häusern im Vergleich zu anderen MGH-Typen aber einen eher geringen Stellenwert hat, ist es in diesen Häusern künftig noch stärker zu entfalten.

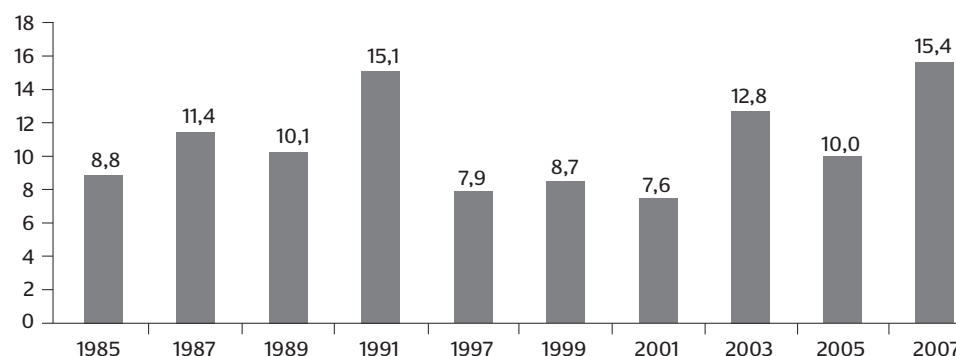
Auch durch die Generationsübergreifenden Freiwilligendienste (GüF) wurden verstärkt Potenziale im Bereich familienunterstützender Maßnahmen durch Engagement erschlossen. Insgesamt waren hier rund 70% der Teilnehmer in den Bereichen Kinderbetreuung, Familienunterstützung, Seniorenarbeit und Pflege tätig.

Engagement für Familien und ältere Menschen findet ebenfalls in öffentlichen Einrichtungen statt. So erhalten Heimbewohnerinnen und Heimbewohner in stationären Pflegeeinrichtungen zu 14% ab und an in der Woche Unterstützung durch Engagierte. Es sind allerdings weniger die konkreten Pflegemaßnahmen als vielmehr kulturelle und soziale Aktivitäten, die hier zusätzlich angeboten werden. Pflegebedürftige Personen in Privathaushalten erhalten zu 11% Unterstützung durch Engagierte.

Zu den geringer formalisierten Organisationsformen, in denen ein Engagement für Familien stattfindet, zählen bestimmte Initiativen und Formen der Selbsthilfe sowie selbstorganisierte Gruppen. Die meisten der hier Engagierten (39%) sind dabei in den familiennahen Bereichen Schule und Kindergarten sowie Soziales aktiv. Allein am Beispiel der Elterninitiativen im Bereich Kinderbetreuung, die seit 1994 kontinuierlich auf derzeit rund 4.362 Initiativen (Anteil 9% an allen Kindertageseinrichtungen) gestiegen sind, wird deutlich, wie durch Engagement verstärkt Formen der Selbstorganisation entstehen. Elterninitiativen stellen hier mittlerweile 137.358 Betreuungsplätze (Anteil 4%) und tragen aktiv zur Gestaltung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten bei.

Informelles Engagement reicht über organisierte Strukturen hinaus
Familien erfahren durch informelles Engagement wichtige ergänzende Unterstützung. Durch Kontakte zu Nachbarn, Freunden und Bekannten bilden sich persönliche Netzwerke, die Grundlage für gegenseitige Hilfeleistungen sind und das Gefühl von Zusammengehörigkeit und Solidarität untereinander stärken. Berufstätige Eltern greifen beispielsweise wegen nicht ausreichender Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu 13% auf die unentgeltliche Betreuung ihrer Kinder durch Verwandte, Nachbarn und Freunde zurück.

Abbildung 5: Anteil der Freunde, Bekannten und Nachbarn an der Befriedigung des Pflegebedarfs, 1985–2007, in %



Datenbasis: SOEP 24, gewichtet; eigene Berechnungen.

Noch ausgeprägter ist das informelle Engagement bei der Befriedigung des Pflegebedarfs. Trotz eines gleichbleibenden Anteils von Personen mit Pflegebedarf ist der Anteil

an Hilfeleistungen durch Freunde, Bekannte und Nachbarn in den letzten Jahren gestiegen (vgl. Abb. 5). Sie helfen mittlerweile zu 15 %, den Pflegebedarf abzudecken.

Ein Plus an Lebensqualität

Engagement für Familien hat grundsätzlich – in Relation zu öffentlichen und privatwirtschaftlichen Leistungen – ergänzenden Charakter. So findet es zumeist nicht täglich statt, wie es die Bedarfe im familialen Kontext oft erfordern, sondern wird in der Regel nur ein- bis zweimal wöchentlich ausgeübt. Durch ihren zusätzlichen Charakter erhalten die Angebote eine besondere Eigenschaft: Gewinn an Lebensqualität. Es sind jene Leistungen der emotionalen Zuwendung wie Zuhören, Vorlesen, Hände halten, Basteln und vieles mehr, für die anderenorts nicht immer die nötige Zeit zur Verfügung steht, die durch Engagement erbracht werden. Ein solches Engagement zielt vor allem auf eine Steigerung des Wohlbefindens und auf soziale Einbindung. Deshalb ist eine weitere Unterstützung des Engagements für Familien und ältere Menschen erforderlich.

Da der Umgang mit Menschen sowohl in physischer als auch psychischer Hinsicht voraussetzungsvoll ist, kann dies in einzelnen Feldern (z. B. im Umgang mit dementen Personen) eine bessere Qualifizierung erfordern. So arbeiten öffentliche Träger im Pflegebereich, die Qualifizierungsmaßnahmen anbieten, nachweislich intensiver mit Engagierten zusammen als andere Einrichtungen.

Engagementpolitik

Engagementpolitik findet auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen statt. Das größte Defizit besteht darin, dass die politischen Akteure wenig voneinander wissen. Daher ist ein systematischer Austausch von Informationen über Vorhaben, Maßnahmen, Fördereffekte und vorhandene Strukturen erforderlich. Es wird deshalb vorgeschlagen, dass die Koordination auf den föderalen Ebenen verbessert wird.

Engagementpolitik sollte dabei vermeiden, dass sie zu einer Top-down-Strategie wird. Sie muss die Freiwilligkeit des Engagements anerkennen und Strukturen fördern, die eine freie Wahl des Engagements ermöglichen.

Engagementpolitik ist zukünftig in zweifacher Hinsicht zu verbessern. Sie ist zum einen in den einzelnen Ressorts als Querschnittsaufgabe zu behandeln und zum anderen innerhalb der Bundesregierung und der Landesregierungen ressortübergreifend zu koordinieren.

Netzwerke sind sowohl auf der Ebene des Bundes (BBE) als auch – allerdings noch nicht durchgehend – auf der Ebene der Länder zu finden. Die Vernetzung ist vor allem zwischen gleichartigen Organisationen auszubauen. Thematische und strukturelle Gemeinsamkeiten fördern den Austausch von Erfahrungs- und Lösungswissen.

Engagementförderung durch den Bund erfolgte in den vergangenen Jahren vor allem durch die Begünstigung des individuellen Engagements in Form steuerrechtlicher Anreize (steuerfreie Aufwandspauschalen, Freibeträge, Versicherungsleistungen). Sie privilegiert dabei Gutverdienende und größere Organisationen, die Aufwendungen ersetzen können. Zu verstärken ist deshalb künftig die Förderung von Infrastruktur für das Engagement wie internetgestützte Informationsplattformen und lokale Kontakt- und Anlaufstellen.

Mit dem Ausbau der infrastrukturellen Förderung ist die Selbststeuerungsfähigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu optimieren. Diese kann einen Beitrag zu einer gleichberechtigten Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft leisten. Möglich ist dies durch mehr Transparenz, u. a. in Form einer zentralen Datenbank für Vereine, Stiftungen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen. In ihr können Organisationen, abgestuft nach ihrer Größe, Finanz- und Jahresberichte hinterlegen.

Zeitpolitik

Das Thema Zeitpolitik gewinnt für das bürgerschaftliche Engagement immer größere Bedeutung. Zeitpolitik ist eine Aufgabe, die die ganze Gesellschaft betrifft.

Eine veränderte Zeitpolitik muss mit Blick auf die Einzelne bzw. den Einzelnen darauf hinwirken, dass sich die starren Lebens- und Berufsverläufe (Ausbildung – Erwerbsarbeit – Rente) ändern und Engagement in den verschiedenen Lebensphasen einen festen Platz bekommt. Hier sind neue Passungsverhältnisse zu entwickeln.

Auf der lokalen Ebene ist zu Vereinbarungen zu gelangen, mit denen die zeitlichen Erfordernisse von Beruf, Familie und Engagement besser aufeinander abgestimmt werden können. Dies betrifft vor allem die Regelung von Arbeits- und Öffnungszeiten. Auch Institutionen wie die Schulen und Bildungseinrichtungen müssen sicherstellen, dass Jugendlichen Raum für Engagement bleibt.

Informelle Netzwerke und Nachbarschaften stärken

Die Bedeutung von Netzwerken für das Engagement wird zunehmend sichtbar. Netzwerke fördern die soziale Einbindung. Sie sind sowohl auf der individuellen als auch auf der gesellschaftlichen Ebene wertvoll. Die Entwicklung von Netzwerken ist daher stärker zu fördern und etablierte Netzwerke sind wirksam zu unterstützen. Im lokalen Raum sind besonders Nachbarschaftsstrukturen sowie neue Wohn- und Pflegeformen in der Altenpolitik zu entwickeln, und bei Jugendlichen ist die Bedeutung von Patenschaften und Mentoring bewusst zu machen.

Engagement in Organisationen stärken

Organisationen haben sich in den letzten Jahren stark verändert (Professionalisierung, Ökonomisierung). Engagierte müssen durch ein Freiwilligenmanagement aktiv eingebunden werden. Insbesondere muss hier das Verhältnis von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen verbessert werden.

Das Freiwilligenmanagement umfasst auch bessere Angebote an Weiterbildung und Anerkennung. Organisationen haben darüber hinaus für einen geschlechtergerechten Aufbau zu sorgen, vor allem in den Leitungspositionen.

Jugendliches Engagement stärker motivieren

Frühe Erfahrung mit Engagement ist für die Entwicklung von Engagementbiografien und -karrieren besonders wichtig. Zudem sind Jugendliche unabhängig von Herkunft und Bildungsstand zum Engagement zu führen. Kindern und Jugendlichen sollen bessere Möglichkeiten gegeben werden, mit anderen zusammen etwas zu machen und gemeinsame Projekte durchzuführen.

Durch Orte für gemeinsame Projekte können Kommunen junge Menschen stärker binden und damit attraktiver werden. Auch Kindertageseinrichtungen, Schulen und andere Bildungsstätten sollen Kindern und Jugendlichen mehr Mitwirkungsmöglichkeiten bieten. Durch soziales Engagement als Teil des Projektunterrichts kann Verantwortungsübernahme bei Schülerinnen und Schülern eingeübt werden. Insgesamt ist gesellschaftliches Engagement als Bildungsziel in den verschiedenen Einrichtungen stärker in den Mittelpunkt zu stellen.

Stiftungen sind Teil der Zivilgesellschaft

Stiftungen müssen noch stärker als Financiers und Innovatoren der Zivilgesellschaft fungieren. Nach wie vor gibt es sehr viele kleine Stiftungen. Durch die Möglichkeit der Zustiftung sollen Stiftungen wachsen, um die neuen Aufgaben besser bewältigen zu können. Hierfür sind gemeinsame Anstrengungen des Stiftungssektors erforderlich.

Internet stärker nutzen

Der Zugang zum Engagement erfolgt gegenwärtig überwiegend über den Freundes- und Bekanntenkreis. Weitere Einflussfaktoren für das Engagement sind die Einkommenshöhe, das Vorhandensein eines starken Interesses an Politik und am öffentlichen Leben sowie die kirchliche bzw. religiöse Bindung. Das Internet wird für das Engagement noch viel zu wenig genutzt – und wenn doch, dann eher in der passiven Form zur Gewinnung und Verbreitung von Informationen.

Die Organisationen sind aufgerufen, das Internet mit seinen interaktiven Möglichkeiten (z. B. Web-2.0-Formen) stärker zu nutzen. Sie können damit Interessierte – ohne eine formale Mitgliedschaft – an sich binden. Darüber hinaus ist bei der Engagementförderung darauf zu achten, dass auch bildungsferne Schichten mit den Nutzungsmöglichkeiten des Internets vertraut werden.

Engagement für und von Familien stärken

Familien erbringen Leistungen, von denen die gesamte Gesellschaft profitiert. Deshalb sind Familien auch durch das Engagement zu unterstützen.

Familien profitieren vom informellen Engagement. Durch die Förderung von Netzwerkstrukturen und Nachbarschaften sollen diejenigen Familien unterstützt werden, die nicht als Nachfrager auf dem Markt auftreten können. Ziel ist es, durch informelles Engagement Familien zu entlasten und gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu festigen.

In der lokalen Infrastruktur, insbesondere in den Kindertageseinrichtungen, sind Engagierte systematisch und professionell zu unterstützen. Kommunen sollten Engagement unterstützende Infrastrukturen und Netzwerke schaffen. So können Kommunen ihre familienfreundlichen Strukturen ausbauen und sie als Standortfaktor einsetzen. Dazu gehört auch, dass die Teilhabechancen (Vereinsmitgliedschaften) von Kindern und Jugendlichen verbessert werden.

Auch die Freiwilligendienste, die sich zu einem großen Teil auf die Arbeit mit Kindern und Senioren richten, können verstärkt als Ressource in Form eines Engagements für Familien genutzt werden.

Da familiennahes Engagement vor allem durch Frauen erfolgt, ist hier für Geschlechtergerechtigkeit im Sinne der Überwindung von tradierten Geschlechterrollen zu sorgen.

Engagementforschung ausbauen

In der wissenschaftlichen Forschung sind Engagement und Zivilgesellschaft immer noch randständige Themen. Engagementpolitik benötigt wissenschaftliche Expertise und Beratung – nicht nur für staatliche Akteure, sondern auch für zivilgesellschaftliche Organisationen. Deshalb bedarf es des Ausbaus der Forschungsinfrastruktur. Fundament der Forschung ist eine verbesserte Datenlage. Die Engagementthematik muss stärker in das amtliche statistische System integriert werden.

Auch die Datenlage zum Engagement für Familien ist zu verbessern. Insbesondere sind eine Bedarfsanalyse zur Nachfrage und eine Qualitätsbewertung von Engagement durch Familien zu erstellen.

Ebenso notwendig sind weitere theoretisch-konzeptionelle Überlegungen zum bürgerschaftlichen Engagement, die den neueren Entwicklungen und Tendenzen im Engagement gerecht werden. Des Weiteren besteht Bedarf zum Ausbau der Infrastruktur der Engagementforschung. Ziel sollte die Schaffung einer breit vernetzten, kooperativen und stärker koordinierten Forschungslandschaft sein, durch die Forschungsleistungen und Impulse für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft erbracht werden.

Durch größere Stiftungs- und DFG-finanzierte Programme sind sowohl die quantitative und die qualitative als auch insbesondere die interdisziplinäre Forschung zu verstärken.



Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 0 18 05/77 80 90*
Fax: 0 18 05/77 80 94*
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Stand: Juni 2009, 1. Auflage

Gestaltung: www.avitamin.de

Druck: Silber Druck oHG, Niestetal

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50**
Fax: 0 30 18/5 55 44 00
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

* jeder Anruf kostet 14 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz,
abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich

** nur Anrufe aus dem Festnetz,
3,9 Cent pro angefangene Minute